

Hat da jemand "Asyl" gesagt?; Über 13.000 Menschen wurden an der deutschen Grenze 2016 abgewiesen, viel mehr als 2015. Wie laufen die Zurückweisungen ab und wo landen die Betroffenen?

ZEIT-online

Mittwoch 10. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Zurückweisung; Ausg. 33

Length: 1065 words

Byline: Vanessa Vu

Body

Ein Bundespolizist bei einer Fahndung im ICE zwischen Paris und Frankfurt am 30. Juni 2014

© Oliver Dietze/dpa

Die deutschen Grenzen wieder undurchlässiger machen und mehr Menschen abweisen, bevor sie überhaupt das Land betreten - das gehört seit Monaten zu den zentralen Forderungen all jener, die in der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung vor allem einen Kontrollverlust sehen. Nun ist bekannt geworden, dass im ersten Halbjahr 2016 deutlich mehr Menschen an der deutschen Grenze abgewiesen wurden als bisher. 13.324 "Zurückweisungen" gab es in den ersten sechs Monaten an den Landes-, See- und Luftgrenzen. Dabei handelt es sich um Fälle, bei denen es gar nicht erst zum Asylantrag gekommen ist. Es sind also formal keine Abschiebungen, denn diese werden nur bei abgelehnten Asylbewerbern angewendet.

Die Zahl ist schon jetzt deutlich größer als die 8.913 Fälle im gesamten Jahr 2015, wie aus einer Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, die ZEIT ONLINE vorliegt. Unter den 2016 Abgewiesenen waren 2.515 Afghanen, 1.317 Syrer, 1.113 Iraker und 968 Iraner. Was hat es mit diesen Zurückweisungen auf sich? Die wichtigsten Antworten

Warum dürfen Menschen an der Grenze abgewiesen werden?

Der Schengener Grenzkodex legt fest, dass die Polizei Einreisewillige abweisen kann, wenn diese keine gültigen Papiere (also Pass oder Visum) vorweisen können oder diese Papiere gefälscht sind. Das ist bei fast allen Geflüchteten der Fall. Auch Personen, die eine "Gefahr für die öffentliche Ordnung, die innere Sicherheit, die öffentliche Gesundheit oder die internationalen Beziehungen" darstellen, dürfen nicht ins Land.

Was müssen Geflüchtete tun, um trotzdem nach Deutschland zu dürfen?

Sie müssen bei der Einreise in Deutschland deutlich machen, hier Asyl beantragen zu wollen. Dabei muss nicht unbedingt das Wort "Asyl" fallen. Laut Nicole Bellinghausen, Sprecherin der Bundespolizei, ist es ausreichend, wenn im Rahmen der Befragung um Schutz vor politischer Verfolgung in Deutschland ersucht wird. Dann muss die Polizei den Fall an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weiterleiten.

Hat da jemand "Asyl" gesagt? Über 13.000 Menschen wurden an der deutschen Grenze 2016 abgewiesen, viel mehr als 2015. Wie laufen die Zurückweisungen ab und wo l....

Wie laufen die Kontrolle und die Kommunikation an den Grenzen ab?

In der Praxis greifen Bundespolizisten die Einreisewilligen im Zug oder auf der Straße im Grenzgebiet auf und fragen sie nach Ausweispapieren. "Besteht daraufhin der Verdacht einer unerlaubten Einreise, werden sie zur nächsten Bearbeitungsmöglichkeit gebracht", berichtet Matthias Knott, Sprecher der Bundespolizei in der Direktion München. Das können Stellen der Bundespolizei sein; darüber hinaus gibt es seit vergangenem Herbst auch zentrale Aufnahmestellen, drei davon in Bayern. Diese sind räumlich direkt an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angegliedert und für größere Gruppen ausgestattet. An diesen Stellen registriert die Bundespolizei die Einreisenden mit Fingerabdrücken und Fotos und fragt sie mithilfe eines Dolmetschers nach ihrem Einreisegrund.

Wer wird zurückgewiesen?

Jene, die in der Vernehmung durch die Polizei nicht sagen, dass sie in Deutschland Schutz suchen, oder die schon nachweislich in einem Land Asyl beantragt haben. Diesen Personen kann die Bundespolizei die Einreise verweigern. Nach Aussage des Bundespolizei-Sprechers Knott dauert das gesamte Verfahren, vom Aufgreifen der Ausländer bis zu ihrer Abweisung, in der Regel nur wenige Stunden.

Was passiert mit den Zurückgewiesenen?

Sie werden in Busse gesetzt und nach Österreich gefahren, wo sie die dortige Polizei übernimmt. Wie es dann für sie weitergeht, sei von Fall zu Fall unterschiedlich, sagt Karl-Heinz Grundböck, Sprecher des österreichischen Innenministeriums. Wenn der Zurückgewiesene auch in Österreich keinen Asylantrag stellt und sich auch sonst nicht legal in Österreich aufhalten darf, muss er auch dieses Land verlassen. Die Maßnahmen reichen dann laut Grundböck von einer Aufforderung zur Ausreise bis hin zur Abschiebung in einen sicheren Drittstaat oder das Herkunftsland. Dass es einige der Zurückgewiesenen noch mal an der deutschen Grenze versuchen, sei nicht auszuschließen, sagt Grundböck.

Wissen die Personen in den Vernehmungen, was sie sagen sollen?

Die Polizei klärt in den Vernehmungen nicht extra darüber auf, was man sagen sollte, um in Deutschland bleiben zu dürfen. Im Gegenteil gehen die Grenzbeamten davon aus, dass die Geflüchteten gut informiert sind. "Die Migranten sind in der Regel gut vernetzt, auch in den sozialen Medien gibt es viele Informationen. Es ist davon auszugehen, dass sie auch einen zu langen Weg hinter sich haben, um nicht zu wissen, was man dann sagen muss", sagt Bundespolizei-Sprecherin Bellinghausen. Die Bundespolizei versuche auf keinen Fall, die Einreisenden daran zu hindern, ihre Gründe vorzutragen. Soll heißen: Wer um Asyl bitten will, hat auf jeden Fall die Gelegenheit dazu.

Da ist sich Bernd Mesovic, stellvertretender Geschäftsführer von Pro Asyl, nicht so sicher. Die Beamten hätten bei den Zurückweisungen großen Handlungsspielraum, weil die Gründe nur unspezifisch erfasst würden, sagt Mesovic. "Damit haben wir eine typische Blackbox-Problematik. Niemand außer der Bundespolizei bekommt mit, was genau an den Grenzen geschieht. Es ist durchaus vorstellbar, dass die Leute gar nicht erst die Chance hatten, einen Asylantrag zu stellen", so Mesovic.

Warum stellen diese Personen denn keinen Asylantrag in Deutschland?

Entweder, weil sie keine Chance dazu haben oder die Notwendigkeit nicht verstehen, wie es Mesovic in machen Fällen befürchtet. Oder, weil sie gar nicht in Deutschland bleiben wollen. Viele wollten weiter in skandinavische Länder, zum Beispiel nach Schweden, berichtet Bundespolizistin Bellinghausen. "Es gibt aber kein Durchreiserecht."

Können die Betroffenen nicht doch noch Asyl beantragen, um die Zurückweisungen zu verhindern?

Praktisch ist es laut Knott sehr schwierig, sich erst im Anblick der österreichischen Grenzbeamten umzuentscheiden. "Wenn jemand angab, dass er weiterreisen wollte und wir ihm aufgrund dessen die Einreise verweigert haben, er nach der Vernehmung aber doch lieber nach Deutschland will, dann ist das natürlich erst

Hat da jemand "Asyl" gesagt? Über 13.000 Menschen wurden an der deutschen Grenze 2016 abgewiesen, viel mehr als 2015. Wie laufen die Zurückweisungen ab und wo l....

mal nicht glaubhaft", sagt Knott. In dem Fall würden sich die Bundespolizisten die Geschichte noch mal genauer ansehen. Es gebe Einzelfälle, bei denen die Befragten nicht wüssten, wo sie seien. Das müssten dann Dolmetscher aufklären.

Load-Date: August 10, 2016

End of Document

Mit Asylversprechen Flüchtlinge abgeschöpft; Deutsche Geheimdienste forschen hierzulande weiter Asylbewerber aus und drängen sie zur Mitarbeit. Obwohl das rechtlich problematisch und offiziell längst beendet ist.

ZEIT-online

Donnerstag 14. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: RECHT UND UNRECHT; Mit Asylversprechen Flüchtlinge abgeschöpft; S. 120; Ausg. 3

Length: 2709 words

Byline: Kai Biermann; Christian Fuchs

Body

Der Eingang zur Zentrale des Bundesnachrichtendienst (BND)

© Michael Kappeler/dpa

Mit dem kleinen Türmchen und den Holzfensterläden sieht sie wie eine Schönheitsklinik aus, doch die Fenster der Villa in der ruhigen Nürnberger Seitenstraße sind vergittert. Das Gebäude wirkt verwaist. Der Briefkasten quillt über von Prospekten und niemand öffnet, wenn man die Klingel drückt. An der Tür verwittert ein Schild: "Hauptstelle für Befragungswesen".

Sogenannte Befrager horchten hier über Jahrzehnte zahllose **Flüchtlinge** aus, die in Deutschland **Asyl** suchten, und sammelten so Informationen für deutsche und amerikanische Geheimdienste. Die Agenten spürten deutschlandweit **Asylbewerber** auf, in deren Gepäck sie relevantes Wissen aus Krisenländern vermuteten. Etwa weil die Neuankömmlinge fürs Militär in Syrien gearbeitet hatten, über eine Affäre mit einem Warlord in Afghanistan berichten konnten oder vor ihrer Flucht in der Nähe eines irakischen Geheimdienstpalastes gewohnt hatten.

Die "Hauptstelle für Befragungswesen" (HBW) war eine streng gehütete Behörde - bis vor drei Jahren *Süddeutsche Zeitung* und NDR enthüllten, dass diese klandestine Untereinheit des Bundesnachrichtendienstes (BND) existierte. Erst jetzt ist es aber möglich, Arbeitsweise und Struktur dieser getarnten Geheimdienstoperation nachzuvollziehen. Hauptsitz der versteckten Einheit war Berlin, in Nürnberg, Wiesbaden und Hannover betrieb der Nachrichtendienst Außenstellen. Aber auch in den Erstaufnahmелagern in Zirndorf und in Friedland saßen Agenten mit Tarnnamen und falschen Ausweisen, um **Flüchtlinge** auszuforschen.

Nach ihrer Enttarnung nahmen es die Spione nicht mehr so genau. Ihre Dienstfahrzeuge im Hofparkplatz der Nürnberger Außenstelle trugen laut Anwohnern nun das Nummernschild "B-ND". Die Agenten fegten zuletzt vor allem den Parkplatz, und oft waren die Jalousien der Villa auch tagsüber heruntergelassen. Auch darum dürfte es der Bundesregierung nicht zu schwer gefallen sein, die Hauptstelle im Juni 2014 nach 56 Jahren zu schließen. Im Bundestag teilte die Regierung öffentlich mit, dass Befragungen "direkt in den Krisenregionen im Ausland" das Aushorchen von Migranten auf deutschem Boden ablösen sollten.

Mit Asylversprechen Flüchtlinge abgeschöpft Deutsche Geheimdienste forschen hierzulande weiter
Asylbewerber aus und drängen sie zur Mitarbeit. Obwohl das rechtl....

Doch das stimmt nicht ganz. Reporter von DIE ZEIT und ZEIT ONLINE haben wochenlang interne Papiere der Nachrichtendienste ausgewertet, bei Behörden recherchiert und geheime Büros der Dienste in deutschen Flüchtlingsheimen aufgespürt. Die Recherchen zeigen, dass der Auslandsgeheimdienst BND und der für das Inland zuständige Verfassungsschutz (BfV) durchaus weiterhin in Flüchtlingsunterkünften stationiert sind und nach wie vor Asylbewerber als Quellen abschöpfen. All das geschieht auf rechtlich fragwürdiger Grundlage.

Dieser Artikel erschien in gekürzter Fassung in der ZEIT Nr. 03 vom 14.01.2016. Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Mag sein, dass sich manch Deutscher durch Flüchtlinge bedroht fühlt, für deutsche Nachrichtendienste und Polizeibehörden sind die Erfahrungen und das Wissen von Menschen aus Syrien, dem Irak oder Eritrea ein Schatz. Schon in der Vergangenheit wurden einige Asylbewerber als längerfristige Informanten angeworben, bekamen im Gegenzug leichter Asyl und mitunter einen Tarnjob.

Und nach wie vor ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) wichtiger Zuträger der Geheimdienste. Ohne das Bamf wäre die jahrzehntelange Abschöpfoperation nicht möglich gewesen. Bamf-Beamte, die eigentlich über Asylanträge entscheiden sollen, achteten immer auch darauf, potenzielle Informanten für die Geheimdienste herauszufiltern. Sobald im Asylgespräch Themen wie Drogenhandel, Terrorismus oder organisierte Kriminalität virulent wurden, wurde das an die Dienste gemeldet.

Mehr als 600 potenzielle Informanten allein 2013/2014

Sie erstatteten auch Meldung, wenn sie während der "Reisewegsbefragungen" auf Geflüchtete stießen, die im Militär gedient hatten, offensichtlich Agenten gewesen waren oder Mitglieder "paramilitärischer Organisationen" - so steht es in einem Katalog, den die Sicherheitsbehörden den Sachbearbeitern des Bamf mit in die Anhörungen gaben und den das Blog *Netzpolitik* vor Kurzem öffentlich gemacht hat. Der Dienstweg war kurz, denn BND-Spione und Verfassungsschutzagenten saßen praktischerweise mit im Flüchtlingsamt. Im Jahr 2013/2014 erhielt allein der Verfassungsschutz Informationen über 200 interessante Asylbewerber, beim BND waren es 435 Fälle. Im BND-Gesetz ist diese Form der Übermittlung von Personendaten allerdings nicht vorgesehen. Denn von sich aus darf das Bamf den BND nur informieren, wenn es in Asylverfahren auf Hinweise stößt, dass Deutschland - etwa durch einen drohenden Anschlag - akut gefährdet ist.

Routinemäßig "interessante" Daten weitergeben darf es aber nicht. Zwar ist es dem BND erlaubt, bei jeder Behörde Informationen abzufragen, doch darf das nicht zur Regel werden, die pausenlos aufrechterhalten wird. In Dokumenten des Bamf wird der "Automatisierte Datenabgleich (ADA)" beschrieben: Jede Nacht werden alle Fingerabdrücke und Personendaten von neu registrierten Flüchtlingen vom Bamf an die Sicherheitsdienste übermittelt.

"Warum ist das so, wenn die deutschen Dienste angeblich 2014 aufgehört haben, Flüchtlinge als Quellen abzuschöpfen", fragt Martina Renner, Obfrau der Linkspartei im NSA-Untersuchungsausschuss. Sie vermutet, dass vom BND lediglich "die 'Tarnmittel' ausgetauscht wurden", dass er also offiziell zwar die HBW auflöste, deren Arbeit aber nichtsdestotrotz weitergeht.

Eine weitere pikante Facette dieser Art der Informationsgewinnung offenbart sich nun dank der Arbeit eben dieses NSA-Untersuchungsausschusses im Bundestag: Ausschusszeugen und neue Dokumente legen nahe, dass der BND auch Einfluss auf den Ausgang von Asylverfahren nahm, um an exklusive Spionageinformationen zu gelangen. Aus internen Akten geht hervor, dass es "Sonderverfahren" gab: Wenn das Bamf einen Asylantrag ablehnen wollte, der BND aber an einer "Zielperson" interessiert war, konnte der Geheimdienst die "Entscheidungseinschätzung" des Bamf "aus übergeordneten Gründen" überstimmen und darum bitten, dem oder der Betroffenen dennoch Asyl zu gewähren.

Diese Bitten waren offensichtlich selten vergeblich. Immer wieder finden sich in den Akten Sätze wie der folgende: "Die Mehrzahl der Fälle wird (...) in den Außenstellen des Bundesamtes im Sinne des Petitums der HBW entschieden." Den Gesuchen der BND-Tarnorganisation wurde meistens stattgegeben, bedeutet das.

Mit Asylversprechen Flüchtlinge abgeschöpft Deutsche Geheimdienste forschen hierzulande weiter Asylbewerber aus und drängen sie zur Mitarbeit. Obwohl das rechtl....

Auch Polizei bat um Asylanerkennung

Und der BND war nicht der Einzige, der sich in Asylverfahren einmischte. Das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt und diverse Landesbehörden des Verfassungsschutzes baten ebenfalls immer wieder darum, Ausländern einen Bleibestatus zu gewähren. Ein geheimes Bamf-Dokument listet allein 2008 insgesamt 37 "Interventionen" des BND auf, elf durch die Verfassungsschutzämter und einige durch Landeskriminalämter und einzelne Polizeipräsidien. Vor allem bei Personen aus dem Iran, Irak, Libanon und China griffen die Sicherheitsbehörden in die Verfahren ein.

Der BND selbst konnte laut internen Unterlagen solche "Interventionen" bis 1972 zurückverfolgen und schreibt, diese Einmischung "haben eine lange Tradition": Dabei habe es sich "überwiegend" um Fälle gehandelt, "die im Asylverfahren durch das Bundesamt abgelehnt worden sind." Später sollen es dann nur noch zehn "Interventionen" pro Jahr gewesen sein, sagte eine leitende Bamf-Mitarbeiterin im NSA-Ausschuss aus.

Diese Interventionen sind problematisch - aus zwei Gründen: Zum einen werfen sie den Verdacht auf, das Grundrecht auf Asyl werde nach eigennützigen Beweggründen der Dienste zugestanden - und weniger, weil die betroffenen Menschen Verfolgung fürchten müssten. Zum anderen ist nicht auszuschließen, dass Flüchtlinge sogar mit dem Versprechen auf Asyl gelockt wurden. Der BND schreibt zwar in seinen Akten, die Gespräche mit Asylbewerbern "beruhen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit", und es würden keine "Zusagen im Hinblick auf den Ausgang des Asylverfahrens gemacht." Anwälte von Asylbewerbern berichten jedoch das Gegenteil. Cornelia Ganten-Lange, Rechtsanwältin für Asylrecht in Hamburg, sagt: "Wir können natürlich nicht nachweisen, dass der BND Einfluss auf Asylverfahren genommen hat. Aber mit dem Versprechen, ihre Verfahren zu beschleunigen, wurden die Leute angesprochen: Wenn Sie mit uns zusammenarbeiten, können wir dafür sorgen, dass Ihr Verfahren ganz schnell geht." Mehrere ihrer Klienten hätten berichtet, so angelockt worden zu sein. Auch Übersetzer bestätigen: "In allen Fällen, die mir bekannt sind, klappte die Asylanerkennung nach dem Gespräch mit dem BND", sagt ein Dolmetscher für Somalis.

Flüchtlinge erzählten gefährliche Lügen

Die Bundesregierung verweist auf "Nachfluchtgründe", wie etwa Gespräche mit dem BND, die das Bundesamt für Migration in seine Asylentscheidung einbeziehen müsse. Das heißt: Einen Flüchtling, der in Deutschland Kontakt zum Geheimdienst hatte, abzuschieben, könne dessen sicheren Tod bedeuten.

Die Hoffnung, durch Wohlverhalten dem Asylverfahren Vorschub zu leisten, führte allerdings dazu, dass einige der Befragten falsche Dinge behaupteten. Der wohl tragischste Fall ist der des Informanten "Curveball": Der Iraker behauptete 1999 gegenüber dem BND, Beweise für Massenvernichtungswaffen in seiner Heimat zu besitzen. Dafür erhielt er einen deutschen Pass und 3.000 Euro monatlich. Die USA begründeten ihren Angriff auf den Irak später auch mit solchen Informationen aus Deutschland. Doch alles war erlogen.

In den Akten des Untersuchungsausschusses finden sich weitere merkwürdige Fälle. So meldete sich 2012 ein Asylbewerber aus Afghanistan und legte den deutschen Behörden ein Dokument des BND vor. Darin wird ihm bestätigt, dass er in Afghanistan an einem Lehrgang des Bundesnachrichtendienstes teilgenommen hatte. Der Mann war Mitarbeiter des afghanischen Geheimdienstes und als solcher in Afghanistan vom BND geschult worden. Nun wollte er gern in Deutschland Asyl. Das Bamf fand den Fall "pikant" und wusste nicht so recht, wie mit ihm umgegangen werden sollte. Also fragte man vorsichtshalber den BND, ob man den Asylantrag genehmigen solle. Der Geheimdienst redete also ganz selbstverständlich mit, ob jemand Asyl bekommen sollte oder nicht.

Im Bamf ist das Referat für Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden zuständig für die Weitergabe von Informationen an Nachrichtendienste. Dieses Referat gab es bereits zu Zeiten des HBW. Vor zwei Jahren wurde es jedoch umbenannt. Kurz vor der HBW-Schließung notierte eine Regierungsamtsrätin: "Die gesetzliche Pflicht zur Meldung sicherheitlich relevanter Asylbewerber durch das Bamf an den Bundesnachrichtendienst besteht ungeachtet der organisatorischen Änderungen im BND." Wenige Wochen später bekräftigte die damalige Leiterin der BND-Abteilung in einer "Quartalsbesprechung" mit dem Bamf, dass zwar die Stellen für das "Befragungswesen" minimiert würden und es zur Umstrukturierung innerhalb des BND komme, alles aber bei

Mit Asylversprechen Flüchtlinge abgeschöpft Deutsche Geheimdienste forschen hierzulande weiter
Asylbewerber aus und drängen sie zur Mitarbeit. Obwohl das rechtl....

"gleichbleibender Aufgabenstellung". Das Abschöpfen von Flüchtlingen sollte weitergehen. BND und Verfassungsschutz wollten sich auf Nachfrage von ZEIT ONLINE und ZEIT zu "operativen Aspekten" nicht äußern. Das Bamf teilte mit, es gebe Informationen weiter, damit der BND die Aufgaben der Eigensicherung und Gefahrenabwehr wahrnehmen könne.

Wohl auch zu diesem Zweck sitzen bis heute je ein Verbindungsbeamter von BND und Verfassungsschutz in der Zentrale des Migrationsamtes in Nürnberg. In Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete haben nach Recherchen von ZEIT und ZEIT ONLINE zudem Agenten von Verfassungsschutz und BND ihre Büros. In der Zentralen Aufnahmeeinrichtung Zirndorf ist das BND-Büro nach wie vor besetzt, und in Niedersachsen betreibt der Verfassungsschutz eine Dependence.

In der obersten Etage eines Verwaltungsgebäudes im Grenzdurchgangslager Friedland operiert BfV-Mitarbeiter Helmut G. Auf dem Gelände leben neu ankommende Asylbewerber, bevor sie auf Heime im ganzen Land verteilt werden. Im gleichen Gebäude residierten früher die vier Befrager des BND. Weder Verfassungsschutz noch BND wollten sich zu den Aufgaben ihrer Mitarbeiter im Bamf und in den Flüchtlingslagern äußern. Verfassungsschützer G. sagte der ZEIT: "Ich habe mit den Asylantern und Befragungen nichts zu tun."

In einem internen Dokument aber bestätigt die bayerische Landesregierung im Sommer 2014: "Im Übrigen werden auch Asylbewerber im Rahmen der geltenden Gesetze durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz befragt." Neben dem Auslandsgeheimdienst BND nutzt also auch der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz die Angekommenen als Quellen. Und entgegen ihrer öffentlichen Beteuerung musste die Regierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion bereits vor drei Jahren einräumen: "Zur Gewinnung von Erkenntnissen können BND bzw. BfV künftig auch Befragungen von Asylbewerbern durchführen."

Die Hälfte aller Informationen ging ins Ausland

"Die Pauschalübermittlung von Unterlagen aus dem Asylverfahren vom Bamf an den BND ist nicht vom BND-Gesetz gedeckt", sagt Konstantin von Notz, Obmann der Grünen im NSA-Untersuchungsausschuss. Da diese Befragungspraxis auch nach dem offiziellen Ende der "Hauptstelle für Befragungswesen" fortgesetzt werde, fordert von Notz die Regierung auf, "die Datenerfassung und -übermittlung einzustellen". Auch die internationale Zusammenarbeit des BND sieht von Notz in diesem Punkt als "rechtlich hochproblematisch". Bis 2014 arbeitete der Auslandsgeheimdienst mit drei ausländischen Nachrichtendiensten eng zusammen. Namentlich mit dem Intelligence Staff, dem Nachrichtendienst des britischen Verteidigungsministeriums, und der Defense Intelligence Agency (DIA), dem amerikanischen Militärgeheimdienst. Es gab nie eine gesetzliche Grundlage, die den BND befugt hätte, amerikanischen und britischen Geheimdiensten Flüchtlinge als Informanten zuzuführen - was er routinemäßig tat.

Mehr als die Hälfte aller Informationen aus den jährlich 100 bis 400 Befragungen teilte der BND mit den Nachrichtendiensten der USA und Großbritanniens. Angeblich wurde darauf geachtet, dass die Daten militärisch nicht nutzbar seien. Doch das ist fast unmöglich. Schon vor Jahren berichteten in Deutschland gestrandete Iraker von eigenen Aussagen über Checkpoints und Geheimdienstgebäude, die sie gegenüber dem BND getätigt hatten: Wenig später wurden exakt diese Ziele in Mossul und Bagdad von US-Kampffjets bombardiert. Heute sollen die abgefischten Informationen aus den Flüchtlingsgesprächen dazu genutzt werden, Ziele für US-Drohnen im Nahen Osten und in Afrika aufzuspüren.

Amerikaner und Briten zahlten für Zugang zu Flüchtlingen

Doch die Partnerdienste erhielten nicht nur Material. Von den zuletzt 40 Mitarbeitern der BND-Stelle arbeiteten knapp die Hälfte als Befrager - und vier von ihnen waren Amerikaner. Weil aber nur deutsche Agenten Flüchtlinge befragen durften, erhielten die US-Spione zur Tarnung deutsche Personalausweise, Führerscheine und Dienstaussweise der Hauptstelle - "zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben", heißt es in einem als "Verschlussache" eingestuftem BND-Bericht. Wie viele ausländische Spitzel mit Tarnpapieren in den fast sechs Jahrzehnten der HBW ausgestattet wurden, weiß die Bundesregierung nicht, wie sie behauptet.

Mit Asylversprechen Flüchtlinge abgeschöpft Deutsche Geheimdienste forschen hierzulande weiter
Asylbewerber aus und drängen sie zur Mitarbeit. Obwohl das rechtl....

Die "Partnerbefrager", wie sie im internen Jargon genannt werden, saßen nicht nur in der Zentrale der Hauptstelle in Berlin, sondern auch in den Außenstellen Zirndorf, Nürnberg, Wiesbaden und Friedland. So konnten amerikanische und britische Dienste ungehindert auch ohne die Aufsicht des BND Flüchtlinge befragen.

Im Gegenzug teilten sich die USA und Großbritannien bis Mitte 2014 die Kosten für die Büromiete und "operative Ausgaben" für die HBW zu je einem Drittel mit dem BND. Sie zahlten also dafür, Zugang zu spannenden Quellen in Deutschland zu erhalten.

Diese internationale Kooperation scheint zumindest offiziell beendet zu sein. BND-Präsident Gerhard Schindler sandte dem damaligen Direktor der DIA im Januar 2014 einen Brief, in dem er das Ende des "integrierten Befragungswesens einschließlich seiner Legendenstruktur" ankündigte. Die "besondere Kooperation" wollte Schindler jedoch ein letztes Mal auf eine besondere Weise würdigen: beim gemeinsamen Abendessen in Berlin.

Load-Date: January 14, 2016

End of Document

EU-Länder schieben ab, Deutschland nimmt auf; Deutschland hat im Rahmen des Dublin-Abkommens fast fünfmal so viele Flüchtlinge aufgenommen wie abgeschoben. Das zeigt ein Bericht des zuständigen Ministeriums.

ZEIT-online

Sonntag 26. Juni 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Europäische Union; Ausg. 26

Length: 482 words

Body

Flüchtlinge kommen auf dem Flughafen in Leipzig-Halle an. (Archivbild)

© Sebastian Willnow/dpa

Im Zeitraum von Januar bis Mai 2016 haben in Deutschland rund 309.785 **Flüchtlinge** einen Antrag auf **Asyl** gestellt. Deutschland stellte im selben Zeitfenster 18.668 Übernahmeanträge an andere Länder der Europäischen Union (EU). Diese wurden allerdings in 7.410 Fällen abgelehnt. Das berichtet die *Welt am Sonntag*.

Die Zeitung beruft sich bei ihren Angaben auf einen aktuellen Bericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Eine tatsächliche Rückführung von Flüchtlingen aus Deutschland innerhalb von Europa wurde nur in 1.453 Fällen durchgeführt. Gemessen an der Zahl der Übernahmeersuche, die Deutschland gestellt hat, lag die Erfolgsquote bei unter acht Prozent, teilte das Bamf mit. Im Gegensatz dazu hat Deutschland 5.467 Asylsuchende aus anderen europäischen Staaten übernommen. Der größte Anteil der übernommenen Flüchtlinge kam demnach aus Schweden.

Die meisten Übernahmeanträge stellte Deutschland an Ungarn. Insgesamt waren es laut *Welt am Sonntag* 5.075 Anträge. In 135 Fällen haben die Ungarn Flüchtlinge übernommen. CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach forderte die EU-Kommission zum Handeln auf. "Rücküberstellungen sind beispielsweise nach Griechenland nicht möglich, weil humanitäre und rechtliche Asylstandards nicht eingehalten werden. Deswegen muss die EU-Kommission handeln, es wäre von überragender Bedeutung, dass die Kommission endlich dafür Sorge trägt, dass diese Mindeststandards in ausnahmslos allen EU-Ländern strikt beachtet werden", sagte er der *Welt am Sonntag*. "Es gibt kein Recht auf Asyl im Land der Wahl. Ein Antrag muss dort gestellt werden, wo erstmals ein Staat der Europäischen Union betreten wurde."

Sein Fraktionskollege Kai Wegner sagte der Zeitung: "Dublin in der jetzigen Form ist gescheitert. Einzelne Länder können die Flüchtlingskrise nicht allein stemmen." Länder, die sich der Aufnahme der Flüchtlinge entzogen, müssten auch die Kosten hierfür tragen. Die Europäische Union plant eine weitreichende Reform des Asylsystems, welche auch eine Bestrafung der Länder beinhalten soll, die sich einer Rücknahme von Flüchtlingen verweigern.

EU-Länder schieben ab, Deutschland nimmt auf Deutschland hat im Rahmen des Dublin-Abkommens fast fünfmal so viele Flüchtlinge aufgenommen wie abgeschoben. Das z....

Die sogenannten Übernahmeanträge sind Teil des Dublin-Abkommens, das seit 1997 in der EU gilt. 2003 wurde mit der Dublin-II-Verordnung die Nachfolgeregelung für die aktuellen Mitgliedstaaten festgelegt. Wichtigster Inhalt der Verordnung ist die Vorschrift, dass Asylbewerber ihren Antrag in dem Land stellen, in dem sie zuerst europäischen Boden betreten haben. Deshalb sollen EU-Staaten für Flüchtlinge, die zuerst in einem anderen europäischen Land waren, einen Rücknahmeantrag stellen. In der Praxis erweist sich dies jedoch als schwierig, da es oft schwer nachzuvollziehen ist, in welchem Land der Asylbewerber als erstes die EU betreten hat.

Load-Date: June 26, 2016

End of Document

Osteuropa schottet sich ab; Je mehr Flüchtlinge kommen, desto mehr weigern sich die osteuropäischen Länder, einen Teil von ihnen aufzunehmen. Die Regierungen schüren Ängste, vor allem vor Muslimen.

ZEIT-online

Montag 24. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 34

Length: 1074 words

Byline: Michal Kokot

Body

Bollwerk gegen **Flüchtlinge**: ein Teil des neuen, stacheldrahtbewehrten Grenzzauns an der ungarischen Grenze zu Serbien

© Matt Cardy/Getty Images

Osteuropa hat ganz offensichtlich ein Problem mit Fremden. Das zeigte sich erst dieser Tage wieder, als die slowakische Regierung ankündigte, keine muslimischen **Flüchtlinge** aufzunehmen. Ivan Metik, Sprecher des slowakischen Innenministeriums, begründete das scheinheilig damit, dass es im ganzen Land keine Moscheen gebe. "Wie können sie sich bei uns integrieren, wenn sie sich hier nicht gut fühlen?", sagte er. Von Diskriminierung wollte er nichts wissen.

Dennoch kam sofort scharfe Kritik von der EU-Kommission und aus einigen westeuropäischen Ländern. Der Generalsekretär des Europäischen Rates, Thorbjørn Jagland, merkte an, dass "Europa gerade in Zeiten dieser **Flüchtlingskrise** ohne Beispiel Solidarität zeigen muss".

Nach ein paar Stunden änderte die slowakische Regierung daraufhin ihre Meinung. In einer Mitteilung hieß es, auch Migranten aus muslimischen Ländern dürften in der Slowakei Asyl beantragen.

Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die Slowakei von einen Tag auf den anderen offener gegenüber Flüchtlingen wird. Im ganzen Land gibt es tatsächlich keine einzige Moschee. Dafür haben schon die Behörden der Hauptstadt Bratislava gesorgt, die der islamischen Gemeinde seit vielen Jahren den Bau von Gotteshäusern verweigern. Die formelle Begründung: Um die islamische Gemeinde als Glaubensgemeinschaft anzuerkennen, verlangt der Staat mindestens 20.000 Mitglieder. In der Slowakei lebt aber nur etwas mehr als die Hälfte, kaum sichtbar unter den fünf Millionen Einwohnern.

Ähnlich sieht die Lage in anderen osteuropäischen Ländern aus. Auch Polen, Tschechien, Ungarn und Estland haben, anders als die großen Länder Westeuropas, einen sehr geringen Anteil muslimischer Einwohner und wehren sich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus islamischen Ländern. Alle regierenden Politiker, egal ob

Osteuropa schottet sich ab Je mehr Flüchtlinge kommen, desto mehr weigern sich die osteuropäischen Länder, einen Teil von ihnen aufzunehmen. Die Regierungen sch....

Konservative oder Sozialdemokraten, lehnen deshalb auch das Quotensystem ab, das die EU-Kommission durchsetzen will, um die Flüchtlinge auf die EU-Staaten zu verteilen.

Die Abneigung, Flüchtlinge aufzunehmen, hat sich überall in Osteuropa verstärkt. Das Motiv dafür ist ein anderes als noch vor ein paar Jahren. War es früher die Überzeugung der Polen oder Slowaken, ihre Länder könnten aus finanziellen Gründen die Belastung nicht tragen, so fürchten sie heute um ihre Sicherheit.

Laut einer jüngsten Umfrage glauben 63 Prozent der Slowaken, dass die Flüchtlinge eine Gefahr für ihr Land darstellen. Verstärkt wurde diese Angst durch Äußerungen führender Politiker des Landes. So sagte der slowakische Premierminister Robert Fico, man könne sich nicht völlig sicher sein, ob unter den Flüchtlingen nicht auch Terroristen ins Land kämen.

Ähnliche Töne schlug Tschechiens Präsident Milos Zeman an. Anfang August sagte er in einem Interview: "Keiner hat hier Flüchtlinge eingeladen." Und er fügte hinzu, sein Land könne eher ukrainische Flüchtlinge aufnehmen, denn sie "integrieren sich besser in die Gesellschaft als die Muslime". Der Anteil der Tschechen, die glauben, dass mit den Flüchtlingen ein Sicherheitsrisiko verbunden ist, ist genauso groß wie in der Slowakei. 72 Prozent der Tschechen haben mehr Angst von den Terroristen des "Islamischen Staats" als von den Folgen des Konflikts in der nah liegenden Ukraine.

An der wachsenden Ablehnung von Flüchtlingen haben auch die Medien ihren Anteil. So wuchs die Furcht vor ihnen in Tschechien erkennbar, als die Medien im Juni begannen, dunkle Szenarien auszumalen. Selbst seriöse Zeitungen berichteten, dass die Migranten das Modell der tschechischen Gesellschaft völlig ändern würden. Dabei will die Regierung in diesem und im nächsten Jahr gerade einmal 1.500 Flüchtlinge aufnehmen. Premierminister Bohuslav Sobotka warnte, dass das europäische Sozialsystem einen so viele Flüchtlinge nicht verkraften werde. Plötzlich wurde überall über die angebliche Bedrohung geredet.

Dadurch sah sich selbst die Regierung genötigt, zu reagieren: Weil sie selbst die Angst in der Bevölkerung so breit mitgeschürt hatte, will sie nun eine Informationskampagne starten. Im Fernsehen werden bald Filme gezeigt, die den Leuten klarmachen soll, dass durch die wenigen Flüchtlinge keine Gefahr droht.

In Polen, das fast vier mal so viele Einwohner wie Tschechien hat, will die Regierung nur 2.000 Migranten aufnehmen. Vor einiger Zeit hat die Regierung zudem angekündigt, 30 syrischen Familien zu helfen. Es wurde aber auch ausdrücklich betont, dass es sich um christliche Syrer handelt, da Polen zu 95 Prozent katholisch sei.

Auch der neue polnische Präsident Andrzej Duda reiht sich in die Reihe der nationalistischen Osteuropäer ein, die die Grenzen am liebsten dicht machen und keine Flüchtlinge aufnehmen wollen. "Vor allem müssen wir den im Ausland lebenden Polen helfen. Sie stehen an erster Stelle", sagte er kürzlich.

Ungarns Zaun hält Migranten kaum ab

Dabei zeigt das Beispiel Ungarns, wie kurzsichtig eine Politik sein kann, die sich gegen Migranten abschirmen will. Die Regierung in Budapest erwies sich als völlig unvorbereitet auf die hohe Zahl an Flüchtlingen, die schon seit dem vergangenen Jahr, in diesem Jahr aber noch verstärkt, ins Land kommen. Stattdessen startete Premier Viktor Orbán eine Hetzkampagne gegen Flüchtlinge, die er in die Nähe von Terroristen rückt. Weil das aber natürlich nicht gegen das tatsächliche Problem hilft, lässt die Regierung nun für 70 Millionen Euro in aller Eile einen 175 Kilometer langen, mit Nato-Stacheldraht bewehrten Zaun an der Südgrenze zu Serbien bauen. Er soll dieser Tage fertig werden.

Auch dieser Zaun kann die Flüchtlinge allerdings kaum abhalten: An verschiedenen Stellen haben sie ihn durchgeschnitten und gelangen so dennoch nach Ungarn. Die Regierung wollte deshalb ein Gesetz im Parlament verabschieden lassen, das das Zerstören staatlichen Eigentums mit Gefängnisstrafe bedroht. Aber auch das hindert die Migranten kaum daran, weiter auf der Balkanroute von Griechenland über Mazedonien, Serbien und Ungarn nach Westeuropa zu ziehen.

Osteuropa schottet sich ab Je mehr Flüchtlinge kommen, desto mehr weigern sich die osteuropäischen Länder, einen Teil von ihnen aufzunehmen. Die Regierungen sch....

Die Regierung will nun zusätzliche Sicherheitskräfte an die Grenze schicken, um den Zaun zu bewachen. Außerdem werden die Flüchtlinge aus den Städten vertrieben und in Zeltlagern außerhalb untergebracht. All die Abschreckungsmaßnahmen haben aber bislang wenig bewirkt: Jeden Tag kommen weiterhin bis zu 1.600 Personen illegal über die Grenze von Serbien nach Ungarn.

Load-Date: August 24, 2015

End of Document

Anzahl der Bootsflüchtlinge in Italien erreicht Rekordhoch; In diesem Jahr sind bereits mehr als 171.000 Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet und nach Italien gebracht worden - mehr als jemals zuvor.

ZEIT-online

Montag 28. November 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Mittelmeer; Ausg. 49

Length: 268 words

Body

Italienische Helfer retten **Flüchtlinge** aus dem Mittelmeer.

© dpa

Die Zahl der seit Jahresbeginn in Italien angekommenen Bootsflüchtlinge hat einen neuen Höchststand erreicht. Bis Montag wurden den Behörden des Landes zufolge bereits mehr als 171.000 **Flüchtlinge** im Mittelmeer gerettet und nach Italien gebracht. Im bisherigen Rekordjahr 2014 lag die Gesamtzahl bei 170.100 Geretteten. Nach UN-Angaben kamen seit Jahresbeginn mindestens 4.690 Männer, Frauen und Kinder bei der gefährlichen Überfahrt ums Leben.

Am Montag wurden vor der Küste Libyens etwa 1.400 Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet. Die meisten von ihnen waren in überfüllten Schlauchbooten zur Überfahrt nach Italien aufgebrochen, wie die italienische Küstenwache mitteilte.

Erst vor zwei Wochen kamen bei vier Bootsunglücken binnen zweier Tage nach Behördenangaben mehr als 340 Menschen ums Leben, als sie die gefährliche Überfahrt von Afrika nach Europa wagten.

Seit der Vereinbarung der EU mit der Türkei im März über die Eindämmung der Flüchtlingszuwanderung über Griechenland kommen wieder vermehrt Flüchtlinge in Italien an. Nach Ansicht des EU-Migrationskommissars muss die Europäische Union muss die Umsiedlung von Flüchtlingen aus Italien und Griechenland beschleunigen. Zudem forderte er mehr Experten zur Bearbeitung von Asylanträgen in diese Länder. "Wir brauchen echte Solidarität, nicht nur in Worten und nicht à la carte", sagte Dimitris Avramopoulos am Montag in Athen. Er sprach bei einem Treffen von mehr als 200 Experten des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO).

Load-Date: November 29, 2016

Polizeibericht wirft weitere Fragen auf; Ein interner Bericht der Bundespolizei sorgte mit dafür, dass Kölns Polizeipräsident gehen musste. Doch das vielzitierte Papier enthält selbst Ungereimtheiten.

ZEIT-online

Samstag 9. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Köln; Ausg. 2

Length: 928 words

Byline: Valerie Schöniar

Body

Polizisten vor dem Hauptbahnhof in Köln

© Oliver Berg/dpa

Diese Szene irritiert: Menschen, dem Anschein nach **Flüchtlinge**, zerreißen Ausweisdokumente vor den Augen von Polizisten. Sie grinsen und sagen: "Ihr könnt mir nix, hole mir morgen einen neuen." So ähnlich soll es sich in der Silvesternacht vor dem Kölner Hauptbahnhof abgespielt haben. Das steht zumindest in einem internen Bericht der Bundespolizei, der in den vergangenen Tagen von vielen Medien ausführlich zitiert wurde. Ein Bericht, der die offizielle Version der Kölner Polizei in Zweifel zieht und zu einem Auslöser dafür wurde, dass der Kölner Polizeipräsident Wolfgang Albers in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde.

Doch auch der Bericht wirft Fragen auf.

Bei dem zerrissenen Dokument soll es sich, so ist zu lesen, um einen sogenannten **Aufenthaltstitel** gehandelt haben. Den bekommt nur, wer sein Asylverfahren bereits durchlaufen hat. Stimmt der Bericht, müsste es sich bei den Menschen also um offiziell anerkannte Asylbewerber gehandelt haben. Aufenthaltstitel aber sind Plastikkarten in der Größe eines Personalausweises. Die lassen sich nicht so einfach zerreißen. Handelte es sich also vielleicht um ein anderes Dokument?

Büma, AG oder Aufenthaltstitel?

Ein Flüchtling bekommt während seines Asylverfahrens verschiedenste Papiere. Das erste ist die Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender, kurz **Büma**, die ihm während der Erstregistrierung vom Land ausgestellt wird: Ein Blatt Papier in DIN-A4-Format. Das behält er, bis er offiziell einen Asylantrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) gestellt hat.

Ist das geschehen, stellt das Bamf ihm eine sogenannte **Aufenthaltsgestattung** aus. Damit weist sich ein Asylbewerber aus, bis über seinen Antrag entschieden ist, was Monate oder Jahre dauern kann. Erst danach

Polizeibericht wirft weitere Fragen auf Ein interner Bericht der Bundespolizei sorgte mit dafür, dass Kölns Polizeipräsident gehen musste. Doch das vielzitierte....

winkt der Aufenthaltstitel aus Plastik. Die *Aufenthaltsgestattung* wiederum ist ein Faltblatt, in seiner Form ähnlich wie die früheren EU-Führerscheine, und ist nur relativ reißfest.

Wurde das Papier vor den Augen der Kölner Polizisten also tatsächlich zerrissen, könnte es sich eher um eine *Büma* oder eine *Aufenthaltsgestattung* gehandelt haben und nicht, wie beschrieben, um einen *Aufenthaltstitel*. Ein Bereitschaftspolizist sagte ZEIT ONLINE, dass die Mehrheit der etwa 70 kontrollierten Personen nur ein Papier vom Bamf vorzeigen konnte, also ein auf Bundesebene ausgestelltes Dokument. Das würde auf letzteres Dokument hindeuten.

Ob der Bundespolizist in seinem Bericht lediglich die Fachbegriffe durcheinander gebracht hat oder mehr dahintersteckt - darüber lässt sich nur mutmaßen. Fest steht aber, dass die Menschen in der beschriebenen Szene die Erstregistrierung schon durchlaufen haben müssen. Das heißt, von ihnen wurden Name, Foto und Fingerabdrücke ins Ausländerzentralregister aufgenommen. Auf dieses Register kann die Polizei eigentlich zugreifen. Damit sollten die Beamten also in der Lage gewesen sein, den Tatverdächtigen zu überprüfen und seine Identität festzustellen.

Warum aber sollte ein Flüchtling seine Papiere überhaupt zerreißen?

Eine Zerstörung der Büma ist nicht strafbar, so das Bayerische Innenministerium. Allerdings werden Asylsuchende, die ohne Dokumente aufgegriffen werden, wegen illegalen Aufenthalts angezeigt. Bei Verlust lassen sich die Dokumente laut Bamf relativ einfach ersetzen. Aber dafür muss erst eine Verlustanzeige bei der Polizei gestellt werden - kein unerheblicher Aufwand. Wieso also?

Wer darauf eine Antwort sucht, findet einige bürokratische Lücken, wenn es darum geht, die Identitäten von Asylbewerbern zu prüfen.

Identitätsbeschaffung

Gut erklären lässt sich das am Beispiel München. Es kann vereinzelt vorkommen, so heißt es von der Polizei, dass jemand mit einer falschen Identität in Deutschland registriert wird. Gibt jemand an, keine Ausweispapiere zu haben, müssen die Beamten ihm zunächst glauben. So könnte sich jemand einen falschen Namen, ein falsches Herkunftsland zulegen. Das passiere auch versehentlich wegen sprachlicher Barrieren. Handelt jemand tatsächlich unter Vorsatz, sei das meist eher ein Problem des Sozialbetrugs: Asylbewerber lassen sich in zwei EU-Ländern registrieren und kassieren in beiden Sozialabgaben. Gleichzeitig aber scheint auch möglich, dass mancher sich auf diesem Wege eine zweite Identität schafft. "Nach der Erstaufnahme ist es schwierig darauf zu kommen, dass das eine ganz andere Person ist", sagt ein Sprecher der Polizei München.

Wäre es möglich, dass das in abgewandelter Form in Köln passiert ist? Dass Menschen mit Migrationshintergrund sich als Flüchtlinge ausgegeben haben, um in deren Namen Straftaten zu begehen?

Bei Straftaten gleicht die Polizei Personalien sowohl mit dem Ausländerzentralregister als auch mit der polizeilichen Datenbank ab. Dabei wird auch der Wohnort überprüft. Fliegt die falsche Identität bis dahin nicht auf, passiert das spätestens, wenn der Strafbescheid nicht zugestellt werden kann. Dann würde die Person aber zur Fahndung ausgeschrieben werden und spätestens bei der nächsten Kontrolle gefasst.

Kurzum: Die Kölner Beamten hätten die Menschen also lediglich festnehmen müssen. So hätten sie ihre Identität herausfinden können, zerrissenes Papier hin oder her. Auch eine etwaige falsche Identität wäre mit einiger Wahrscheinlichkeit aufgefallen. Ob das passiert ist, geht aus dem Bericht jedoch nicht hervor.

Load-Date: January 9, 2016

**Die Warnung von Calais; Fähr-Stürmung, Tränengas, rassistische Angriffe:
Bei Calais staut sich das Elend europäischer Flüchtlingspolitik. Nun soll ein
Teil des Zeltlagers geräumt werden.**

ZEIT-online

Dienstag 23. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 6

Length: 1370 words

Byline: Tobias Müller

Body

Migranten und französische Sicherheitskräfte im "Jungle" genannten **Flüchtlingscamp** bei Calais
© Philippe Huguen/AFP/Getty Images

Dem inoffiziellen **Flüchtlingslager** nahe Calais steht eine Räumung bevor. Ende vergangener Woche kündigte die Präfektur der nordfranzösischen Hafenstadt an, die südliche Hälfte des "Jungle" genannten Camps in den Dünen dem Erdboden gleichzumachen. Die Bewohner bekamen zunächst eine Frist bis zum heutigen Dienstagabend, um ihre Behausungen zu verlassen. Weil die gerichtliche Bestätigung der Räumung allerdings noch aussteht, verlängert sich diese um voraussichtlich ein oder zwei Tage.

Anlass der Verzögerung ist der gerichtliche Einspruch von **Flüchtlingen** und Hilfsorganisationen vor Ort. Dieser basiert auf den erwarteten schweren humanitären Folgen einer Räumung bei Temperaturen um den Gefrierpunkt sowie der Frage, wie viele Menschen von der Maßnahme betroffen wären. Die Präfektur geht von 800 bis 1.000 aus, nach einer Zählung durch Hilfsorganisationen wären dies allerdings knapp dreieinhalbtausend, darunter 455 Minderjährige, die meisten von ihnen sind ohne Begleitung. Nach einer Ortsbegehung durch Vertreter des zuständigen Gerichts in Lille am Dienstag hieß es, ein Beschluss über die Räumung bräuchte mehr Zeit.

Deutlich ist indes: Mit der voraussichtlichen Räumung wollen die französischen Behörden den berüchtigten "Jungle", in dem zurzeit etwa 5.000 Menschen auf eine Chance warten, nach England zu gelangen, langfristig unter Kontrolle bringen. Im Januar wurde bereits ein 100 Meter breiter Streifen am Rand des Gebiets geräumt und planiert. Die meisten Bewohner suchten sich andere Plätze für ihre Behausungen, Zelte oder Holzhütten.

Von besagten Containern machten nur wenige Gebrauch. Zum einen ist da die Sorge, das elektronische Handerkennnungssystem am Eingang nehme auch Fingerabdrücke, was einen Asylantrag jenseits Frankreichs unmöglich macht. Zum anderen wird die Anlage nachts geschlossen, was jeglichem Versuch, via Fähre oder Eurotunnel nach England zu gelangen, einen Riegel vorschiebt.

Die Räumungsankündigung ist alles andere als unerwartet. Die Lage ist seit Monaten schwierig. Am Rande einer Demonstration von Migranten und Unterstützern Ende Januar durchbrachen rund 200 Menschen die Absperrungen

Die Warnung von Calais Fähr-Stürmung, Tränengas, rassistische Angriffe: Bei Calais staut sich das Elend europäischer Flüchtlingspolitik. Nun soll ein Teil des Z....

des Hafens von Calais. Etwa 50 davon gelangten bis auf das Deck einer Fähre namens *Spirit of Britain*. Der Hafen wurde zwischenzeitlich geschlossen. Danach erklang einmal mehr der Ruf, die Regierung in Paris möge die Armee an den Kanal entsenden.

Belgien verschärfte am Dienstag die Grenzkontrollen zu Frankreich, da es die Rückreise vieler Migranten aus Calais befürchtet. Vor allem in Küstennähe werden 250 bis 290 Polizisten zusätzlich eingesetzt. Innenminister Jan Jambon hob hervor, dass Belgien seine Grenzen nicht schließe und es bei den Kontrollen nur um eine bestimmte Personengruppe gehe.

Seit anderthalb Jahrzehnten nun ist die Region ein neuralgischer Punkt auf Europas Landkarte der Migration. Noch nie aber standen die Zeichen so auf Eskalation wie in diesem Winter. Erster Indikator dafür ist die Arithmetik: Im "Jungle" genannten Elendsquartier in den Dünen von Calais leben zurzeit bis zu 5.000 Flüchtlinge, weitere zwei- bis dreitausend in einem anderen Camp in Grande-Synthe bei Dunkerque. Mehr denn je stauen sie sich am Kanal, denn sowohl am Hafen wie auch am nahen Eurotunnel wurden die Sicherheitsvorkehrungen im vergangenen Jahr enorm verstärkt.

Als direkte Folge davon haben Migranten seit dem Herbst wiederholt versucht, auf der Autobahn, die am "Jungle" vorbeiführt, den Verkehr stillzulegen, um sich Zugang zu Lkws Richtung Eurotunnel zu verschaffen. Mehrfach entwickelten sich daraus Auseinandersetzungen zwischen Polizei (Tränengas und Gummigeschosse) und Migranten (Steine). Drei Nächte in Serie gab es Anfang Januar Krawalle, die darin mündeten, dass Polizisten ganze Gebiete des Camps unter Beschuss nahmen und dabei nicht mehr differenzierten zwischen Steinewerfern und schlafenden Familien. Zeugnis dieser Nächte geben die Tränengaspatronen, die sich in diesem Winter alle paar Schritte auf dem matschigen Boden des "Jungle" finden.

gallery Im nordfranzösischen Calais warten Tausende Flüchtlinge darauf, nach England zu gelangen. Aus provisorischen Camps wurden Slums. Nun greift die Regierung hart durch. Im nordfranzösischen Calais warten Tausende Flüchtlinge darauf, nach England zu gelangen. Aus provisorischen Camps wurden Slums. Nun greift die Regierung hart durch.

© Arnaud Journois/dpa

Hinzu kommen die Aktivitäten rechtsextremer Gruppen. Seit 2013 schon gibt es immer wieder Berichte über nächtliche Übergriffe. Migranten (und in manchen Fällen auch örtliche Unterstützer) wurden verprügelt, mit Messern und Schlagstöcken verletzt, mit Molotowcocktails angegriffen, von einem Auto verfolgt oder zu überfahren versucht. Anfangs zeichnete meist die Gruppe Sauvons Calais dafür verantwortlich. Je mehr die Kanalküste durch die Flüchtlingskrise europaweit ins Blickfeld rückt, mischen auch identitäre Akteure von außerhalb Calais' mit.

Allzu viele Bewohner der Stadt unterstützen die rassistische Gewalt nicht - anders als die neue Gruppierung Calaisiens en Colère. Die "wütenden Calaiser", aktiv seit 2015, nennen sich selbst "apolitisches Kollektiv". Teilnehmer einer Demonstration im Herbst betonten ihre Distanz zu sämtlichen politischen Parteien einschließlich des Front National und gaben sich vor allem patriotisch und zuwanderungsfeindlich. Bewegungen wie Pegida stand man geteilt gegenüber. Manche wollten damit nichts zu tun haben, andere sahen durchaus inhaltliche Übereinstimmungen. Eine Parallele ist zumindest die Rechtschaffenheit einiger selbst ernannter "Apolitischer". Mitglieder der Calaisiens wurden gefilmt, wie sie nachts im Rahmen von "Patrouillen" Steine in den "Jungle" warfen - unmittelbar neben Tränengas feuern den Polizisten.

Kommen zu viele, nehmen die Repressionen zu

Ein Hotspot auf der Karte der Migration war Calais schon, als noch niemand das Wort mit dem Balkan in Verbindung brachte. Und die vergangenen Monate haben deutlich gemacht, vor welchem größeren Hintergrund sich das Drama am Kanal abspielt: Die anhaltend hohen Zahlen der Neuangekommenen, die Versuche der beteiligten Regierungen, das Problem hinter die nächstgelegene Grenze zu verlagern, die Abwesenheit eines gemeinsamen Lösungskonzepts, aber auch der zunehmende Fokus des politischen Diskurses auf das Thema

Die Warnung von Calais Fähr-Stürmung, Tränengas, rassistische Angriffe: Bei Calais staut sich das Elend europäischer Flüchtlingspolitik. Nun soll ein Teil des Z....

und die damit einhergehende Polarisierung und Radikalisierung von Teilen der Bevölkerung spiegeln sich hier wie an vielen Orten entlang der Flüchtlingsrouten nach Europa wieder.

Ist dieser parallele Befund einmal ausgemacht, wird der Blick auf die Vergangenheit in Calais für das künftige europäische Vorgehen zur Warnung: Jahrelang hat man sich in Nordfrankreich auf Elendsmanagement beschränkt, wissend dass (wie einst ein Lokalpolitiker sinngemäß sagte) das Problem nur zu lösen wäre, wenn man den Ärmelkanal entfernte. Nahm die Zahl der Migranten zu, zog man die Repressionsschraube an. Wurde die Situation explosiv, etwa wenn Auseinandersetzungen zwischen Migranten-Gruppen hinzukamen, ließ man, so erzählen langjährige Beobachter vor Ort, ab und an ein paar vermeintliche Unruhestifter passieren. Ansonsten gab London Geld, Paris sicherte damit die Grenze, und die Migranten blieben in Sichtweite ihres Ziellands sich selbst überlassen.

Studieren lässt sich am Kanal auch eine andere Gesetzmäßigkeit: Wird der Druck auf eine bestimmte Gegend oder Route zu groß, verlagern sich Migrationsbewegungen auf andere. Natürlich weiß man das in Brüssel, während man mithilfe von Ober- und geschlossenen Grenzen versucht, die Balkanroute stillzulegen. Unterdessen wurden an der belgischen Küste nahe des Güterhafens Zeebrugge im Januar knapp 800 Transitmigranten festgenommen, die auf dem Weg nach England waren. Im Städtchen Veurne auf halbem Weg nach Calais waren es weitere 400. Die Bürgermeister der Küstendörfer fürchten, in naher Zukunft könnten auch hier "Zelt-Lager" entstehen.

Load-Date: February 23, 2016

"In den Menschen entsteht so eine Wut"; Der juristische und kulturelle Umgang mit Flüchtlingen muss neu gedacht werden. Ein Gespräch mit der Politologin Seyla Benhabib über die derzeitigen Grenzen Europas

ZEIT-online

Freitag 18. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 38

Length: 2408 words

Byline: Susanne Mayer

Body

Die türkisch-amerikanische Politologin Seyla Benhabib

© Rolf Vennenbernd/dpa

ZEIT ONLINE: Frau Benhabib, die Flüchtlingskrise zeigt uns, wie verletzlich Europa ist. Deutschland verspricht, 800.000 Menschen aufzunehmen, andere Länder heißen nur Christen willkommen und wollen keine Muslime, wieder andere mobilisieren das Militär, Wasserwerfer und Rauchbomben gegen die Flüchtlinge oder kappen den Zugverkehr ins Nachbarland. Was bleibt von unserem Traum eines geeinten Europa? Eine Fratze?

Benhabib: Es ist durchaus ironisch, dass ein Sommer, der mit der ökonomischen Griechenland-Krise beginnt, mit der Flüchtlingskatastrophe endet. Es bringt Europa an einen Zerreißpunkt. Wenn die deutsche Regierung sagt, dass sie bereit ist, Flüchtlinge aufzunehmen - inwieweit wäre das auch eine europäische Antwort auf die Situation? Und jetzt sagt Jean-Claude Juncker, Europa müsse 160.000 Flüchtlinge verteilen? Wer macht mit? Wie bei der griechischen Krise zeigt sich, dass in der rechtlichen Konstruktion der Europäischen Union sehr viele Widersprüche bestehen. Die Widersprüche liegen darin, dass die inneren Grenzen offen sind, die Außengrenzen aber nicht gemeinsam geregelt werden, weil Europa kein föderaler Staat ist.

ZEIT ONLINE: Was wäre denn dieses Europa?

Benhabib: Ich weiß nicht, wie genau man es bezeichnen soll - eine postkonventionelle föderative Vereinigung? Niemand weiß es. In der Hinsicht sind die Grenzen von Europa keine normalen Grenzen. Sollten sie wie Grenzen eines Nationalstaates sein? Militarisiert? Das hat Ungarn gemacht, Ungarn hat wie ein normaler Nationalstaat reagiert, die konservative Regierung hat einen Zaun errichtet. Italien und Frankreich grenzen an das Mittelmeer, sie könnten das gar nicht.

ZEIT ONLINE: Die Côte d'Azur mit Stacheldraht wäre tatsächlich sehr gewöhnungsbedürftig. Allerdings haben auch die Vereinigten Staaten von Amerika im Süden einen Zaun. Tatsache ist, an den Zäunen eskalieren vielleicht die Probleme, aber Zäune halten die Menschen letztlich nicht auf.

"In den Menschen entsteht so eine Wut" Der juristische und kulturelle Umgang mit Flüchtlingen muss neu gedacht werden. Ein Gespräch mit der Politologin Seyla Be....

Benhabib: Im Zaunbau manifestiert sich staatliche Schwäche. Es gibt eine Redewendung: "Bau einen Zaun, der drei Meter hoch ist, der Migrant wird eine Leiter finden, die fünf Meter hoch ist."

ZEIT ONLINE: Sie waren stets eine Anwältin der Papierlosen, von Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen und jetzt zu Hunderttausenden nach Europa kommen. "Wir müssen die Welt mit anderen teilen", haben Sie gesagt. Was genau heißt - teilen?

Seyla Benhabib: Es gibt darauf eine moralische Antwort und eine rechtliche. Von einem moralischen Standpunkt aus gibt es keine vertretbare Unterscheidung zwischen den Rechten eines Menschen, der auf einem Gebiet geboren ist, und den Rechten eines anderen, der auf der anderen Seite des Flusses geboren wurde. Hinsichtlich ihrer Lebenschancen wäre eine Differenzierung moralisch willkürlich - so lehrt uns die Moralthorie seit den Anfängen der Antike. Neu ist, dass diese moralischen Prinzipien nach dem Zweiten Weltkrieg im Internationalen Recht verankert wurden. Wir haben die Flüchtlingskonvention von 1951, und daraus ergibt sich eine internationale Pflicht, zunächst für Länder, die diese Konvention unterzeichnet haben, Asylsuchende aufzunehmen, wenn anzunehmen ist, dass er oder sie im eigenen Land verfolgt wird. In der Flüchtlingskonvention heißt es: "*a well grounded fear of persecution*" - eine begründete Furcht vor Verfolgung. Diese Formel wurde unter den Bedingungen des Kalten Krieges für politische Flüchtlinge erdacht. Jetzt sind wir mit Situationen konfrontiert, wo "*a well grounded fear of persecution*" auf Bürgerkriege oder Umweltkatastrophen ausgedehnt werden müsste. Die Frage steht im Raum, ob die bestehende Flüchtlingskonvention ausreicht, um mit diesem Problem umzugehen.

ZEIT ONLINE: Das Wort *persecution* war vielleicht schon vor 50 Jahren falsch. Man hatte wohl vergessen, dass etwa 100 Jahre zuvor in Irland eine Million Menschen verhungert war, als Folge der Kartoffelpest, und eine Million vor dem Tod floh - Wirtschaftsflüchtlinge würde man sie heute nennen.

Benhabib: Ja, wir brauchen dieses geschichtliche Verständnis. Wir müssen unseren Blick anthropologisch ausrichten und begreifen: Homo sapiens bewegt sich. Er hat sich immer bewegt. Die Unterscheidung zwischen Asylsuchenden auf der einen Seite und ökonomischen Migranten auf der anderen Seite ist sinnlos. Aber wenn wir an dieser Unterscheidung rütteln, wissen die Menschen und die staatlichen Behörden nicht mehr, wie es weitergeht. Die Konvention muss neu gedacht werden. Konkret müsste in diesem Moment erst mal das Asylprüfverfahren kürzer, rationeller und homogener gestaltet werden. Die Prüfung eines Antrages darf nicht zwei bis fünf Jahre dauern.

ZEIT ONLINE: Tatsache ist, dass viele Migranten auf unsere Rechtslage pfeifen: Sie überspringen an Grenzen die rasiermesserscharfen Zäune; sie weigern sich, sich in Ländern registrieren zu lassen, in denen sie nicht bleiben wollen; sie möchten selbst bestimmen, wohin sie gehen und wo sie leben. Wie wirkt das auf Sie, die Kritikerin der Rechtslage? Erfüllt es Sie mit Genugtuung? Mit Sorge?

Benhabib: Es ist unvermeidbar in einer Welt, die so klein geworden ist. Man kann in Syrien sitzen und im Fernseher Bilder aus Italien oder Frankreich verfolgen - die Menschen dulden nicht mehr, dass auf der einen Seite Krieg ist und auf der anderen Seite das gute Leben besteht. Da entsteht in den Menschen so eine Wut. Eine Wut darüber, dass es so ist, und ein Bedürfnis, diese Lage zu ändern. Dazu kommt unsere geschichtliche Erfahrung. Mich berührt es sehr, wenn Flüchtlinge in Tschechien und Ungarn sich weigern, in Lager zu gehen. Sie weigern sich nicht nur, weil es sie hindert, schnell nach Deutschland zu kommen, sondern weil sie aus der historischen Erfahrung das Lager als gefährlich kennen.

ZEIT ONLINE: Bilder von Hunden, die Menschen jagen. Bilder von Menschen, die in Züge gepfercht werden. Bilder von Menschen, die hinter Stacheldraht stehen - es fällt schwer, angesichts dieser, auch historisch aufgeladenen, Bilder die Fassung zu bewahren.

Benhabib: Ich habe es in der Türkei mit eigenen Augen gesehen. Die Türkei hat 2,5 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Ungefähr 1,5 Millionen von ihnen befinden sich in Lagern im Süden der Türkei. Und eine Million weigert sich, in Lager zu gehen. Die Situation in Istanbul, Izmir oder Ankara ist aber viel schlimmer als die Situation in solchen Lagern, wo die Menschen wenigstens kleine Wohnungen haben und zu essen bekommen, sogar ein

"In den Menschen entsteht so eine Wut" Der juristische und kulturelle Umgang mit Flüchtlingen muss neu gedacht werden. Ein Gespräch mit der Politologin Seyla Be....

wenig Handel treiben können. Warum weigern sich die Menschen also? Weil sie Lager mit äußerster Verletzlichkeit verbinden. Auf diese Angst müssen wir eingehen.

ZEIT ONLINE: Sie, Frau Benhabib, beharren immer wieder darauf, dass nicht die illegal einreisenden Migranten sich schuldig machen, sondern Staaten, die Migranten kriminalisieren.

Benhabib: Man erkennt in dieser Situation die ganze Widersprüchlichkeit an der Konstruktion der Grenzen. Es gibt keine Einstimmigkeit darüber, nach welchen Kriterien diesen Menschen, die aus ihrer Heimat flohen und so ihre alte Staatsbürgerschaft verloren haben, nun eine neue Staatsbürgerschaft gewährt werden sollte. Das ist bislang nicht einmal Thema. Das internationale Recht kennt kein Recht auf Staatsbürgerschaft. Ich habe Vorschläge gemacht, wie man es moralisch und politisch formulieren könnte. Jetzt muss diese Frage endlich juristisch behandelt werden. Es gibt bislang nur Direktiven.

ZEIT ONLINE: Sie betonen stets, dass Staatsbürgerschaft ein Grundrecht ist. Aber auf welcher Ebene wollen Sie es verankern? In Europa? In noch einer Charta der Vereinten Nationen? Das würde Jahrzehnte dauern, der Entwurf, die Ratifizierung, die Verankerung in nationalen Gesetzen. Haben wir so viel Zeit?

Benhabib: Man muss nicht legalistisch verfahren. Man kann erst mal die bestehenden Instrumente nutzen und schnell kleine Lösungen finden. Wenn die deutsche Regierung 800.000 Flüchtlinge aufnehmen will, warum kann sie diese Leute nicht mit Flugzeugen nach Deutschland holen ...

ZEIT ONLINE: Das würde jedenfalls verhindern, dass sie alles Geld an kriminelle Schlepperbanden verlieren. Aber ist Europa nicht zu gespalten, um diese Frage grundsätzlich zu klären?

Benhabib: Europa ist ein Laboratorium in dem Sinne, dass es sich in Richtung einer postnationalen Souveränität bewegt, gleichsam aber auf alte nationale Muster zurückgreift. Schauen Sie auf Dänemark. Dänemark hatte eine sehr liberale Flüchtlingspolitik. Aber nach der Kontroverse um die Karikaturen und dem Vorfall in der Dänischen Buchhandlung handelt Dänemark jetzt wie Ungarn.

ZEIT ONLINE: Sie kritisieren nationales Denken - aber sind es nicht auch die Flüchtlinge, die an der Vorstellung des Nationalstaates festhalten, wenn sie etwa unbedingt nach Deutschland wollen oder nach England?

Benhabib: Das ist eine der Paradoxien. Aber für die Flüchtlinge geht es vor allem um die Frage, wo sie am menschlichsten behandelt werden. Und sie wollen dorthin, wo sie schon Netzwerke haben. Wenn man jetzt über die Verteilung der Flüchtlinge in Europa redet, landen die Menschen ja nicht plötzlich auf einem Bauernhof in der Slowakei oder Polen, wo sie niemanden haben und nicht gedeihen können. Vor dieser falschen Vorstellung möchte ich warnen.

ZEIT ONLINE: Was wäre die Alternative?

Benhabib: Ich würde es vorziehen, dass die Slowakei in eine Solidaritätskasse zahlt, statt dass sie verpflichtet wird, 1.000 Flüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan aufzunehmen, denen man dann sagt, sie könnten dort nicht beten, sie könnten nicht halal essen, sie dürften keine Moschee aufbauen. Das wäre ein oktroyierter Multikulturalismus.

ZEIT ONLINE: Angela Merkel hat betont, Parallelgesellschaften werde es nicht geben. Aber haben die USA nicht damit gute Erfahrungen gemacht? Mit Little Italy und Chinatown?

Benhabib: Amerika ist in dieser Hinsicht ein anderes Land. Ich kann nach Little Italy gehen und es ist schön. Aber die Bronx? Sie können heute in New York von der 241. Straße bis runter ins Village spazieren und hören nur spanischsprechende Menschen.

ZEIT ONLINE: Werden wir uns daran gewöhnen, im Bus zu sitzen, und um uns herum wird nur Arabisch gesprochen? Ist das das neue Deutschland?

"In den Menschen entsteht so eine Wut" Der juristische und kulturelle Umgang mit Flüchtlingen muss neu gedacht werden. Ein Gespräch mit der Politologin Seyla Be....

Benhabib: Es passiert doch schon. Wenn ich in Frankfurt U-Bahn fahre, verstehe ich nicht einmal, welche Sprache neben mir gesprochen wird. Als jemand, der immer wieder nach Deutschland kommt, sehe ich jetzt auch Studierende mit Schleier, sie promovieren sogar ... Aber anders als in den USA, wo es viele Jobs gibt, in die hinein man sich leicht bewegen kann, gibt es in Deutschland einen sehr engen Zusammenhang zwischen schulischer Leistung und dem Arbeitsmarkt. Wenn man Parallelgesellschaften vermeiden will, verlangt das viel soziales Denken und Sozialarbeit. Zum Beispiel die türkische Community - es ist keine gescheiterte Integration, aber eine, die wirklich sehr sehr sehr lange gedauert hat. Und es kann nicht sein, dass die Leute ihre eigene Kultur verleugnen.

ZEIT ONLINE: Das Kopftuch etwa, das viele Migrantinnen auf den Bildern tragen - ist in Deutschland oder in Frankreich ein heftig umstrittenes Stück Stoff. Müssen die Migrantinnen, die wir auf den Bildern von den Flüchtlingsmärschen sehen, ihr Kopftuch ablegen? Kopftuch oder Leben?

Benhabib: Verglichen mit Frankreich ist die deutsche Gesellschaft in diesem Punkt toleranter geworden. Ich will eins betonen: Vom Kopftuch her lässt sich nicht darauf schließen, wie die Lage der Frau in ihrer Familie ist. Viele Frauen tragen ein Kopftuch, weil sie sich auf der Straße frei bewegen wollen in einer konservativen Gesellschaft. Sie möchten einen Beruf ausüben, ohne belästigt zu werden. Und teilweise sind sie wirklich fromm, das ist ihre Religiosität und Identität. Man muss sehen, dass es unter den jetzigen Migranten sehr viele arbeitende Frauen gibt. Paradoxerweise gerade unter den Frauen aus dem Irak. In Saddam Husseins Irak gab es ein hohes Maß an Frauenausbildung. Viele Frauen werden hier die normalen Dilemmata von Integration erleben.

ZEIT ONLINE: Können Sie verstehen, dass deutsche Frauen mit Sorge sehen, dass jetzt viele männliche Migranten aus Kulturen kommen, in denen über Frauen anderes gedacht wird als in Deutschland nach einem Jahrhundert der Frauenbewegung?

Benhabib: Kann sein. Aber wie Gyattari Spivak gesagt hat: Beim Feminismus geht es nicht darum, dass Männer aus der Ersten Welt Frauen vor den Männern der Dritten Welt beschützen. Verstehen Sie? Wir müssen auch zusehen, dass wir Migranten nicht noch einmal stigmatisieren.

ZEIT ONLINE: Sie wünschen sich eine Vertiefung der demokratischen Prozesse durch eine sogenannte Iteration, einen Prozess der Diskussion, in dem alle bereit sind, ihre Position auch zu verschieben. Jetzt kommen viele Menschen nach Europa, die schon aus Gründen der Sprache von einem solchen Prozess ausgeschlossen sind. Was bedeutet das für ein demokratisches Gemeinwesen?

Benhabib: Man muss den Menschen auf allen Ebenen ein Sprachrecht geben. Die Migranten dürfen nicht vier, fünf Jahre in einem Flüchtlingsheim sitzen, ohne Beteiligung. Wer Menschen von der Arbeitsgesellschaft fernhält, überlässt sie einem sozialen Tod. Man muss darauf insistieren, dass alle, die im Asylprozess sind, arbeiten dürfen. Und wir brauchen dringend auf transnationaler Ebene eine Klärung der Bedingungen, unter denen diese Menschen Staatsbürger werden können. Der Mensch lebt natürlich im Lokalen, und wird die lokale Ebene vernachlässigt, entstehen Probleme wie Rassismus, Ethnozentrismus, Ausschluss. Die Menschen brauchen Sprachunterricht und Arbeit.

ZEIT ONLINE: Eine persönliche Frage. Sie sind in der Türkei aufgewachsen in einer Familie sephardischer Juden. Sie haben Ihr Gefühl von Heimat beschrieben als ein Gefühl, "in der Türkei zu leben, ohne im ethnischen oder nationalen Sinne türkisch zu sein". War es ein gutes Gefühl? Ein banges?

Benhabib: Es hatte süße Seiten und nicht so angenehme. Ich möchte sagen: Heimat sollte nicht überhöht werden. Heimat ist eine Sehnsucht. Heimat ist, wo man anfängt, nicht wo man landet. In Deutschland ist Heimat ein sehr aufgeladener Begriff. Psychoanalytisch gesprochen ist es eine Sehnsucht nach einer Welt ohne Verlust, wo man immer angenommen wird, nach einer Welt ohne Tragik, nach einer Welt ohne Ambivalenzen. Das ist eine normale Sehnsucht. Aber diese Welt gibt es nicht.

"In den Menschen entsteht so eine Wut" Der juristische und kulturelle Umgang mit Flüchtlingen muss neu gedacht werden. Ein Gespräch mit der Politologin Seyla Be....

End of Document

Wie Sie Flüchtlingen helfen können; Überall in Deutschland helfen Ehrenamtliche den ankommenden Flüchtlingen. Was Sie selbst tun können und was Sie dabei beachten sollten.

ZEIT-online

Donnerstag 27. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Ehrenamtliches Engagement; Ausg. 34

Length: 926 words

Byline: Milena Hassenkamp

Body

Flüchtlinge schlafen in Neumünster in der Turnhalle der Gemeinschaftsschule Brachenfeld. Für die Betreuung und Integration der vielen **Flüchtlinge** in Schleswig-Holstein ist das Engagement ehrenamtlicher Helfer inzwischen unverzichtbar.

©Markus Scholz/dpa

Je mehr Menschen in Deutschland Schutz suchen, desto mehr wollen ihnen dabei helfen: Freiwillige verteilen Kleiderspenden, nehmen **Flüchtlinge** bei sich auf, geben Deutschunterricht. Das ist, zwischen all den Meldungen von brennenden **Asylbewerberheimen**, eine gute Nachricht.

Es gibt bisher kaum Statistiken zu Ehrenamtlichen in der **Flüchtlingsarbeit**. Das Berliner Institut für empirische Integrations- und **Migrationsforschung** hat 70 Organisationen befragt und kam im April zu dem Ergebnis, dass die Zahl der ehrenamtlichen **Flüchtlingshelfer** in den vergangenen drei Jahren stark gestiegen ist - parallel mit der Zahl der **Flüchtlinge** seit dem Beginn der Syrien-Krise 2011.

Auch Bernd Mesovic, stellvertretender Geschäftsführer von Pro Asyl, stellt das fest. In den letzten zwei Jahren sei die Zahl an Freiwilligen, die sich bei Pro Asyl und anderen Anlaufstellen melden, enorm gestiegen. Kleiderspenden, Deutschunterricht und Amtsbegleitung seien die häufigsten Angebote, in denen die Bürger sich engagierten.

```
window.zonZg = {}; window.zonZg.imagePath="http://interactive.zeit.de/infografik/2015/wie-kann-ich-helfen/images/"; window.zonZg.cssPath="http://interactive.zeit.de/infografik/2015/wie-kann-ich-helfen/styles/"; window.zonZg.staticPath="http://interactive.zeit.de/infografik/2015/wie-kann-ich-helfen/static/";
```

Wer hilft?

Viele dieser Initiativen entstehen aus der Not heraus. Im baden-württembergischen Weissach im Tal, wo vor wenigen Tagen ebenfalls eine Flüchtlingsunterkunft brannte, haben drei Frauen einen Secondhand-Laden

Wie Sie Flüchtlingen helfen können Überall in Deutschland helfen Ehrenamtliche den ankommenden Flüchtlingen. Was Sie selbst tun können und was Sie dabei beachten....

eröffnet, in dem alle einkaufen können, Flüchtlinge ihre Kleider aber umsonst erhalten. Außerdem können sie im Verkauf mithelfen und so mit Einheimischen in Kontakt kommen und Deutsch lernen. Um die vielen Kleiderspenden zu verteilen, brauchte es schlicht einen Ort, sagt Marion Aumüller, eine der drei Initiatorinnen. Deshalb wandten sich die drei Frauen direkt an den örtlichen Bürgermeister. Dieser organisierte ihnen einen Laden, bei dem sie nur die Betriebskosten tragen müssen.

So einfach kann Hilfe sein, das zeigt auch das Projekt Flüchtlinge Willkommen, das bisher 80 Menschen erfolgreich in WGs und Familien vermittelt hat. Die Mietkosten finanzieren viele der WGs über Spenden aus dem Freundeskreis. Grundsätzlich kann man für die private Aufnahme eines Flüchtlings auch bei der Kommune eine Kostenübernahme beantragen. Diese prüft dann, ob die Unterkunft infrage kommt. Leider werden die Anträge auch oft abgelehnt. Für Menschen mit einer Duldung oder solche, die sich noch im Asylverfahren befinden, ist es schwerer, eine Kostenübernahme zu bekommen, als für Menschen, die schon als Flüchtlinge anerkannt wurden.

Einen Überblick über Initiativen in der Nähe haben die lokalen Flüchtlingsräte (Vereine, die in Kontakt mit den Behörden stehen) und die Diakonie. Sie können die Hilfe vermitteln. Auch eine direkte Kontaktaufnahme mit den Leitern eines Flüchtlingsheims in der Nähe ist möglich und ratsamer, als unangemeldet auf die Menschen in den Heimen zuzugehen, die häufig traumatisiert und mitunter auch den fremden Helfern gegenüber skeptisch sind.

Wer Flüchtlingen Wohnraum anbieten will, sollte sich über die Verantwortung im Klaren sein, die er damit auf sich nimmt. Nach Möglichkeit sollte es nicht nur darum gehen, für eine kurze Zeit jemandem ein Dach über den Kopf zu geben, sondern ihn als gleichwertigen Mitbewohner in der eigenen Wohnung zu akzeptieren. Trotzdem ist die persönliche Verantwortung oft größer, als zu Anfang geglaubt. Kulturelle Unterschiede und mögliche Traumata spielen eine große Rolle im Zusammenleben. Da die Dauer des Asylverfahrens oft nicht abzusehen ist, entstehen mitunter längere Wartezeiten, in denen die Flüchtlinge perspektivlos sind und nicht arbeiten können.

Von einmaligen Geldspenden an eine Flüchtlingsorganisation bis zur lebenslangen Bürgschaft für einen syrischen Flüchtling gibt es viele verschiedene Arten, zu helfen. Jeder Helfer sollte sich ehrlich überlegen, was er leisten will - und auch wirklich leisten kann.

Auch Helfer brauchen Hilfe

Ein weiteres Ergebnis der Befragung des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung: Viel Zeit der Ehrenamtlichen fließt immer noch in die umständliche Kommunikation mit den Behörden, lange Wartezeiten auf den Ämtern strapazieren die Zeit von so manchem Freiwilligen - das ist vergeudete Energie, die für andere Projekte genutzt werden könnte.

Wichtig sei, das neue Engagement durch die richtigen Strukturen aufzufangen, damit die Tatkraft der Helfenden nicht enttäuscht wird und die Hilfe auch dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Gerade junge Freiwillige sind bereit, in ihrer freien Zeit eine Menge zu leisten. Doch gute Organisation braucht auch Konstanz, die ohne Geld auf Dauer nicht zu leisten ist.

Freiwillige müssen geschult und betreut werden, sagt auch Bernd Mesovic von Pro Asyl. Gerade bei der Begleitung von Behördengängen ist ein juristisches Grundwissen vonnöten. Die Erfahrungen im Umgang mit fremden, häufig traumatisierten Menschen müssen die Helfer auch besprechen können. Frustration führe sonst dazu, dass das Ehrenamt wieder aufgegeben wird. Wer Flüchtlinge in schwierigen Situationen unterstützt, der braucht manchmal selbst Hilfe.

Load-Date: August 27, 2015

Der Dschungel wird wieder wachsen; Das Lager in Calais wird aufgelöst, die Bewohner werden verteilt. Aber in vielen Orten Frankreichs wächst der Widerstand. Einige Flüchtlinge bleiben ohnehin in Calais.

ZEIT-online

Montag 24. Oktober 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Calais; Ausg. 42

Length: 885 words

Byline: Annika Joeres

Body

Französische Polizisten beobachteten den Auszug der **Migranten** aus dem Dschungel genannten Lager bei Calais.

© Pascal Rossignol/Reuters

Ab heute sind die Restaurants New Kaboul und Peace, Geschäfte mit so klingenden Namen wie Tiger Shop und auch der Jungle Boxing Club Geschichte: Frankreich hat begonnen, das **Flüchtlingscamp** von Calais mitsamt seiner selbst gezeimerten Betriebe aufzulösen. Am Montag transportierten Reisebusse Hunderte der insgesamt mehr als 6.000 **Migranten** in eigens errichtete Auffanglager.

Der sogenannte Dschungel von Calais symbolisierte wie kein zweites Camp in Europa die Unfähigkeit der EU, **Flüchtlinge** schnell und sicher zu versorgen und auf die einzelnen Mitgliedsländer aufzuteilen. Frankreich und England konnten sich nicht einigen, ob Väter und Söhne, Mütter und Töchter auf beiden Seiten des Atlantiks zusammengeführt werden sollen oder nicht. Calais reflektierte wie durch ein Brennglas die konfuse europäische Politik. Auch deshalb berichten heute mehr als 700 Journalisten aus aller Welt über das vorläufige Ende des Dschungels.

In Calais lebten Tausende Menschen in einem rechtlichen Niemandsland - mitten in Frankreich, mitten in einer touristischen Baderegion am Atlantik. Der französische Staat war so gut wie nicht präsent. So gründeten die Flüchtlinge selbst Geschäfte, Ehrenamtliche gaben Französischkurse oder unterrichteten die vielen Minderjährigen in den üblichen Schulfächern. Häufig kam es zu Streit oder Prügeleien unter den Migranten, die sich in vielen Fällen untereinander nicht verständigen konnten.

Vor allem die schwer traumatisiert aus Kriegsgebieten Geflüchteten litten unter der rauen Stimmung und Enge im Slum. Die Polizei gab heute an, in den vergangenen Jahren 38.000 Mal Tränengas versprüht zu haben, um "Aufstände niederzuschlagen" oder ungewollte Versammlungen zu beenden. Das Leben im Dschungel war so schwierig, dass mehr als 150 Menschen - vor allem aus Afghanistan und dem Irak - am Wochenende den französischen Behörden gegenüber bekundet haben, in ihre Heimatländer zurückkehren zu wollen.

Der Dschungel wird wieder wachsen Das Lager in Calais wird aufgelöst, die Bewohner werden verteilt. Aber in vielen Orten Frankreichs wächst der Widerstand. Eini....

Wohin sollen die Leute jetzt gehen?

Die meisten Bewohner des Dschungels kamen über Spanien oder Italien nach Calais - in der Hoffnung, per Schiff nach Großbritannien übersetzen zu können oder es durch den Tunnel unter dem Ärmelkanal zu erreichen. Mit jedem Jahr wuchs das Lager zu einer größeren Stadt, ohne dass es Straßen oder Strom für alle gegeben hätte. Bei jedem Regen flossen schlammige Bäche in die Zelte. In den Wohncontainern war es kaum besser. Dort lebten die Menschen zusammengepfercht wie Insassen eines Gefängnisses.

Auch deshalb sprachen sich viele humanitäre Organisationen dafür aus, die Siedlung aufzulösen - aber darüber, wohin ihre Bewohner nun gehen sollen, die aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und vor allem dem Sudan nach Frankreich kamen, gibt es Streit. Der sozialistische Innenminister Bernard Cazeneuve verspricht eine "würdige Lösung im Einklang mit den Rechten von Flüchtlingen". Dazu sollen die 6.500 Migranten auf rund 450 sogenannte Orientierungszentren verteilt werden. Knapp 290 dieser Unterkünfte wurden eigens für die Flüchtlinge von Calais eröffnet. Erst in den Orientierungszentren werden ihre Asylanträge bearbeitet.

Manche Flüchtlinge werden in der Region bleiben

Manche Bürger und konservative Politiker sperren sich aber gegen diesen Plan. Wenige Monate vor den französischen Präsidentschaftswahlen ist der Dschungel ein Politikum. Der rechtsextreme Front National will den Barackenort zwar auflösen, versucht aber zugleich, andere Flüchtlingsheime zu verhindern. Im südfranzösischen Béziers etwa ließ der FN-Bürgermeister Plakate kleben, auf denen über einer unheilvollen Gruppe bärtiger Männer der Slogan prangt: "Die Migranten kommen - der Staat zwingt sie uns auf." Die oppositionellen Republikaner haben dazu aufgerufen, in den von ihnen regierten Städten keine Flüchtlinge aufzunehmen.

gallery Menschen steigen in Busse, Zelte werden abgerissen: Ende der Woche soll der Dschungel verschwunden sein. Kaum vorstellbar, betrachtet man die aktuellen Bilder aus Calais. Menschen steigen in Busse, Zelte werden abgerissen: Ende der Woche soll der Dschungel verschwunden sein. Kaum vorstellbar, betrachtet man die aktuellen Bilder aus Calais.

© Christopher Furlong/Getty Images

Die Stimmung ist aufgeheizt. Selbst in sehr kleinen Kommunen haben sich Bürgerinitiativen gebildet, die dagegen kämpfen, dass Flüchtlinge in ihrem Ort untergebracht werden - auch wenn nur wenige kommen sollen und obwohl die Orientierungscamps aus Paris bezahlt und organisiert werden. Südlich von Paris wurde ein bis dahin noch unbewohntes Flüchtlingsheim in Brand gesteckt, in anderen Unterkünften wurden Fassaden beschädigt oder mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert.

Auch in Calais wird es nicht ruhig bleiben. Rund 1.200 junge Menschen werden in der Stadt bleiben: Die Minderjährigen, die sobald wie möglich zu ihren Eltern reisen sollen, die häufig schon in Großbritannien sind. Andere Bewohner des Dschungels werden in der Region unterkommen wollen, um die Chance, über Calais nach Großbritannien zu gelangen, nicht zu verlieren. Flüchtlingsorganisationen bereiten sich deshalb darauf vor, wieder Decken und Zelte an den Einfallstraßen zu verteilen. Gut möglich, dass der Dschungel über die Jahre wieder anwachsen wird.

Load-Date: October 24, 2016

Brüsseler Rechenspiele; Bisher steuert die EU planlos durch die Flüchtlingskrise. Nun will die Kommission einen europaweiten Verteilungsschlüssel durchsetzen. Doch der wird nicht funktionieren.

ZEIT-online

Dienstag 8. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 36

Length: 1494 words

Byline: Paul Middelhoff

Body

Flüchtlinge wärmen sich mit Decken an der serbischen Grenze zu Ungarn.

© Dan Kitwood/Getty Images

Wie sehr es der Europäischen Union an einem stimmigen gemeinsamen Konzept zur Lösung der **Flüchtlingskrise** fehlt, zeigte sich vor zwei Wochen am Beispiel Deutschland: Als das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) ankündigte, künftig **Flüchtlinge** aus Syrien entgegen der Dublin-II-Richtlinie nicht mehr in die völlig überforderten Erstaufnahmestaaten zurückzuschicken, feierte EU-**Flüchtlingskommissar** Dimitris Avramopoulos dies als "mutige Entscheidung". Doch nur wenige Minuten später pochte er auf die Einhaltung eben jener Regeln, deren Bruch er soeben gelobt hatte: "Sowohl Schengen als auch Dublin müssen vollständig umgesetzt werden. Das ist die Verantwortung der Mitgliedstaaten."

Mittlerweile dämmert den Verantwortlichen in Brüssel, dass sie das **Flüchtlingsgeschehen** mit solch widersprüchlichen Signalen nicht länger nur begleiten können. Während derzeit mehr Menschen über das Mittelmeer und die Balkan-Route nach Europa kommen als je zuvor, müht sich die EU-Kommission daher nun um eine abgestimmte gemeinsame **Asyl-** und **Flüchtlingspolitik** aller 28 Mitgliedstaaten. Denn das Dublin-Abkommen, nach dem Einwanderer in dem Land ihren **Asylantrag** stellen müssen, das sie zuerst betreten, ist gescheitert: Griechenland, Italien und Ungarn ignorieren in großen Teilen die verpflichtende Registrierung aller **Asylsuchenden** und lassen sie zumeist einfach weiterziehen. Häufig heißt das Ziel der Flüchtenden dann Deutschland.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker will Bewegung in die festgefahrenen Bemühungen bringen, die 28 Mitgliedsländer auf eine gemeinsame Linie zu verpflichten. Am Mittwoch hält er seine erste Rede zur Lage der Europäischen Union vor dem Europaparlament. Abgeordnete in Brüssel erwarten, dass der Luxemburger für einen europaweiten Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge werben wird. Mit dessen Hilfe sollen Asylsuchende auf die einzelnen Mitgliedstaaten verteilt werden. Ein solcher Schlüssel würde es Ländern wie Polen und Tschechien oder den baltischen Staaten unmöglich machen, sich wie bislang vor der Aufnahme von Flüchtlingen zu drücken.

Brüsseler Rechenspiele Bisher steuert die EU planlos durch die Flüchtlingskrise. Nun will die Kommission einen europaweiten Verteilungsschlüssel durchsetzen. Do....

Wie könnte ein solcher permanenter Verteilungsschlüssel aussehen?

Verteilung nach Quote

Vergangene Woche stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Besuch in der Schweiz eine Initiative zur Verteilung von Flüchtlingen vor, die sie gemeinsam mit Frankreichs Präsident François Hollande ausgearbeitet hatte. Dem deutsch-französischen Vorschlag liegt das Prinzip des Königsteiner Schlüssels zugrunde, anhand dessen bereits Flüchtlinge innerhalb von Deutschland verteilt werden.

Dieser Schlüssel orientiert sich zu einem Drittel an der Einwohnerzahl und zu zwei Dritteln am Steueraufkommen eines Bundeslandes. Große, reiche Länder werden so besonders belastet. Jedoch lässt sich das Modell nicht deckungsgleich auf Europa anwenden: Die Steuergesetzgebungen der einzelnen EU-Staaten sind zu unterschiedlich - die Steueraufkommen sind deshalb nicht vergleichbar. Merkel und Hollande wollen deshalb das Bruttoinlandsprodukt heranziehen. Das Prinzip bleibt jedoch gleich: Wer wirtschaftlich und finanziell stark ist und viele Einwohner hat, muss auch viele Flüchtlinge aufnehmen.

Das Modell würde Deutschland und Frankreich entlasten. Denn beide Länder gewähren bereits weit mehr Flüchtlingen Asyl, als sie nach dieser Quote aufnehmen müssten. Andere EU-Staaten wie Polen, Litauen oder Estland wären verpflichtet, deutlich mehr Asylsuchende unterzubringen als bisher. Berlin und Paris zielen auf den Lastenausgleich. Dementsprechend heftig wehren sich die Staatsschefs und Innenminister der betroffenen Staaten gegen eine Quote.

Ein Notfallplan, mit dem die EU-Kommission in den nächsten Wochen Ungarn, Griechenland und Italien um 120.000 Flüchtlinge entlasten will, gewährt den Osteuropäern jedoch einen Ausweg: So sollen Staaten künftig die Möglichkeit haben, sich mithilfe einer Ausgleichszahlung von der Aufnahme der Flüchtlinge freizukaufen. Eine solche finanzielle Kompensation könnte eine Lösung auch für eine permanente Verteilungsquote sein. "Regierungen in Ost-Europa werden die Freikaufoption nutzen, um sich gegenüber ihren Wählerschaften nicht für die Unterbringung von Asylbewerbern verantworten zu müssen", sagt Olaf Kleist, der an der Universität Oxford zum Thema Flüchtlinge forscht.

Zudem soll es für Polen und die baltischen Länder für den Fall, dass sich die Lage in der Ostukraine verschlechtert und sie deutlich mehr Flüchtlinge aus dem Nachbarland aufnehmen müssen, die Möglichkeit geben, die Aufnahme von Schutzsuchenden aus anderen Ländern zu stoppen. Auch dieser Vorschlag kommt den Einwänden der Osteuropäer entgegen.

Doch selbst wenn die EU-Kommission das Verteilungsmodell von Merkel und Hollande übernimmt, wäre ein Erfolg des Konzepts fraglich. Die Asyl-Standards innerhalb der EU sind schlicht zu unterschiedlich. Ein Beispiel: Schweden und Deutschland stellen Asylbewerbern weit mehr Lebensmittel, bessere Unterkünfte und eine höhere finanzielle Unterstützung zur Verfügung als etwa Kroatien. Wenn die Quote nach Kroatien zwingt, der wird sich erneut auf den Weg nach Deutschland oder Schweden machen. Wissenschaftler sprechen von Sekundärmigration. Eine Lösung läge vor allem in der Angleichung der Standards. Diese Option aber liegt in weiter Ferne.

Verteilung nach Präferenz

Um das Phänomen der Sekundärmigration auszuhebeln, schlagen Flüchtlingsorganisationen vor, dass Flüchtlinge sich künftig selbst aussuchen, in welchem Land sie ihren Asylantrag stellen - ungehindert von irgendwelchen EU-Verteilungsquoten. "Für das Modell der freien Wahl des Asylortes spricht die schnellere Integration von Flüchtlingen. Denn diese gehen nach allen Erfahrungen dorthin, wo sie auf bereits bestehende Communities treffen", heißt es dazu in einem Positionspapier von Pro Asyl.

Ohnehin werde der Wille der Flüchtlinge bei der Verteilung bisher zu wenig beherzigt. Doch kann eine unregelmäßige Einwanderung in einige wenige Staaten funktionieren? "Durch eine finanzielle Kompensation an die Staaten, die

Brüsseler Rechenspiele Bisher steuert die EU planlos durch die Flüchtlingskrise. Nun will die Kommission einen europaweiten Verteilungsschlüssel durchsetzen. Do....

besonders viele Flüchtlinge aufnehmen, könnte ein Lastenausgleich geschaffen werden", sagt Oxford-Professor Kleist.

Das Hotspot-Modell

Die EU-Kommission setzt weiterhin darauf, Flüchtlinge schon früh auf ihre Schutzbedürftigkeit zu prüfen. Dazu wird derzeit in der Hafenstadt Catania auf Sizilien ein großes Registrierungszentrum aufgebaut, auch Hotspot genannt. Wer dort ankommt und keinen Asylgrund nachweisen kann, darf erst gar nicht in die EU einreisen. Das Ziel: Menschen, die nicht vor Krieg oder Diskriminierung fliehen, werden gleich nach der Ankunft abgeschoben. Künftig sollen weitere Hotspots wie der in Catania entlang der gesamten EU-Außengrenze aufgebaut werden - ein zweiter im griechischen Piräus ist schon in Planung.

Ergänzt wird die Einrichtung der Hotspots an den europäischen Außengrenzen durch eine weitere Maßnahme aus Brüssel: Am Mittwoch will die EU-Kommission eine Liste von Staaten vorlegen, die künftig europaweit als sichere Herkunftsländer gelten sollen. Dadurch wird es für Bürger dieser Staaten - darunter alle Westbalkan-Staaten - künftig so gut wie unmöglich, in der EU einen Asylantrag bewilligt zu bekommen. Den Hotspots kommt dadurch eine große Bedeutung zu: Läuft alles nach Plan der EU-Kommission, sollen so nur noch die Flüchtlinge in die EU kommen, die auch Aussicht auf Asyl haben. Wie auch immer sie dann verteilt werden.

Ein Blick auf die Insel Malta lässt ahnen, warum sich die EU bislang so schwer tut mit der Koordination einer gemeinsamen Asylpolitik. Dort, in der Hauptstadt Valetta, sitzt das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen, kurz EASO. Die Behörde soll ihrem Auftrag gemäß die Zusammenarbeit der 28 EU-Staaten in der Asylpolitik koordinieren. Bislang ist die EASO der Öffentlichkeit gänzlich unbekannt - wohl auch, weil die Behörde bislang nicht durch ein aktives Auftreten in der Flüchtlingskrise auf sich aufmerksam gemacht hat. Doch was kann das Büro so weit abseits von Brüssel und der wichtigsten Hauptstädte schon ausrichten?

Vor zwei Wochen forderte der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn, dass die EASO zur einer europäischen Asylbehörde umgebaut werden solle. Zwar könnte die EASO nicht wie das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Asylanträgen stattgeben oder sie ablehnen. Denn es gibt kein EU-Asyl - jeder Nationalstaat entscheidet einzeln darüber, wem er Asyl gewährt und wem nicht. Die Aufgabe läge eher darin, die sehr unterschiedlichen Asylverfahren in den einzelnen Ländern zu vereinheitlichen, die Standards für die Unterbringung und Versorgung der Schutzsuchenden anzugleichen und gegebenenfalls für die Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Staaten zu sorgen.

Von einer solchen Rolle ist das EASO aber noch weit entfernt: Bislang verfügt die Behörde auf Malta gerade einmal über 80 Mitarbeiter.

Load-Date: September 15, 2015

Jeder Zweite würde auch Wirtschaftsflüchtlinge aufnehmen; Eine repräsentative Umfrage der ZEIT zeigt: Die Deutschen bleiben offen für die Aufnahme von Flüchtlingen. Selbst wenn diese aus wirtschaftlicher Not ihr Land verlassen.

ZEIT-online

Mittwoch 9. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Asylpolitik; Ausg. 11

Length: 494 words

Body

Flüchtlinge in Berlin während einer Informationsveranstaltung zur Jobberatung

© Carsten Koall/Getty Images

Jeder zweite Deutsche ist dafür, auch Menschen in Deutschland **Asyl** zu gewähren, die wegen der "schlechten Wirtschaftssituation" ihr Herkunftsland verlassen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), des Sozialforschungsinstituts infas und der ZEIT im Rahmen der Vermächtnis-Studie. Gefragt wurde nach der Akzeptanz von **Flüchtlingen**, differenziert nach Fluchtursache (politische Verfolgung/schlechte Wirtschaftssituation), Glauben (christlich/muslimisch) und Bildungsstand.

Wenn es um sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge geht, unterscheiden die Deutschen erheblich: Unter der Bedingung, dass die Asylbewerber eine abgeschlossene Berufs- oder Hochschulausbildung nachweisen können, befürworten rund 55 Prozent eine Aufnahme. Die Aufnahmebereitschaft für Menschen ohne berufliche Qualifikation ist jedoch wesentlich geringer: Auch jenen Asyl zu gewähren, die keine entsprechende Vorbildung nachweisen können, dafür plädieren nur 38 Prozent.

Ob Asylsuchende christlichen oder muslimischen Glaubens sind, spielt dagegen bei der Frage, ob man ihnen Asyl gewähren soll, für die Befragten überhaupt keine Rolle. Ruud Koopmans, Direktor der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung am WZB, der die Befragung konzipiert hat, schließt mit Verweis auf die Fragetechnik aus, dass es sich um sozial erwünschte Antworten handelt. Die Botschaft dahinter sei: "Zu behaupten, es gebe eine weit verbreitete Islamophobie, ist stark übertrieben, um das Mindeste zu sagen."

Mehr zum Thema lesen Sie in der ZEIT Nr. 12 vom 10.3.2016. Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Asylbewerber, deren Fluchtgrund ihre politische Verfolgung ist, sind in Deutschland laut der Studie über alle Parteigrenzen hinweg willkommen: 93 Prozent der rund 1.500 Befragten sind dafür, diesen Menschen in Deutschland Asyl zu gewähren. Die Zustimmung reicht dabei "bis weit in das Lager der AfD- und Pegida-Anhänger", sagt Koopmans. Der Bruch zwischen dieser Zustimmung und dem Erfolg rechter Parteien sei "nur

Jeder Zweite würde auch Wirtschaftsflüchtlinge aufnehmen Eine repräsentative Umfrage der ZEIT zeigt: Die Deutschen bleiben offen für die Aufnahme von Flüchtling....

dadurch zu erklären, dass ein enorm hohes Misstrauen gegenüber Menschen herrscht, die sich als politisch verfolgt ausgeben und es möglicherweise nicht sind". Wer nachweisen könne, "dass er um Leib und Leben fürchten muss, ist hier uneingeschränkt willkommen", sagt Koopmans.

Laut einer Forsa-Umfrage für den *stern* bereiten die Angriffe auf Flüchtlingsheime den Deutschen auch weit mehr Sorgen als die Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge. Aus 13 Problembereichen sollten die Befragten dabei jene angeben, die sie am meisten beunruhigen. Angriffe auf Flüchtlingsheime und rechte Gewalt kamen mit 83 Prozent an erster Stelle, gefolgt vom Zulauf zu rechtsextremen Gruppen mit 77 Prozent. Die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber wurde von 52 Prozent der Befragten erst an zehnter Stelle genannt.

Load-Date: March 9, 2016

End of Document

Österreich fordert 600 Millionen Euro von EU; Weil sich Österreich um so viele Flüchtlinge kümmert, verlangt es eine Entschädigung von der EU. Europa solle zudem Geld aus Katastrophenfonds für die Krise verwenden.

ZEIT-online

Sonntag 7. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 6

Length: 339 words

Body

Österreich fordert eine Entschädigung für seine Kosten in der **Flüchtlingskrise**.

© Djordje Savic/dpa

Österreich fordert von Brüssel einem Zeitungsbericht zufolge eine Entschädigung für die Mehrkosten, die durch die Aufnahme von **Flüchtlingen** im vergangenen Jahr entstanden seien. Sein Land könne sich jährlich um rund 35.000 **Asylsuchende** kümmern, schrieb Finanzminister Hans Jörg Schelling in einem Brief an EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker, aus dem der *Kurier* am Samstag zitierte. Im vergangenen Jahr seien es aber 90.000 gewesen und Österreich habe zusätzliche 600 Millionen Euro ausgeben müssen. Ein Regierungssprecher bestätigte den Bericht.

Dem Brief zufolge, der bereits Ende Januar verschickt worden sein soll, fordert der österreichische Finanzminister nun eine Entschädigung aus Brüssel. Zudem regte er eine Aufstockung des europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (Amif) mit einer veränderten Ausschüttung für die am meisten betroffenen Länder an. Zudem müssten auch Fonds, die eigentlich für Naturkatastrophen gedacht seien, sowie andere ungenutzte Geldmittel für die Flüchtlingskrise genutzt werden.

Dem *Kurier* zufolge zeigte sich Finanzminister Schelling "persönlich zunehmend frustriert" über die "riesigen Probleme" der EU. Die Kommission müsse zu ihrer "normalen Funktion einer unabhängigen Institution" zurückkehren.

Österreichs EU-Kommissar für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn (ÖVP), sieht andere in der Pflicht: "Nicht die Kommission ist der Adressat, der Brief sollte an die EU-Regierungen gerichtet sein, die in der Flüchtlingspolitik säumig sind und sich nicht an einer gemeinsamen europäischen Lösung beteiligen."

Der Flüchtlingsandrang über die Balkanroute nach Europa hat sich im vergangenen Jahr dramatisch zugespitzt. Von dort aus machen sich die Schutzsuchenden vor allem auf den Weg nach Deutschland, Schweden und Österreich. Die österreichische Regierung hatte zuletzt mehrmals gefordert, die EU-Außengrenzen stärker zu kontrollieren.

Österreich fordert 600 Millionen Euro von EU Weil sich Österreich um so viele Flüchtlinge kümmert, verlangt es eine Entschädigung von der EU. Europa solle zudem....

Load-Date: February 7, 2016

End of Document

CSU blockiert Kompromiss zu sicheren Herkunftsländer; Die Einstufung nordafrikanischer Staaten als sichere Herkunftsländer droht an der CSU zu scheitern. Einem Bericht zufolge lehnt sie einen Kompromiss bei Altfällen ab.

ZEIT-online

Dienstag 16. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migranten aus Nordafrika; Ausg. 7

Length: 219 words

Body

Nordafrikanische **Flüchtlinge** auf dem Weg nach Europa (Archiv)

© Ettore Ferrari/ANSA/epa/dpa

Die CSU ist nach einem Bericht des Redaktionsnetzwerks Deutschland vom Dienstag derzeit nicht bereit, eine Pauschallösung zur Regelung der knapp 20.000 Altfälle zu akzeptieren. Dies hatte der **Flüchtlingskoordinator** der Bundesregierung, Peter Altmaier (CDU), dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) bereits zugesagt.

Kretschmann fordert liberale Altfall-Regelung und Beschwerdemöglichkeit

Eine liberale Altfall-Regelung hatte das von Kretschmann regierte Baden-Württemberg zur Voraussetzung für die Zustimmung im Bundesrat gemacht - neben einer Beschwerdemöglichkeit für im Eilverfahren abgelehnte Flüchtlingsanträge aus diesen drei Ländern.

Die Große Koalition hat im Asylpaket II verabredet, die drei Staaten Tunesien, Algerien und Marokko als sichere Herkunftsländer einzustufen, um die Asylgesuche von Bürgern dieser Staaten schneller zurückweisen zu können. Bundestag und Bundesrat müssen dem Gesetz noch zustimmen.

Dafür braucht sie in der Länderkammer mindestens eine Ja-Stimme aus einer von den Grünen mitverantworteten Landesregierung. Bleibt es beim CSU-Nein, wäre die in der kommenden Woche angestrebte Entscheidung bis auf Weiteres gestoppt.

Load-Date: February 16, 2016

Das Nadelöhr soll größer werden; Doppelt so viele Mitarbeiter, viel mehr und viel schnellere Entscheidungen: Das Bundesamt für Migration verspricht viel für 2016. Doch es gibt auch Kritik an den Plänen.

ZEIT-online

Freitag 5. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 6

Length: 1215 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Flüchtlinge am deutsch-österreichischen Grenzübergang Ering

© Sean Gallup/Getty Images

In der Pause zwischen seinen zwei Auftritten steht Frank-Jürgen Weise, oberster deutscher **Flüchtlingsmanager** und Chef des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf), für ein paar Minuten im Foyer der Bundespressekonferenz und blickt auf einen Fernseher. Dort zeigte ein Nachrichtensender gerade ein Zitat des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Ralf Jäger (SPD): "Damit Integration erfolgreich sein kann, muss das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** schneller und besser werden", fordert er. Jäger wünscht sich schnellere **Asylverfahren**, "ein klares Signal an die Menschen, die keinen Anspruch auf **Asyl** und damit bei uns auch keine Zukunftsperspektive haben". Weise schaute auf Jäger im Fernsehen, dann sagte er zu seinen Mitarbeitern: "Lassen Sie uns doch die Unterlagen noch mal durchgehen."

Weise weiß: Er muss jetzt liefern. An ihn richten sich die Forderungen von Jäger und all den anderen Politikern, die in den vergangenen Tagen auf höhere Effizienz und Effektivität bei **Asylverfahren** drängten. Bundesratspräsident Stanislaw Tillich nannte das Bamf ein "Nadelöhr, das nun zu einem großen Entscheidungstor werden muss". Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer sagte: "Wenn ich die Zahlen nüchtern betrachte, stelle ich fest, dass die Situation besser werden muss." An diesem Freitag ist Weise mit seinen Mitarbeitern nach Berlin gekommen, um zu erklären, wie er das erreichen will.

370.000 Anträge haben sich im vergangenen Jahr angestaut und sind noch unbearbeitet, dazu kommen nach Schätzungen des Bamf weitere 300-400.000 Menschen, die sich zwar in Deutschland aufhalten, aber noch nicht mal einen Antrag gestellt haben. Ein Berg von mindestens 670.000 alten Fällen also. "Diese Situation ist nicht akzeptabel", sagt Weise gleich zu Beginn der Pressekonferenz. "Es ist für die Menschen schlimm, so lange zu warten. Es ist das Gefühl, dass rechtsstaatliche Ordnung fehlt."

Weises Antwort: Das Bamf muss größer werden. Und besser. Im vergangenen Jahr schaffte das Amt 280.000 Anträge, in diesem sollen es 1,1 bis 1,2 Millionen sein, das ist das Ziel. Dazu soll die Zahl der Mitarbeiter von 3.500

Das Nadelöhr soll größer werden Doppelt so viele Mitarbeiter, viel mehr und viel schnellere Entscheidungen:
Das Bundesamt für Migration verspricht viel für 2016....

zum Jahreswechsel auf 6.300 bis Mitte 2016 aufgestockt werden, die Bundesregierung hat das bereits bewilligt. Hinzu kommen weitere 1.000 Kollegen, die zumindest befristet von anderen Behörden ausgeliehen werden und helfen könnten. 2.000 Entscheidungen über Asylverfahren soll das Amt so jeden Tag schaffen. Anfang 2015 seien es nur 600 gewesen.

Weise und seine Kollegen referieren diese Kennziffern wie die Eckpunkte eines Businessplans, und das sind sie im Grunde ja auch. Weise, der seit 2004 schon die Bundesagentur für Arbeit leitet, wurde im vergangenen September zum Bamf geholt, um das Amt aus- und umzubauen, neu zu managen. Dabei helfen ihm Vertraute wie Kajta Wilken-Klein, die nun zuständig ist für "Verfahrensoptimierung" und auf der Pressekonferenz den schönen Satz sagt: "Wir entfernen sämtliche Liege- und Wartezeiten aus dem Prozess."

Ab in die "Wartezone"

So beschreibt sie die erhofften Verbesserungen durch sogenannte Ankunftscentren. Mindestens eines davon soll in jedem Bundesland entstehen, vier davon gibt es bereits, in Heidelberg, Bad Fallingb., Bamberg und Manching. Dort sollen alle Fälle vorsortiert werden. Die Bewerber aus unsicheren Ländern mit guten Aussichten auf Asyl kommen in ein beschleunigtes Verfahren und sollen noch am nächsten Tag ihren (positiven) Bescheid erhalten. Die Bewerber aus sicheren Ländern wiederum kommen in eine "Wartezone" direkt im Ankunftscentrum, bis sie, möglichst innerhalb weniger Tage, ihren (negativen) Bescheid bekommen und das Land verlassen müssen.

Übrig bleiben nur die "komplexeren" Fälle, wie das Bamf das nennt. Diese landen dann wie bisher in einer der vielen Unterkünfte im ganzen Land und ihr Verfahren übernimmt eine der bisherigen Außenstellen des Bamf. "Mithilfe der Unterscheidung in Fallprofile und des damit verbundenen Ablaufs kann das Bamf die Asylverfahren in vielen Fällen bereits nach 48 Stunden abschließen", verspricht das Amt.

Hinzu kommt eine einheitliche Datenbank für alle Asylbewerber und ein Flüchtlingsausweis. Alle Änderungen zusammen sollen dann das ergeben, was Weise "Integriertes Flüchtlingsmanagement" nennt. Doch wie geschmeidig dieses neue System funktionieren wird und zu welchem Preis die Verfahren beschleunigt werden, ist strittig. Warum sollte sich ein Bewerber aus einem sicheren Land beispielsweise per Ausweis als solcher zu erkennen geben, wenn er weiß, dass er dann innerhalb weniger Tage abgewiesen wird? Verschleiert er seine Identität, wird das Verfahren komplizierter und er darf länger bleiben.

Außerdem kritisieren Juristen und Asylaktivisten die Ankunftscentren und die dortigen Schnellverfahren, weil oft nicht genug Anwälte an den teils abgelegenen Standorten zur Verfügung stünden, um den Asylbewerbern im Zweifelsfall zu helfen. Das findet der Vizepräsident des Bamf Michael Griesbeck naturgemäß nicht so problematisch: "Ich sehe im Moment nicht, dass hier auf Dauer unlösbare Probleme aufkommen."

Ebenso Kritik gibt es am rasanten Stellenaufbau in der Behörde. Um schneller einstellen zu können, sollen bisherige Standards im Auswahlverfahren ausgesetzt werden, zitiert der Bayerische Rundfunk aus einer internen Beschlussvorlage des Bamf. "Über die standardmäßige Vorgehensweise mit Ausschreibungen" sei die Rekrutierung so vieler neuer Mitarbeiter in diesem kurzen Zeitraum "nicht realisierbar". Deshalb sollen unter anderem Personal- und Gleichstellungsbeauftragte nicht mehr vorab über Einstellungen mitentscheiden können. Das Ausbautempo, das Weise vorgibt und das die Politik erwartet, hat seinen Preis.

10.000 Lehrstellen für junge Flüchtlinge

Wenn aber die Verfahren in Zukunft kürzer sind und die Entscheidungen schneller fallen, stellt sich eine Frage noch massiver: Wie geht es danach weiter? Ist der Asylstatus geklärt, beginnt die eigentliche Integrationsarbeit.

Da ist es praktisch, dass Frank-Jürgen Weise auch noch die Bundesagentur für Arbeit (BA) leitet. Denn, wie er sagt, "das Thema Integration wandert konsequent auf die BA zu". Deshalb hat er zusammen mit der Bundesbildungsministerin Johanna Wanka und dem Vorsitzenden des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks eine "Qualifizierungsinitiative für junge Flüchtlinge" vorgestellt. Die drei Institutionen wollen gemeinsam

Das Nadelöhr soll größer werden Doppelt so viele Mitarbeiter, viel mehr und viel schnellere Entscheidungen:
Das Bundesamt für Migration verspricht viel für 2016....

in den kommenden zwei Jahren 10.000 Flüchtlinge in Handwerksausbildungen unterbringen. Die Branche hatte im vergangenen Jahr schließlich 17.000 unbesetzte Lehrstellen.

Die größte Unsicherheit und die größte Gefahr für Weise ist aber etwas anderes. Niemand weiß, wie viele Flüchtlinge dieses Jahr neu nach Deutschland kommen werden. Zieht man von den maximal 1,2 Millionen Fällen, die das Bamf laut Weises Vorgabe 2016 bearbeiten kann, die mindestens 670.000 Altfälle ab, die sich schon angestaut haben, bleibt eine Kapazität von maximal 530.000. So viele neue Verfahren würde die Behörde schaffen, jeder weitere Fall bliebe liegen. Ob es dazu kommt, kann Weise kaum beeinflussen. Für Flüchtlingsprognosen ist er so wenig zuständig wie für Flüchtlingspolitik. Der Manager Weise sagt dazu den nüchternen, fast hilflosen Satz: "Wir haben nach vorne keine Sicht."

Load-Date: February 5, 2016

End of Document

Abfahrt ins Ungewisse; Griechische Behörden und Frontex haben die ersten Migranten von Lesbos in die Türkei gebracht. Proteste gab es nicht - dafür die entscheidenden, abschreckenden Bilder.

ZEIT-online

Montag 4. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Lesbos; Ausg. 15

Length: 891 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Die Busse kommen nachts um halb fünf, als es noch dunkel und kühl ist auf Lesbos. Sie fahren durch das große, offene Tor des Hotspots Moria, in dem seit dem 20. März jene aufgenommen werden, die ohne Erlaubnis aus der Türkei auf die griechische Insel kommen. Vor dem Tor steht ein gutes Dutzend griechischer Polizisten in Montur, mit Helmen und gepanzerten Uniformen, falls es Proteste geben sollte. Aber niemand ist wach und da, um zu protestieren.

Die "Rückführung illegaler **Migranten**" in die Türkei, wie die EU das nennt, hat an diesem Morgen auf Lesbos als Nacht- und Nebelaktion begonnen. Um kurz vor sechs kommen die Busse wieder raus. Sie fahren die paar Kilometer hinunter zum Hafen von Mytilini, auf ein abgesperrtes Gelände. Dort warten schon zwei Boote auf sie. Türkische Boote. Ihre Flaggen hängen schlaff in der Morgendämmerung.

Aus den Bussen steigen jetzt, eine nach dem anderen, über 130 Personen, unter der Aufsicht von Polizisten und Männern in Zivilkleidung. Wer sind sie? Man kann sie nicht selbst fragen, Journalisten müssen hinter Absperrungen warten. Auch das Flüchtlingshilfswerk UNHCR beobachtet nur, weil es nicht Teil des Rückführungsprozesses ist, nicht sein will. Eine Sprecherin von Frontex, die mit insgesamt über 150 Mitarbeitern auf der Insel hilft und auch die Menschen aus dem Hotspot an diesem Morgen begleitet, sagt: "Diese Personen haben Rückführungsentscheidungen bekommen. Das heißt, ihr Verfahren ist abgeschlossen. Sie haben hier gar nicht erst Asyl beantragt."

Es handele sich vor allem um Menschen aus Pakistan und Bangladesch. Ein Mitarbeiter des *Guardian* berichtet später, viele der Menschen auf den Booten seien bereits vorher schon mal aus der EU abgeschoben worden. Es scheint, dass die Behörden also mit jenen begonnen haben, deren Fälle am eindeutigsten sind. Bei anderen dürfte es schwieriger werden. Nach Aussage von Frontex haben bis zum Wochenende 1.953 Menschen im Lager Moria um Asyl gebeten, lediglich 18 Antragsverfahren haben bereits begonnen. Erst, wenn all diese Verfahren abgeschlossen und negativ ausgefallen sind, wenn jeder einzelne die Chance hatte, diese Entscheidung wiederum anzufechten, sollen sie zurückgeschickt werden in die Türkei. So zumindest sieht es formal der EU-Türkei-Deal vor.

Abfahrt ins Ungewisse Griechische Behörden und Frontex haben die ersten Migranten von Lesbos in die Türkei gebracht. Proteste gab es nicht - dafür die entscheid....

Die Migranten, die an diesem Morgen den Anfang machen und jetzt im Hafen aus den Bussen steigen, wehren sich nicht. Nicht hier beim Gang auf die Schiffe und nach Aussage von Frontex auch nicht früher am Morgen, als man sie im Lager in die Busse einsteigen ließ. Man habe ihnen gesagt, dass sie nun in die Türkei gebracht würden, sagt die Frontex-Sprecherin.

Macht der Bilder

Am Zaun des Hafens steht ein Dutzend Aktivisten, sie halten Schilder hoch und rufen "No Border, No Nation, Stop Deportation!" und "EU - shame on you!" Kameras filmen sie und die Boote mit den Migranten, schicken die Bilder nach Hause. Darum geht es, um die Bilder. Das Hafenareal liegt direkt vor dem Hotel Blue Sea, in dem UNCR-Mitarbeiter und viele Journalisten untergebracht sind. Sie können den Abtransport der Menschen von den Balkonen ihrer Zimmer aus filmen.

Um kurz nach sieben Uhr dann die entscheidende Szene: Das erste der beiden Boote legt langsam ab. Es fährt im Bogen um die Kaimauer des Hafens, die weiche Morgensonne scheint jetzt schon auf die Szenerie. Dann verschwindet es auf dem Meer Richtung Türkei.

Dieses Bild soll an diesem Morgen von Lesbos ausgehen: Menschen, die zurückgeschickt werden aus Europa. Die nicht bleiben dürfen. Und es ist das Bild, das die Menschenrechtler und freiwilligen Helfer hier auf der Insel gefürchtet hatten. "Ich schäme mich für meinen europäischen Pass!", ruft eine Frau.

Sicherungen und Schutzmaßnahmen

Wenig später, als auch das zweite Boot abgelegt hat und es eigentlich schon zu spät ist, läuft der Protest richtig an. Auf zwei Schlauchbooten fahren Aktivisten der Gruppe Seewatch durch das Hafenbecken, zwischen sich ein Transparent gespannt: "Fahren für sichere Passage, nicht für Deportationen", steht auf Englisch darauf. Jemand hat das Bettlaken mit "Wake up, Europe!" mitgebracht, das gestern noch oben vor dem Moria-Camp hing. Es werden Interviews gegeben, reihenweise: Die Türkei sei kein sicheres Land für Flüchtlinge. Und, dass manche Menschen in den Camps angeblich davon abgehalten werden, Asyl zu beantragen. Worin sich alle nicht staatlichen Akteure und Helfer hier einig sind, auch das UNHCR: "Wir fordern, dass jetzt sofort Sicherungen und Schutzmaßnahmen geschaffen werden müssen, sowohl hier auf der griechischen Seite als auch auf der türkischen", sagt dessen Sprecher Boris Cheshirkov an diesem Morgen. Damit für die Öffentlichkeit überprüfbar sei, wer da wirklich zurückgeschickt werde. Und damit nicht Menschen eingesperrt würden, die Asyl beantragt hätten.

Was die Menschen auf den Booten auf der anderen Seite des Meeres erwartet, ist unklar. Um kurz nach acht Uhr kommt das erste Schiff im Hafen der türkischen Stadt Dikili an. Dort hatten am Wochenende Anwohner dagegen protestiert, die Migranten aus Griechenland aufzunehmen. "Wir wollen die hier nicht, die gehören hier nicht hin", sagten sie in die Kameras der BBC. Nun sind sie da.

Load-Date: April 4, 2016

Schneller aussortieren; Die CSU will Asylverfahren und Abschiebungen beschleunigen - wie genau, sagt sie nicht. Die SPD schimpft zwar, hat aber dem Ziel längst zugestimmt.

ZEIT-online

Freitag 2. Januar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: CSU-Vorstoß; Ausg. 1

Length: 1339 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Abgelehnte **Asylbewerber** steigen in ein Flugzeug, das sie in ihre Heimat bringen soll

© Daniel Maurer/dpa

SPD-Vize Ralf Stegner lästert schon über die "klassische Arbeitsteilung": "Merkel äußert sich freundlich zu **Flüchtlingsen**, ihre Union setzt derweil auf konsequentere Abschiebungspolitik".

Nachdem Angela Merkel (CDU) in ihrer Neujahrsansprache für Mitmenschlichkeit mit **Asylbewerbern** warb, wurde nun bekannt, dass die CSU sich in Deutschland für eine Art Schnellverfahren für Abschiebungen ausspricht. Die Partei will so die **Asylverfahren** auf bis zu sechs Wochen verkürzen, wie aus einer Beschlussvorlage für die traditionelle Neujahrsklausur der CSU-Bundestagsabgeordneten hervorgeht, die kommende Woche in Wildbad Kreuth stattfindet.

Solche "Verbesserungen bei der Aufenthaltsbeendigung", wie es die Partei nennt, sollen dann möglich sein, wenn ein Antragsteller aus einem sogenannten "sicheren Herkunftsstaat" kommt, also sowieso kaum Aussicht auf Asyl hat. Das Verfahren soll auch greifen, wenn er oder sie bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt hat und somit in Deutschland nicht dazu berechtigt ist. So, die Logik der CSU, könnten auch die "wirklich Schutzbedürftigen" schneller zu ihrem Recht kommen. Wodurch genau die Abschiebungen beschleunigt werden sollen, führt die CSU aber nicht aus, sondern spricht nur von einer "gezielteren Verfahrensführung". Was an den bisherigen Verfahren ungezielt ist oder welche Arbeitsschritte wegfallen sollen - keine Details dazu in dem Papier.

Es ist Tradition in der der CSU, mit harten Positionen zur Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik auf sich aufmerksam zu machen und so konservative Wähler - aktuell bei AfD und Pegida - zu umwerben. Manchmal bleibt es bei harten Worten. Wie zuletzt, als die Partei sich mit ihrer "Deutsch-Pflicht" in Migrantenfamilien blamierte. Mit der "Wer betrügt, der fliegt"-Kampagne, die die CSU vor genau einem Jahr fuhr, ebenfalls vor ihrem Neujahrstreffen, war die Partei hingegen voll und ganz erfolgreich.

"Wer betrügt, der fliegt" endete als Gesetz

Schneller aussortieren Die CSU will Asylverfahren und Abschiebungen beschleunigen - wie genau, sagt sie nicht. Die SPD schimpft zwar, hat aber dem Ziel längst z....

Zwar warf auch damals die SPD dem Koalitionspartner vor, gezielt Stimmung gegen Einwanderer aus Osteuropa zu machen. Doch seit ein paar Wochen gilt in Deutschland ein Gesetz, das Wiedereinreisesperren und Haftstrafen für EU-Bürger vorsieht, denen hierzulande Sozialbetrug nachgewiesen wurde oder die bei einem deutschen Amt falsche Angaben gemacht haben. Künftig soll auch strenger kontrolliert werden, ob Bezieher von Kindergeld wirklich anspruchsberechtigt sind. Das passt zum CSU-Vorwurf, dass viele Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien vor allem die Leistungen des Sozialstaats ausnutzten. Auch fast alle grün-regierten Bundesländer stimmten dieser Gesetzes-Verschärfung übrigens zu.

Bei der nun von der CSU angestrebten Verkürzung der Asylverfahren könnte es ähnlich laufen. Denn nicht nur die Bayern sind bisher auf die Idee gekommen, nach Wegen zu suchen, um die vielen Asylanträge schneller abzuarbeiten.

Das steht schon im Koalitionsvertrag, den 2013 auch die SPD unterzeichnete. Darin wird für die Asylverfahren ein Zeitraum von maximal drei Monaten angestrebt. Derzeit dauert ein durchschnittliches Asylverfahren 7,4 Monate, wie das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mitteilt. In dieser Zeit - so argumentieren Konservative gerne - werden auch Menschen, die offensichtlich unbegründet einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben, versorgt: Sie leben in den ohnehin überfüllten Erstaufnahmestellen und bekommen Nahrung und Kleidung, im Notfall auch medizinische Versorgung.

Dass die Verfahren überhaupt so lange dauern, liegt zum einen an der steigenden Zahl der Anträge. Im abgelaufenen Jahr mussten 340 Mitarbeiter über 200.000 Fälle befinden. Zum anderen steht jedem Asylbewerber das Recht auf mündliche Anhörung zu, ebenso wie ein Dolmetscher. Manchmal, so eine Sprecherin des BAMF, müssen danach noch Dokumente aus den Herkunftsländern angefordert werden - was zusätzliche Zeit in Anspruch nehme.

Grundsätzlich wünschen sich auch Flüchtlingsvertreter kürzere Verfahren. Es sei auch im Sinne der Flüchtlinge, schneller Klarheit zu bekommen. Aber sie befürchten auch, dass so schneller, pauschaler und vielleicht rücksichtsloser über das Schicksal von Menschen entschieden wird. Schon heute werden die meisten Anträge als unbegründet abgewiesen: Von Januar bis November 2014 war nur jedes dritte Asylgesuch erfolgreich.

Die Bundesregierung versucht schon seit einigen Monaten, effizienter zwischen "guten" und "schlechten" Asylanträgen zu unterscheiden. Sie erklärte Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina zu sicheren Herkunftsländern. Auch wenn Menschen aus diesen Ländern im Einzelfall immer noch Asyl bekommen können, ist es für sie sehr viel schwieriger geworden, eine (politische) Notlage zu beweisen.

Die Zahl der Asylbewerber aus Serbien bleibt indes ungebrochen hoch: Auch im November 2014 stellten sie nach den Syrern die zweitgrößte Gruppe. Die Anträge werden nach Angaben einer Sprecherin des BAMF nun innerhalb weniger Tage bearbeitet. Noch habe man nicht ermitteln können, wie groß die Zeitersparnis durch die Gesetzesverschärfung wirklich sei. In einem Gutachten war das Bundesamt von lediglich zehn Minuten pro Entscheidung ausgegangen. Asylorganisationen kritisieren, dass das Grundrecht auf Asyl für einen geringen Ertrag ganz bewusst ausgehöhlt werde.

Noch vor Weihnachten verabschiedete das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf, der Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern erleichtern soll. Notfalls sollen sie dafür auch in Haft genommen werden können. Auf der anderen Seite haben das rot-grün regierte Schleswig-Holstein und Rot-Rot-Grün in Thüringen gerade Winter-Abschiebestopps beschlossen. Das wiederum ärgerte neben CSU und AfD auch den CDU-Politiker und Unionsfraktionschef Volker Kauder. "In sichere Herkunftsländer muss auch im Winter abgeschoben werden."

Syrer und christliche Iraker bekommen schneller Asyl

Für manche Flüchtlinge hat die Bundesregierung aber auch die Asylverfahren sehr bewusst vereinfacht. Mitte November hat das Bundesinnenministerium das BAMF angewiesen, Asylanträge von Syrern und Irakern christlichen und jesidischen Glaubens vorrangig zu bearbeiten - weil diese Menschen aus "extrem unsicheren Herkunftsländern" stammen, wie es ein Sprecher des Innenministeriums formuliert. Die Betroffenen müssen nun

Schneller aussortieren Die CSU will Asylverfahren und Abschiebungen beschleunigen - wie genau, sagt sie nicht. Die SPD schimpft zwar, hat aber dem Ziel längst z....

nur noch einen Fragebogen ausfüllen, auf eine mündliche Anhörung wird verzichtet. In einem Zeitraum von elf Tagen schon sollen Antragsteller als Flüchtlinge anerkannt werden - nach der Genfer Konvention, weil ein Gesuch auf deutsches Asyl nach Angaben des Innenministeriums nicht so einfach zu haben ist. Die Rechte, die sich daraus für das Leben in Deutschland ergeben, seien für Syrer und nicht-muslimische Iraker aber die gleichen.

Ob die CSU sich mit ihrem Vorstoß für schnellere Abschiebungen in vermeintlich aussichtslosen Fällen auch diesmal durchsetzt, wird sich zeigen. Bei den sogenannten Dublin-Verfahren, also Fällen, in denen Flüchtlinge bereits in einem anderen EU-Land Asyl beantragt haben, dürfte es sehr schwierig werden, in sechs Wochen Klarheit zu haben. Denn es dauert, bis die Mitgliedsstaaten auf die Anfrage auf Deutschland reagieren - laut EU-Recht haben sie fünf Wochen Zeit, um mitzuteilen, ob der Betroffene auch bei ihnen Asyl beantragt hat.

"Impulse" für die Gesetzgebung wolle man mit dem Papier setzen, sagte eine Sprecherin der CSU-Landesgruppe. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann kritisierte zwar die Wortwahl der CSU scharf, zeigte sich aber für Vorschläge aufgeschlossen. Einschränkungen beim Rechtsschutz werde es mit der SPD nicht geben, sagte Oppermann der *Welt*: "Aber die Verfahren dauern zu lange. Das hilft niemanden - auch nicht den Flüchtlingen." Da müsse die Bundesregierung nun ran. Das Bundesinnenministerium äußerte sich auf Anfrage von ZEIT ONLINE zurückhaltend: "Bei der Beschleunigung der Asylverfahren geht es insbesondere um die konsequente Umsetzung der bestehenden Regelungen", sagte ein Sprecher.

Load-Date: January 2, 2015

Mehrheit der Deutschen schämt sich für Angriffe auf Flüchtlinge; Laut einer Umfrage verurteilt die Mehrheit der Deutschen fremdenfeindliche Übergriffe. Die Befragten befürworteten, Angriffe wie in Clausnitz stärker zu ahnden.

ZEIT-online

Dienstag 1. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Deutschlandtrend; Ausg. 10

Length: 275 words

Body

Blick auf die am Ortseingang von Clausnitz gelegene **Flüchtlingsunterkunft**

©Jan Woitas/dpa

Die große Mehrheit der Deutschen schämt sich für die gewalttätigen Proteste gegen **Flüchtlinge**. Zu diesem Ergebnis kommt die Umfrage Deutschlandtrend für die ARD- *Tagesthemen*. 83 Prozent der Befragten gaben an, sich für Übergriffe etwa auf **Flüchtlingsheime** zu schämen. Allerdings sank dieser Wert im Vergleich zu einer Umfrage im September um vier Punkte.

Vor allem die im Februar in Sachsen verübten ausländerfeindlichen Übergriffe hatten bundesweit Kritik hervorgerufen. In Clausnitz blockierte eine pöbelnde Menschenmenge einen ankommenden Bus mit Geflüchteten. Zudem gibt es Vorwürfe, die Polizei sei bei ihrem Einsatz brutal gegen die Migranten vorgegangen. In Bautzen hatten am selben Wochenende Schaulustige einen vermutlich absichtlich gelegten Brand in einem Hotel bejubelt, in das Flüchtlinge einziehen sollten.

Dem Deutschlandtrend zufolge wünschen sich 76 Prozent der Befragten, dass Politiker derlei Übergriffe stärker verurteilen. Außerdem sind 58 Prozent der Ansicht, dass die Behörden nicht genug tun, um Ausländer und Geflüchtete vor Angriffen zu schützen.

Nach der Bewältigung der derzeitigen globalen Flüchtlingskrise befragt, sprachen sich 77 Prozent der Deutschen für einen europäischen Ansatz aus. Allerdings waren nur 32 Prozent der Meinung, dass eine Lösung auf europäischer Ebene in naher Zukunft realisierbar ist. Die Einführung einer nationalen Obergrenze für die Aufnahme von Asylsuchenden befürworteten demnach 63 Prozent der Befragten, das waren ebenso viele wie im Vormonat.

Load-Date: March 1, 2016

Dublin ist tot; Mit den geplanten Asylzentren soll die Last der Flüchtlinge nur in die EU-Randstaaten zurückverlagert werden, kritisiert die Juristin Anna Lübbe. Das sei unsolidarisch.

ZEIT-online

Montag 7. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylrecht; Ausg. 36

Length: 1090 words

Byline: Anna Lübbe

Body

Ein fröhliches Flüchtlingsmädchen in einem der ungarischen Züge nach München.

© Leonhard Foeger

Tausende Flüchtlinge, die in überfüllten Zügen aus Ungarn nach Deutschland kommen, Tausende weitere, die jeden Tag über das Mittelmeer nach Italien und Griechenland flüchten, und von dort aus weiter in Richtung Norden: Das Dublin-System, das eine unkontrollierte Migration von Asylbewerbern eigentlich verhindern sollte, ist zusammengebrochen. Vor allem Deutschland fordert deshalb jetzt, in den Erstankunftsstaaten Asylzentren einzurichten, in denen die Ankommenden registriert und beschleunigt darüber entschieden werden soll, ob sie asylberechtigt sind. Können solche Zentren dazu beitragen, die Flüchtlingskrise verantwortlich zu bewältigen?

In der bisherigen, noch wenig konkreten Form erscheint der Vorschlag eher als Versuch, die in Deutschland angestiegenen Lasten wieder in die Randstaaten der EU zurück zu verlagern. So wie es das Dublin-System vorsieht. Die Ersteintrittsstaaten müssten eigentlich die ankommenden Menschen registrieren, unterbringen und versorgen, dann für jeden das Dublin-Verfahren und in fast allen Fällen auch das Asylverfahren durchführen. Schutzsuchende, die irregulär weiterwandern, muss der Ersteintrittsstaat zurücknehmen. Die Abgelehnten muss er nach Möglichkeit abschieben und die Anerkannten integrieren. All das in einigen wenigen südlichen und östlichen Randstaaten Europas. Kein Wunder, dass das nicht funktioniert.

Das System ist derart unsolidarisch, dass die Randstaaten die Aufgabe nicht bewältigen können und mittlerweile aufgegeben haben, es auch nur zu versuchen. Statt in den Ausbau ihrer Asylsysteme investieren sie wie Ungarn in Abgrenzung, dennoch Angekommene winken sie zunehmend durch. Ohne Fairness ist mit nachhaltiger Kooperation eben nicht zu rechnen.

Die fehlende Lastenteilung ist der eine Grund für das Versagen des Dublin-Systems. Der andere ist, dass es die Interessen der Flüchtlinge zu wenig berücksichtigt. Die Menschen wollen dorthin, wo sie sich die besten Lebenschancen ausrechnen und wo Verwandte oder Freunde leben. Stattdessen sollen sie dort bleiben, wo sie Europa betreten haben. Die Zwangszuteilung macht das Dublin-System aufwendig, bürokratisch und anfällig für

Dublin ist tot Mit den geplanten Asylzentren soll die Last der Flüchtlinge nur in die EU-Randstaaten zurückverlagert werden, kritisiert die Juristin Anna Lübke.....

den Boykott durch irreguläre Weiterwanderung. Solange man diese beiden Ursachen des Systemversagens - fehlende Lastenteilung und Zwangszuteilung - nicht anpackt, wird die europäische Asylkoordination nicht funktionieren. Daran werden auch Asylzentren am Rand Europas nichts ändern.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Erwartung, in den Asylzentren rasch klären zu können, wer asylberechtigt ist und wer nicht - und die Nicht-Berechtigten gleich zurückzuweisen. Die Klärung lässt sich nicht beliebig beschleunigen, auch dann nicht, wenn man das Konzept der "sicheren Herkunftsstaaten" erweitert und europäisiert. Es handelt sich nur um eine Vermutungsregel. Ob und was dem Schutzsuchenden bei einer Rückführung droht, muss in jedem Fall, in dem eine Verfolgungsgefahr geltend gemacht wird, individuell geprüft werden. Gründlich, denn Verfolgung ist zu existentiell, um hier etwas über den Daumen zu peilen. Wenn nun in Zentren am Rande Europas enorm gestiegene Asylverfahren im Eiltempo durchgepeitscht werden sollen, besteht die Gefahr, dass Menschenrechte auf der Strecke bleiben.

Könnte der Vorschlag denn zu einer tauglichen Alternative zum Dublin-System weiterentwickelt werden? Ja, wenn er mit einer fairen Lastenteilung und weniger Zwangszuordnung verbunden wird. Lastenteilung kann quantitativ, nach Quote, oder qualitativ organisiert werden, dann bringen die Länder verschiedene Leistungen ein: Erstaufnahme, Expertise, humanitäre Hilfen, Geld oder dauerhafte Ansiedlung. Je unterschiedlicher die beteiligten Staaten, desto mehr spricht für qualitative Lösungen.

Eine unbürokratische Variante bestünde darin, anerkannten Schutzberechtigten Freizügigkeit in der EU einzuräumen, sodass sie sich mit ihren Familien ein Land aussuchen können, in dem sie sich niederlassen wollen. Eine gewisse Lastenteilung käme dadurch zustande, dass die Erstaufnahmeländer die Verfahren abzuwickeln und mit den Abgelehnten umzugehen hätten - hier kämen die Asylzentren ins Spiel - , während die attraktiveren Fluchtzielstaaten - allen voran Deutschland - die Anerkannten integrieren müssten. Dublin-Staaten, die weder in die eine noch in die andere Kategorie gehören, könnten finanziell beteiligt werden.

Die Freizügigkeitslösung wollen aber Deutschland, Frankreich und andere nicht. Seit ihre Lasten gestiegen sind, favorisieren sie die Quote. Die Quote, die als Zwangszuordnungssystem viel bürokratischer wäre und von den Flüchtlingen leicht unterlaufen werden könnte, indem sie weiter wandern, wollen wiederum diejenigen Staaten nicht, die von der aktuellen, irregulären Situation profitieren. Sich hier zusammenzuraufen wird wohl ein längerer Prozess. Es führt aber kein Weg daran vorbei, die Flüchtlingskrise kann nur kooperativ bewältigt werden.

Das gilt nicht nur für den europäischen Raum. Letztlich brauchen wir ein globales Kooperationssystem. Es passiert sonst das, was seit Dublin an den Grenzen Europas passiert: Man schottet sich nach außen ab, mit den inhumanen Folgen, über die in den Medien täglich berichtet wird. Dieser Abgrenzungslogik ist es zuzuschreiben, dass Europa so hartnäckig an der unsinnigen Dublin-Regel festhält, wonach derjenige Staat für alles Weitere zuständig wird, der verursacht oder nicht verhindert hat, dass ein Flüchtling Europa betreten konnte.

Ein globales Kooperationssystem aufzubauen ist keine kleine Aufgabe. Konzentrieren wir uns fürs Erste auf bewältigbare Schritte in die richtige Richtung. Die lautet: Weniger Ressourcen in teure Abgrenzungs- und Kontrollmaßnahmen (Zäune, Frontex, Schlepperbekämpfung), mehr Ressourcen in die Fluchtursachenbekämpfung und den humanen und möglichst unbürokratischen Umgang mit letztlich nicht kontrollierbaren Migrationsbewegungen.

Leichter wird die Aufgabe auch, wenn Flüchtlingsverantwortung nicht mehr nur als Last oder gar als Bedrohung wahrgenommen wird. Gerade die attraktiveren Fluchtzielregionen brauchen Zuwanderung: Arbeitskräfte, junge Menschen, Menschen, die was anpacken wollen und können. Das stellt nicht infrage, dass Flüchtlinge unabhängig von Nützlichkeitsabwägungen Aufnahme finden müssen. Es ist aber niemandem gedient, wenn sie nur als bedürftige Opfer wahrgenommen werden. Machen wir uns das Potential bewusst, das in der vorgeschlagenen Richtungsänderung liegt, und setzen wir den Rahmen so, dass wir den Schatz heben.

Dublin ist tot Mit den geplanten Asylzentren soll die Last der Flüchtlinge nur in die EU-Randstaaten zurückverlagert werden, kritisiert die Juristin Anna Lübke.....

End of Document

Der Fußballclub, der anders tickt; Im Leipziger Stadtviertel Lindenau leben viele Migranten. Der SV Lindenau hat sie zum Fußball eingeladen. Auch das geht: Integrationsarbeit auf dem Trainingsplatz.

ZEIT-online

Donnerstag 26. März 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: SV Lindenau 1848; Ausg. 13

Length: 964 words

Byline: Ullrich Kroemer

Body

Trainer und Integrationsmotor Martin Hammel (links mit Mütze) und einige seiner Jungs

© Ullrich Kroemer

"Das hier", sagt ein Junge in Trainingsklamotten, "heißt Lindenau auf Chinesisch." Der kleine Fußballer deutet auf ein Schild an der Kabinentür, auf dem neue Mitglieder beim SV Lindenau 1848 in diversen Sprachen willkommen geheißen werden. Im Kabinengang hängt eine Weltkarte, auf die zahlreiche Länderflaggen aufgeklebt sind, unter anderem die Fahnen von Peru und Russland, Syrien und Finnland. Und am Eingangstor des Sportplatzes am Charlottenhof fällt nicht zuerst die Platzordnung ins Auge, sondern eine Tafel mit den Botschaften, für die der Verein aus dem Leipziger Westen eintritt:

"Unser Verein steht für Fair Play, Toleranz und Gleichberechtigung im Fußball!"

"Unser Verein steht für Vielfalt! Rassismus und Diskriminierung haben bei uns keinen Platz!"

Elf Botschaften sind es insgesamt, jede mit einem Ausrufezeichen dahinter. Den Verantwortlichen ist es ernst.

Der SV Lindenau tickt anders als andere Sportvereine. Und weil bei ihm die Integrationsarbeit auch weit über das Anbringen von Schildern hinausgeht, wurde der SV Lindenau vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) als einer von drei Clubs in der Kategorie "Verein" für den Integrationspreis des DFB nominiert, der an diesem Donnerstag vergeben wird.

"Gesunder Menschenverstand"

Ein weltoffenes Klima hatte sich im Verein bereits in den vergangenen Jahren etabliert. In Lindenau leben mit etwa 11 Prozent für Leipziger Verhältnisse überdurchschnittlich viele Migranten. Der Verein bietet den sportbegeisterten unter ihnen eine Anlaufstelle. Seit Martin Hammel im vergangenen Jahr die Initiative übernommen hat, hat sich die Zahl der Migranten unter den insgesamt 320 Mitgliedern der Abteilung auf mehr als 50 erhöht.

Der Fußballclub, der anders tickt Im Leipziger Stadtviertel Lindenau leben viele Migranten. Der SV Lindenau hat sie zum Fußball eingeladen. Auch das geht: Integ....

Der 31-jährige Nachwuchstrainer und Spieler der ersten Mannschaft hatte vor einem Jahr bei einem Trainerlehrgang von den Integrationsbotschaften des DFB gehört. Hammel tat das, was für ihn "mit gesundem Menschenverstand, wenig Aufwand und ohne groß angelegtes Konzept" umsetzbar war: Er sprach im nächst gelegenen Asylbewerberheim vor und lud die Bewohner zum Probetraining ein. Vor allem asylsuchende Eltern mit kleinen Kindern nahmen dankbar an und beteiligen sich heute selbstverständlich am Vereinsleben. Sie helfen beim Training, waschen Trikots und backen zur Weihnachtsfeier jeweils landestypisches Gebäck.

Keine Programme aufgestülpt bekommen

"Das ist ein sehr wichtiger Schritt für die Bewohner, um sich in den Stadtteil zu integrieren", sagt Ina Lackert. Die Sozialarbeiterin betreut die 38 ausländischen Bewohner in der Georg-Schwarz-Straße unweit des Vereinsgeländes. "Nach der Flucht hilft der Verein den Bewohnern, neue Strukturen aufzubauen, zur Ruhe zu kommen und ein Stück deutscher Gesellschaft kennenzulernen", sagt sie. Es sei wichtig, dass Vereine aktiv auf die Asylunterkünfte zugingen, betont Lackert, da für viele Flüchtlinge Vereinsleben ,wie es in Deutschland praktiziert wird, unbekannt sei. Sport sei dafür besonders geeignet, da Sprachbarrieren hier ebenso wie in der Musik kaum eine Rolle spielten.

Wichtig ist Martin Hammel und seinen Mitstreitern, dass die neuen Mitglieder keine Initiativen oder Programme aufgestülpt bekommen, sondern sie möglichst einfach in das Vereinsleben integriert werden. "Die Kinder wollen nicht besonders behandelt werden. Sie sollen sich bei uns genauso wohlfühlen, als würden sie zu Hause Fußball spielen", sagt Björn Mencfeld, Pressewart des SV Lindenau.

Zum Beispiel Roy. Der Junge ist vor etwa einem Jahr mit seinen Eltern aus dem Libanon nach Leipzig geflohen und wohnt in einer Asylbewerberunterkunft. Stolz trägt er sein Trikot des FC Bayern, Rückennummer 25, Thomas Müller. Roy versteht gut Deutsch, doch es ist ihm unangenehm, wegen seiner Herkunft befragt zu werden. Ob er sich wohlfühle, hier im Verein? Roy nickt und stürmt zu seinen Teamkollegen zurück auf den Fußballplatz. Knapp 15 Asylbewerber treten derzeit für den SV Lindenau auf die verschiedenen Teams und Altersklassen verteilt an den Ball. Darunter seit Kurzem auch ein Spieler in der ersten Mannschaft in der Stadtliga.

Den Monatsbeitrag müssen Asylbewerber genauso aufbringen wie alle anderen Vereinsmitglieder. Das ist schon aus versicherungsrechtlichen Gründen nicht anders möglich. Beim SVL unterstützen sie jedoch auch hier. In einem Schrank liegen getragene Fußballschuhe, Schienbeinschützer und Trikotsätze für Kinder, deren Eltern nicht mal eben eine neue Sportausrüstung finanzieren können. Eine Freizeitmannschaft hat zudem mehr als 300 Euro gesammelt, um Bedürftige bei den Mitgliedsbeiträgen zu unterstützen. Teilweise hat der Verein auch Summen vorgestreckt, bis entsprechende Anträge auf Bildungs- und Teilhabepakete bearbeitet werden.

Weniger anfällig für dumpfe Parolen

Unterstützung kommt ab sofort auch vom DFB. Die Egidius-Braun-Stiftung stellt für zwei Jahre insgesamt 600.000 Euro zur Verfügung. Jeder der etwa 600 Vereine, die aktuell Flüchtlingsarbeit leisten, könne 500 Euro jährlich beantragen, bestätigt Thomas Hackbarth vom DFB. Das ist zwar nicht üppig und hilft jenen Vereinen nicht viel, die erst beginnen, sich für das Thema zu öffnen. Doch Martin Hammel und die anderen leben vor, wie Integration von Asylbewerbern auch mit wenigen Mitteln möglich ist. "Wir wollen Vereine ermutigen, sich einzubringen, die soziale Verantwortung wahrzunehmen, die sie in der Gesellschaft haben", sagt Hackbarth.

Wenn die Kinder beim Fußball mit Vielfalt aufwachsen, lernen würden, vernünftig und gleichberechtigt miteinander umzugehen, sagt Martin Hammel, "dann sind sie später hoffentlich nicht so anfällig für dumpfe Parolen". Oder anders: Wer früh gelernt hat, was "Willkommen beim SV Lindenau" auf Chinesisch heißt, wird später wohl kaum gegen Migranten hetzen.

Load-Date: March 26, 2015

Flüchtlinge konkurrieren jetzt gleichberechtigt um Jobs; Die Bundesregierung hat die Vorrangprüfung ausgesetzt, die bisher Einheimische bei der Jobsuche bevorzugte. Die Regelung gilt aber nicht überall und für jeden Flüchtling.

ZEIT-online

Freitag 5. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Arbeitsmarkt; Ausg. 33

Length: 481 words

Body

Eine Schülerin aus Guinea in einer Berufsschule in Bremen

© Ingo Wagner/dpa

Flüchtlinge erhalten ab sofort erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt. Das Arbeitsministerium setzt die sogenannte Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von **Asylbewerbern** und Geduldeten in Teilen Deutschlands außer Kraft. Das gilt ab Samstag konkret für 133 der 156 Bezirke der Bundesagentur für Arbeit (BA) für die Dauer von drei Jahren. Damit setzt die Koalition eine Vereinbarung aus dem Integrationsgesetz um, das sie Anfang Juli verabschiedet hatte.

Flüchtlinge, über deren Antrag auf humanitären Schutz noch nicht entschieden wurde, haben nach drei Monaten Aufenthalt grundsätzlich Zugang zum Arbeitsmarkt. Bislang wurde jedoch geprüft, ob inländische Arbeitnehmer für eine Beschäftigung zur Verfügung stehen. Diese hatten dann Vorrang. Durch die Neuregelung können Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge nun auch als Leiharbeiter beschäftigt werden.

Ausgenommen bleiben insgesamt 23 Agenturbezirke in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern. Das strukturschwache Mecklenburg-Vorpommern wurde vollständig ausgenommen.

Die Erleichterungen gelten aber nicht für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten. Sie müssen während des gesamten Asylverfahrens in Aufnahmeeinrichtungen bleiben und unterliegen damit einem Beschäftigungsverbot. Die Regierung strebt an, dass das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über diese Asylanträge schnell entscheidet, sodass diese chancenarmen Bewerber nicht lange in Deutschland sind.

Wer als Asylsuchender bereits anerkannt ist, darf jederzeit ohne Einschränkungen eine Arbeit aufnehmen.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) sagte, bereits in der Vergangenheit seien viele Hürden zur Integration in den Arbeitsmarkt abgebaut worden. Die Aussetzung der Vorrangprüfung sei "ein weiterer Baustein für eine erfolgreiche Integration der Menschen, die zu uns kommen und Fuß fassen wollen". Durch die

Flüchtlinge konkurrieren jetzt gleichberechtigt um Jobs Die Bundesregierung hat die Vorrangprüfung ausgesetzt, die bisher Einheimische bei der Jobsuche bevorzug....

Beteiligung der Länder sei sichergestellt, dass die regionale Arbeitsmarktlage angemessen Berücksichtigung finde.

Kritik kam aus den Gewerkschaften: Es sei zwar wichtig, Flüchtlinge schnell in den Arbeitsprozess zu integrieren, argumentiert der Vizechef des DGB Sachsen, Markus Schlimbach. Verzögert werde dies aber nicht durch die Vorrangprüfung, sondern durch das langwierige Erlaubnisverfahren bei der Ausländerbehörde, sagte Schlimbach. Zudem müssten Beschäftigungsperspektiven geboten werden. "Es geht nicht darum, die Menschen schnell in irgendeinem Job unterzubringen." Deshalb sei es falsch, Flüchtlingen den Zugang zur Leiharbeitsbranche zu öffnen. Notwendig sei vielmehr die weitere Förderung des berufsbezogenen Spracherwerbs, der Berufsorientierung, der betrieblichen Aus- und Weiterbildung sowie der Ausbau spezifischer Beratungsstrukturen zur Arbeitsmarktintegration.

Load-Date: August 5, 2016

End of Document

Die neue Generation kommt besser an; Die OECD hat den Stand der Integration in ihren Mitgliedstaaten geprüft. Das Problem: Deutschland, Kanada oder Italien sind als Ziele von Einwanderern kaum vergleichbar.

ZEIT-online

Donnerstag 2. Juli 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Integration; Ausg. 25

Length: 874 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

An der Grenze zu Deutschland. Jedes Einwandererland hat andere Bedingungen.

© Oliver Berg/dpa

Deutschland tut sich noch immer schwer mit der Integration. Vor allem in den Bereichen Bildung und Arbeit liegt Deutschland unter dem OECD-Schnitt. So liest sich der neue OECD-Bericht *Integration von Zuwanderern: Indikatoren 2015*. Die Studie hat Daten der OECD-Länder zu Bildung, Gesundheit, Wohnverhältnissen, Arbeitsbedingungen von Migranten und deren Kindern miteinander verglichen. In Deutschland haben Einwandererkinder schlechtere Jobs als junge Leute unter 35 mit deutschen Eltern und sie sind deutlich häufiger arbeitslos.

Kein Wunder, denn sie haben meist auch schlechtere Voraussetzungen dafür. Sie schaffen viel seltener einen Hochschulabschluss oder einen Meisterbrief. Aber selbst wenn, arbeiten sie häufiger in Jobs, für die sie überqualifiziert sind als die Deutschen mit deutschen Eltern. Viel zu wenige sind im öffentlichen Dienst angestellt.

Diese Analyse ist allerdings nicht neu. Deutschland hat zu lange gar nicht versucht, seine Einwanderer zu integrieren, weil sie als sogenannte Gastarbeiter schließlich wieder weggehen sollten. Deren Kinder und Enkel tragen die Last. Schnell lässt sich die langjährige mangelnde Förderung nicht abbauen. In den Pisa-Studien schneiden die deutschen Einwandererkinder aber allmählich immer besser ab. Auch Polizisten und Lehrer mit Migrationshintergrund sind nun offiziell erwünscht. Denn nicht nur die OECD, auch deutsche Politiker haben erkannt, dass Diversität im öffentlichen Dienst ein Integrationsmotor sein kann. Aber Integration ist hier ein langwieriger Prozess, weil so viel nachgeholt werden muss.

Acht Kategorien von Einwandererländern

Viel wichtiger für die Integrationsdebatte ist allerdings, wie der OECD-Bericht versucht, Einwandererländer zu kategorisieren. Immerhin auf acht verschiedene Gruppen kommt er dabei. Schon die Zahl zeigt, wie wenig vergleichbar die Länder in Wirklichkeit sind. Am einen Ende stehen Siedlerländer wie Australien und Kanada, deren

Die neue Generation kommt besser an Die OECD hat den Stand der Integration in ihren Mitgliedstaaten geprüft. Das Problem: Deutschland, Kanada oder Italien sind

heutige Existenz auf Einwanderung beruht, am anderen Ende Länder, die kaum Migranten kennen, wie Korea oder Mexiko.

Aber auch die EU-Länder haben extrem unterschiedliche Traditionen und Erfahrungen mit Einwanderern. Deutschland befindet sich nach OECD-Einordnung nur noch in einer Kleinstgruppe von fünf Ländern, die einigermaßen ähnliche Bedingungen haben: Sie nehmen schon länger Einwanderer auf, aber eher ungebildete. Dazu gehören die Niederlande, Frankreich, Belgien und Österreich.

Länder wie zum Beispiel Irland haben erst seit Kurzem und vor allem gebildete Einwanderer ins Land gelassen. Großbritannien dagegen hat eine lange Tradition mit ungebildeten und gebildeten Einwanderern, es nimmt außerdem viele Menschen auf, die schon Englisch sprechen - eine Integrationshürde fällt weg.

Vergleicht man wiederum Deutschland mit der kleinen Gruppe der südeuropäischen krisengeschüttelten Länder, ist es nicht verwunderlich, dass die Migranten dort viel häufiger unter Armut leiden als die deutschen. Italien, Spanien und Griechenland beispielsweise haben wie Deutschland vor allem unqualifizierte Arbeiter ins Land geholt, nur viel später. Zudem landen die meisten Flüchtlinge als erstes hier. Nicht verwunderlich, dass es diesen Migranten seit der Wirtschaftskrise besonders schlecht geht, da auch die jungen Spanier und Griechen selbst arbeitslos sind. Sie hatten noch gar keine Chance, sich zu integrieren.

Macht es wie Schweden

Gut gemeinte generische Ratschläge wie: "Macht es doch wie Kanada oder Luxemburg und sucht euch die Migranten aus, die ihr haben wollt" sind also wenig hilfreich, weil sich die historischen Voraussetzungen in Deutschland nicht mehr umkehren lassen. Außerdem geht es längst nicht nur um die Frage, wie gut qualifizierten Einwanderern der Start in Deutschland erleichtert werden kann: Die aktuell steigenden Flüchtlingszahlen erlauben es den europäischen Ländern auch in absehbarer Zukunft nicht, nur die gut ausgebildeten Menschen ins Land zu lassen. Von den Flüchtlingen werden viele bleiben, und auch sie müssen integriert werden.

Mit dem neuen Bleiberecht erkennt Deutschland immerhin etwas besser an, dass nicht nur die Menschen hier bleiben werden, denen Asyl gewährt wird, sondern auch viele von denen, deren Abschiebung nur ausgesetzt wird, also Geduldete - und dass es sich lohnt, ihnen eine Perspektive zu bieten. "Macht es doch wie Schweden" wäre also ein besserer Aufruf. Im OECD-Vergleich können die skandinavischen Länder zwar auch nicht glänzen. Denn sie nahmen in den letzten zehn Jahren vergleichsweise viele Menschen aus humanitären Gründen auf und können deshalb auch nicht nur die gebildeten auswählen. Es dauert, bis sie integriert sind. Aber sie werden dort sofort gefördert, haben fast dieselben Möglichkeiten, an Schulen und an Universitäten zu lernen wie die Einheimischen selbst und sind gut in öffentlichen Jobs repräsentiert.

Man könnte den Bericht also auch so lesen: Deutschland hat schon einen zweiten Anlauf genommen als Einwanderungsland, die neue Generation kommt besser an. Das ginge noch konsequenter. Mit mehr Engagement für frühkindliche Bildung zum Beispiel und engagierten Sprach- und Bildungsprogrammen für Flüchtlinge und Geduldete.

Load-Date: July 2, 2015

Haben wir wirklich keinen Platz mehr in Deutschland?; In Deutschland wird es eng, Flüchtlinge wollen nicht arbeiten und wer vom Balkan kommt, ist sowieso ein Wirtschaftsflüchtling. Zehn Mythen über Flüchtlinge

ZEIT-online

Dienstag 18. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 33

Length: 2049 words

Byline: Steffen Dobbert; Nadine Oberhuber

Body

Flüchtlinge stehen vor dem Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** in Berlin.

© Stefanie Loos/Reuters

1. Deutschland nimmt schon viel mehr Flüchtlinge auf als andere Länder

Betrachtet man nur die absolute Zahl von 180.000 Flüchtlingen im ersten Halbjahr 2015, dann ist Deutschland zurzeit das Land in Europa, in dem die meisten Flüchtlinge einen Asylantrag stellen. Doch erstens gilt das erst seit kurzer Zeit. Und zweitens gilt: Rechnet man die Zahl der Asylsuchenden auf die Einwohnerzahl um, sind Schweden und Ungarn derzeit die Länder Europas, die am meisten Flüchtlinge aufnehmen - gefolgt von Österreich. In Schweden wurden 2014 mehr als acht Asylanträge pro 1.000 Einwohner gestellt. Wichtig ist außerdem, wie oft die Staaten den Anträgen stattgeben. Auch da liegt Schweden weit vor uns: Die Skandinavier stimmen zwei Dritteln der Asylanträge zu. Deutschland dagegen weist viel mehr als die Hälfte der Anträge ab. Im internationalen Vergleich - also nicht nur Europa - liegt die Bundesrepublik übrigens auf keinem vorderen Platz im Ranking der Länder, die Asyl gewähren.

2. Wir haben keinen Platz mehr in Deutschland

Deutschland hat keinen Platz mehr, heißt es oft. Es gebe ohnehin kaum noch bezahlbare Wohnungen in deutschen Städten. Wo sollten also weitere Flüchtlinge unterkommen? Besonders die vielen Berichte von übertollen Erstaufnahmestellen erwecken diesen Eindruck. Und ja, einige Städte sind mit der Organisation der Flüchtlingsunterkünfte überfordert. Tatsache ist jedoch: Ganze Landstriche Deutschlands entvölkern sich zusehends, weil dort niemand mehr wohnen will. In vielen Gemeinden stehen Wohnungen leer. Im Odenwaldkreis in Hessen kommt derzeit nicht einmal ein Flüchtling auf 1.000 Einwohner. In Schwandorf in Bayern sind es derzeit gerade mal zwei Flüchtlinge. Und in Berlin, einer der Hochburgen der Neuankömmlinge, leben 4,5 Flüchtlinge unter 1.000 Berlinern. Im Schnitt kommen in Deutschland derzeit etwa zwei Asylbewerber auf 1.000 Bewohner. In Schweden sind es viermal so viele.

3. Müssen wir denn wirklich halb Afrika retten?

Haben wir wirklich keinen Platz mehr in Deutschland? In Deutschland wird es eng, Flüchtlinge wollen nicht arbeiten und wer vom Balkan kommt, ist sowieso ein Wir....

Wir werden derzeit Zeugen einer neuen Völkerwanderung. Rund 60 Millionen Menschen weltweit sind auf der Flucht, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Wenn nun Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagt: "Wir können die Probleme Afrikas doch nicht dadurch lösen, dass die Hälfte der Menschen Afrikas nach Europa kommt", leitet das aber grob in die Irre. Die Mehrheit der Flüchtlinge weltweit stammt nicht aus Afrika. Zudem suchen nur wenige Afrikaner Schutz in Europa. Ein Blick in die Statistik der Flüchtlingsagentur der Vereinten Nationen UNHCR zeigt, dass die größte Gruppe der Flüchtenden - vier Millionen Menschen 2014 - aus Syrien stammt. Das zweite große Fluchtland ist Afghanistan. Beide Länder stellen rund 30 Prozent derjenigen, die hierzulande Asyl suchen. Weitere 30 Prozent kommen aus den Staaten Ex-Jugoslawiens. Unter den zehn Herkunftsländern, deren Bewohner derzeit in Deutschland am häufigsten Asyl suchen, ist nur ein afrikanisches Land, nämlich Eritrea. Von dort kommen drei Prozent der Asylsuchenden.

4. Den geht's doch gar nicht schlecht - die haben sogar teure Handys

Es stimmt, dass viele Flüchtlinge ein Handy dabeihaben. Das aber ist kaum überraschend: In den Herkunftsländern sind Handys keine Luxusobjekte und Statussymbole, sondern oft die einzigen Elektrogeräte, die Menschen überhaupt besitzen. Sie sind oft ein überlebenswichtiges Kommunikationsmittel. Viele Menschen schafften sich in den Revolutionswirren des Arabischen Frühlings Handys an, um sich untereinander vor Militärattacken zu warnen und Demonstrationen zu organisieren. Heute gibt es allein in Syrien zwölf Millionen Handys auf 20 Millionen Einwohner. Die Handyhersteller förderten diese Verbreitung. Sie witterten einen gigantischen Absatzmarkt, also brachten sie abgespeckte Billigmodelle auf den Markt. Apple sammelte in den USA sogar Gebraucht-iPhones bei der Kundschaft ein, um sie aufzubereiten und gezielt nach Nahost zu verschicken. Deswegen sieht man viele Flüchtlinge mit vermeintlich teuren iPhones. Handys sind zudem das einzige Mittel, mit dem die Flüchtenden ihren Daheimgebliebenen Lebenszeichen senden können.

5. Die Flüchtlinge nehmen uns die Arbeitsplätze weg

In Deutschland scheint die Angst groß, dass Flüchtlinge der heimischen Bevölkerung den Wohlstand streitig machen. Fakt ist aber: In vielen Wirtschaftsbereichen fehlen uns heute schon die nötigen Arbeitskräfte. Und aus Kriegsgebieten kommen viele gut ausgebildete Menschen. Die Hälfte hat einen Facharbeiterabschluss oder ist sogar Akademiker, so die Bundesagentur für Arbeit. Doch wer als Asylbewerber nach Deutschland kommt, darf erst einmal drei Monate nicht arbeiten und hat es auch danach schwer, einen Job zu bekommen (siehe Punkt 9).

Die deutsche Bevölkerung schrumpft. In etwa 15 Jahren gehen pro Jahr doppelt so viele Beschäftigte in Rente, wie Schulabgänger neu auf den Arbeitsmarkt kommen. Und in etwa 35 Jahren werden jährlich eine halbe Million mehr Menschen sterben als geboren. Schon 2030 könnten uns rund sieben Millionen Arbeitskräfte fehlen - ein Sechstel der heute Beschäftigten, ermittelte das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Das Einzige, was unser Land langfristig rettet, sind mehr jüngere Leute, die hier leben und arbeiten wollen. 90 Prozent der Flüchtlinge, die zu uns kommen sind jünger als 40.

6. Wir müssen die alle durchfüttern - das kostet Unmengen an Geld

Gut fünf Milliarden Euro geben die Bundesländer 2015 vermutlich aus, um die rund 400.000 Asylbewerber zu versorgen, die bei uns eingetroffen sind oder noch eintreffen werden. Einen Teil davon, rund eine Milliarde, bekommen die Länder als Finanzspritze vom Bund. Natürlich sind fünf Milliarden Euro viel Geld. 2014 kosteten die Flüchtlinge den Staat nicht einmal die Hälfte, nur 2,2 Milliarden Euro. Da suchten aber auch nur halb so viele Menschen Schutz. Aber das Geld dafür ist da: Es stammt oft aus Steuerüberschüssen und Haushaltsrücklagen. Zudem machen fünf Milliarden Euro gerade einmal 1,8 Prozent des Bundeshaushalts aus. Und noch ein Vergleich relativiert die fünf Milliarden Euro: Allein an Zinsen für seine Schulden zahlt Deutschland jährlich 35 Milliarden Euro. Noch winziger wirken die Flüchtlingsausgaben, wenn man weiß: Die Bundesrepublik hat allein für die Rettung ihrer Banken jüngst 290 Milliarden Euro ausgegeben.

7. Flüchtlinge bekommen mehr Geld als Hartz-IV-Empfänger

Haben wir wirklich keinen Platz mehr in Deutschland? In Deutschland wird es eng, Flüchtlinge wollen nicht arbeiten und wer vom Balkan kommt, ist sowieso ein Wir....

Lange Zeit bekamen Asylbewerber nur knapp die Hälfte dessen, was Hartz-IV-Empfänger für den Lebensunterhalt kriegen. Erst 2012 entschied das Bundesverfassungsgericht: Ein Flüchtlingsleben ist nicht weniger wert als das Leben eines Bundesbürgers, deshalb soll ein Flüchtling auch das Gleiche bekommen. Den Großteil der Leistungen erbringt der Staat für Flüchtlinge aber in Form von Sachleistungen, etwa das Essen, die Unterbringung in den Flüchtlingsheimen, Kleiderspenden und Erstausrüstungspakete. Dazu bekommt jeder erwachsene Flüchtling rund 130 Euro Taschengeld im Monat, Kinder etwa 90 Euro. Sind die Flüchtlinge nicht in Massenunterkünften untergebracht, sondern dezentral, steht ihnen etwas mehr Geld für die Eigenversorgung zu. Insgesamt ist das aber nicht mehr als Hartz-IV-Empfänger bekommen. Der Pauschalvorwurf, Einwanderer lägen dem Staat auf der Tasche, stimmt ohnehin nicht: Die Bertelsmann Stiftung ermittelte, dass Menschen ohne deutschen Pass 2014 im Schnitt 3.300 Euro mehr an Steuern zahlten, als sie in Form von Kindergeld oder sonstigen staatlichen Unterstützungen bekamen. Einwanderer entlasten also den Sozialstaat sogar. Wenn jedes Jahr 200.000 Einwanderer ins Land kämen, müsste jeder Deutsche jährlich 400 Euro weniger Steuern zahlen.

8. Wer vom Balkan kommt, ist sowieso ein Wirtschaftsflüchtling

Auf dem Balkan herrscht kein Bürgerkrieg, deshalb denken viele Menschen hierzulande: Asylsuchende aus dem ehemaligen Jugoslawien seien nichts anderes als Wirtschaftsflüchtlinge. Die rennen bloß vor der Armut in ihren eigenen Ländern davon und suchen bei uns ein besseres Leben. Fakt ist aber: Besonders serbische und kosovarische Roma leiden in ihren Heimatländern unter "starker Diskriminierung", das stellte sogar die EU-Kommission fest. Wie die Diskriminierung aussieht, beschreibt die Vereinigung Pro Asyl so: Roma bekommen oft keine Wohnungen, sie leben in Slums, meist ohne Strom und Heizung. Sie können ihre Kinder nicht zur Schule schicken, kriegen keine Arbeit und sind auch nicht übers Gesundheitssystem abgesichert. Sie leben in existenzieller Not, viele leiden sogar Hunger. Nun können sich andere EU-Bürger einfach in einem anderen Land eine Arbeit suchen. Diese Möglichkeit ist ihnen verwehrt. Daher finden Länder wie Finnland und die Schweiz: In rund 40 Prozent der Fälle sind Asylanträge serbischer und kosovarischer Flüchtlinge gerechtfertigt. Frankreich, Belgien und Großbritannien geben immerhin jedem fünften Antrag statt. Deutschland schiebt fast zu 100 Prozent ab.

9. Die wollen doch eh nicht arbeiten

Die meisten Flüchtlinge würden am liebsten einer Beschäftigung nachgehen, statt in Massenunterkünften abzuhängen. Allerdings haben es Flüchtlinge oft schwer, einen Job zu ergattern. In den ersten drei Monaten dürfen sie laut Gesetz gar nicht arbeiten. Und dann müssen sie als Flüchtling anerkannt sein. Danach stehen viele in der Schlange vor ihnen, die nach dem "Vorrangprinzip" bei der Jobvergabe bevorzugt werden: Zuerst haben alle deutschen Arbeitnehmer Anrecht auf eine freie Stelle. Danach EU-Bürger, Bürger aus dem Europäischen Wirtschaftsraum, dann Schweizer. Dann erst kommen Ausländer mit Arbeitsberechtigung, unbefristeter Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung. Die Bundesagentur für Arbeit prüft, ob diese Regeln eingehalten werden. Nur bei Berufen mit Arbeitskräftemangel entfällt diese Vorrangprüfung. Viele Arbeitgeber haben ohnehin Vorbehalte gegen Flüchtlinge: Sprechen sie genug Deutsch? Sind sie genügend ausgebildet für den Posten? Sind sie am Ende bald wieder weg? Und für hoch qualifizierte Flüchtlinge gibt es noch absurde Gesetze: Wer etwa als Arzt oder Ingenieur hierzulande arbeiten und eine vorhandene Lücke am Arbeitsmarkt stopfen will, der muss laut Gesetz den Antrag in seinem Heimatland stellen. Bürgerkriegsflüchtlinge müssten also ins Kriegsgebiet zurückkehren.

10. Und am Ende gehen die nie wieder zurück

Bleiben Flüchtlinge und andere Migranten wirklich lange hier? Nein. Weniger als die Hälfte aller Einwanderer leben länger als ein Jahr in der Bundesrepublik, 74 Prozent sind nicht länger als vier Jahre hier, wie aus der Statistik des Bundesamtes für Migration (Bamf) hervorgeht. Wer langfristig hierbleibt, kommt zu 60 Prozent aus anderen EU-Staaten, allen voran aus Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien. Flüchtlinge dagegen kehren oft freiwillig heim und zwar recht rasch. Das fördern die Bundesbehörden auch mit Rückkehrprogrammen für

Haben wir wirklich keinen Platz mehr in Deutschland? In Deutschland wird es eng, Flüchtlinge wollen nicht arbeiten und wer vom Balkan kommt, ist sowieso ein Wir....

Asylanten: 80 Prozent der Rückkehrer waren maximal ein Jahr hier, nur sechs Prozent länger. Über eine halbe Million Flüchtlinge haben in den vergangenen Jahren mithilfe des Bamf den Heimweg angetreten.

Denn wirklich integriert würden die meisten hier ohnehin nicht, kritisiert eine Studie der Bertelsmann Stiftung. Das liege auch an den langen Bearbeitungszeiten der deutschen Behörden, die erschwerten es den Flüchtlingen, hier überhaupt Fuß zu fassen. Zudem wollen die allermeisten ohnehin nicht längerfristig ihr Land verlassen: Vier von fünf Flüchtlingen retten sich selbst aus Kriegsgebieten gerade einmal über die nächste Grenze, etwa nach Pakistan, in den Iran oder die Türkei - oder sie bleiben gleich in ihrem Land, stellt der Flüchtlingsrat UNHCR fest. Von den sieben Millionen Geflohenen aus Afghanistan sind inzwischen etwa 5,5 Millionen in ihre Heimat zurückgekehrt.

Mitarbeit: Philip Faigle

Mehr zum Thema:

Load-Date: August 18, 2015

End of Document

Was ein Einwanderungsgesetz braucht; Ein Einwanderungsgesetz findet mittlerweile selbst die Kanzlerin gut. Was drinstehen soll, ist aber merkwürdigerweise noch kein Thema. Wir haben ein paar Vorschläge.

ZEIT-online

Donnerstag 13. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Zuwanderung; Ausg. 32

Length: 1640 words

Body

Die Ha\{0308}nde einer Afrikanerin liegen auf der Einbu\{0308}rgerungsurkunde der Bundesrepublik Deutschland
© dpa, Picture-Alliance

Einwanderung nach Deutschland ist normal

twitter facebook

Der Sinn eines Einwanderungsgesetzes ist es, Illegalität zu vermeiden und regulierte Wege der **Migration** zu verbessern und zu bewerben. Das ist auch eine Frage des Tons und der Wortwahl. Dass wir Leute in unser Land lassen und ihnen alle Chancen geben, ist kein Zugeständnis und keine Ausnahme, sondern normal. Das aktuelle *Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern* - kurz: Zuwanderungsgesetz - steht für diese Normalität nicht. Deshalb sollte das neue Gesetz das Wort Einwanderung schon im Titel tragen.

Abwehr war über Jahre das Signal unserer Migrationspolitik, sagt Armin Laschet, stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU und Autor des Sachbuchs *Die Aufsteigerrepublik. Zuwanderung als Chance*. Er erinnert an das sprachliche Ungetüm der *Anwerbestoppverordnung*, nach der lange die Einwanderung geregelt war. Begrenzen und verhindern, nicht aber gezielt Ermöglichen und Fördern, fasst Laschet die bisherige staatliche Haltung zusammen. Dabei würden beide Seiten davon profitieren, die legalen Einwanderungswege nicht nur auszubauen, sondern auch offener zu bewerben. Die, die nach Deutschland wollen, weil sie so vielleicht einen Weg finden, der sie nicht auf eines der Schlepperboote aufs Mittelmeer führt. Und Deutschland selbst, weil es so attraktiver und sichtbarer wird für Einwanderer, die es nach Sicht aller Experten dringend braucht. Ziel der Einwanderung sind dabei nicht nur neue Arbeitskräfte, sondern neue Bürger für Deutschland. Deshalb ist die Einbürgerung von Anfang an eine Perspektive für neue Einwanderer in Deutschland.

schließen Asylbewerber dürfen Arbeitsvisa beantragen

twitter facebook

Was ein Einwanderungsgesetz braucht Ein Einwanderungsgesetz findet mittlerweile selbst die Kanzlerin gut.
Was drinstehen soll, ist aber merkwürdigerweise noch k....

Asyl und Einwanderung dürfen sich nicht mehr ausschließen, die Mauern zwischen den Verfahren sollten eingerissen werden. Asylbewerber sollten dann auch ein Arbeitsvisum beantragen dürfen. Denn bisher gilt: Entweder Schutzbedürftiger oder Arbeitsmarktverstärkung. Entweder Asyl oder Einwanderung. Diese Trennung widerspricht der Realität, in der Asylbewerber sehr wohl arbeiten wollen und können. Deshalb werden bisher auch Menschen abgeschoben, die vielleicht nicht laut Gesetz *schutzbedürftig* sind, aber sehr wohl auf den deutschen Arbeitsmarkt passen würden. Der Wechsel vom Antrag auf Asyl zu einem Antrag für Einwanderung muss möglich werden, ohne dass ein Asylsuchender in das Land zurückkehren muss, aus dem er geflohen ist, sagt Dieter Oberndörfer, Vorstandsvorsitzender des Arnold-Bergstraesser-Instituts in Freiburg, Ehrenmitglied der Deutschen Unesco-Kommission und des Rats für Migration. Sinnvoll wäre dabei die Möglichkeit von *Ermessensempfehlungen* der für die Aufnahme von Einwanderern zuständigen Behörden. Mit ihr könnten die oft sachwidrigen und inhumanen Barrieren starrer gesetzlicher Regelungen abgebaut werden.

schließen Wer ein Jobangebot hat, darf einwandern

twitter facebook

Nach den aktuellen bürokratischen Regeln gibt es im Wesentlichen zwei Wege für Arbeitsmigranten: Erstens als Hochqualifizierte, die eine EU-BlueCard bekommen. Dafür braucht man einen Arbeitsvertrag, einen Hochschulabschluss aus Deutschland oder einen in Deutschland anerkannten oder gleichwertigen ausländischen Abschluss und ein Mindesteinkommen von 48.400 Euro (Mangelberufe: 37.752 Euro). Das schafft fast niemand. Die Einkommensgrenzen sind zu hoch, ein Nachweis der Gleichwertigkeit ausländischer Abschlüsse ist zudem praktisch sehr schwierig. Der zweite Weg für qualifizierte Arbeitskräfte führt über eine Vorrangprüfung durch die Bundesagentur für Arbeit, bei der untersucht wird, ob nicht ein anderer Deutscher oder EU-Bürger für die Stelle infrage kommt. Nur bei Mangelberufen, das betrifft etwa 20 Prozent der Beschäftigten, wird die Vorrangprüfung ausgesetzt. Auch diesen Weg wählen sehr wenige Arbeitsmigranten, weil er für beide, Migranten und Arbeitgeber, mit zu hoher Unsicherheit und zu hohem Aufwand verbunden ist. Entscheidend sollte künftig allein sein, ob Einwanderer schon eine verbindliche Zusage für einen Arbeitsplatz haben, der ein tarifliches Mindesteinkommen oder ein vergleichbares branchenübliches Einkommen garantiert. Das fordert Herbert Brücker, Leiter des Forschungsbereiches *Internationale Vergleiche und Europäische Integration* des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB. Die Vorrangprüfung würde ersatzlos entfallen. Gleiches gilt für eine Liste von Mangelberufen. Ein solches System würde Lohndumping vermeiden und zugleich die Verdienstschwellen nicht zu hoch ansetzen. Zugleich würde eine konkrete Arbeitsplatzzusage sicherstellen, dass eine Arbeitsnachfrage besteht, sagt Brücker.

schließen Jugendliche dürfen auch ohne Job einwandern

twitter facebook

Die Attraktivität einer Beschäftigung in Deutschland für Spitzenkräfte war deutlich überschätzt. Dazu gibt es einen ungedeckten Bedarf an geringqualifizierten Arbeitskräften in Deutschland, sagt der Migrationsexperte Dieter Oberndörfer. Deutschland sollte deshalb schon Jugendliche ins Land lassen. Sie könnten offene Ausbildungsstellen besetzen. Wenn wir Fachleute mit ausländischen Wurzeln wollen, können wir sie auch selbst ausbilden. Dafür sprechen sich übrigens auch die Arbeitgeber aus. Wer interessiert, talentiert ist, und keinen Job hat, sollte eine sogenannte TalentCard bekommen, schlägt Alexander Wilhelm vom Bundesverband der Arbeitgeber vor. Herbert Brücker vom IAB würde gerne die Einwanderung daran koppeln, wie sich Migranten auf dem Arbeitsmarkt bewähren. Er möchte ein für drei Jahre befristetes Aufenthaltsrecht gewähren. Bei einer erfolgreichen Arbeitsmarktintegration ohne längere Phasen des Bezugs von Arbeitslosengeld oder Leistungen der Grundsicherung kann dies in ein Daueraufenthaltsrecht umgewandelt werden.

schließen Die deutschen Botschaften sind Arbeitsagenturen

twitter facebook

Die deutschen Botschaften sollten erster Anlaufpunkt für alle sein, die in Deutschland leben wollen. Die Auslandsvertretungen brauchen den Willen, die Ressourcen und die politische Unterstützung, um alle

Was ein Einwanderungsgesetz braucht Ein Einwanderungsgesetz findet mittlerweile selbst die Kanzlerin gut.
Was drinstehen soll, ist aber merkwürdigerweise noch k....

Interessierten schnell und umfassend über die Einwanderungsmöglichkeiten nach Deutschland zu informieren und ihnen zu helfen. Wenn es in manchen Ländern ein halbes Jahr dauert, bis man überhaupt einen persönlichen Termin bei der deutschen Botschaft bekommt, wenn der öffentliche Auftritt Deutschlands im Ausland eher auf Abschreckung als auf Aufklärung ausgelegt ist, verbaut das legale Einwanderungsmöglichkeiten. Der Weg nach Deutschland sollte schon in den Botschaften und Konsulaten begonnen werden können und nicht erst an der deutschen Grenze nach einer oft mühseligen, gefährlichen, illegalen Reise. Wenn zukünftig die Mitarbeiter der zentralen Auslandsvermittlung im Botschaftsgebäude arbeiten und interessierten Einwanderern die Bedürfnisse des deutschen Arbeitsmarktes erklären, wäre das eine große Erleichterung, sagt Herbert Brücker vom IAB.

schließen Ehrenamtliche Integrationshelfer werden steuerlich entlastet

twitter facebook

Integration ist ein gesellschaftlicher Prozess, bei dem Menschen Menschen helfen. Das geschieht in Deutschland bereits freiwillig und flächendeckend. Was in vielen Kommunen jedoch fehlt, ist eine professionelle Koordination dieser ehrenamtlichen Arbeit. Diese Jobs sollten Sozialarbeiter übernehmen, die von den Gemeinden eingestellt werden. Ein Einwanderungsgesetz sollte den rechtlichen Anspruch der Gemeinden auf zusätzliche Angestellte sichern und somit die Finanzierung der Sozialarbeiter sichern - ähnlich wie bei der Sicherung der Kita-Plätze. Um diese Helfer zu unterstützen, brauchen wir eine Anerkennungskultur, sagt Herbert Brücker vom IAB. Seit 2013 dürfen Bürger, die sich in ihrer Gemeinde ehrenamtlich engagieren, 720 Euro im Jahr steuerfrei verdienen. Diese Steuererleichterung durch die Ehrenamtspauschale sollte auch Menschen, die Immigranten helfen, zugute kommen.

schließen Ein neues Ministerium koordiniert die Einwanderung

twitter facebook

Der gegenwärtige Zuschnitt der Ressorts führt zu einer handlungslähmenden Vielfalt von Zuständigkeiten und Behörden, klagt Jürgen Bast, Professor für öffentliches Recht an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Arbeitsministerium, Sozialministerium, Innenministerium, Bundesarbeitsagentur, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: An Mitspielern fehlt es nicht, sehr wohl aber an klaren Strukturen und Verantwortlichkeiten. So wird die Schuld, wenn es wie jetzt Probleme gibt, gerne von einem zum anderen geschoben. Und dass ausgerechnet das Innenministerium noch am ehesten die Koordination übernimmt, macht es auch nicht besser. Wegen dessen Konzentration auf Sicherheitspolitik und Gefahrenabwehr sei es das falsche Zentralressort für die Förderung von Willkommenskultur und für Integrationspolitik im Sinne teilhabeorientierter Gesellschaftspolitik, sagt Bast. Deshalb braucht es ein Querschnittsministerium, das an das Arbeitsministerium gebunden ist und die Aufsicht über das BAMF von den Innenbehörden übernimmt.

schließen

Teilen: Facebook Twitter window.zonZg = { lang: "de" };
window.zonZg.imagePath="<http://interactive.zeit.de/feature/einwanderungsgesetz/images/>";
window.zonZg.cssPath="<http://interactive.zeit.de/feature/einwanderungsgesetz/styles/>";
window.zonZg.staticPath="<http://interactive.zeit.de/feature/einwanderungsgesetz/static/>";

Zusammengetragen von: Steffen Dobbert, Lenz Jacobsen, Maria Exner

Diskutieren Sie mit: Hier können Sie unsere Vorschläge für ein Einwanderungsgesetz kommentieren oder auf Twitter unter #FairesEinwanderungsgesetz.

Load-Date: August 13, 2015

Was ein Einwanderungsgesetz braucht Ein Einwanderungsgesetz findet mittlerweile selbst die Kanzlerin gut.
Was drinstehen soll, ist aber merkwürdigerweise noch k....

End of Document

SPD-Politiker fordern von Merkel mehr Durchsetzungskraft; In einem Brief haben 13 Abgeordnete der SPD die Kanzlerin aufgefordert, ihre Richtlinienkompetenz zu nutzen. Sie müsse sicherstellen, dass Beschlüsse umgesetzt würden.

ZEIT-online

Mittwoch 27. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 4

Length: 360 words

Body

13 Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion haben einen Brief an Angela Merkel geschrieben.

© Fredrik von Erichsen/dpa

13 junge Bundestagsabgeordnete der SPD haben einen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel geschrieben. In der **Flüchtlingspolitik** müsse "endlich die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen in den Mittelpunkt gestellt werden", schreiben die Abgeordneten. Dafür müsse Merkel ihre Richtlinienkompetenz nutzen. Nur so könne sie verhindern, dass ein "Überbietungswettbewerb neuer Vorschläge" die bisher getroffenen Beschlüsse infrage stelle.

Dazu gehört auch das Asylpaket II. Das war von den Vorsitzenden der Fraktionen von SPD, CDU und CSU im vergangenen November vereinbart worden. Umgesetzt wurde es bisher nicht. Grund dafür ist der Streit über den Familiennachzug von Flüchtlingen. Dieses Recht sollte für zwei Jahre ausgesetzt werden. Syrische Flüchtlinge sollten davon ausgenommen werden. Die CSU drängt darauf, diese einzubeziehen. Einen Kompromiss nannte nun die SPD-Parlamentsgeschäftsführerin: Der Nachzug könnte für ein Jahr ausgesetzt werden - für alle Flüchtlinge.

Um den Flüchtlingen zu helfen, die Deutschland erreichen, sei es "eine der dringlichsten Aufgaben", den Antragsstau im Bundesamt für Migration (Bamf) zu beseitigen, fordern die Abgeordneten. Dafür müssten deutlich mehr Mitarbeiter eingestellt werden. Der Behörde liegen momentan mehr als 350.000 unbearbeitete Asylanträge vor. Auch müsse die Bundespolizei personell aufgestockt werden. Nur so könne öffentliche Sicherheit garantiert werden, heißt es in dem Brief.

Wieder Post für Merkel: 13 Abgeordnete der @spdbt fordern die Kanzlerin auf, ihre Richtlinienkompetenz zu nutzen. pic.twitter.com/sIZTpja9g7

- Nico Schmidt (@nico_schmidt) January 27, 2016

Europäische Lösungen der Flüchtlingskrise unterstützen die Abgeordneten "ausdrücklich". "Gerade als Abgeordnete der jüngeren Generation treibt uns diese Jahrhundertaufgabe um", schreiben die SPD-Politiker. Neue

SPD-Politiker fordern von Merkel mehr Durchsetzungskraft In einem Brief haben 13 Abgeordnete der SPD die Kanzlerin aufgefordert, ihre Richtlinienkompetenz zu nu....

unhaltbare Forderungen nennen sie Panikmache und schreiben an die Koalitionspartner aus CDU und CSU: "Wer diese Angstmacherei betreibt, obwohl er in Regierungsverantwortung steht, handelt vollkommen unverantwortlich."

Load-Date: January 27, 2016

End of Document

"Eine Obergrenze ist mit europäischem Recht nicht vereinbar"; Laut CSU soll es in Deutschland eine Obergrenze für Flüchtlinge geben. Geht das überhaupt? Die Juristin und Migrationsexpertin Christine Langenfeld hat Bedenken.

ZEIT-online

Dienstag 24. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 47

Length: 897 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Flüchtlinge warten an der griechisch-mazedonischen Grenze.

© Robert Atanasovski/AFP/Getty Images

ZEIT ONLINE: Frau Langenfeld, die CSU und Teile der CDU wollen festlegen, wie viele **Flüchtlinge** Deutschland im kommenden Jahr aufnehmen kann und eine entsprechende Obergrenze einführen. Halten Sie das für eine gute Idee?

Christine Langenfeld: Das ist mit dem europäischen Recht nicht vereinbar. Schließlich ist die Dublin-Verordnung immer noch geltendes Recht, auch wenn deren Vollzug am Boden liegt. Sie besagt, dass grundsätzlich der Staat, in dem zum ersten Mal ein Antrag auf **Asyl** gestellt wird, feststellen muss, ob er selbst oder aber ein anderer EU-Staat für die Durchführung des Schutzverfahrens zuständig ist.

Sie können einen Flüchtling, der einen Asylantrag stellt, also nicht an der deutschen Grenze mit dem Argument zurückweisen, die Obergrenze sei bereits erfüllt. Grundsätzlich müssen sie ihn erst mal zum Zweck der Prüfung der Zuständigkeit hineinlassen.

ZEIT ONLINE: Wäre eine Obergrenze wenigstens mit dem deutschen Asylrecht vereinbar?

Langenfeld: Man kann das deutsche Asylrecht nicht mehr isoliert betrachten, weil es von den europäischen Regelungen überlagert wird. Entscheidend ist, dass eine Obergrenze daran scheitern würde, dass eine Zurückweisung von Flüchtlingen, die um Asyl nachsuchen, an der deutschen Grenze aufgrund der Dublin-Verordnung nicht möglich wäre.

Christine Langenfeld ist Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) und Professorin für öffentliches Recht an der Universität Göttingen.

© SVR/David Ausserhofer

"Eine Obergrenze ist mit europäischem Recht nicht vereinbar" Laut CSU soll es in Deutschland eine Obergrenze für Flüchtlinge geben. Geht das überhaupt? Die Juri....

ZEIT ONLINE: Die anderen europäischen Staaten verstoßen allerdings auch gegen die Dublin-Regeln, sonst kämen die Flüchtlinge ja gar nicht bis nach Deutschland.

Langefeld: Das ist richtig. Eigentlich müssten die Asylverfahren in Griechenland durchgeführt werden, dazu ist Griechenland aber nicht in der Lage. Aber auch die anderen Staaten, die auf der Balkanroute liegen, erfüllen ihre Verpflichtungen aus der Dublin-Verordnung nicht, sondern schicken die Flüchtlinge einfach nach Deutschland weiter.

Wenn Deutschland deswegen aber nun eine Obergrenze einführen würde, wäre das eine Art von Notstandsmaßnahme, die im europäischen Recht so nicht vorgesehen ist. Hier stößt das Recht an seine Grenzen. Eine Obergrenze würde aber auch in der Praxis nicht funktionieren.

ZEIT ONLINE: Inwiefern?

Langenfeld: Die Staaten der EU an der Balkan-Route setzen ja darauf, dass Deutschland, Österreich und Schweden die Flüchtlinge nehmen. Wenn das durch eine Obergrenze ausgeschlossen wird, würden auch sie ihre Grenze schließen. Das würde zu schlimmen Szenen an der Außengrenze führen und hätte mit Regularität und Humanität nichts mehr zu tun.

ZEIT ONLINE: Jetzt könnte man zynisch sagen, die Zahl der Flüchtlinge würde sich dadurch aber vermutlich stark verringern.

Langenfeld: Das mag sein, aber ich bin der Meinung, dass ein solches Kalkül nicht mit dem europäischen Selbstverständnis vereinbar ist.

ZEIT ONLINE: Was wäre die Alternative?

Langenfeld: Europäische Kontingente sind eine bessere Lösung. Damit ist gemeint, dass man den Staaten, in denen sich eine große Zahl von Flüchtlingen aus Syrien und dem Nordirak aufhalten - also namentlich Jordanien, Libanon und der Türkei - anbietet, eine gewisse Zahl der Flüchtlinge nach Europa zu übernehmen.

Kontingente machen aber nur Sinn, wenn dann zumindest aus den Ländern, mit denen sie vereinbart wurden, keine weiteren Flüchtlinge kommen. Deswegen muss dies verbunden werden mit einem effektiven Schutz der europäischen Außengrenzen und mit Rücknahmevereinbarungen. Wer jenseits des Kontingents aus einem Staat wie der Türkei käme, würde dorthin zurückgeschickt.

Das wäre mit der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Konvention allerdings nur dann vereinbar, wenn gesichert ist, dass die zurückgewiesenen Flüchtlinge von dem Drittstaat nicht weiter abgeschoben werden und dass sie dort gut behandelt werden.

ZEIT ONLINE: Ist das realistisch?

Langenfeld: Die Türkei wird dafür natürlich eine Gegenleistung verlangen. Darüber könnte aber wohl eine Verständigung erzielt werden. Die Menschenrechtskonvention verlangt nicht, dass Flüchtlinge in Verhältnissen leben, wie wir sie aus EU-Staaten normalerweise gewöhnt sind. Ihre Sicherheit muss gewährleistet sein, die Menschen müssen versorgt werden, sie müssen untergebracht werden. Wünschenswert wäre natürlich auch, dass sie Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten und die Kinder eine Schule besuchen können.

ZEIT ONLINE: Wie würde die Zurückweisung von Menschen, die außerhalb der Kontingente kommen, praktisch vor sich gehen?

Langenfeld: Man würde in Griechenland sogenannte Hotspots einrichten. Dort würde geprüft, ob eine Rückschiebung möglich ist. Der Flüchtling muss aber die Gelegenheit haben, vorzutragen, warum sein Fall eben vielleicht doch anders ist.

"Eine Obergrenze ist mit europäischem Recht nicht vereinbar" Laut CSU soll es in Deutschland eine Obergrenze für Flüchtlinge geben. Geht das überhaupt? Die Juri....

ZEIT ONLINE: Solche Kontingente wären aber keine Obergrenze für ganz Europa?

Langefeld: Nein, denn Menschen, die aus Staaten kommen, die keine sicheren Drittstaaten sind, hätten auch weiterhin das Recht, in Europa einen Asylantrag zu stellen. Dieser müsste dann geprüft werden und wenn ein Schutzgrund vorliegt, müssten die Menschen aufgenommen werden - zusätzlich zu den Kontingenten. Im Verhältnis zu bestimmten Drittstaaten können Kontingente ein Schritt zu einer Begrenzung sein.

Load-Date: November 25, 2015

Warten auf "Aktenanlage" verlängert Asylverfahren; Flüchtlinge halten sich monatelang in Deutschland auf, bis ihr Antrag auf Asyl auch nur entgegengenommen wird. Die offizielle Statistik ist mit einem Trick geschönt.

ZEIT-online

Samstag 10. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 41

Length: 535 words

Body

Ein jugendlicher **Asylbewerber** vor der Landeserstaufnahmestelle in Meßstetten (Baden-Württemberg)

© Felix Kästle/dpa

Asylverfahren dauern in Deutschland oft deutlich länger als offiziell angegeben. Als Grund für die verzerrte Statistik führt *Der Spiegel* an, dass nur der Zeitraum erfasst werde, ab dem das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) den **Asylantrag** entgegennehme. Bis zu dieser "Aktenanlage" könnten jedoch Monate vergehen, in denen der **Flüchtling** sich bereits in Deutschland aufhalte. Das Bamf nennt derzeit eine durchschnittliche Bearbeitungsdauer von rund fünf Monaten.

Der Spiegel berichtet von Unterlagen mehrerer Asylbewerber aus Afghanistan, die im September nach Deutschland kamen und denen ein Termin zur "Aktenanlage" im Mai und im Juni 2016 genannt wurde. Sie müssten demnach ein Dreivierteljahr warten, bis ihr Verfahren überhaupt beginne.

Nach Angaben des Frankfurter Asylrechtsanwalts Reinhard Marx sind dies keine Einzelfälle. Marx vertritt laut *Spiegel* eine afghanische Familie, die seit 14 Monaten darauf wartet, beim Bamf ihren Antrag stellen zu dürfen. Er wolle die Behörde nun mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht zwingen, schneller zu arbeiten.

Das Bamf räumte ein, dass es mancherorts zu mehrmonatigen Wartezeiten gekommen sei, besonders bei afghanischen Asylbewerbern. Als Gründe nannte es die hohen Zugangszahlen und Engpässe bei einigen Dolmetschern. Man arbeite aber "mit Hochdruck daran, diesen Zustand zu beheben".

Beim Bamf liegen laut dem Bundesinnenministerium 300.000 unbearbeitete Asylanträge. Im September wurde demnach fast die Hälfte der gut 40.000 eingereichten Anträge nicht bearbeitet. Die Verzögerungen sind nicht nur auf Unterbesetzung zurückzuführen. Es gibt einen weiteren, ganz banalen Grund: Die IT-Systeme beteiligter Behörden sind Medienberichten zufolge nicht miteinander kompatibel.

Es gibt beispielsweise keine Schnittstelle zwischen den Programmen der Bundespolizei und des Bamf. Wie die *Welt am Sonntag* unter Berufung auf einen hochrangigen Bundespolizisten berichtete, kann die Polizeibehörde

Warten auf "Aktenanlage" verlängert Asylverfahren Flüchtlinge halten sich monatelang in Deutschland auf, bis ihr Antrag auf Asyl auch nur entgegengenommen wird.....

Daten aufgegriffener Flüchtlinge bislang nur per E-Mail an das Bamf schicken. Erneutes, umständliches Eintippen per Hand ist die Folge.

Pro Asyl kritisiert Verfahrensfehler

"Da ist doch irgendwas nicht kurzfristig schiefgelaufen, sondern ist schon länger schräg", kritisierte der Geschäftsführer von Pro Asyl, Günter Burkhardt. Er sprach von "strukturellen Verfahrensfehlern". Mehraufwand könne von vornherein durch ein stringenteres Verfahren vermieden werden: "Was uns ärgert und umtreibt, ist, dass diese Asylverfahren in die Länge gezogen werden."

Er kritisierte auch das neue Asylgesetz, das vorsieht, dass Flüchtlinge nach ihrer Registrierung zunächst eine sogenannte Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder erhalten. Mit dieser "Büma" liefen "die Asylsuchenden monatelang rum", bevor sie beim Bamf wiederum einen Termin zur Asylantragstellung erhielten. "Man schafft sich hier ein Instrument zur Verlängerung von Asylverfahren", sagte Burkhardt.

Load-Date: October 10, 2015

Karte der Gewalt; Über 500 Angriffe gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte zählte die Polizei allein in diesem Jahr. Wo leben sie besonders gefährlich? Eine Übersicht von ZEIT ONLINE

ZEIT-online

Mittwoch 26. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 34

Length: 452 words

Byline: Paul Middelhoff

Body

© ZEIT ONLINE

Im Saarland ist soweit alles ruhig. In Bremen auch. Aus Deutschlands kleinsten Bundesländern wurden in diesem Jahr keine Übergriffe gegen **Flüchtlinge** gemeldet. Doch das ist die Ausnahme: In allen anderen deutschen Bundesländern kam es in den vergangenen Wochen zu Gewalt und Angriffen gegen **Asylsuchende**.

Körperverschüttung, Pöbeleien, Brandstiftung, ausländerfeindliche Demonstrationen - weit über 500 Straftaten mit möglicherweise fremdenfeindlichem Hintergrund verzeichnete die Polizei in den ersten acht Monaten dieses Jahres - deutlich mehr als in den Vorjahren. Eine traurige Bilanz.

Seit Jahren protokollieren Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung aus Berlin Angriffe gegen Migranten und Flüchtlinge anhand von Polizeimeldungen und Nachrichten in Lokalzeitungen sowie Berichten von Flüchtlingsorganisationen. Ein Blick auf die Zahlen zeigt: Im Osten kommt es besonders häufig zu Fällen von Körperverletzung gegen Asylsuchende. Im Süden und im Westen der Bundesrepublik verzeichnet die Polizei besonders viele Fälle von Brandstiftungen gegen Flüchtlingsunterkünfte. Allein in Bayern und Baden-Württemberg wurden bereits zehn Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte verübt.

```
window.zonZg    =    {};                window.zonZg.imagePath="http://interactive.zeit.de/infografik/2015/karte-fluechtlingsangriffe/images/";
window.zonZg.cssPath="http://interactive.zeit.de/infografik/2015/karte-fluechtlingsangriffe/styles/";
window.zonZg.staticPath="http://interactive.zeit.de/infografik/2015/karte-fluechtlingsangriffe/static/";
```

In Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen hingegen gibt es die meisten Demos gegen die Unterbringung von Flüchtlingen. Allein in der Hauptstadt organisierten Asylgegner in diesem Jahr bereits 20 Demonstrationen und Kundgebungen.

Brandanschläge und körperliche Gewalt

Karte der Gewalt Über 500 Angriffe gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte zählte die Polizei allein in diesem Jahr. Wo leben sie besonders gefährlich? Eine Über....

Auf dieser Karte sind alle tätlichen Übergriffe und Körperverletzungen verzeichnet, die 2015 stattfanden (blau), sowie Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte (rot).

© 2015 ZEIT ONLINE

Quelle: Amadeu Antonio Stiftung, Stand: 25. August 2015

Am besorgniserregendsten ist die Lage für Flüchtlinge laut der Amadeu Antonio Stiftung in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden: Dort kam es seit Beginn des Jahres 17 Mal zu gewalttätigen Übergriffen gegen Flüchtlinge, Anfang Januar brannte eine Flüchtlingsunterkunft.

Meistens kommt es jedoch in ländlichen Regionen zur Gewalt gegen Ausländer: Alle zehn Brandanschläge in Bayern und Baden-Württemberg fanden in kleinen Dörfern statt - der Ort Balingen im Schwarzwald ist mit knapp 35.000 Einwohner der größte. Aber auch in anderen Regionen Deutschlands sind es meist die kleinen Orte, aus denen Angriffe gegen Asylsuchende gemeldet werden - wie unsere Karte zeigt.

Load-Date: August 26, 2015

Bamf widerspricht Bundesregierung; Die Lage in Tunesien, Algerien und Marokko ist weit unsicherer als bisher von der Bundesregierung zugegeben. Das geht aus Dokumenten hervor, die ZEIT ONLINE vorliegen.

ZEIT-online

Sonntag 30. Oktober 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Maghreb-Staaten; Ausg. 42

Length: 1788 words

Byline: Kersten Augustin; Kai Biermann; Philip Faigle

Body

Asylbewerber warten vor einem Gebäude des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** in Berlin.

© Sean Gallup/Getty Images

Das Gesetz, für das Innenminister Thomas de Maizière seit den Vorfällen in der Kölner Silvesternacht kämpft, sollte ein Signal sein. Als sich herausstellte, dass vor allem Männer aus Nordafrika an den Übergriffen auf Frauen beteiligt waren, entschied die Bundesregierung noch im Januar, die Länder Tunesien, Algerien und Marokko als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Das würde es möglich machen, die Einwanderung aus Nordafrika zu begrenzen und Nordafrikaner aus dem Maghreb schneller abzuschieben.

Das Gesetz solle eine Botschaft "nach innen und nach außen" senden, so sagte es de Maizière damals. Die Regierung, hieß das, werde mit harter Hand auf die sexuellen Übergriffe reagieren. Nach einer hitzigen Debatte wurde das Gesetz im Mai vom Bundestag beschlossen. Die Zustimmung des Bundesrates steht noch aus.

In der Begründung des Gesetzes kommt die Bundesregierung zu einer scheinbar klaren Einschätzung: Die Länder Nordafrikas seien sicher, einer Einstufung als sichere Herkunftsstaaten stehe nichts im Weg. Doch interne Dokumente, die ZEIT ONLINE vorliegen, belegen, dass de Maizières eigene Behörde, das zuständige Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf), intern zu einer deutlich anderen Beurteilung kommt. Die Akten legen den Verdacht nahe, dass das Gesetz allein aus innenpolitischen Gründen entstanden ist und dass dabei bewusst die Einschätzungen von Fachleuten überhört wurden.

Bei den Dokumenten handelt es sich um die sogenannten Herkunftsländerleitlinien (HKL) des Bamf. Darin beschreiben Experten der Behörde die politische Lage in den jeweiligen Herkunftsländern der Flüchtlinge, in diesem Fall also in Marokko, Algerien und Tunesien. Die Leitlinien dienen den Bamf-Mitarbeitern als Grundlage ihrer Arbeit. Mit ihrer Hilfe entscheiden sie, ob jemandem Asyl gewährt wird oder nicht. Fast alle Informationen, die in die Leitlinien eingeflossen sind, stammen aus dem Auswärtigen Amt.

Vergleicht man diese internen Einschätzungen des Bamf mit den Aussagen, die im Gesetz der Bundesregierung stehen, entsteht der Eindruck, die Regierung spiele die Gefährdung in Nordafrika bewusst herunter. So heißt es

Bamf widerspricht Bundesregierung Die Lage in Tunesien, Algerien und Marokko ist weit unsicherer als bisher von der Bundesregierung zugegeben. Das geht aus Doku....

etwa im Gesetz über Marokko: "Politische Verfolgung findet nicht statt", und über Algerien: "Der Grundrechtsschutz in der algerischen Verfassung ist hoch." In den internen Bamf-Leitlinien fällt die Einschätzung anders aus. Verfolgung seitens des Staates, so heißt es dort, könne in beiden Ländern nicht ausgeschlossen werden. Die Bamf-Experten urteilen auch grundlegend anders, wenn es um die Verfolgung von Frauen und Homosexuellen, um Menschenhandel und um Religionsfreiheit geht.

In der Gesetzesbegründung der Bundesregierung heißt es etwa, in Marokko garantiere die Verfassung "die Gleichheit von Mann und Frau, schränkt diese durch Bezugnahme auf den Islam aber wieder ein". Die internen Dokumente sind deutlicher: "Vergewaltigung in der Ehe ist nicht strafbar", arrangierte Ehen, auch mit Minderjährigen, seien nicht ungewöhnlich. "Der marokkanische Staat ist (...) nicht in der Lage, den betroffenen Frauen angemessenen Schutz vor häuslicher oder familiärer Gewalt zu bieten." Auch in Algerien sei die Vergewaltigung in der Ehe ein "alltägliches Problem".

Die Leitlinien belegen zudem, dass die Fachleute des Bamf die Gefahr, Opfer von Verfolgung zu werden, in den Maghreb-Staaten sehr unterschiedlich einschätzen. In Marokko etwa könne politische Verfolgung nicht ausgeschlossen werden, auch in Algerien nicht, heißt es in den Dokumenten. In Tunesien kommt das Bamf zwar zu der Bewertung, dass politische und religiöse Verfolgung nicht stattfindet, Homosexuelle aber müssten durchaus Verfolgung und Strafen fürchten. Bei bekannt gewordener Homosexualität könne "schutzrelevante Verfolgung durch die Behörden drohen", heißt es in den Bamf-Richtlinien. Das aber widerspricht den Grundlagen des Gesetzestextes. Dort werden alle drei Staaten des Maghreb gleichermaßen für sicher erklärt.

Die internen Dokumente des Bamf sind auch deshalb brisant, weil sie die Maizières Gesetz grundsätzlich infrage stellen. Das wird klar, wenn man sich die Rechtslage vor Augen führt. Welche Länder als sichere Herkunftsstaaten definiert werden dürfen, regelt das Grundgesetz in Artikel 16, Absatz 3. Dort heißt es: "Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet." 1996 hat das Verfassungsgericht geurteilt, welche Bedingungen für die Bestimmung eines Staates zum sicheren Herkunftsstaat erfüllt sein müssen. Danach müsse in den betreffenden Staaten die "Sicherheit vor politischer Verfolgung landesweit und für alle Personen- und Bevölkerungsgruppen bestehen".

Kann Marokko noch als sicher gelten?

Genau diese Sicherheit aber ist in Marokko, in Algerien und teilweise auch in Tunesien den internen Unterlagen des Bamf zufolge nicht gegeben. Es ist also fraglich, ob die Länder überhaupt als sichere Herkunftsländer eingestuft werden dürfen.

Vergleicht man die Aussagen zudem mit den Leitlinien zum Kosovo, den die Bundesregierung bereits als sicheren Herkunftsstaat eingestuft hat, wird der Unterschied noch deutlicher. Dort heißt es: "Eine gezielte und systematische Verfolgung bestimmter Gruppen wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion, Nationalität oder politischen Überzeugung findet durch staatliche Akteure grundsätzlich nicht statt." Eine Formulierung mit dem Adjektiv "grundsätzlich" findet sich in den Leitlinien über Nordafrika nicht. Maximilian Pichl von der Organisation Pro Asyl ist deshalb der Ansicht, dass "keines der Länder als sicher gelten kann, wenn die Maßstäbe des Verfassungsgerichts angelegt werden". Durch die interne Einschätzung des Bamf fühlt er sich bestätigt.

Eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums verweist auf Anfrage von ZEIT ONLINE darauf, dass die Herkunftsländerleitsätze Verschlussache seien. Daher könne zum Inhalt öffentlich nicht Stellung genommen werden.

Auf die Fragen von ZEIT ONLINE, ob die Leitsätze überhaupt zurate gezogen wurden, als das Gesetz erstellt wurde, und warum die Bundesregierung nicht alle ihr zur Verfügung stehenden kritischen Informationen in das Gesetz hat einfließen lassen, antwortete das Bundesinnenministerium nicht.

Bamf widerspricht Bundesregierung Die Lage in Tunesien, Algerien und Marokko ist weit unsicherer als bisher von der Bundesregierung zugegeben. Das geht aus Doku....

Stattdessen verweist das Ministerium auf die geringe Anerkennungsquote von Asylbewerbern aus Nordafrika und betont, dass die Einstufung als sicherer Herkunftsstaat nicht dazu führe, dass Asylanträge pauschal abgelehnt würden. Bei sicheren Herkunftsstaaten werde allerdings "zunächst kraft Gesetzes vermutet, dass ein Antragsteller aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird". Diese Vermutung könne jedoch durch den Antragsteller im Rahmen seines Asylverfahrens widerlegt werden.

Für die Bundesregierung also ist Asyl für Flüchtlinge aus Nordafrika in Einzelfällen auch in Zukunft möglich. Gegen diese Argumentation spricht jedoch, dass in den HKL-Leitsätzen in mehreren Passagen durchaus von der Gefährdung ganzer Bevölkerungsgruppen die Rede ist: Oppositionelle, religiöse Minderheiten, Frauen, Homosexuelle.

Das Argument blendet auch aus, dass sich für die mehr als 30.000 Flüchtlinge, die seit Anfang 2015 aus diesen Ländern nach Deutschland gekommen sind, die Situation deutlich verschlechtern wird. "Wenn es stimmt, dass sich für den Einzelnen nichts ändern würde, müsste man ja auch nicht so ein Gesetz machen", sagt Volker Beck. Der migrationspolitische Sprecher der Grünen hatte sich im Frühjahr und Sommer dafür eingesetzt, dass seine Partei dem Gesetz im Bundesrat nicht zustimmt - mit Erfolg. Vor dem Hintergrund der internen Unterlagen des Bamf bezeichnet Beck die Gesetzesbegründung der Bundesregierung als "Schönfärberei".

Auch Pichl von Pro Asyl glaubt, dass die Einstufung als sicheres Herkunftsland für den Flüchtling im Asylverfahren Konsequenzen hat. "Das Gesetz dreht die Darlegungs- und Beweislast um." Flüchtlinge aus Nordafrika müssten dann nachweisen, dass gerade sie von Verfolgung bedroht sind, obwohl ihr Herkunftsstaat als sicher eingestuft wurde. "Das macht es für den Einzelnen deutlich schwerer."

Tritt das Gesetz in Kraft, würden sich auch die Lebensbedingungen derjenigen verschlechtern, die bereits in Deutschland leben und sich im Asylverfahren befinden. So erlaubt das Asylgesetz, Flüchtlinge aus sicheren Staaten länger in Erstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen. Auch unterliegen sie einem Arbeitsverbot und dürfen nicht an Integrationskursen teilnehmen. Für Pichl zeigen die Leitlinien des Bamf, dass die Bundesregierung gegen besseres Wissen alles tue, um die Maghreb-Staaten als sicher einzustufen. "Die Aussagen in den Leitlinien stehen der öffentlichen Darstellung der Bundesregierung diametral entgegen. Das ist eine politische Entscheidung."

Aus Sicht der Kritiker gibt es eine Hoffnung: Das Gesetz könnte noch immer politisch scheitern. Eigentlich sollte das Gesetz noch vor der Sommerpause vom Bundesrat beschlossen werden. Kanzleramtschef Peter Altmaier hatte lange um die Grünen gebuhlt, deren Stimmen die Koalition für die Zustimmung braucht. Doch anders als bei der Einstufung der Balkanstaaten ließen sich die Grünen diesmal nicht auf einen Kompromiss ein, und das Gesetz verschwand im Sommerloch.

In Berlin entsteht schon ein größerer Plan

Seitdem sind zwei Bundesratssitzungen vergangen, ohne dass das Gesetz auf die Tagesordnung gesetzt worden wäre. Am kommenden Freitag findet die nächste Sitzung statt. Laut Tagesordnung wird dabei über die Sicherheit von Sportbooten abgestimmt, auch die afrikanische Schweinepest soll Thema sein. Das Gesetz über die sicheren Herkunftsstaaten kommt nicht vor. Der Grüne Volker Beck hofft daher, dass "das Gesetz im Bundesrat verhungert". Das Innenministerium betont hingegen, man halte an dem Vorhaben weiter fest. Vorstellbar ist auch, dass die Koalition das Gesetz im Bundesrat an den Grünen scheitern lässt - und ihnen dann die Schuld daran geben wird.

Im Innenministerium arbeitet man längst an einem weit größeren Plan. De Maiziére möchte mit den nordafrikanischen Ländern Abschiebeabkommen beschließen und zudem einen Pakt, der dem EU-Türkei-Deal nahekommt. So sollen in Nordafrika Aufnahmelager entstehen, wohin die von Schiffen aufgebrachten Flüchtlinge geschickt würden. Die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen, würde dann weiter sinken. Und wenn erst gar keine Marokkaner, Algerier und Tunesier mehr in Deutschland ankommen, werden die Beamten des Bamf auch nicht mehr zu ihren Leitlinien greifen müssen.

Bamf widerspricht Bundesregierung Die Lage in Tunesien, Algerien und Marokko ist weit unsicherer als bisher von der Bundesregierung zugegeben. Das geht aus Doku....

End of Document

Hunderte Iraker kehren jeden Monat zurück; Seit September des vergangenen Jahres sind insgesamt etwa 3.000 Asylbewerber aus dem Irak in ihre Heimat zurückgegangen. Die Bundesregierung sieht ihre Politik bestätigt.

ZEIT-online

Freitag 18. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 13

Length: 383 words

Body

Flüchtling bei der Rückreise aus Deutschland

© Gregor Fischer/dpa

Irakische **Flüchtlinge** sind zu Tausenden aus Deutschland in ihre Heimat zurückgegangen. Von September bis Februar seien mehr als 3.000 freiwillig zurückgekehrt, sagte Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU), der auch **Flüchtlingshilfekoordinator** der Bundesregierung ist, der *Rheinischen Post*. Grund dafür sei das erfolgreiche Zurückdrängen der Dschihadistenmiliz "Islamischer Staat" im Irak.

Derzeit würden etwa 500 Flüchtlinge pro Monat in den Irak zurückkehren, obwohl sie in Deutschland schon anerkannt gewesen seien oder die Aussicht auf Anerkennung gehabt hätten, erläuterte Altmaier. Die Menschen seien motiviert, sich etwa am Wiederaufbau ihres Landes zu beteiligen.

Immer wieder schildern Flüchtlinge, dass es für sie schwerer sei, in Deutschland Fuß zu fassen. Ohne Anerkennung ihrer Asylanträge sind ihre Möglichkeiten, eine Arbeit aufzunehmen, stark eingeschränkt.

Hälfte der Flüchtlinge will zurück

Die Rückkehrquote führt Altmaier auch auf die Politik der Bundesregierung zurück. Zu dieser gehört es, kurdische Milizen mit Waffen für den Kampf gegen den selbsternannten "Islamischen Staat" im Grenzgebiet zum Irak zu versorgen. "Es war also absolut richtig, die Peschmerga zu bewaffnen und auszubilden", sagte der CDU-Politiker. "Hier zeigt sich, wie man Fluchtursachen effektiv bekämpfen kann."

Der Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Frank-Jürgen Weise, hatte am Mittwoch auf einem Integrationskongress in Berlin gesagt, dass etwa die Hälfte der Flüchtlinge angebe, möglichst bald in ihre Heimat zurückkehren zu wollen. Wenn die Menschen mit ihren Familien jedoch gut integriert seien und die Kinder schon in der Schule, sinke diese Bereitschaft deutlich.

Hunderte Iraker kehren jeden Monat zurück Seit September des vergangenen Jahres sind insgesamt etwa 3.000 Asylbewerber aus dem Irak in ihre Heimat zurückgegangene....

Bund und Länder hatten 2015 im Zuge der Flüchtlingskrise entschieden, dass ein Großteil der Flüchtlinge bis zu sechs Monate oder möglichst bis zum Abschluss ihrer Asylverfahren in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben. Erst danach sollte die Integration beginnen. Dafür sollte das Bundesamt die Asylverfahren drastisch verkürzen. Bisher war das an der Überlastung der Behörde gescheitert. Zudem erklärte Deutschland die Balkanstaaten, aus denen 2015 der Großteil der Flüchtlinge kam, zu sicheren Herkunftsländern.

Load-Date: March 18, 2016

End of Document

Asselborn warnt vor Zerfall der EU; Abschottung und falscher Nationalismus bedrohen den Zusammenhalt der EU, sagt Luxemburgs Außenminister. Vor dem Treffen der EU-Innenminister warnt er gar vor einem Krieg.

ZEIT-online

Montag 9. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 45

Length: 628 words

Body

Flüchtlinge warten an einem Zaun im französischen Calais.

© Mustafa Yalcin/Anadolu Agency/dpa

Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn hat angesichts der **Flüchtlingskrise** vor einem Zerfall der Europäischen Union und einer Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den EU-Staaten gewarnt. "Die Europäische Union kann auseinanderbrechen. Das kann unheimlich schnell gehen, wenn Abschottung statt Solidarität nach innen wie nach außen die Regel wird", sagte Asselborn der Deutschen Presse-Agentur in Luxemburg.

Auch die 1985 im luxemburgischen Schengen vereinbarte Abschaffung der Grenzkontrollen, an der sich mittlerweile 26 europäische Länder beteiligen, sieht der Minister bedroht: "Wir haben vielleicht noch einige Monate Zeit."

Deutschland und die meisten EU-Länder hätten verstanden, dass die Genfer Flüchtlingskonvention gelte, sagte Asselborn, dessen Land derzeit turnusgemäß den Ratsvorsitz der EU führt. In der EU seien aber auch "einige dabei, die haben wirklich die Werte der Europäischen Union, was ja nicht nur materielle Werte sind, nicht richtig verinnerlicht". Weiter sagte der luxemburgische Außenminister: "Der Kitt, der uns zusammenhält, ist noch immer die Kultur der humanen Werte. Und dieser falsche Nationalismus kann zu einem richtigen Krieg führen."

Es gebe Politiker und Parteien, die das Thema Migration "bewusst ausschachten", um Ängste zu schüren. "Genau hier muss man dieser Irreführung entgegenwirken", sagte der 66-Jährige. Zudem müsse das Vertrauen gestärkt werden, dass "die Werte der EU nicht über Bord geworfen werden".

Noch immer flüchten Hunderttausende Menschen über die sogenannte Balkanroute gen Westeuropa. Nachdem die Regierung in Ungarn einen Grenzzaun an der Grenze zu Serbien und später auch zu Kroatien errichtet hat, erwägen auch andere Länder entsprechende Maßnahmen. In Österreich wurde in den vergangenen Wochen ein Zaunbau diskutiert, andere Länder führten temporäre Grenzkontrollen ein, darunter auch Deutschland. Aktuell erwägt Slowenien den Bau eines Zauns. Premierminister Miro Cerar sagte am Wochenende, er erwarte in den

Asselborn warnt vor Zerfall der EU Abschottung und falscher Nationalismus bedrohen den Zusammenhalt der EU, sagt Luxemburgs Außenminister. Vor dem Treffen der E....

nächsten Tagen noch einmal bis zu 100.000 Flüchtlinge. "Das können wir nicht stemmen", sagte er. Wenn nötig, werde seine Regierung einen Zaun errichten, die Polizeipräsenz verstärken oder gar das Militär schicken.

Andere EU-Länder sehen sich ebenfalls an der Grenze des Möglichen. Das liegt auch daran, dass die beschlossene Umverteilung bereits eingereister Asylbewerber in Europa stockt. Über die Probleme bei der Umsetzung werden am heutigen Montag die EU-Innenminister beraten. Von der bereits beschlossenen Umverteilungsregelung will nun - als drittes Land nach Italien und Griechenland - auch Schweden profitieren, das relativ gesehen die meisten Asylbewerber aufnimmt. Andere EU-Staaten müssten dann bereits eingereiste Asylsuchende aus Schweden übernehmen.

Schengen-System akut in Gefahr

Asselborn sagte: "Wenn in Schweden und in Deutschland der Deckel zugemacht wird, dann weiß ich nicht, was auf dem Balkan geschieht." Die EU befinde sich derzeit in einer sehr kritischen Situation. Auch sei "die Gefahr ganz klar", dass das Schengen-System gefährdet sei, das auf gesicherten EU-Außengrenzen beruht. "Wenn wir keine europäische Lösung für diese Migrationskrise bekommen, wenn immer mehr Länder glauben, dass sie nur national an diese Sache herangehen können, dann ist Schengen tot."

Wenn Schengen falle, falle auch "die größte Errungenschaft der Europäischen Union" - mit gravierenden Folgen für den Alltag der EU-Bürger: Die Wiedereinführung der Grenzkontrollen würde "alles, Grenzgänger, die Wirtschaft, den Tourismus" betreffen, sagte Asselborn. Bei der Kontrolle der Außengrenzen gehe es nicht um Abschottung, sondern "darum, zu wissen, wer warum zu uns kommt oder Schutz sucht".

Load-Date: November 9, 2015

Erzwungene Solidarität; Die EU setzt ein Zeichen: Sie beschließt die Verteilung von Flüchtlingen - gegen Widerstand aus Osteuropa. Das könnte der Anfang eines gemeinsamen Asylsystems sein.

ZEIT-online

Dienstag 22. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 38

Length: 977 words

Byline: Ludwig Greven

Body

Eine **Flüchtlingsfrau** mit ihrem Kind in einem Bus an der Grenze zwischen Kroatien und Ungarn.

© Jeff J Mitchell/Getty Images

Es geht "nur" um 120.000 **Flüchtlinge**. Nicht viel, gemessen an der Gesamtdimension der **Migrationsbewegung**, mit der sich Europa konfrontiert sieht. Und doch wurde um ihre Verteilung seit Wochen in der EU erbittert gestritten und gefeilscht. Schließlich ging und geht es um eine zentrale Frage: Wie viel Solidarität bringen die Mitgliedstaaten untereinander auf angesichts der größten Bewährungsprobe, die die Gemeinschaft bisher erlebt hat? Denn bisher schultern nur wenige Länder die Hauptlast, neben Deutschland vor allem Griechenland und Italien, die damit völlig überfordert sind, sowie Ungarn.

Und inzwischen ist zudem die verheerende Situation entstanden, dass die Länder auf dem Balkan Zehntausende **Flüchtlinge** hin- und herschieben und dann möglichst weiter Richtung Norden nach Österreich und Deutschland, um nur ja niemanden bei sich aufzunehmen. Während der ungarische Premier Viktor Orbán sein Land immer mehr abriegelt.

Die EU-Kommission hatte deshalb vorgeschlagen, eben jene 120.000 Flüchtlinge aus den drei Balkanländern nach einem verbindlichen Schlüssel auf die übrigen EU-Staaten zu verteilen, sozusagen als Testlauf. Doch dagegen sträubten sich insbesondere Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Rumänien; auch Polen und die baltischen Staaten hatten Bedenken, obwohl zu ihnen allen - bis auf Ungarn - bislang kaum Flüchtlinge kamen. Gerade deshalb aber möchten sie selbst entscheiden, wie viele und welche Menschen sie ins Land lassen - möglichst wenige, wenn es nach ihnen geht; und wenn schon, dann am liebsten keine Muslime. Vor allem aber fürchten sie, dass aus dem Schlüssel eine permanente Quote wird, die sie auch in Zukunft zwingt, Flüchtlinge aufzunehmen.

Die EU-Innenminister haben einen Plan zur Verteilung von 120.000 Flüchtlingen auf die Länder der Gemeinschaft beschlossen.

Erzwungene Solidarität Die EU setzt ein Zeichen: Sie beschließt die Verteilung von Flüchtlingen - gegen Widerstand aus Osteuropa. Das könnte der Anfang eines ge....

Doch die große Mehrheit der Minister setzte sich bei ihrem zweiten Krisentreffen binnen acht Tagen völlig zu Recht darüber hinweg. Dass sie, entgegen der sonstigen Gewohnheiten in der EU, per Mehrheitsvotum die quotierte Verteilung beschlossen und damit auch die vier widerspenstigen Länder in die Pflicht nehmen, ist im Sinne eines gemeinsamen Europas. Denn das kennt keine geteilte Solidarität. Zu einer Gemeinschaft gehört vielmehr, dass jedes Land nach seinen Fähigkeiten für die anderen mit einsteht, in der Eurokrise genauso wie jetzt in der Flüchtlingskrise. Die Quote berücksichtigt die Größe und Aufnahmefähigkeit der Länder - sie überfordert also auch die Osteuropäer nicht.

Und gerade die sollten eigentlich um den Wert der Solidarität wissen. Schließlich wurde sie ihnen während der historischen Wende von 1989/90 und vor wie nach ihrer Aufnahme in die EU zuteil. Einen Teil davon können sie nun zurückzahlen - an die Flüchtlinge wie an andere Mitgliedstaaten.

Die EU konnte sich angesichts der dramatischen Lage auch nicht länger von der Minderheit der Osteuropäer hinhalten lassen. Gerade um solche Situationen zu verhindern, wurde im Lissaboner Vertrag ja das Mehrheitsprinzip gestärkt, gegen den sonstigen Zwang in der EU zur Einstimmigkeit. Das es nun erstmals in einer so wichtigen Frage zur Anwendung kam, zeigt, dass die 28er-Gemeinschaft sonst nicht mehr handlungsfähig ist.

Gut ist, dass der Plan der Kommission gestrichen wurde, wonach sich einzelne Länder gegen eine Zahlung von 6.500 Euro pro Flüchtling von der Aufnahme hätten freikaufen können. Das wäre ein ziemlich zynischer Deal gewesen - eine Art europäischer Ablasshandel, auf dem Rücken von Menschen. Nun müssen auch die vier osteuropäischen Länder Zufluchtsuchende aufnehmen, ob sie wollen oder nicht.

Erster Baustein für ein gemeinsames Asylsystem

Die Verteilung wird Griechenland und Italien fürs Erste entlasten. (Ungarn hat darauf verzichtet, weil es sich der Flüchtlinge auf anderem Wege entledigt: durch die Errichtung von Grenzzäunen und die Weiterleitung nach Österreich und Deutschland.) Doch es ist nur ein erster Test für die gemeinsame Verantwortung der EU in der Flüchtlingskrise. Da ein Ende der Wanderungsbewegung nicht abzusehen ist, muss die Gemeinschaft jetzt so rasch wie möglich eine wirkliche gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik entwickeln. Dazu gehören die permanente Verteilung der Ankommenden mit einem festen Schlüssel genauso wie einheitliche Asyl- und Versorgungsstandards und Aufnahmequoten für Arbeitsmigranten, etwa vom Balkan. Aber auch Registrierungs- und Aufnahmezentren an den Außengrenzen und deren Überwachung.

Vor allem jedoch muss ein Ersatz für das Dublin-Verfahren gefunden werden, das restlos gescheitert ist. Am sinnvollsten wäre es, die Ankommenden gleich von den Aufnahmezentren auf die einzelnen Länder zu verteilen. Verbindlich - auch für die Flüchtlinge. Und wer keine Schutzgründe hat, kann von dort zurückgeschickt werden, sofern er kein Arbeitsvisum hat.

Das alles wird die Flüchtlingsströme nur in bestimmtem Maße steuern können. Aber es wäre ein Schritt dahin, die Migrationsbewegung wieder halbwegs in geordnete Bahnen zu lenken und einzelne Länder, darunter auch Deutschland, vor einer völligen Überforderung zu bewahren. Der Beschluss der Innenminister könnte ein erster Schritt dahin sein.

Dringend erforderlich ist aber auch, dass die EU wesentlich mehr unternimmt, um die fünf Millionen syrischen Kriegsflüchtlinge in ihren Lagern in der Türkei, im Libanon und Jordanien zu unterstützen. Nur ein Bruchteil davon hat sich bisher auf den Weg nach Europa gemacht. Aber ihre Versorgung ist völlig unzureichend, und sie haben jede Hoffnung auf ein Ende des Krieges verloren. Hunderttausende könnten deshalb noch folgen. Die EU-Staats- und Regierungschefs wollen auf ihrem Sondergipfel am Mittwoch über eine Hilfe von 1,5 Milliarden Euro entscheiden. Sie sollten großzügiger sein - im eigenen Interesse.

Erzwungene Solidarität Die EU setzt ein Zeichen: Sie beschließt die Verteilung von Flüchtlingen - gegen
Widerstand aus Osteuropa. Das könnte der Anfang eines ge....

End of Document

Sofort wieder zurück? Das geht nicht; Die EU sucht einen Weg, um die Flüchtlingszahlen zu reduzieren und spricht über Zurückweisungen, Grenzschließungen und Obergrenzen. Was ist mit EU-Recht vereinbar?

ZEIT-online

Donnerstag 17. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 13

Length: 1471 words

Byline: Sasan Abdi-Herrle; Katharina Schuler

Body

Gleich zurückschicken? **Flüchtlinge** erreichen die griechische Insel Lesbos in einem Schlauchboot.

© Alexander Koerner/Getty Images

Wegen der Krisen und Kriege in ihren Ländern haben sich im vergangenen Jahr Hunderttausende Menschen aus Syrien, Irak, Iran, Afghanistan und auch aus vielen afrikanischen Staaten auf den Weg nach Europa gemacht. Seither sucht die EU nach Wegen, die Ankommenden zu steuern und ihre Zahl zu reduzieren.

Beim EU-Gipfel, der heute beginnt, soll dafür ein Abkommen mit der Türkei geschlossen werden, doch Österreich und die Balkanstaaten sind längst andere Wege gegangen und haben ihre Grenzen geschlossen. Die CSU in Deutschland fordert nach wie vor eine Obergrenze für **Flüchtlinge** - auch im Hinblick darauf, dass die türkische Lösung scheitern oder sich als unpraktikabel herausstellen könnte.

Was ist aus rechtlicher Sicht eigentlich möglich und was nicht?

Zurückweisung in die Türkei

Darum geht es bei den heutigen Verhandlungen: Die Türkei hat angeboten, ab einem noch zu bestimmenden Stichtag jeden Flüchtling, der über die Türkei nach Griechenland kommt, zurückzunehmen, wenn ihr dafür die gleiche Zahl von syrischen Flüchtlingen abgenommen wird, die bereits in der Türkei leben. Die Idee dahinter: Wenn Flüchtlinge wissen, dass sie sowieso wieder zurück müssen, machen sie sich gar nicht erst auf die illegale und gefährliche Tour zu den griechischen Inseln. Ob der Plan aber mit EU-Recht vereinbar ist, hängt entscheidend davon ab, ob man die Türkei für einen sicheren Drittstaat hält. Griechenland und die EU-Kommission tun das.

Die Grünen und Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl oder Amnesty International sehen das anders. Als sicherer Drittstaat könne nur ein Land gelten, das die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) voll ratifiziert habe. Die Türkei hat dies aber nur unter Vorbehalt getan. Nur Europäer können sich dort auf die in der GFK festgeschriebenen Rechte berufen.

Sofort wieder zurück? Das geht nicht Die EU sucht einen Weg, um die Flüchtlingszahlen zu reduzieren und spricht über Zurückweisungen, Grenzschießungen und Ober....

Der Europarechtler Daniel Thym betont, es reiche aus, dass die Türkei die Genfer Flüchtlingskonvention für alle in der Sache umsetze. Das ist auch die Haltung der EU-Kommission. Konkret bedeutet das, dass die Türkei niemanden dorthin zurückschicken darf, wo er oder sie verfolgt und gefährdet wird - also etwa Syrer in den Bürgerkrieg.

Außerdem müssten Flüchtlinge in der Türkei menschenwürdig behandelt werden, sagt die Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Migration und Integration (SVR), Christine Langenfeld. Dazu gehört auch der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt. Auf Druck der EU hat die EU hier tatsächlich in den vergangenen Monaten bereits Reformen umgesetzt, Syrer bekommen nun beispielsweise eine Arbeitserlaubnis. Die vielen Milliarden Euro, die die Türkei von der EU nun verlangt, sollen ebenfalls dazu dienen, die Situation der Flüchtlinge dort zu verbessern.

Wenn die Türkei ein sicherer Drittstaat ist, können die EU-Länder alle Flüchtlinge, die aus der Türkei kommen, dorthin zurückschicken. Das sieht die europäische Asylverfahrensrichtlinie so vor. Die Anträge dieser Flüchtlinge würden dann in Griechenland mit Verweis auf diese Regelung abgelehnt.

Ein "Ex und hopp" wäre aber trotzdem nicht möglich, sagt der Europareferent von Pro Asyl, Karl Kopp. Menschen, die in Griechenland ankommen, einfach in die nächste Fähre setzen und zurückbringen, das gehe in keinem Fall. Die Flüchtlinge haben weiter formal das Recht, einen Asylantrag in Griechenland zu stellen, und jeder Antrag muss einzeln geprüft werden. Außerdem hätte der Flüchtling das Recht, gegen die Entscheidung zu klagen.

Das hat auch die EU-Kommission bestätigt. Sie hofft allerdings, dass die Verfahren sich drastisch beschleunigen, weil ja alle Flüchtlinge über das dann prinzipiell als sicher erklärte Drittland Türkei kommen. Die Rede ist von einer Woche.

Das zu erreichen, wäre vor allem für Griechenland eine gewaltige Herausforderung. Auf den Inseln müssten Aufnahmeplätze geschaffen werden, die Menschen müssten versorgt werden, es müsste sichergestellt werden, dass sie nicht weiterwandern. Und es bräuchte eine riesigen Verwaltungs- und Juristenapparat, um die Verfahren schnell und trotzdem nach rechtsstaatlichen Prinzipien abzuwickeln. Die EU hat Griechenland dabei schon Hilfe zugesichert.

Was passiert mit den Flüchtlingsbooten?

Seit Kurzem unterstützt auch eine Nato-Mission den Kampf gegen Schlepper in der Ägäis. Die Nato-Schiffe sollen die türkische Küstenwache auf Flüchtlingsboote hinweisen, die sie dann an der Überfahrt nach Griechenland hindern soll.

Umstritten ist allerdings, ob griechische oder Nato-Schiffe Flüchtlingsboote in Richtung Türkei zurückdrängen dürften, sagt der Europarechtler Thym. Und: Werden die Flüchtlinge aus Seenot gerettet und an Bord der europäischen Schiffe genommen, können sie nicht einfach in die Türkei zurückgebracht werden. Denn sobald sie ein EU-Schiff betreten, haben sie ein Recht darauf, dass ihre Schutzbedürftigkeit geprüft wird. "Es liegt auf der Hand, dass weder die verwaltungsrechtliche Prüfung noch die gerichtliche Kontrolle auf dem Rettungsboot des Mitgliedstaates, sondern nur auf seinem Hoheitsgebiet durchgeführt werden kann", urteilt der Asylanwalt Reinhard Marx in einem Gutachten für Pro Asyl. Deswegen müssten die aufgenommenen Flüchtlinge nach Griechenland gebracht werden.

Grenzschießungen auf der Balkanroute

Grundsätzlich darf jeder Staat seine Grenzen nach eigenem Dafürhalten kontrollieren. Dass Mazedonien seine Grenze zum als sicher geltenden Griechenland abriegelt, ist also legal. Für die Länder des Schengenraumes sieht die Sache anders aus. Die Mitgliedstaaten, die Grenzkontrollen eingeführt haben, treten theoretisch in Konflikt mit dem Abkommen, das Reisefreiheit innerhalb von Europa vorsieht. Staaten wie Österreich argumentieren allerdings, dass die Voraussetzungen für Schengen derzeit nicht mehr gegeben seien, da die Außengrenze nicht ausreichend gesichert sei.

Sofort wieder zurück? Das geht nicht Die EU sucht einen Weg, um die Flüchtlingszahlen zu reduzieren und spricht über Zurückweisungen, Grenzschießungen und Ober....

Doch auch abgesehen von dieser Rechtfertigung ist es den Schengenmitgliedern erlaubt, temporär ihre Grenzen zu kontrollieren. Seit 2013 dürfen die Schengengrenzen im Rahmen einer Notfallklausel sogar für bis zu zwei Jahre kontrolliert werden.

Zurückweisung an der Grenze

Selbst wenn die Grenzkontrollen unproblematisch sind: Darf man deswegen auch Flüchtlinge an den geschlossenen Grenzen zurückweisen? Im Fall von Mazedonien ist die Sache relativ einfach. Mazedonien ist kein EU-Mitglied, hat aber ebenfalls die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet. Diese verbietet die Zurückweisung von Menschen, wenn sie dadurch Verfolgung oder einer Bedrohung von Leib und Leben ausgesetzt würden, sagt Migrationsexpertin Langenfeld. Allerdings könnte Mazedonien davon ausgehen, dass das in Griechenland nicht der Fall sei.

Anders ist es, wenn ein Flüchtling an einer EU-Außengrenze ankommt. Dann muss sein Asylgesuch geprüft werden. Falls der Flüchtling aus einem sicheren Drittstaat kommt, kann er nach der Prüfung, aber eben erst dann, dorthin zurückgeschickt werden.

Wenn der Flüchtling an einer innereuropäischen Grenze steht - also etwa an der österreichischen oder deutschen - ist laut Langenfeld eine bloße Zurückweisung ebenfalls nicht möglich. Dann müsste der jeweilige EU-Staat nach der Dublin-Verordnung zumindest prüfen, welcher andere EU-Staat für das Asylverfahren zuständig ist und den Flüchtling dann gegebenenfalls dorthin zurückschicken. Anders ist es allerdings, wenn Flüchtlinge zum Beispiel an der deutschen Grenze stehen, aber in Deutschland gar kein Asyl beantragen wollen, sondern einfach nur in eine anderes Land weiterreisen wollen. In diesem Fall kann ihnen die Einreise verweigert werden. Das geschieht derzeit auch.

Was ist mit Obergrenzen?

Die CSU fordert sie vehement, auch Österreich hat vor einigen Wochen eine Obergrenze für Asylbewerber festgelegt.

Wäre es also eine Möglichkeit zu sagen, in diesem Jahr lassen wir 200.000 Flüchtlinge über die Grenze und keinen mehr? "Das geht so nicht", sagt Langenfeld. Wenn ein Flüchtling an einer innereuropäischen Grenze angekommen ist und Asyl begehrt, hat er - wie oben beschrieben - nach der Dublin-Verordnung ein Recht darauf, dass zumindest geprüft wird, welcher europäische Staat für sein Asylgesuch zuständig ist. Er kann also nicht deswegen zurückgewiesen werden, weil er der 200.001. ist.

Auch EU-weit ließe sich keine Obergrenze festlegen, weil Flüchtlinge, die wirklich schutzbedürftig sind, eben nicht in einen Verfolgerstaat zurückgeschickt werden dürfen, egal wie viele Flüchtlinge das Land zuvor schon aufgenommen hat.

Dagegen ist es durchaus möglich, mit einem sicheren Drittstaat wie der Türkei nur eine bestimmte Zahl von Flüchtlingen zu vereinbaren (Kontingente), die man ihm freiwillig abnehmen möchte. Darüber hinaus hätten dann nur noch die ein Recht auf Asyl, die darlegen können, dass der jeweilige Drittstaat (also die Türkei) in ihrem Fall kein sicherer Drittstaat ist.

Load-Date: March 17, 2016

Das Ende Europas aus russischer Sicht; Populisten nutzen die Flüchtlingskrise in Europa für ihre Zwecke, Medien berichten mit Argwohn. Die Russen kompensieren so ihre eigene Angst vor Überfremdung.

ZEIT-online

Freitag 11. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 36

Length: 981 words

Byline: Maxim Kireev

Body

Eine **Migrantin** aus Zentralasien am Rande von Moskau (Archivbild)

©Denis Sinyakov/Reuters

Alexander Prochanow meint genau zu wissen, was es mit der **Flüchtlingskrise** in Europa auf sich hat. Amerika habe in Nordafrika und in Nahost eine "demografische Bombe" gezündet, sagte der Schriftsteller und Publizist Rossiya 24, einem staatlichen Nachrichtensender. Dahinter stecke die Theorie vom "gesteuerten Chaos", erklärt der 77-Jährige, entwickelt unter anderem an einer Elite-Universität im amerikanischen Berkeley. Die Amerikaner, sagt er, hätten erst revolutionäres Chaos in Nordafrika und Syrien angerichtet und lenkten nun eine "Explosionswelle" gegen Europa. Was wie die Spinnerei eines in die Jahre gekommenen Science-Fiction-Autors klingt, ist dem Staatssender vier Minuten Sendezeit wert.

Selbst für russische Medienverhältnisse sind Prochanows Einlassungen krude. Doch auch andere Beiträge zum Thema schwanken zwischen Untergangsszenarien für die EU, Schuldzuweisungen an die USA und halbherzig kaschierten Ressentiments gegenüber **Asylsuchenden**. Aus Budapest berichtet etwa die staatliche *Rossiskaja Gazeta* ausführlich über "**Migranten**", die angebotene Äpfel und Second-Hand-Kleidung verschmähten und einem Busfahrer drohten, ihn umzubringen, falls er sie nicht nach Österreich, sondern in ein Auffanglager brächte. Und das Boulevardblatt *Komsomolskaja Prawda* veröffentlichte ein Tagebuch einer in Deutschland lebenden Russin, die sich über Diskriminierung von Deutschen in ihrem eigenen Land beklagte.

Kaum eine Krise in Europa wurde in Russland in letzter Zeit ohne apokalyptische Prognosen für den Westen betrachtet, egal ob die Schuldenkrise in Griechenland oder das Attentat auf *Charlie Hebdo*. Russlands Machthaber kommentieren süffisant-besserwisserisch: "Das war eine absolut vorhersehbare Krise. Ich weiß gar nicht, warum sich alle plötzlich wundern", sagte Präsident Wladimir Putin kürzlich bei einem Wirtschaftsforum in Wladiwostok über die Flüchtlinge in Europa. Die Menschen seien vor dem IS auf der Flucht - und nicht vor Assad, den der Westen ja bekämpfe.

Eine neue Propagandakampagne

Das Ende Europas aus russischer Sicht Populisten nutzen die Flüchtlingskrise in Europa für ihre Zwecke, Medien berichten mit Argwohn. Die Russen kompensieren so....

Der Medienkritiker und Journalist Andrej Archangelski spricht von einer neuen Propagandakampagne in den staatlichen und regierungsfreundlichen Medien. Allerdings scheint es nicht zusammenzupassen, dass der Präsident Krieg in Syrien als wichtigsten Grund für die Flucht ausmacht, während die Medien Flüchtlinge vor allem als Wirtschaftsmigranten darstellen, die nach Europa kämen, um dort von Sozialhilfe zu profitieren. Archangelski hat auch dafür eine Erklärung: "Diese Berichterstattung sublimiert die Ängste der Russen vor dem Fremden", sagt er. Diese Angst sei - bis zur Ukraine-Krise - die wichtigste "konsolidierende Gefahr" in den Medien gewesen. Doch seit der neuen Konfrontation mit den USA und Europa nach der Krim-Annexion sei das Thema aus den Medien verschwunden, die öffentliche Meinung habe sich prompt geändert.

Noch nie waren so viele Russen illegalen Einwanderern gegenüber loyal eingestellt, fand das unabhängige Umfrageinstitut Lewada kürzlich heraus. 41 Prozent der Befragten waren dafür, solchen Migranten einen legalen Status zu geben. 2014 waren es nur 19 Prozent gewesen. Damals hatten sich auch 64 Prozent der Befragten für eine Abschiebung ausgesprochen, nun sank diese Zahl auf 43 Prozent.

Einer der Gründe für die positiven Zahlen sei die fehlende Aufmerksamkeit der Medien für dieses Thema, heißt es aus dem Institut. Doch die Experten warnen vor Optimismus: "Feindseligkeit gegenüber Fremden ist nur in Gleichgültigkeit übergegangen."

Seit der Jahrtausendwende sind viele Menschen aus dem Kaukasus und Zentralasien nach Russland eingewandert. Mit knapp zehn Millionen Migranten lag Russland 2013 nach UN-Angaben auf Platz zwei der Einwanderungsländer, gleich hinter den USA. Billige Arbeitskräfte wurden in Russland gebraucht, die Löhne waren vergleichsweise hoch. Vor allem aus dem Nordkaukasus kamen Arbeitswillige in die russischen Millionenstädte. Der Staat ignorierte diese Einwanderer. Und gleichzeitig wuchs in der Bevölkerung die Angst vor einer angeblichen Überfremdung.

Ressentiments und Gleichgültigkeit

Morde an Russen, verübt von Migranten, lösten mehrfach lokale Proteste aus. So randalierte zum Beispiel vor zwei Jahren eine aufgebrachte Menge auf einem Gemüse-Großmarkt in Moskau. Etwa zur gleichen Zeit sammelte Alexej Nawalny, der damals aussichtsreichste politische Gegner des Kremls, Punkte mit nationalistischen Parolen. Für Aufsehen sorgte etwa seine Aussage, den Volkstanz Lesginka, den junge Kaukasier gern vor Zuschauern tanzen, auf öffentlichen Plätzen verbieten zu wollen.

Diese Situation scheint sich in Russland langsam zu entspannen, die Zahlen sprechen dafür: Nach Angaben der Organisation Sowa, die Rechtsextremismus in Russland erforscht, sank die Zahl von Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund zwischen 2007 und 2014 von 692 auf 164. Doch der Rückgang der Gewalt und die neue Gleichgültigkeit haben nicht zu einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderung geführt. So erklärt es sich, dass sich auch liberale und gebildete Russen offen auf die Seite jener Europäer stellen, die Flüchtlinge am liebsten wieder in Boote zurück nach Süden setzen würden.

So schrieb Anton Nossik, ein Mitbegründer verschiedener unabhängiger Nachrichtenportale kürzlich in seinem Blog, Syrer gründeten in Europa islamische Ghettos und zögen dort Attentäter groß. Er habe Verständnis, wenn Europäer das nicht wollen. Der regierungskritische Sender Echo Moskwj übernahm den Post unkommentiert, Empörung blieb aus.

Die Abwesenheit von russischer Integrationspolitik hat viel dazu beigetragen, dass die Angst vor Überfremdung, geschürt von Populisten und staatlichen Medien, den Russen in den Knochen steckt. Auch jenen, die eben nicht zum Publikum von Prochanow gehören, der im Staatsfernsehen live eine Weltverschwörung "entlarvt".

Load-Date: September 15, 2015

Bundesamt will mehr Flüchtlinge schneller loswerden; Auch Albanien, Montenegro und das Kosovo sollen als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden, verlangt die Behörde. Winfried Kretschmann signalisiert Zustimmung.

ZEIT-online

Dienstag 28. Juli 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Balkan; Ausg. 30

Length: 532 words

Body

Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in Deutschland (Archivbild)

© Tobias Schwarz/Reuters

Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** hat sich dafür ausgesprochen, weitere Balkanländer zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. Dies werde einen dämpfenden Effekt auf die Einwanderung aus der Region haben, sagte eine Sprecherin der Behörde der *Mitteldeutschen Zeitung*. Eine Verringerung der "aus nicht **asylrelevanten** Motiven gestellten **Asylanträge**" sei dringend geboten.

Als Beleg für die Forderung führt das Bundesamt einen Vergleich an. So sei die Zahl der Asylbewerber aus Serbien, Mazedonien und Bosnien und Herzegowina im Vergleich zum Vorjahr nur noch um 23 Prozent gestiegen, nachdem die Länder im Dezember 2014 zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt worden waren. Für Albanien, Montenegro und das Kosovo habe der Anstieg dagegen bei 515 Prozent gelegen.

Asylanträge von Bürgern aus sicheren Herkunftsstaaten werden in der Regel als offensichtlich unbegründet abgelehnt, da in solchen Staaten eine politische Verfolgung als ausgeschlossen gilt. Die Bundesregierung hatte Serbien, Mazedonien und Bosnien und Herzegowina wegen der großen Anzahl aussichtsloser Asylanträge als "sicher" klassifiziert, um Asylbewerber aus diesen Ländern schneller wieder zurückschicken zu können.

Die Forderung nach einer Ausweitung der Regelung auf weitere Balkanstaaten ist bereits von mehreren Politikern erhoben worden. Insbesondere in der Union ist man seit Langem dafür. Jetzt zeigte sich auch die SPD offen für den Vorschlag. Und auch Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) schloss dies nicht grundsätzlich aus. Dafür müsse aber das Bundesinnenministerium nachweisen, dass die Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien als sichere Herkunftsländer zu einem deutlichen Rückgang der Asylbewerberzahlen geführt habe. Kretschmann hatte trotz Vorbehalten seiner Partei 2014 im Bundesrat für die Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien und Herzegowina als sichere Herkunftsländer gestimmt.

Städtetag warnt vor Panikmache

Bundesamt will mehr Flüchtlinge schneller loswerden Auch Albanien, Montenegro und das Kosovo sollen als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden, verlangt die....

Unterdessen äußerte sich der Deutsche Städtetag zur Lage bei der Versorgung von Flüchtlingen. Geschäftsführer Stephan Articus erklärte, er sehe noch weitere Kapazitäten bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. "Es wird vor Ort immer schwieriger, die Provisorien werden häufiger, aber einen Kollaps sehe ich nicht auf uns zukommen", sagte Articus der *Passauer Neuen Presse*. Er bezog sich dabei auf Äußerungen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), der angesichts des Anstiegs der Flüchtlingszahlen intern angeblich vor einem "Kollaps" des Aufnahmesystems für Asylbewerber gewarnt hatte.

"Wir sind ein Land mit sehr viel Potenzial, auch ungewöhnliche Situationen zu meistern", sagte Articus. Panikmache sei nicht hilfreich. Es gelte weiterhin, dass die Städte bereit seien, Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten und politisch Verfolgte aufzunehmen. Die Aufnahme der Flüchtlinge sei aber eine gewaltige Herausforderung für die Kommunen, "deshalb gibt es auch immer wieder Hilferufe der Kommunen an Bund und Länder".

Die Videografik erklärt, wie das Asylverfahren in Deutschland ist.

Load-Date: July 28, 2015

End of Document

Gabriel und Steinmeier warnen vor unbegrenzter Zuwanderung; Die SPD-Politiker fürchten eine Überforderung der deutschen Hilfsbereitschaft in der Flüchtlingskrise. Die Sorgen und Ängste der Menschen müssten ernst genommen werden.

ZEIT-online

Freitag 9. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 41

Length: 495 words

Body

Flüchtlinge vor dem Berliner Lageso

© Fabrizio Bensch/Reuters

Vizekanzler Sigmar Gabriel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier haben vor unbegrenzter Zuwanderung nach Deutschland gewarnt. "Wir können nicht dauerhaft in jedem Jahr mehr als eine Million **Flüchtlinge** aufnehmen und integrieren", schreiben die beiden SPD-Politiker im *Spiegel*. Trotz der "beispiellosen Hilfsbereitschaft der Deutschen" müsse alles dafür getan werden, dass die Zuwanderungszahlen wieder sinken.

Zugleich forderten Gabriel und Steinmeier, dass die Debatte nicht nur zwischen den Polen "Wir schaffen das" und "Das Boot ist voll" geführt werde. Ansonsten drohe die Flüchtlingsfrage die Gesellschaft zu zerreißen. Die Menschen müssten mit ihren Problemen und Bedürfnissen ernst genommen werden. "Unsere Politik wird nur dann auf Dauer mitgetragen, wenn wir die Hilfsbereitschaft der Menschen in unserem Land nicht überfordern."

Zunächst hatte sich Gabriel eindeutig hinter die Politik von Angela Merkel gestellt. Auch vor wenigen Tagen noch hatte der Vizekanzler gesagt, Deutschland könne seine Grenzen nicht dicht machen. Natürlich kenne das Asylrecht keine Obergrenzen. Entscheidend sei, dass die Fluchtursachen vor Ort bekämpft werden, hatte Gabriel gesagt.

Bamf-Zahlen für Januar bis September

Nach aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) kamen von Januar bis September insgesamt rund 577.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Davon stammen 198.000 aus Syrien. Etwas mehr als 100.000 Menschen kommen aus Balkanländern, die auf der Liste der sicheren Herkunftsstaaten stehen. Ein großer Teil der Asylanträge dieser Menschen wird höchstwahrscheinlich abgelehnt werden.

Im September verzeichnete die Behörde einen besonders starken Anstieg um 164.000 Menschen. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, würde die bisher prognostizierte Zahl von 800.000 Flüchtlingen für 2015 erreicht werden. Nicht eingerechnet sind bisher nicht registrierte Menschen.

Gabriel und Steinmeier warnen vor unbegrenzter Zuwanderung Die SPD-Politiker fürchten eine Überforderung der deutschen Hilfsbereitschaft in der Flüchtlingskrise....

Anstieg von Gewalt gegen Flüchtlinge

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) warnte unterdessen vor zunehmender Gewalt gegen Flüchtlinge. "Wir haben einen massiven Anstieg fremdenfeindlicher Übergriffe auf Asylbewerber", sagte der Minister den Zeitungen der Funke-Gruppe. Insgesamt habe es in diesem Jahr bereits mehr als 490 Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte gegeben.

Zwei Drittel der Tatverdächtigen seien "Bürger aus der Region, die sich bisher nichts zuschulden kommen ließen", berichtete de Maizière. "Ich finde diesen Zuwachs an Menschen, die Gewalt anwenden, besorgniserregend." Den Tätern müsse hart begegnet werden. "Wir müssen ihnen begreiflich machen, dass sie inakzeptable Straftaten begehen: Körperverletzungen, Mordversuche, Brandanschläge", sagte der Minister. "Das ist eine Schande für Deutschland. Da darf es auch keine klammheimliche Zustimmung geben."

Die syrische Oppositionelle Kefah Ali Deeb im Video: "Ich warte bis der Krieg endet und gehe dann zurück."

Load-Date: October 9, 2015

End of Document

"Wir reichen den Menschen den geladenen Revolver"; Europas Migrationspolitik tötet, sagt der Oxford-Ökonom Paul Collier. Misstrauen gegen Migranten findet er normal - und warnt vor falschen gesellschaftlichen Tabus.

ZEIT-online

Freitag 6. Februar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 6

Length: 1921 words

Byline: Philip Faigle

Body

Der Ökonom Paul Collier

© Oxford University

ZEIT ONLINE: Herr Professor Collier, kennen Sie Pegida?

Paul Collier: Ich habe davon gehört.

ZEIT ONLINE: Für einen Wissenschaftler wie Sie muss die Gruppierung ein Rätsel sein. Dort protestieren Bürger gegen die "Islamisierung des Abendlandes", in einer Region, in der es fast keine Muslime gibt. Wie erklären Sie sich das?

Collier: Ich finde das weniger erstaunlich als Sie. Natürlich ist der Hass, den diese Menschen verbreiten, nicht zu entschuldigen. Aber wir beobachten das Erstarken solcher extremen Bewegungen auch in anderen Ländern - etwa in Frankreich. Wir sollten uns deshalb mehr Mühe geben zu verstehen, woher sie kommen.

ZEIT ONLINE: Und woher kommen sie?

Collier: Meine These lautet, dass die Politiker der Mitte versäumt haben, das Thema der Migrationspolitik zu besetzen. Das war ein Fehler, denn wir wissen aus Studien, dass die Menschen mit Misstrauen und Unbehagen reagieren, wenn sich ihre gesellschaftlich vertraute Umgebung durch Einwanderung verändert. Das ist ein absolut vertrauter Befund der sozialwissenschaftlichen Forschung. Wenn wir darauf reagieren wie Europas Politiker und das Thema totschweigen, dann entsteht genau das, was wir gerade erleben: Die Menschen vergessen ihre Sorgen nicht. Und die extremen Rechten und Linken bekommen ein Thema geschenkt, das in der Mitte der Gesellschaft diskutiert werden sollte.

ZEIT ONLINE: Aber wird es dort denn nicht diskutiert? In Deutschland gibt es seit Jahren eine hitzige Debatte über Zuwanderer.

"Wir reichen den Menschen den geladenen Revolver" Europas Migrationspolitik tötet, sagt der Oxford-Ökonom Paul Collier. Misstrauen gegen Migranten findet er nor....

Collier: Wir erleben eine emotionale, lächerliche und polarisierte Debatte. Sie gipfelt ständig in einer Frage: Ist Einwanderung gut oder schlecht? Die einen sind bedingungslos für mehr Einwanderung, die anderen lehnen sie ab. Dabei ist diese Frage Nonsens.

ZEIT ONLINE: Wie lautet die richtige?

Collier: Wie viel Migration ist für alle am besten? Das ist die entscheidende Frage - und zwar sowohl für die reichen Länder, in die gewandert wird, als auch für die Herkunftsländer.

ZEIT ONLINE: In Deutschland duellieren sich Forscher derzeit vor allem mit Zahlen, die belegen sollen, wie viel Euro unter dem Strich Zuwanderer einer Gesellschaft einbringen oder nicht.

Collier: Die ökonomischen Folgen von Einwanderung sind zu vernachlässigen. Entscheidender sind die sozialen Folgen. Wir wissen, dass ein gewisses Maß an kultureller Verschiedenheit einer Gesellschaft nutzt, denn die neuen Migranten bringen Innovation und Abwechslung. Aber das gilt nur bis zu einem gewissen Maß, denn zu ungleiche Gesellschaften können negative Folgen haben.

ZEIT ONLINE: Welche sind das?

Collier: Wir wissen etwa durch Robert Putnam ...

ZEIT ONLINE: ...dem amerikanischen, eher links orientierten Soziologen ...

Collier: ...dass das gegenseitige Vertrauen innerhalb einer Gesellschaft sinkt, wenn die Verschiedenheit zunimmt. Wenn die Unterschiede zu groß werden, ducken sich die Leute weg. Für die modernen und reichen Gesellschaften ist das deshalb von Bedeutung, weil wir unzählige, sehr komplexe Institutionen haben, die gegenseitiges Vertrauen voraussetzen, etwa in unseren Sozialsystemen. Wenn eine Gesellschaft zu zusammengesetzt wird, desto schwieriger wird es, solche Systeme aufrechtzuerhalten.

ZEIT ONLINE: Und deshalb kann zu viel Migration schädlich sein?

Collier: Offensichtlicherweise, ja. Ein zweites Merkmal der europäischen Gesellschaften ist ihre Großzügigkeit gegenüber den Bedürftigen. Zahlreiche Studien belegen, dass ein zu hohes Maß an Migration die Bereitschaft von Gesellschaften senkt, großzügig Sozialleistungen zu gewähren. Man sieht das zum Beispiel in den USA: Die Gesellschaft ist weniger homogen zusammengesetzt als jene in Europa. Dementsprechend ist der Staat weniger großzügig zu den Armen im Land.

ZEIT ONLINE: Irgendwer müsste also entscheiden: So und so viel Einwanderung ist gut und so und so viel ist schlecht. Wer sollte das tun?

Collier: Die Gesellschaft sollte entscheiden! Man würde dann schnell feststellen, dass es verschiedene Interessen gibt. Die Jungen und Gebildeten werden die Vorteile von Migration zu schätzen wissen: die innovativen Kräfte, das Mehr an Abwechslung. Die Älteren werden eher das wachsende Misstrauen betonen, das durch Migration entsteht. Die Aufgabe von Politik ist es wie immer, diese Interessen zusammenzubringen.

ZEIT ONLINE: Ist Deutschland nicht insofern ein Sonderfall, als dass wir allein schon aus demografischen Gründen mehr Zuwanderung brauchen?

Collier: Ich halte das für einen bizarren Irrtum. Mehr Zuwanderung kann nicht die erste Wahl sein, um solch ein dauerhaftes Problem wie das der Demografie zu lösen.

ZEIT ONLINE: Niemand sagt, dass es die erste Wahl ist. Aber Einwanderung kann helfen, die Sozialsysteme zu stabilisieren.

Collier: Länder wie Deutschland sollten sich zuallererst die Frage stellen: Warum werden hierzulande so wenig Kinder geboren? Was machen wir falsch? Sind die Wohnungen zu teuer, ist die Kinderbetreuung zu schlecht?

"Wir reichen den Menschen den geladenen Revolver" Europas Migrationspolitik tötet, sagt der Oxford-Ökonom Paul Collier. Misstrauen gegen Migranten findet er nor....

Dann: Wie schaffen wir es in einer alternden Gesellschaft, dass mehr Menschen arbeiten und vor allem: dass sie länger arbeiten? Erst wenn diese Fragen gelöst sind, sollten wir an Zuwanderung denken.

ZEIT ONLINE: Theoretisch könnte die Regierung so handeln. In der Praxis aber bräuchte es Jahre, um die deutsche Bevölkerung zu stabilisieren - selbst wenn die Politik jetzt eine radikale Kehrtwende beschließen würde.

Collier: Wir sollten trotzdem jetzt damit beginnen.

ZEIT ONLINE: Sie tun so, als ob es heute keine Regeln dafür gebe, wer nach Europa kommen darf oder wer nicht. Dabei regeln Länder wie Deutschland das schon ziemlich detailreich. Was wollen sie noch?

Collier: Mir fehlt das größere Bild. Natürlich wollen alle Länder in Europa die besten und talentiertesten Fachkräfte ins Land holen. Diese Menschen sind immer hilfreich, egal wo sie sich aufhalten. Aber wir vergessen - neben den Problemen in unseren eigenen Ländern - , dass in den armen Ländern ein Verlust entsteht, wenn diese Menschen sich auf die Reise machen. Es verzögert in vielen Fällen die Fähigkeit dieser Länder, zu den reicheren Ländern der Welt aufzuschließen, weil diese Talente als Motor von Fortschritt und Entwicklung fehlen.

ZEIT ONLINE: Wir leben auf Kosten dieser Länder?

Collier: Ja, und das ist für mich ein ganz entscheidender Punkt. Es gibt nur ein Land, das seine Einwohner an der Ausreise hindert: Nordkorea. Für alle anderen Länder ist die Migrationspolitik im reichen Teil der Erde von Bedeutung. Wir entscheiden über das Schicksal dieser Staaten.

ZEIT ONLINE: Ist das nicht nur die halbe Wahrheit? Es hilft schließlich auch den armen Ländern, wenn Menschen in den reichen Ländern zu Wohlstand kommen, Geld zurücküberweisen und womöglich irgendwann die Familie nachholen.

Collier: Viele argumentieren so. Ich halte das für etwas gedankenfaul. Denn erstens kommen nicht die Bedürftigen zu uns, sondern jene, die über eine vergleichsweise gute Ausbildung und ein wenig Geld verfügen. Zweitens ist es auch in den armen Ländern eine Frage des richtigen Maßes. Es stimmt: Auswanderung kann positive Effekte haben. Aber wenn der Strom zu breit wird, nehmen diese Länder Schaden. In vielen der ärmsten Länder der Erde ist dieser Punkt schon weit überschritten. Diese Länder erleben einen Exodus. Es ist ein Paradox: Einerseits unterhalten wir Entwicklungshilfeprogramme, andererseits akzeptieren wir das Ausbluten dieser Länder

ZEIT ONLINE: Wie müsste unsere Einwanderungspolitik aussehen, damit sie auch den armen Ländern nutzt?

Collier: Wir könnten zum Beispiel mehr Menschen Stipendien anbieten und ihnen eine Arbeitserlaubnis für fünf Jahre erteilen. Danach könnten sie in ihre Länder zurückkehren.

ZEIT ONLINE: Bleibt die Frage, ob wir reichen Länder überhaupt beeinflussen können, wer sich auf die Reise macht. In Deutschland war es in den neunziger Jahren extrem schwierig, aus ökonomischen Gründen einzureisen. Dennoch kamen die Menschen.

Collier: Und deshalb sollten wir aufhören, Einwanderung zu steuern? Das ist doch ein unehrliches Argument. Es gibt Umfragen, die zeigen, dass rund 40 Prozent der Einwohner ärmerer Länder gerne im reichen Teil der Erde leben wollte. Würde Deutschland seine Tore komplett aufmachen, würden diese Leute irgendwann kommen. Das ist keine Option.

ZEIT ONLINE: Was macht sie da so sicher?

Collier: Es gibt zwei entscheidende Faktoren, die die weltweite Migration antreiben. Die Einkommenskluft zwischen Staaten und die Größe der jeweiligen Diaspora in den Zuwanderungsländern. Die Schere zwischen den reichen und armen Ländern der Erde ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gewachsen, das beschleunigt die Migration. Auch die Diaspora wird die Zuwanderung weiter antreiben. Es mag sein, dass sich die Situation in 50

"Wir reichen den Menschen den geladenen Revolver" Europas Migrationspolitik tötet, sagt der Oxford-Ökonom Paul Collier. Misstrauen gegen Migranten findet er nur....

Jahren verändert haben wird. Aber bis dahin sind Einwanderungskontrollen kein Relikt aus rassistischen Zeiten, sondern ein absolut notwendiges Instrument.

ZEIT ONLINE: Seit Europa seine Grenzen abriegelt, sind im Mittelmeer Zehntausende Menschen ertrunken, weil sie nicht mehr auf legalem Wege nach Europa kommen können. Zeigt das nicht, dass unsere Grenzpolitik Menschen tötet?

Collier: Unsere Politik ist tödlich! Wir machen den Menschen einfach falsche Hoffnungen.

ZEIT ONLINE: Das müssen Sie erklären.

Collier: Warum setzt sich jemand in ein Boot und riskiert sein Leben? Die erste Antwort lautet: Weil er 4.000 Dollar für die Schlepper zusammen hat und bereit ist, ein gewisses Risiko einzugehen. Die zweite: Weil er weiß, dass er viel mehr Rechte bekommt, sobald er es an den Strand von Lampedusa geschafft hat. Dieses Versprechen lockt die Menschen in die Boote. Die Konsequenz aus unserem Handeln ist, dass mittlerweile 17.000 Menschen ertrunken sind. Wir drücken den Menschen den geladenen Revolver in die Hand und sagen: Komm, spiel Russisch Roulette. Das ist keine moralisch robuste Position. Ganz nebenbei fördern wir eine gewaltige kriminelle Industrie, die sich auf die Schlepperei von Flüchtlingen spezialisiert hat.

ZEIT ONLINE: Was wäre die Alternative?

Collier: Wir müssten zuallererst dafür sorgen, dass die wirklich Bedürftigen kommen. Das geht nur, wenn wir das Asylverfahren dorthin verlagern, wo die Reise beginnt, also außerhalb Europas. Die Menschen, die dann Asyl erhalten, sollten auf legalem Weg kommen dürfen. Wohlgemerkt: Es geht nicht darum, weniger Flüchtlinge nach Europa zu lassen, sondern darum, den wirklich Bedürftigen zu helfen.

ZEIT ONLINE: In den Camps warten Hunderttausende Menschen in Not. Wer soll entscheiden, wer Asyl bekommen soll und wer nicht?

Collier: Gegenfrage: Wie entscheiden wir es heute? Wir belohnen diejenigen, die 4.000 Dollar zusammenbekommen haben und risikobereit genug waren. Diese Leute sind nur die Spitze des Eisberges. Es sind nicht unbedingt diejenigen, die unsere Hilfe am ehesten benötigen. Eher sind sie die Gewinner einer Lotterie. Das ist ein Grundproblem unserer Flüchtlingspolitik: Wir kümmern uns viel zu wenig um die Menschen, die zurückbleiben.

ZEIT ONLINE: Was könnte Europa für diese Menschen tun?

Collier: Ich schlage vor, dass der Westen mithilft, in den Flüchtlingscamps kleine, lokale Fabriken zu aufzubauen. Diese könnten dann für den Weltmarkt produzieren, auch für uns im Westen. Wenn der Krieg in Syrien vorbei ist, könnten die Flüchtlinge diese Fertigungsstätten und das erworbene Wissen in ihr Land zurücknehmen. Vielleicht müssten wir im Westen dafür unsere Handelsregeln ändern. Aber das würde den Menschen in diesen Ländern auch langfristig helfen.

Load-Date: February 6, 2015

Der Klartext-Kümmerer; Keine schlechte Woche für den SPD-Chef: Beim Thema Flüchtlinge punktet er mit Emotion und klaren Worten gegen Merkel. Doch auch er weiß nicht, wie es weitergeht.

ZEIT-online

Freitag 28. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Sigmar Gabriel; Ausg. 35

Length: 1326 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Vizekanzler Sigmar Gabriel (rechts) und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (links daneben) sprechen mit albanischen **Flüchtlingen** in der Erstaufnahmeeinrichtung in Ingelheim.

© Thomas Lohnes/Getty Images

Am Ende der einwöchigen Sommerreise von Vizekanzler Sigmar Gabriel soll es eigentlich um Pflege und ärztliche Versorgung auf dem Land gehen. Ein wichtiges Zukunftsthema, finden die Sozialdemokraten. Also absolvieren Gabriel, seine Mitarbeiter und die Journalisten unter Führung der motivierten SPD-Ministerpräsidentin Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz ein anspruchsvolles Programm: Sie besuchen eine Tagespflege-Einrichtung, die Uniklinik und zwei Gesundheitszentren auf dem Land. Gabriel schüttelt Hände von Demenzkranken, fachsimpelt mit Ärzten und schmeichelt Pflegern, die nach seiner Meinung oft von Medizinern untergebuttert werden.

Aber dann dreht sich doch wieder alles um Flüchtlinge. Wegen der "aktuellen Entwicklung", so Gabriels Sprecherin, hält der Bus der Delegation kurzfristig in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Ingelheim in der Nähe von Mainz. Die Woche, die Gabriel für seine Sommerreise wählte, hat sich nämlich als eine Woche der Gewalt gegen Flüchtlingsheime und deren Bewohner entpuppt. Eine Woche, in der man jeden Morgen mit einer neuen Nachricht aufwachte, dass wieder eine Flüchtlingsunterkunft gebrannt hat oder ein Molotow-Cocktail in das Zimmer einer Flüchtlingsfamilie geworfen wurde. Es war eine Woche, in der sich der rechtsextreme Hass in Heidenau ganz ungehemmt entlud und die Polizei überfordert wirkte. Eine Woche, in der die Kanzlerin in Heidenau als "Volksverräterin" und "Hure" beschimpft wurde.

Gabriel war einer der Ersten, der dafür klare Worte fand: "Keinen Millimeter" dürfe die deutsche Gesellschaft solchen Rassisten Platz geben, der Vizekanzler nannte sie "Pack". Schon am Montag besuchte er die Flüchtlinge in Heidenau in ihrem stickigen, traurigen Baumarkt-Lager, sicherte ihnen Solidarität zu und schien seitdem der zögernden Kanzlerin immer um zwei Schritte voraus.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus, das ist etwas, das Gabriel glaubhaft umtreibt. Beim Thema Flüchtlinge kann er zudem seine Emotionalität gewinnbringend einsetzen, sie war ihm oft vorgeworfen worden. Der Kontrast zur

Der Klartext-Kümmerner Keine schlechte Woche für den SPD-Chef: Beim Thema Flüchtlinge punktet er mit Emotion und klaren Worten gegen Merkel. Doch auch er weiß ni....

technokratischen Kanzlerin wird so noch sichtbarer. Angela Merkel wirkte bei ihren Fernsehstatements zu Heidenau unbeholfen und las ihre Worte vom Blatt ab. Gabriel ließ sie aussehen wie eine Getriebene.

Solch gute Tage hatten die deutschen Sozialdemokraten in letzter Zeit nicht allzu oft. Bisher nörgelten SPDler lieber über ihren Vorsitzenden, Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig räsonierte vor einigen Wochen öffentlich über die Frage, ob seine schwache Partei überhaupt eines Kanzlerkandidaten würdig sei. Entsprechend gelöst wirkt Gabriel bei seinem Rheinland-Pfalz-Programm. In Ingelheim besucht er sehr bewusst sein sechstes Flüchtlingslager in diesem Jahr. Auch das in Kontrast zu Merkel, die nur in Heidenau war und das auch reichlich spät.

"Sie wollen Politiker, die die Wahrheit sagen"

Vor Ort ignoriert Gabriel das Programm, das für ihn vorbereitet ist, und spricht ausführlich mit Albanern, die sich im Hof versammelt haben. Junge Männer sind es, einer kann ein bisschen Deutsch. Zum Arbeiten seien sie hier. Asyl bräuchten sie eigentlich nicht, nur eine Zukunft. Einer hat Schulden in Albanien, kein Dach über dem Kopf. Der andere klagt über die Korruption in seinem Land. Gabriel widerspricht: Wo würde das hinführen, wenn jeder in Deutschland Asyl bekäme, in dessen Land es Korruption gibt. Zwar diskutiere die Politik gerade, Menschen vom Balkan Arbeitsvisa zu geben, erzählt Gabriel den Albanern - aber nur, wenn sie schon ein Stellenangebot zu deutschen Tarifbedingungen vorweisen könnten. "Sie wollen Politiker, die die Wahrheit sagen", sagt der Vizekanzler auf Englisch: "Die Wahrheit ist: Sie werden nicht in Deutschland bleiben können." Der junge Mann schaut enttäuscht und verärgert. "Aber warum?", fragt er.

Von der großen Koalition bis hin zu den oppositionellen Grünen - angesichts der hohen Flüchtlingszahlen ist die deutsche Politik längst dabei, die Ankommenden in zwei Gruppen aufzuteilen: Flüchtlinge mit "guter Bleibeperspektive", wie Syrer und Iraker, und dann eben solche wie die vom Balkan, die nun in den Erstaufnahmeeinrichtungen behalten werden sollen, um bei einer erwartbaren Ablehnung ihres Asylantrags schnell abgeschoben werden zu können. Für Sozialdemokraten, die sich als linke, migrationsfreundliche Partei sehen, ist diese Entwicklung keine schöne. Aber die zunehmende Überforderung der Behörden und der Kommunen verlangt ihren Zoll. Gleichzeitig muss der SPD-Chef seine Leute bremsen. Was er von der Idee des Thüringer SPD-Chefs Andreas Bausewein halte, Flüchtlingskinder vom Balkan schon gar nicht mehr in deutsche Schulen gehen zu lassen? Er halte das "klar für falsch", sagt Gabriel.

Vor allem aber treiben ihn die Ressentiments der sogenannten Mitte der Gesellschaft um. In einem Gastbeitrag für die ZEIT unterscheidet Gabriel zwischen dem "Pack", dem "braunen Stammtisch", mit dem zu reden zwecklos sei, auf der einen Seite. Und andererseits denen, die Ängste und Vorurteile haben, "Seelen, um die jeder Demokrat kämpfen muss", findet der Vizekanzler. Für ihn sind die Diskussionen der vergangenen Tage auch eine Bestätigung dafür, dass er mit seinem Besuch bei Pegida-Anhängern Anfang des Jahres richtiggelegen habe. "Wir müssen auch Konflikte offen ansprechen", sagt Gabriel in Ingelheim. Unschöne Folgen der zunehmenden Einwanderung wolle er nicht verschweigen, verspricht er.

Die SPD-Spitze hofft, in eine Leerstelle vorzudringen, die beim Koalitionspartner derzeit vorhanden ist: der gesellschaftliche Diskurs über Flüchtlinge. Im besten Fall für die SPD präsentiert sich die Union auch in den kommenden Wochen als eine Partei, die in Innenministerium und Kanzleramt vor allem mit der Mangelverwaltung beschäftigt ist und nicht genau weiß, wie viel verbale Offenheit gegenüber Migranten sie ihren eigenen konservativen Mitgliedern zumuten kann.

Allerdings gibt es auch unter Sozialdemokraten Vorurteile und Ängste gegenüber der steigenden Zahl an Flüchtlingen. Und wo verläuft die Trennlinie zwischen dem Pack, das laut Gabriel des Dialogs unwürdig ist, und den Menschen, die er für sich gewinnen will? "Wir sind das Pack" riefen rechtsextreme Demonstranten diese Woche in Heidenau und klangen stolz dabei. Sie hatten den Gabriel-Terminus umgekehrt, ins Gegenteil verklärt. Hat der SPD-Chef am Ende nicht doch den Graben zu den Skeptikern vertieft, die sich nun bestätigt fühlen können, dass Politiker über sie richten, statt mit ihnen zu reden?

Der Klartext-Kümmerner Keine schlechte Woche für den SPD-Chef: Beim Thema Flüchtlinge punktet er mit Emotion und klaren Worten gegen Merkel. Doch auch er weiß ni....

Das ist ein Risiko der Strategie des Klartext-Kümmerns, die der Vizekanzler gerade fährt. Hinzu kommt, dass auch der SPD Lösungen für die anstehenden Probleme fehlen. Das Bundesamt für Migration soll die Asylanträge endlich schneller bearbeiten, fordert Gabriel mit vielen SPD-Landespolitikern. Doch wie? Schnell-Ablehnverfahren für Menschen vom Balkan entsprechen eigentlich nicht dem sozialdemokratischen Verständnis der ausführlichen Prüfung individueller Fluchtgründe. Und die Kontingente für Balkan-Arbeitssuchende? Welcher in Armut lebende Rom schafft es schon, vom Balkan aus einen gut bezahlten deutschen Arbeitsplatz zu finden?

"Keinen Millimeter Raum" für Rechtsextreme. Auch an dieser Aussage dürfte Gabriel noch gemessen werden. In Heidenau wurde gerade ein Flüchtlingsfest zunächst abgesagt, weil die Polizei glaubt, es nicht sichern zu können. Am 6. September tagt der Koalitionsausschuss. Dann muss die SPD, das weiß Gabriel, auch inhaltlich brillieren. Zur Vorbereitung haben die SPD-Bundesministerien nun einen gemeinsamen Maßnahmenkatalog zur Asylpolitik vorgelegt, weil die Vorschläge des Innenministers "keine ausreichende Antwort" seien. Die Initiative dazu ging von Gabriel aus. Am Ende darf es nicht so aussehen, als habe er nur gefordert und Merkel gehandelt.

Load-Date: August 28, 2015

End of Document

De Maizière gibt Merkel Schuld für Kontrollverlust; Der Innenminister hat in der Flüchtlingskrise die Kanzlerin offen kritisiert. Die Lage sei außer Kontrolle geraten. Man sei jetzt dabei, die Dinge wieder zu ordnen.

ZEIT-online

Freitag 25. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 39

Length: 584 words

Body

Bundesinnenminister Thomas de Maizière

© Jens Wolf/dpa

Planlos, ein schwerer Fehler, ein falsches Signal: Mit aller Deutlichkeit kritisiert die CSU die **Flüchtlingspolitik** der Kanzlerin - allen voran die Entscheidung Anfang September, die in Ungarn festsitzenden **Flüchtlinge** nach Deutschland reisen zu lassen. Kritik von der Schwesterpartei ist Angela Merkel gewohnt. Doch aus den eigenen Reihen, gar aus dem eigenen Kabinett, sind nur vergleichsweise selten kritische Töne zu hören.

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) hat seine Kritik an der Kanzlerin zwar zurückhaltender, aber dennoch unmissverständlich geäußert: "Außer Kontrolle geraten ist es mit der Entscheidung, dass man aus Ungarn die Menschen nach Deutschland holt", sagte de Maizière am Abend in der ZDF-Sendung *Maybrit Illner*. "Das war eine so große Zahl, dass es nicht mehr geordnet ging." Erst jetzt sei man dabei, die "Dinge wieder etwas zu ordnen", sagte der Innenminister.

De Maizières Kritik kam nur Stunden, nachdem Merkel seine Arbeit im Deutschen Bundestag ausdrücklich hervorgehoben hatte. In ihrer Regierungserklärung hatte sie ihn für seine Leistungen in der Flüchtlingspolitik gelobt, wofür de Maizière lang anhaltenden Beifall aus den eigenen Reihen erhielt. Denn auch andere CDU-Politiker stehen in der Flüchtlingskrise nicht hinter der Kanzlerin. Jüngst hatte der CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Baden-Württemberg, Guido Wolf, offen Kritik geübt. Es gebe Menschen, die Deutschland als modernes Schlaraffenland begriffen, "diesen Menschen zu helfen, würde uns schlicht überfordern", sagte Wolf vor Parteikollegen.

Zwar beteuert die Kanzlerin mit ihrem Wir-schaffen-das-Credo, dass Deutschland die Flüchtlingskrise meistern, gar gestärkt aus ihr hervorgehen könnte. Doch die Szenen der vergangenen Wochen sind noch im Gedächtnis: Anfang September hatten die deutsche und die österreichische Regierung angesichts chaotischer Zustände in Ungarn die Einreise von Flüchtlingen freigegeben. Das geschah entgegen europäischer Regelungen. Außenminister Frank-Walter Steinmeier sprach damals von einer Ausnahme. Aufgrund großer Flüchtlingszahlen führte Deutschland dann am 13. September Kontrollen an der Grenze zu Österreich ein. Noch immer ist etwa der Zugverkehr von München nach Österreich eingestellt.

De Maizière gibt Merkel Schuld für Kontrollverlust Der Innenminister hat in der Flüchtlingskrise die Kanzlerin offen kritisiert. Die Lage sei außer Kontrolle ge....

Auch de Maizière selbst stand bei Opposition und SPD für sein Krisenmanagement in der Kritik. Rechtfertigen musste er sich unter anderem für die Arbeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), das seinem Ministerium untersteht. Derzeit stauen sich in der Nürnberger Behörde mehr als 250.000 Asylanträge. Weitere erhebliche Aufstockungen sind jedoch geplant, auch durch Abordnungen vom Zoll und weiteren Behörden sowie durch die Reaktivierung von Beamten im Ruhestand.

In der Nacht zu Freitag haben sich Bund und Länder zudem auf das weitere Vorgehen in der Flüchtlingskrise verständigt. Künftig will der Bund die Länder und Kommunen mit einer Kopfpauschale unterstützen: Ab dem Jahr 2016 zahlt der Bund den Ländern monatlich 670 Euro pro Flüchtling.

De Maizière bekräftigte zugleich seine Forderung, Kontingente für die Aufnahme von Asylbewerbern in Europa festzulegen. "Rechtlich gibt es keine Obergrenze für das Asyl", sagte der Minister. "Aber wir müssen dafür arbeiten, dass wir eine faktische Grenze der Zuwanderung haben. Sonst kriegen wir das nicht hin."

Kanzlerin Angela Merkel am 9. September 2015 im Bundestag: "Deutschland muss in Flüchtlingskrise anpacken."

Load-Date: September 25, 2015

End of Document

Nur noch mittelfremd; Jetzt, da die vielen neuen Flüchtlinge kommen, sehen die alten Migranten plötzlich sehr deutsch aus. Fühlen sie sich auch so?

ZEIT-online

Montag 7. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migranten in Deutschland; Ausg. 49

Length: 1298 words

Byline: Frida Thurm

Body

Muslime protestieren für mehr Toleranz in Berlin (Archivbild)

© John MacDougall/AFP/Getty Images

Zum Beispiel Burhanettin Yildiz. Er ist Kurde, floh mit 13 Jahren allein aus der Türkei nach Deutschland, ist Geschäftsmann in Hamburg.

Zum Beispiel Deniz Çaglayan. Geboren und aufgewachsen in Berlin-Kreuzberg, türkischer Pass, arbeitet in einem Bürgerladen.

Yildiz und Çaglayan waren die Fremden. Ein minderjähriger **Flüchtling** und ein Gastarbeiterkind, mit Namen, die den Deutschen kompliziert erscheinen, mit einer fremden Religion. Doch nun sind neue Fremde da, viele: Menschen, die noch kein Deutsch sprechen, die teils aus Gegenden stammen, die weit entfernt von Deutschland liegen und auch weit entfernt von dem, was Yildiz und Çaglayan kennen.

Für die Beziehung zwischen Deutschen mit Migrationshintergrund und denen ohne könnte die Ankunft der Flüchtlinge eine Chance sein: Werden sie einander vor diesem Kontrast vertrauter?

Yildiz fühlt sich eigentlich angekommen. Der 32-Jährige ist mit einer Deutschen verheiratet, als Großhändler für SIM-Karten und Auslandseinheiten liefert er nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch nach Brasilien und in die USA, er hat fünf Angestellte. "Ich habe sechs, sieben Jahre Unterstützung vom Staat bekommen", sagt Yildiz, "jetzt gebe ich durch meine Steuern ein Vielfaches davon zurück." Aber ihm begegnen auch Menschen wie der alte Mann in der U-Bahn, die zu ihm sagen: "Sie sprechen aber gut Deutsch." Sie merken gar nicht, dass Yildiz angekommen ist.

Jetzt integrieren sie andere

In diesen Tagen ist Yildiz eine Brücke geworden zwischen alteingesessenen Deutschen und Flüchtlingen. Er spendet SIM-Karten für die Flüchtlinge in einem benachbarten Erstaufnahmelager. "Ich will meinen Teil tun", sagt

Nur noch mittelfremd Jetzt, da die vielen neuen Flüchtlinge kommen, sehen die alten Migranten plötzlich sehr deutsch aus. Fühlen sie sich auch so?

er. Ein großer Telefonanbieter hat ihn in seine Zentrale eingeladen. Die Firma wollte von ihm, dem Migranten, wissen, wie sie sich am besten für Flüchtlinge engagieren kann.

Unter den freiwilligen Helfern, die die Flüchtlinge überall im Land versorgen, seien überproportional viele mit Migrationshintergrund, sagt die Integrationsforscherin und stellvertretende Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung, Naika Foroutan. "Sie sind inzwischen Teil der Gesellschaft, die sich hier auskennt, und helfen den Neuangekommenen", sagt Foroutan. Es ist ein Rollenwandel: Früher sollten sie integriert werden. Jetzt integrieren sie andere.

Foroutan nennt das Aufrückereffekt: Kommt eine neue Gruppe dazu, wachsen die zuvor Angekommenen näher an die Mehrheitsgesellschaft heran und die Neuen nehmen ihren bisherigen Platz ein - den der Außenseiter, die am stärksten um Anerkennung kämpfen müssen.

Noch etwas ist Foroutan aufgefallen: In Fernsehberichten werden auch die Helfer, die offensichtlich einen Migrationshintergrund hatten, oft nur mit Namen und Funktion genannt - schenkt Tee aus, verteilt Kleider - , ohne Zusätze wie: stammt aus der Türkei; hat selbst arabische Wurzeln. Sie wurden nicht mehr als Migranten definiert.

Kurdisch sprechen gilt plötzlich als Skill

Es geraten also zwei Dinge in Bewegung: Wie die Migranten ihre Stellung in der Gesellschaft wahrnehmen. Und mehr noch, wie die Mehrheitsgesellschaft auf sie blickt. Yildiz wird jetzt von den anderen Deutschen als so integriert wahrgenommen, wie er sich schon lange fühlt.

Für andere bringt die Flüchtlingskrise einen sozialen Aufstieg: Kurdisch, Türkisch, Arabisch oder Farsi zu sprechen, sei bislang keine angesehene Fähigkeit gewesen, sagt die Wissenschaftlerin Foroutan, es wurde vielmehr mit einem niedrigen sozialen Status verbunden. Doch nun werden zweisprachige Menschen gebraucht, um zu übersetzen: "Eine Sprache, die als Mangelware gilt, zu beherrschen, ist jetzt eine große Kompetenz. Das verändert die Position dieser Menschen in unserer Gesellschaft." Plötzlich arbeiten sie gleichberechtigt mit Alteingesessenen zusammen, die sogar auf sie angewiesen sind.

Für Foroutan ist umgekehrt auch denkbar, dass gut gebildete Flüchtlinge die Stereotype über Muslime in Deutschland verändern. "Früher haben wir einen türkisch oder arabisch aussehenden Mann oder eine Frau mit Kopftuch in die untere Schicht einsortiert. Mittlerweile können muslimische Einwanderer auch mit Prestige verbunden werden, das ist neu", sagt sie. Auch andere Klischees über Muslime werden zumindest auf die Probe gestellt: Zwar sei auch das bedrohliche Bild des jungen, aggressiven Mannes wieder aktuell geworden, sagt Foroutan. Aber daneben existieren, quasi als Gegenthese, auch Bilder von Familienvätern, die ihr Kleinkind schützend auf dem Arm halten. Oder von Männern, die weinen.

Dass längst nicht alle Deutschen den Flüchtlingen helfen, ist bekannt. Manche bleiben gleichgültig, andere haben Angst. Warum sollte es den Migranten unter ihnen anders gehen? Çaglayan, der Deutschtürke aus Berlin-Kreuzberg, fürchtet, unter den Flüchtlingen könnten IS-Terroristen sein. Arabischsprechende Männer lasse er nicht mehr in den Imbiss, wenn sie nur mal auf die Toilette wollten, sagt der 35-Jährige.

In der Nähe des Ladens sehe er oft, wie Flüchtlinge Frauen anmachen, obwohl die mit ihren Männern unterwegs seien, sagt Çaglayan. Er schimpft über Respektlosigkeit und Kriminalität in Kreuzberg, an der die Flüchtlinge Schuld seien. Er habe Angst um seine Familie. "Meine Kinder müssen um sechs zu Hause sein, meine Frau um acht."

"Die sollen sich verpissen"

"Immer denken alle: Ach, die Türken wieder. Dabei sind die Kriminellen meist Libanesen oder Syrer", sagt Çaglayan. Die Deutschen könnten das nicht auseinanderhalten. Letzte Woche habe sein Vater zu ihm gesagt: "Rasier' dir deinen Bart". Damit er nicht so islamisch aussehe. Jetzt trägt er noch ein kleines Ziegenbärtchen.

Nur noch mittelfremd Jetzt, da die vielen neuen Flüchtlinge kommen, sehen die alten Migranten plötzlich sehr deutsch aus. Fühlen sie sich auch so?

Zwar täten ihm die Menschen leid, die aus Not hierherkämen, sagt Çaglayan. "Aber mittlerweile gebe ich den Nazis recht, wenn sie sagen, die Flüchtlinge machen unser Land kaputt. Die sollen sich verpissen."

Ein Teil Deutschlands zu werden kann, also auch bedeuten: Sich gemeinsam mit den Deutschen gegen die neuen Außenseiter wenden. Integriert in den Pegida-Teil der Gesellschaft. Ähnlich wie Çaglayan denken auch andere Migranten: Laut einer YouGov-Umfrage im Auftrag der *Welt* sagen 24 Prozent der Zuwanderer, es sollten keine Flüchtlinge mehr ins Land kommen (ohne Migrationshintergrund: 25 Prozent). Außerdem wollen 40 Prozent der Zuwanderer, dass Deutschland weniger Flüchtlinge aufnimmt als derzeit (ohne Migrationshintergrund: 45 Prozent).

Neue Migranten für die einfachen Jobs

Es gibt auch noch eine dritte, pragmatische Reaktion der alten Migranten auf die neuen Flüchtlinge. Sahin Yalçın zum Beispiel verkauft in seinem Geschäft in Kreuzberg seit 1991 Waren, die er aus der Türkei importiert: Silberne Tablettis, Teesets, Plüschdecken. "Ich habe mich erst neulich mit Freunden darüber unterhalten", sagt er. "Unsere Väter waren noch Müllmänner oder haben andere schlechte Jobs gemacht. Wir haben schon eine Ausbildung, manche machen sich selbstständig, so wie ich. Wir sprechen die Sprache und wissen, wie wir uns helfen können."

Der ältere seiner beiden Söhne macht nächstes Jahr Abitur. Yalçın will nicht, dass er seinen Laden übernimmt. "Unsere Kinder sollen auf jeden Fall studieren", sagt er. Für die einfachen Jobs fehle inzwischen die erste Gastarbeitergeneration. Deren Kinder wollen sie nicht mehr übernehmen. Müllabfuhr, Baustelle, Reinigung. "Es werden Flüchtlinge sein, die diese Arbeiten erledigen." Schon jetzt sind Yalçıns Mitarbeiter keine Türken, sondern Araber. Einer von ihnen soll sein Nachfolger werden.

Çaglayan würde gern aus Kreuzberg wegziehen, am liebsten in den gentrifizierten Stadtteil Prenzlauer Berg. Aber seine Frau will nicht in den Ostteil der Stadt. Sie fürchtet, dass die türkischstämmige Familie dort von deutschen Rassisten angegriffen werden könnte.

Load-Date: December 7, 2015

Abschreckende Abschottung; Mit einem harten Kurs bei Abschiebungen will die CDU Wähler am rechten Rand zurückholen. Da bleibt vom freundlichen Gesicht Merkels in der Flüchtlingskrise nicht viel.

ZEIT-online

Mittwoch 7. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Abschiebungen; Ausg. 50

Length: 770 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Angela Merkel, German Chancellor and leader of the conservative Christian Democratic Union party CDU is flanked by the party's secretary general Peter Tauber (L) and CDU co-leader Volker Bouffier during the CDU party convention in Essen, Germany, December 6, 2016. REUTERS/Kai Pfaffenbach

© Kai Pfaffenbach/Reuters

In ihrem Leitantrag, den die CDU heute auf ihrem Parteitag in Essen verabschieden wird, befasst sich die Partei ausgiebig mit dem Thema Abschiebung. Dass abgelehnte **Flüchtlinge** und **Asylbewerber** Deutschland "grundsätzlich" wieder verlassen müssen, wie es in der ersten Fassung hieß, ist eigentlich eine Banalität. Doch auf Initiative des baden-württembergischen Innenministers Thomas Strobl wird nun auch detailliert aufgeführt, wie das tatsächlich erreicht werden soll: Durch eine Ausweitung der Abschiebehaft etwa, das Kürzen von Sozialleistungen oder Aufnahmezentren in afrikanischen Staaten.

Für Strobl ist das vor allem ein gelungener PR-Coup. Auf diese Weise dürfte auch der letzte CDU-Wähler mitbekommen haben, dass der Landesvorsitzende aus Baden-Württemberg, der eigentlich als treuer Gefolgsmann von Kanzlerin Angela Merkel gilt, ein besonders harter Hund ist.

Interessant ist allerdings, dass Strobl mit seinen Vorschlägen in der CDU auf keinen nennenswerten Widerstand traf. Stattdessen erhielt er Unterstützung von allen Seiten: Auch liberale CDU-Spitzenleute wie Generalsekretär Peter Tauber oder der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Armin Laschet bekundeten Zustimmung.

Kein Wunder. Will die CDU doch von diesem Parteitag vor allem jenen ein Signal senden, die die Flüchtlingspolitik ihrer Kanzlerin zutiefst verunsichert hat. Eine Situation wie 2015 dürfe sich nicht wiederholen, heißt es im Leitantrag. Die Forderung nach härteren Abschieberegeln soll diese Botschaft nun verstärken.

Grundsätzlich ist richtig, dass jedes Asylsystem nur funktionieren kann, wenn diejenigen, die nicht anerkannt werden, auch wieder gehen müssen. Rücknahmeabkommen mit Ländern, aus denen viele Asylbewerber kommen,

Abschreckende Abschottung Mit einem harten Kurs bei Abschiebungen will die CDU Wähler am rechten Rand zurückholen. Da bleibt vom freundlichen Gesicht Merkels in....

die kaum eine Anerkennungschance haben, sind deswegen dringend nötig. Denn häufig scheitern Abschiebungen daran, dass die Heimatländer keine Pässe ausstellen oder eben ihre Staatsbürger nicht zurücknehmen wollen.

Kein Asylantrag im Auffangzentrum?

Wenn die CDU nun aber Menschen in angeblich sichere Zonen nach Afghanistan abschieben will, Flüchtlingen, die als noch nicht anerkannte Asylbewerber am äußersten Existenzminimum leben, mit Leistungskürzungen droht oder Möglichkeiten zur Abschiebehaft stark ausweitet, dann muss sie sich schon fragen lassen: Was bleibt noch von dem freundlichen Gesicht, mit dem die Kanzlerin einst auf die Flüchtlingskrise reagieren wollte? Einhalt gebot die Partei Strobl nur an einem Punkt: Seine Forderung, auch Kranke abzuschieben, kam nicht in den Leitantrag.

An den geforderten Auffangzentren in afrikanischen Staaten, die aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufnehmen sollen, wäre an sich wenig auszusetzen. Schließlich ist es wenig sinnvoll, Tausende Menschen nach Europa zu bringen, die dort geringe Chancen auf eine Anerkennung als Flüchtlinge haben. Doch rechtfertigen lassen sich solche Zentren nur, wenn die Menschen dort auch einen Asylantrag für Europa stellen können. Das allerdings steht in dem Leitantrag des Parteitags nicht drin.

Ohne dieses Recht würde durch solche Zentren das europäische Asylrecht ausgehebelt. Außerdem dürfte die Maßnahme dann kaum dazu beitragen, dass Flüchtlinge aus Afrika die gefährliche Reise über das Meer bleiben lassen. Doch gerade damit werden die Auffangzentren ja begründet.

Wie ernst meint es die CDU?

Die CDU will zwar den Eindruck vermeiden, jetzt werde einseitig nach rechts umgesteuert. Dafür hat sie nicht nur den Teil des Leitantrags ausgeweitet, der von Abschiebungen handelt. Sie hat auch noch einmal konkretisiert, wie man Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive schnell integrieren will.

Dennoch stellt sich die Frage, wie ernst die CDU es noch meint, wenn sie versichert, Verfolgte sollten auch künftig Aufnahme und Hilfe in Deutschland finden. Der Pakt zwischen der EU und der Türkei zur Eindämmung des Flüchtlingszuzugs war ursprünglich damit begründet worden, dass Europa nach dem Ende der unregelmäßigen Migration Flüchtlinge freiwillig aufnehmen werde. Daraus ist bisher so gut wie nichts geworden. Kaum einer spricht noch davon. Stattdessen geht es nun nur noch darum, wie sich Europa möglichst weitgehend abschotten kann.

Für die CDU ist diese Unausgewogenheit nicht ungefährlich. Auch sie kann Wähler abschrecken, wenn auch diesmal nicht am rechten Rand. Vor allem aber kostet sie Glaubwürdigkeit.

Load-Date: December 7, 2016

**Berlin plant Sammelunterkunft für Balkan-Flüchtlinge; In Berlin sollen
Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten in einem früheren
Abschiebeknast wohnen. Daraus könnte das bundesweite dritte
Rückführungszentrum entstehen.**

ZEIT-online

Montag 28. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Sichere Herkunftsländer; Ausg. 52

Length: 577 words

Body

Asylbewerber warten in Berlin auf ihre Registrierung.

© Markus Schreiber/AP/dpa

In Berlin sollen **Flüchtlinge** vom Balkan in Notunterkünften gesondert untergebracht werden. Das geht aus einer Antwort des Berliner Abgeordnetenhauses auf eine schriftliche Anfrage der Linken-Abgeordneten Elke Breitenbach und Hakan Tas hervor, die ZEIT ONLINE vorliegt. Auf die Frage, welche Personen in dem ehemaligen Abschiebeknast Grünau untergebracht werden sollen, heißt es darin, mehrere Häuser des Geländes "sind als Notunterkünfte für Personen aus sicheren Herkunftsländern vorgesehen". In drei Gebäuden sollen demnach etwa 280 Menschen untergebracht werden.

Durch eine Anfrage von uns wird bestätigt ,daß Unterkünfte für #Geflüchtete aus sicheren Herkunftsländern fest geplant sind. #berlin

- HakanTas (@HakanTasBerlin) 28. Dezember 2015

Asylbewerber aus Serbien, Montenegro, Albanien und dem Kosovo - sie alle sind spätestens seit der jüngsten Verschärfung der Asylgesetze Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten und haben damit kein Anrecht auf Asyl in Deutschland. Für die Abschiebung von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive gibt es seit wenigen Monaten zwei so genannte Ankunfts- und Rückkehrereinrichtungen in Bamberg und Manching bei Ingolstadt. Zuständig für die Durchführung von Abschiebungen sind die Bundesländer.

Ob in Berlin ein solches Zentrum geplant ist, geht aus der Antwort der Landesregierung nicht hervor. Da auf dem Gelände aber nur Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern untergebracht werden sollen, wäre das durchaus möglich. Für Tas ist das völlig inakzeptabel: "Menschen aus den sogenannten sicheren Herkunftsländer in extra dafür geschaffenen Notunterkünften unterzubringen, ist diskriminierend und nicht hinnehmbar", sagte er ZEIT ONLINE. "Das Recht auf Asyl gilt für alle, die in Deutschland einen Asylantrag stellen. Diese Anträge müssen unabhängig der Herkunftsländer umfassend überprüft werden, bevor darüber endgültig entschieden wird", so der Linken-Politiker.

Berlin plant Sammelunterkunft für Balkan -Flüchtlinge In Berlin sollen Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten in einem früheren Abschiebeknast wohnen. Daraus....

Die Bundesregierung verspricht sich von der zentralen Bearbeitung der Asylanträge schnellere Verfahren - und erfolgreiche Abschiebungen. In Manching bündeln beispielsweise drei verschiedene Behörden das Verfahren: von der Antragstellung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) über die Rechtsantragsstelle des Verwaltungsgerichtes Ingolstadt, die über Widersprüche bei Ablehnung des Asylantrags entscheidet, bis zur Ausländerbehörde, die für die Abschiebung zuständig ist.

Der Abschiebeknast in Grünau ist seit Monaten als Flüchtlingsunterkunft im Gespräch. Udo Wolf, Chef der Linken-Fraktion im Abgeordnetenhaus, hatte bereits im August gesagt, man könne das Gebäude zur Unterbringung von Flüchtlingen, nicht jedoch zu deren Abschiebung nutzen. Auch müsste "alles, was an einen Knast erinnert" entfernt werden, forderte Wolf damals nach Angaben des *Tagesspiegel* .

Das Gebäude ist mit hohen Betonmauern, Stacheldraht und Metallgittern an den Fenstern gesichert. Tatsächlich soll es nun nach Angaben des Berliner Senats umgebaut werden, so wie es "für eine gefahrlose Unterbindung von Menschen erforderlich" ist. Dazu zähle die "Entfernung der Gitter der Fluchtwege, wodurch ein wesentliches Merkmal des Gefängnischarakters entfällt", heißt es in der Antwort des Abgeordnetenhauses. Die Gitter vor den Fenstern würden jedoch erst einmal bleiben, genauso wie der Stacheldraht - darüber werde nach Inbetriebnahme in weiteren Planungsverfahren entschieden.

Load-Date: December 28, 2015

Erste unbegleitete Flüchtlingskinder dürfen nach Großbritannien; Etwa 10.000 Flüchtlinge leben in dem Lager in Calais und wollen nach Großbritannien weiter. Die französische Regierung kündigt an, das Flüchtlingslager zu räumen.

ZEIT-online

Sonntag 16. Oktober 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Calais; Ausg. 42

Length: 333 words

Body

Ein Blick auf das **Flüchtlingslager**, den "Dschungel", von Calais.

© Pascal Rossignol/Reuters

Vor der geplanten Räumung des **Flüchtlingslagers** von Calais dürfen etwa 25 unbegleitete minderjährigen **Flüchtlinge** aus dem Lager nach Großbritannien ausreisen. "Fünf syrische Minderjährige und ein afghanischer Minderjähriger wurden gerade nach Großbritannien gebracht", sagte ein Sprecher der Präfektur von Calais. Am Montag sollten zehn jugendliche **Flüchtlinge** folgen und am Dienstag etwa zehn weitere.

Die Genehmigung wurde Jugendlichen erteilt, die in Großbritannien Angehörige haben. Es gebe aber keine Übereinkunft mit Großbritannien über ein umfassenderes Umsiedlungsprogramm, sagte der Präfektursprecher.

Die britische Innenministerin Amber Rudd hatte zuvor die mögliche Aufnahme von bis zu 300 Flüchtlingskindern aus Calais in Aussicht gestellt. Der französische Innenminister Bernard Cazeneuve hatte Großbritannien aufgerufen, seiner "moralischen Pflicht" nachzukommen und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge mit Verwandten im Vereinigten Königreich aufzunehmen.

Räumung steht unmittelbar bevor

Das Lager in der nordfranzösischen Küstenstadt Calais ist unter dem Namen "Dschungel" bekannt. Schätzungen zufolge leben dort bis zu 10.000 Flüchtlinge und Migranten aus Afrika, dem Nahen Osten und Asien unter prekären Umständen. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR zählen dazu mehr als 1.200 unbegleitete Kinder. Laut britischem Roten Kreuz wurden bereits 178 unbegleitete Minderjährige im "Dschungel" identifiziert, die wegen verwandtschaftlicher Beziehungen in Großbritannien Asyl beantragen könnten.

Die französische Regierung will das Lager in Calais bald räumen und die Bewohner in Unterkünften in ganz Frankreich unterbringen. Hilfsorganisationen haben gegen diese Entscheidung einen Eilantrag eingereicht. Viele Flüchtlinge wollen nicht in andere Unterkünfte ziehen. Sie hoffen, von Calais aus auf Fähren über den Ärmelkanal oder durch den Eurotunnel nach Großbritannien zu gelangen.

Erste unbegleitete Flüchtlingskinder dürfen nach Großbritannien Etwa 10.000 Flüchtlinge leben in dem Lager in Calais und wollen nach Großbritannien weiter. Die

Load-Date: October 16, 2016

End of Document

EU einigt sich auf Angebot an die Türkei; Auf dem EU-Gipfel haben sich die Mitgliedsstaaten auf eine gemeinsame Position in der Flüchtlingspolitik verständigt. Nun stehen harte Verhandlungen mit der Türkei an.

ZEIT-online

Donnerstag 17. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingsgipfel; Ausg. 13

Length: 899 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), der britische Premier David Cameron und Frankreichs Präsident François Hollande beim EU-Gipfel in Brüssel

© Yves Herman/Reuters

Die 28 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben sich auf eine gemeinsame Position geeinigt, mit der sie nun in die Verhandlungen über ein **Flüchtlingsabkommen** mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu gehen wollen. Der Konsens bestätigt den schon vorher entwickelten Austauschmechanismus von **Flüchtlingen** zwischen der EU und der Türkei, nennt aber weiterhin kein konkretes Datum, wann dieser beginnen soll. Es sei aber klar, "dass wir hier nicht in Wochen rechnen, sondern dass das relativ schnell gehen soll", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Zur Frage, wann die EU dann im Gegenzug beginnt, syrische **Flüchtlinge** aus der Türkei zu übernehmen, sagte Merkel: "Ab dem Tag der Rückführung in die Türkei dürfen nur noch wenige Tage vergehen, bis das Resettlement beginnt." Das sei nötig, damit kein "Pull-Effekt" eintrete, also ein Anreiz für **Flüchtlinge**, noch schnell vor der neuen Regelung den illegalen Weg in die EU anzutreten.

Die Idee ist, dass die Türkei alle neu auf den griechischen Inseln ankommenden Flüchtlinge zurücknimmt. Für jeden von den türkischen Behörden zurückgenommenen Syrer will die EU dann laut dem Vorschlag einen anderen Syrer aus der Türkei aufnehmen. Dafür sollen zunächst 18.000 Plätze zur Verfügung stehen, die später mit weiteren 54.000 Plätzen ergänzt werden können. Ziel der Regelung ist, dass diejenigen Flüchtlinge, die schon illegal in Griechenland waren, schlechtere Karten haben. Sie soll vor allem den Anreiz schaffen, sich in der Türkei um ein legales Ticket nach Europa zu bewerben und so auch die Zahl der Todesopfer in der Ägäis reduzieren.

Um dem Plan zuzustimmen, fordert die Türkei weitere finanzielle Unterstützung und politische Zugeständnisse, mit denen die EU auch nach der neuesten internen Verhandlungsrunde nicht vollständig einverstanden ist.

EU einigt sich auf Angebot an die Türkei Auf dem EU-Gipfel haben sich die Mitgliedsstaaten auf eine gemeinsame Position in der Flüchtlingspolitik verständigt. N....

"Es gibt eine grundsätzliche Bereitschaft, weiteres Geld zur Verfügung zu stellen", sagte Merkel. Im Einigungsdokument ist davon die Rede, dass die EU grundsätzlich bereit sei, über weitere drei Milliarden Euro zu entscheiden - aber erst, wenn die schon zugesagten drei Milliarden aufgebraucht sind. Das Geld würde nur syrischen Flüchtlingen in der Türkei zugutekommen, stellte Merkel klar.

Offen ist auch, ob der Türkei die bisher vorsichtige Formulierung zur Eröffnung neuer Verhandlungskapitel im EU-Beitrittsprozess reicht. In der EU-Erklärung heißt es nur, man werde sich gemeinsam mit der Türkei "vorbereiten auf die Entscheidung über die Eröffnung neuer Kapitel". Das geht vor allem auf Zypern zurück, das mehrere Kapitel bisher blockiert. Der zyprische Präsident Nikos Anastasiadis antwortete in der Nacht, als er den Gipfel verließ, auf die Frage, ob er morgen in den Verhandlungen mit der Türkei sein Veto einlegen werde: "Wenn es nötig ist, ja."

Es wird nicht einfach

Merkel sagte nach dem Treffen auch, es werde schwierig, die notwendigen Kapazitäten für das geplante Asyl- und Rückführungssystem in Griechenland zur Verfügung zu stellen. "Deutschland wird sich daran beteiligen." Teilnehmer der Verhandlungen hatten zuvor berichtet, Griechenland bräuchte Dutzende Richter und mehrere Hundert Bearbeiter für die Asylanträge.

Die Bundeskanzlerin zog im Anschluss an die Beratungen dennoch eine positive Bilanz. Die Atmosphäre sei sehr konstruktiv gewesen, sagte sie. Mit Blick auf die nun anstehenden Gespräche mit dem türkischen Ministerpräsidenten ergänzte sie, es würden "sicher morgen nicht ganz einfache Verhandlungen".

Der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok verteidigte die geplanten Verhandlungen mit der Türkei, die derzeit unter anderem für ihr Vorgehen gegen eine Zeitungsredaktion in der Kritik steht. Er sagte im Deutschlandfunk, dass man sich die Gesprächspartner in diesem Fall wegen der geopolitischen Lage nicht aussuchen könne. Der griechische Syriza-Politiker Chondros kritisierte, dass in den Verhandlungen nur von Syriern die Rede ist. Er verlangte ein gleichwertiges Asylverfahren auch für Flüchtlinge etwa aus Afghanistan oder dem Irak.

Hollande warnt vor hohen Erwartungen

Frankreichs Präsident François Hollande warnte die EU-Partner vor zu großen Erwartungen an die Gespräche mit der Türkei. Selbst wenn eine Einigung zustande komme und umgesetzt werde, beseitige sie nicht die Fluchtursachen, sagte er. Wenn es in Syrien nicht zu einem politischen Übergang komme, werde es weiterhin Migrationsbewegungen geben.

Zudem bereite die Situation im Bürgerkriegsland Libyen Sorgen. "Wenn sie nicht geregelt wird, besteht die große Gefahr, dass es auch dort neue Bevölkerungsbewegungen gibt", sagte Hollande. Diese würden dann nicht über Griechenland, sondern über andere Staaten laufen. "Diese Länder sind bekannt", sagte der Präsident. "Das ist Malta, das ist Italien, und das werden morgen vielleicht wieder Länder wie Deutschland und Frankreich sein, die betroffen sind."

Der türkische Regierungschef Davutoglu hatte vor seinem Abflug aus Ankara indirekt damit gedroht, ohne eine Einigung könnte die Türkei die Tore für die illegale Migration wieder öffnen. Sein Land werde niemals ein "Flüchtlingsgefängnis unter freiem Himmel" werden, so Davutoglu.

Load-Date: March 19, 2016

EU will Zehntausende Flüchtlinge umsiedeln; Mit der Verteilung der Flüchtlinge nach einer Quote sollen besonders Italien und Griechenland entlastet werden. Viele EU-Mitgliedstaaten lehnen das geplante System ab.

ZEIT-online

Mittwoch 27. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Kommission; Ausg. 21

Length: 444 words

Body

Die meisten **Flüchtlinge** kommen über das Mittelmeer in die EU.

© Angelos Tzortzinis/AFP/Getty Images

Trotz heftigen Widerstands will die EU-Kommission laut einem Zeitungsbericht Zehntausende **Flüchtlinge** in Europa umsiedeln. Diesen Vorschlag wolle die Kommission am Mittwoch in Brüssel vorstellen, berichtete die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) unter Berufung auf einen Entwurf des Gremiums. Um Italien und Griechenland zu entlasten, sollen demnach von dort insgesamt 40.000 Menschen auf andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union verteilt werden.

Dabei handele es sich um eine Notfallmaßnahme, die angesichts stark steigender Flüchtlingszahlen in Italien und Griechenland nötig sei, heißt es laut der Zeitung in dem Entwurf. Es gehe vor allem um Menschen aus Syrien und Eritrea, die ihre Heimat verlassen haben und in Europa Zuflucht suchen.

Der Umsiedlungsvorschlag ist dem Bericht zufolge Teil der neuen Flüchtlingspolitik der EU-Kommission. Vorgesehen ist, mithilfe eines Schlüssels Flüchtlinge und Asylbewerber den EU-Mitgliedstaaten zuzuweisen. Kriterien des Quotensystems sind die Bevölkerungszahl, die Wirtschaftsleistung und die Arbeitslosenquote. Der Gesetzesvorschlag der Behörde soll bis Ende des Jahres beschlossen und umgesetzt werden. Zahlreiche Mitgliedstaaten lehnen das Vorhaben allerdings ab, darunter Frankreich und Großbritannien. Die Bundesregierung hingegen ist dafür.

Die SZ berichtet, nach dem Willen der Kommission sollten 24.000 Flüchtlinge aus Italien und 16.000 aus Griechenland zunächst für 24 Monate gemäß dem Quotensystem verteilt werden. Deutschland müsste davon mit etwa 18 Prozent anteilig die meisten Flüchtlinge in der EU aufnehmen. An zweiter Stelle stünde Frankreich mit 14 Prozent, gefolgt von Italien mit knapp 12 Prozent. Zudem sollten 20.000 Menschen, die vornehmlich in Flüchtlingslagern außerhalb der EU leben, den Mitgliedstaaten zugewiesen werden.

Bisher müssen Asylbewerber in der EU in jenem Land bleiben, das sie zuerst betreten haben. Da in Griechenland und Italien besonders viele Bootsflüchtlinge ankommen, fühlen sich diese Staaten überfordert. Der Zeitungsbericht weist darauf hin, dass die Regelung schon lange nicht mehr funktioniere, weil etwa die

EU will Zehntausende Flüchtlinge umsiedeln Mit der Verteilung der Flüchtlinge nach einer Quote sollen besonders Italien und Griechenland entlastet werden. Viele....

italienischen Behörden viele Flüchtlinge gar nicht erst registrierten. Diese tauchten dann häufig unter oder versuchten, nach Deutschland oder Schweden zu kommen.

Der zuständige EU-Kommissar für Inneres und Migration, Dimitris Avramopoulos, will am Nachmittag in Brüssel die Einzelheiten zur geplanten Neuverteilung der Flüchtlinge bekannt geben.

Load-Date: May 27, 2015

End of Document

Flüchtlinge werfen Sicherheitsdienst sexuelle Belästigung vor; In Köln beklagen Frauen in einer Flüchtlingsunterkunft, Wachschützer hätten von ihnen Sex gefordert. Der Sicherheitsdienstleiter ist "entsetzt", die Polizei ermittelt.

ZEIT-online

Donnerstag 18. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Köln; Ausg. 9

Length: 435 words

Body

Die Turnhalle auf dem Gelände des Berufskollegs im Kölner Stadtteil Gremberg

© Oliver Berg/dpa

Die Vorwürfe der sexuellen Belästigung von Bewohnerinnen einer **Flüchtlingsunterkunft** in Köln beschäftigen die Polizei. Derzeit befragen Beamte Zeugen im **Asylbewerberheim** im Stadtteil Humboldt/Gremberg, wie die Behörde mitteilte.

Hintergrund sind Beschwerden von Frauen, Mitarbeiter der Securityfirma hätten sie belästigt. Laut dem *Kölner Stadt-Anzeiger* hatten sie Frauen beim Duschen und Stillen fotografiert und gefilmt. Sie sollen zudem den Frauen aufgelauert haben und versucht haben, sie zum Geschlechtsverkehr zu überreden. Bisher haben die Ermittler der Polizei eine Frau gefunden, die etwas über eine sexuelle Belästigung sagt.

Die Unterkunft scheint ein Problemfall zu sein: In der Sporthalle einer Gemeinschaftsgrundschule sind 200 Menschen untergebracht. Die Feldbetten stehen wie in einer Notunterkunft ohne Sichtschutz eng nebeneinander. Was nicht sein müsste: In den Gängen liegt Müll. Die Menschen prangern an, dass sie mangelhaft ernährt werden, es gebe keine Übersetzer, kaum Hilfe bei gesundheitlichen Problemen, nur jeweils sechs Toiletten und zwei Duschen für Frauen und Männer. Hinzu kam nun der Vorwurf der sexuellen Belästigung.

Der *Stadtanzeiger* zitiert eine junge Syrerin so: "Mich hat ein Mann gefragt, ob ich mit ihm kommen würde, er würde gern mit mir zusammen sein." Sie lebe seit 40 Tagen in der Unterkunft, schreibt die Zeitung. "Als ich ihm sagte, dass ich liiert und nicht interessiert sei, hat er gesagt, dass ich dann bald hier rausflöge."

Gemeinsam mit anderen Flüchtlingen und Flüchtlingshelfern haben die Frauen nun offene Briefe an Vertreter des Bundesamts für Migration in Köln überreicht. Darin prangern sie die Missstände an. Sie fordern eine schnellere Abwicklung ihrer Asylanträge, eine Verbesserung der Zustände in der Turnhalle und eine sofortige Ablösung des Sicherheitsdienstes. Etwa 50 Demonstranten versammelten sich zum Protest. Stadtverwaltung und Flüchtlingsrat reagierten entsetzt auf die Schilderungen der Flüchtlinge.

Flüchtlinge werfen Sicherheitsdienst sexuelle Belästigung vor In Köln beklagen Frauen in einer Flüchtlingsunterkunft, Wachschützer hätten von ihnen Sex geforder....

Die Polizei hatte die Frauen laut dem Zeitungsbericht aufgefordert, Anzeige zu erstatten. Bis zum Mittwoch war das demnach nicht geschehen. Aufgrund der Informationen aus den Briefen leiteten die Beamten ein Ermittlungsverfahren ein.

Das Sicherheitsunternehmen verwahrte sich gegen die Vorwürfe. "Ich bin entsetzt", sagte Bernhard Deschamps, Projektmanager der für den Sicherheitsdienst in der Turnhalle zuständigen Adler-Wache, "ich bin mir sicher, dass sie völlig haltlos sind".

Load-Date: February 18, 2016

End of Document

Kommunen wollen mehr Geld für Flüchtlingspolitik; Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert eine bessere Steuerung der Flüchtlingspolitik. Nötig seien eine länderübergreifende Task Force und mehr finanzielle Mittel.

ZEIT-online

Samstag 1. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 31

Length: 626 words

Body

Neu angekommene **Flüchtlinge** in der Aufnahmeeinrichtung für **Asylbegehrende** in Trier-West

© Harald Tittel/dpa

Um der steigenden Zahl an **Asylbewerbern** in Deutschland schneller gerecht zu werden, braucht es aus Sicht der Kommunen mehr Geld und mehr politische Koordination. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sprach sich für eine Task Force auf Bundesebene zur Steuerung der **Flüchtlingspolitik** aus, in der auch der Sachverstand der Kommunen Gehör finde. "Das wäre ein wirksames Mittel, um die Reaktionszeiten zu verkürzen und die Koordination zu verbessern", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der *Neuen Osnabrücker Zeitung*.

Landsberg forderte zudem deutlich mehr finanzielle Hilfe des Bundes. Die für das Jahr 2015 zugesagte eine Milliarde Euro reiche angesichts steigender Flüchtlingszahlen nicht annähernd aus. "Die Summe muss mindestens verdoppelt werden", betonte Landsberg. Auch müssten Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge schneller arbeiten dürfen. "Es ist im Interesse dieser Menschen, dass sie in dieser Zeit einer Arbeit nachgehen können", erklärte Landsberg. Daher sei es sinnvoll, die Bildungsabschlüsse bei Ankunft der Asylbewerber systematisch zu erfassen.

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) bekräftigte erneut, dass Asylanträge schneller bearbeitet werden müssten. "Insgesamt müssen wir möglichst schnell Klarheit schaffen, wenn Menschen hierherkommen", sagte Sellering NDR Info.

Auch die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) mahnte eine raschere Bearbeitung der Asylanträge an. Dabei zeigte sie sich offen für eine Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten auf weitere Balkanländer. "Ich persönlich könnte mir weitere sichere Herkunftsländer vorstellen", sagte die SPD-Politikerin der *Frankfurter Rundschau*.

Bundesregierung will mehr Sozialbauten für Flüchtlinge

Kommunen wollen mehr Geld für Flüchtlingspolitik Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert eine bessere Steuerung der Flüchtlingspolitik. Nötig seien eine I....

Die Bundesregierung appellierte unterdessen an die Länder, wegen der hohen Flüchtlingszahlen den sozialen Wohnungsbau anzukurbeln. "Um bezahlbare Wohnungen zu schaffen und Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen, stehen uns bewährte Programme zur Verfügung. Eine besondere Rolle spielt hierbei der soziale Wohnungsbau", sagte Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) der *Rheinischen Post*. "Diesen müssen und wollen wir stärken", sagte Hendricks.

Der Bund stelle den Ländern pro Jahr 518 Millionen Euro für neue Sozialwohnungen zur Verfügung. Die Zweckgebundenheit dieser Mittel sei auf Druck der Länder seit 2007 entfallen. Doch im Rahmen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen "arbeiten wir mit den Ländern darauf hin, dass alle Länder diese Mittel zweckgebunden in den sozialen Wohnungsbau investieren", sagte Hendricks.

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) forderte erneut einen besseren Schutz von Asylbewerbern vor ausländerfeindlichen Übergriffen. "Ganz gleich, aus welchen Gründen Menschen zu uns kommen und wie lange sie bleiben - wir müssen sie besser schützen", schrieb er in einem Gastbeitrag für das *Redaktionsnetzwerk Deutschland*. Dies sei eine Aufgabe nicht nur für die Behörden, sondern für alle Bürger.

Der Leiter des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Dirk Messner, regte erneut ein Ministerium für globale Entwicklungsfragen an. Neben Armutsbekämpfung müssten dort Klima-, Ressourcen- und Umweltschutz sowie Kooperationen im Bereich Wissen, Technologie und Innovationen unter einem Dach vereint werden, sagte er im Deutschlandradio Kultur. Die Migration werde zurückgehen, wenn es gelinge, Krisen zu bekämpfen. Zu häufig seien in der Vergangenheit Diktaturen unterstützt worden, in der Annahme, dies trage zu Stabilität bei.

Load-Date: August 1, 2015

Orbán's Plan gegen Merkels Flüchtlingspolitik; Mehr Grenzschutz, härtere Strafen, keine Verteilung innerhalb der EU: Mit einem Zehn-Punkte-Plan will Ungarns Ministerpräsident Einwanderung in den Schengenraum stoppen.

ZEIT-online

Samstag 16. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Schengen 2.0; Ausg. 17

Length: 418 words

Body

Ungarns Premier Viktor Orbán

©REUTERS/Laszlo Balogh

Ungarns rechtsgerichtete Regierung hat einen Aktionsplan zur "**Flüchtlingsabwehr**" präsentiert. Den Zehn-Punkte-Plan mit dem Titel "Schengen 2.0" werde Ministerpräsident Viktor Orbán persönlich in mehreren EU-Staaten vorstellen, teilte die ungarische Regierung mit. Orbán, der zu den schärfsten Widersachern Merkels in der EU zählt, werde das Programm kommende Woche auch in Deutschland präsentieren.

Hauptbestandteil des Plans ist der Schutz der Grenzen des Schengenraums. Sollte ein Land dazu außerstande sein, müsse es auf die Unterstützung anderer EU-Staaten oder auf die EU-Grenzschutzagentur Frontex zurückgreifen. Bei Missbrauch des Asylrechts sieht der Plan schärfere Strafmaßnahmen vor. Eine Absage wird der Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU erteilt. Damit setzt sich der Vorschlag von der bisherigen EU-Politik und vom Kurs der Bundeskanzlerin Angela Merkel ab.

Sämtliche Asylanträge sollen zudem außerhalb der Europäischen Union in kontrollierten und abgeschotteten sogenannten Hotspots gestellt werden. Der Aktionsplan listet zudem sogenannte sichere Drittstaaten auf.

Es sei inakzeptabel, dass Brüssel von einigen EU-Staaten verlange, ihre demografischen und ökonomischen Probleme durch Einwanderung zu lösen. "Wir glauben, dass es Länder in der EU gibt, die ihre Probleme auf diese Weise lösen wollen. Und es gibt andere, die andere Lösungen bevorzugen", sagte Orbán laut einem Bericht der Zeitung *Hungary Today*. Ungarn zähle er demnach zu den Ländern, die eine andere Lösung bevorzugten.

Für den kommenden Dienstag hat der ungarische Ministerpräsident ein Treffen mit Altkanzler Helmut Kohl in Deutschland geplant. Kohl hatte seinen Freund Orbán in der Flüchtlingspolitik unterstützt und indirekt Angela Merkel kritisiert.

Orbán's Plan gegen Merkels Flüchtlingspolitik Mehr Grenzschutz, härtere Strafen, keine Verteilung innerhalb der EU: Mit einem Zehn-Punkte-Plan will Ungarns Minis....

Ungarn hatte im vergangenen Dezember vor dem Europäischen Gerichtshof gegen ein Quotensystem für die Verteilung von Flüchtlingen geklagt. Auf Initiative der Orbán-Regierung soll zwischen August und Dezember ein Volksentscheid über die Quotenregelung stattfinden.

Kurz vor dem EU-Flüchtlingsgipfel mit der Türkei hatte Orbán bereits eine europäische Verteilung der Flüchtlinge strikt abgelehnt. "Wir würden keine Vereinbarung akzeptieren, die einen Transfer von Migranten aus der Türkei nach Ungarn vorsieht", sagte Orbán nach einem Treffen mit CSU-Chef Horst Seehofer. "Wir glauben, dass wir fähig sein sollten, die Grenzen luftdicht zu versiegeln."

Load-Date: April 16, 2016

End of Document

Amnesty wirft Australien Folter von Flüchtlingen vor; Angriffe, sexuelle Gewalt, fehlende Medizin: Im Lager auf Nauru begeht die australische Regierung laut Amnesty Menschenrechtsverletzungen, auch um abzuschrecken.

ZEIT-online

Montag 17. Oktober 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Menschenrechte; Ausg. 42

Length: 491 words

Body

Protest gegen die Zustände im australischen **Flüchtlingslager** auf Nauru

© Peter Parks/AFP/Getty Images

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International wirft der australischen Regierung die Folter von **Flüchtlingen** und **Asylsuchenden** vor. Im **Flüchtlingslager** im pazifischen Inselstaat Nauru, das Australien betreibt, seien Menschenrechtsverletzungen, Missbrauch und Selbstverletzungen an der Tagesordnung, heißt es in einem Untersuchungsbericht von Amnesty International. Der menschenunwürdige Umgang mit den rund 400 auf Nauru eingesperrten Menschen erfülle auch nach internationalem Recht den Tatbestand der Folter.

Die Menschenrechtsorganisation forderte, die australische Regierung müsse nach internationalem Recht zur Rechenschaft gezogen werden, da sie Flüchtlinge auf Nauru vorsätzlich und systematisch vernachlässige und grausamer Behandlung aussetze.

Die Regierung steht wegen ihrer restriktiven Asylpolitik seit Langem in der Kritik. Der Bericht setzt sie nun zusätzlich unter Druck. Die leitende Amnesty-Forscherin Anna Neistat hatte nach Amnesty-Angaben seit Juli mehr als hundert internierte Flüchtlinge sowie ehemalige und aktuelle Mitarbeiter des Flüchtlingslagers befragt. Neistats Interviews "zeichnen ein Bild von Menschen, die zur absoluten Verzweiflung getrieben wurden", heißt es in dem Bericht.

Amnesty nennt das Flüchtlingslager "Freiluftgefängnis"

Die Internierten litten unter physischer Gewalt und sexuellen Übergriffen. Häufig verletzten sie sich aus Verzweiflung selbst, berichtet Amnesty. Viele Gefangene seien erst auf Nauru psychisch erkrankt. Zudem sei die medizinische Versorgung unzureichend, und Kinder würden nicht ausreichend vor Missbrauch geschützt. Seit dem vergangenen Jahr dürfen sich die Lagerbewohner zwar frei auf der Insel bewegen, werden dort aber laut Amnesty wiederholt von Einheimischen attackiert.

Amnesty wirft Australien Folter von Flüchtlingen vor Angriffe, sexuelle Gewalt, fehlende Medizin: Im Lager auf Nauru begeht die australische Regierung laut Amne....

Neistat wirft der australischen Regierung vor, sie betreibe auf Nauru ein "Freiluftgefängnis", mit dem Ziel, so viel Leid anzurichten, dass es die Menschen abschrecke, Schutz in Australien zu suchen.

Australiens Regierung will mit dem Lager außerhalb des eigenen Territoriums die Zuwanderung von Migranten kontrollieren und Flüchtlinge von gefährlichen Überseefahrten abhalten. Auf See aufgegriffene Flüchtlinge werden deshalb nach Nauru gebracht. Sie haben keine Aussicht auf eine Aufenthaltserlaubnis für Australien - auch dann nicht, wenn sie als Flüchtlinge anerkannt werden.

Amnesty rügt in dem Bericht außerdem die Abschottung des Flüchtlingslagers auf Nauru. In den vergangenen Jahren habe nur eine Handvoll Journalisten und Anwälte Zugang zu dem Lager bekommen. Die australische Regierung kommentierte den Bericht zunächst nicht.

Ein zweites australisches Flüchtlingslager auf der Insel Manus, die zu Papua-Neuguinea gehört, muss demnächst geschlossen werden. Mitte August hatte das Oberste Gericht von Papua-Neuguinea die Internierung von mehr als 800 Bootsflüchtlingen dort für unzulässig erklärt.

Load-Date: October 17, 2016

End of Document

Weniger Flüchtlinge kommen, mehr sterben im Mittelmeer; Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der in Europa ankommenden Flüchtlinge gesunken. Gleichzeitig werden die Überfahrten über das Meer gefährlicher.

ZEIT-online

Montag 29. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 36

Length: 506 words

Byline: Marion Bergermann

Body

Ein **Flüchtlingsboot** vor der libyschen Küste

© Giorgos Moutafis/Reuters

In diesem Jahr sind bisher weniger Menschen nach Europa geflohen als im Vorjahr. Gleichzeitig ist die Todesrate angestiegen. Auf der Flucht starben dieses Jahr bereits fast so viele **Migranten** wie im gesamten Jahr 2015. Laut UN-**Flüchtlingswerk** sind bis Ende August 3.167 Menschen im Mittelmeer umgekommen. Im gesamten Jahr 2015 waren es 3.771 Menschen. Die weniger Überfahrten, die stattfinden, sind damit für die **Flüchtlinge** gefährlicher geworden. So hatte die italienische Küstenwache etwa am 28. August rund 1.100 **Flüchtlinge** aus Booten im Mittelmeer gerettet.

Den Weg über das Mittelmeer nach Europa versuchten laut UN-Flüchtlingswerk bis Ende August diesen Jahres bisher 271.218 Menschen. Im Vorjahr waren es insgesamt 1.015.078 Menschen. Die Zahl der ankommenden Menschen hat sich somit zwar verringert. Trotzdem kommen weiterhin mehr als 90 Prozent der Migranten, die sich an einer europäischen Grenze registrierten, über das Meer nach Europa. Die verschiedenen Routen zwischen nordafrikanischen Ländern und den südeuropäischen Staaten werden nach wie vor täglich frequentiert. Italien und Griechenland liegen weiterhin als Ankunftsländer, in denen die Migranten registriert werden, vor den Staaten auf der Balkanroute.

Laut Zahlen der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex kamen dieses Jahr die meisten Menschen über die östliche Mittelmeerroute zwischen der Türkei und Griechenland. Auch die zentrale Mittelmeerroute, auf der meist von Libyen und Ägypten Boote nach Italien übersetzen, gehört weiterhin zu den am stärksten befahrenen Routen. Weniger Flüchtlinge setzen von Marokko aus nach Spanien über. Die marokkanische Grenze gilt als gut bewacht. Ende 2015 hatte die Europäische Kommission angekündigt, 1,8 Milliarden Euro an die marokkanische Regierung "zur Bewältigung der grundlegenden Ursachen illegaler Migration in Afrika" zu zahlen.

Weniger Flüchtlinge kommen, mehr sterben im Mittelmeer Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der in Europa ankommenden Flüchtlinge gesunken. Gleichzeitig werden....

Seit dem EU-Türkei-Abkommen im März 2016 sind jedoch besonders die Zahlen auf der östlichen Mittelmeerroute zwischen der Türkei und Griechenland gesunken. An der türkischen Küste versuchen Flüchtlinge, auf die griechischen Inseln überzusetzen.

Besonders in den mitteleuropäischen Ländern auf der so genannten Balkanroute sind die Zahlen der ankommenden und weiterreisenden Flüchtlinge gesunken. Seit etwa im Oktober 2015 in Ungarn an den Grenzen zu Serbien und Kroatien ein Zaun errichtet wurde, hat sich laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) die Zahl der ankommenden Flüchtlinge in Ungarn verringert.

Auch in den mitteleuropäischen Ländern wie Deutschland sank die Zahl der ankommenden Flüchtlinge im Vergleich zum Vorjahr. Gleichzeitig sind die Unterkünfte und Camps in den Grenzregionen Griechenlands, der Türkei, Italiens und auf der Balkanroute weiterhin überfüllt. Laut IOM hat sich seit dem EU-Türkei-Abkommen im März 2016 die Zahl der Migranten, die in Griechenland gestrandet sind, um 43 Prozent erhöht. In der Türkei geht die Europäische Union von momentan 3,1 Millionen Flüchtlingen aus.

Load-Date: August 30, 2016

End of Document

Die Grenze im Kopf; Grenzen teilen Länder und Gesellschaften - und sie sperren Migranten aus. Es ginge aber auch mit offenen oder ohne Grenzen. Man müsste nur mal richtig darüber nachdenken.

ZEIT-online

Donnerstag 4. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 32

Length: 1468 words

Byline: Harald Bauder;Sandro Mezzadra

Body

Junge **Flüchtlinge** versuchen den Grenzzaun zwischen Griechenland und Mazedonien einzureißen. Beobachtet werden sie von mazedonischen Sicherheitskräften.

© Daniel Mihallescu/AFP/Getty Images

Grenzen waren noch nie so tödlich wie heute. Die Internationale Organisation für **Migration** (IOM) schätzt, dass 2015 weltweit mehr als 5.400 **Migranten** und **Flüchtlinge** bei dem Versuch starben, Grenzen zu überwinden. Allein im Mittelmehr fanden in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 3.120 Menschen den Tod.

Der Glaube, dass die Grenzen komplett versiegelt werden können, beruht auf einem irrtümlichen Verständnis von Grenze und dem Verhältnis zwischen Grenze und **Migration**.

Das alltägliche Verständnis von Grenze ist heute durch die Bilder von Zäunen und Mauern entlang der Balkanroute oder zwischen Mexiko und den USA geprägt. Gleichzeitig dreht sich unter dem Druck rechtspopulistischer Agitation die Innenpolitik vieler Länder in Europa und in den USA immer mehr um Fragen, wie **Migration** gestoppt werden kann, auch durch Grenzzäune und verstärkte Grenzkontrollen.

Der französische Philosoph Étienne Balibar schrieb vor einigen Jahren, dass Grenzen keineswegs mehr am Rande des nationalen Territoriums zu finden sind. Vielmehr befindet sich die Grenze in der Mitte des politischen Raums.

Historisch erfüllte die Vorstellung der Grenze als Linie eine wichtige Funktion: Nachdem in Europa der Staat mit nationalem Territorium entstand, trennte die Grenze Staatsgebiete voneinander ab und teilte Hoheitsgewalt ein. Grenzen haben jedoch auch eine wichtige gesellschaftliche Ordnungsfunktion. Es war notwendig, Grenzen zu ziehen, schreibt der neapolitanische Philosoph Giambattista Vico im 18. Jahrhundert, um "zuerst Familien, dann Stände, später Völker, und schließlich Nationen" von den "bestialischen Zuständen" und "sexueller Zügellosigkeit" vormoderner Zeiten zu trennen.

Die Grenze im Kopf Grenzen teilen Länder und Gesellschaften - und sie sperren Migranten aus. Es ginge aber auch mit offenen oder ohne Grenzen. Man müsste nur ma....

Auch heute ordnen Grenzen den Raum, den sie geographisch umschließen. Grenzen sind nicht nur ein Zaun oder eine Mauer, sondern auch eine soziale und politische Beziehung. Die Grenze bestimmt, wer Bürger, willkommener Neuankömmling, Flüchtling, oder unerwünschter Migrant ist.

Dass Grenzen eine ausschlaggebende Rolle bei der Kontrolle von Migration spielen ist ein relativ junges Phänomen. Bis in die 1950er und 1960er Jahre waren Migranten vorwiegend Arbeitskräfte, die in der Massenproduktion der Industrieländer benötigt wurden. Die Grenze wurde im öffentlichen Diskurs kaum thematisiert, da untergeordnete ausländische Arbeitskräfte nicht als Bedrohung, sondern als ermöglichender Bestandteil der Wohlstandsgesellschaft gesehen wurden.

Just-in-Time-Migranten

Heute besteht eine komplett andere Situation. Die Globalisierung, verbunden mit der Flexibilisierung der Produktion und Prozessen der Finanzialisierung und Digitalisierung hat bewirkt, dass Migration eine andere Rolle zugeschrieben wird. Nationalstaaten wollen Migranten mittels ausgeklügelter Punktesysteme gemäß ihren Fertigkeiten, *skills* und ihres "Humankapitals" auswählen. Sie wollen "just-in-time"-Migration, zum Beispiel mithilfe spezieller Migrationsprogramme für die temporäre Beschäftigung von Ausländern.

Das gegenwärtige europäische Grenzregime zielt darauf ab, Freizügigkeit innerhalb des Schengenraums mit der differenzierten Kontrolle der Außengrenze zu verknüpfen. Diese Grenze ist jedoch keine Linie am geographischen Rande Europas, sondern reicht bis in die Drittstaaten Afrikas und Osteuropas, und erscheint an den Transitrouten durch die Sahara und den Balkan. Das ist, was mit "Externalisierung" der Grenze gemeint wird.

Diese Grenze zeigt sich ebenso innerhalb Europas, an den Verkehrskontrollen am Brenner und in Calais, den Marine-Patrouillen in der Ägäis und den Flüchtlingslagern Griechenlands. Man sieht sie auf dem Hauptbahnhof Münchens, in den Pflegeheimen Hamburgs und auf den Baustellen Berlins.

Der Zweck dieser Grenzregime ist es nicht, Migration zu verhindern, sondern Migranten in differenzierter Weise ein- und unterzuordnen. Kurz: Europa braucht Migration. Darüber sind sich Ökonomen, Demografen und Politiker einig. "Die Abschottung ist doch das, was uns kaputt machen würde", sagte jüngst Wolfgang Schäuble. Obwohl dieser Punkt in der heutigen Diskussion oft verloren geht, müssen wir uns darüber bewusst sein, dass die Regulierung der Migration und nicht einfach die Abschottung der Grenzen ein Hauptthema in den politischen Debatten der nächsten Jahre in Europa sein wird.

Aber welche Alternativen gibt es jenseits der reaktionären Versuche, Migration durch die Schließung der Balkanroute, dem Abkommen mit der Türkei, der Ausübung von politischem Druck auf diverse Transitstaaten Afrikas und ähnliche Maßnahmen zu regulieren? Hier geht es um Alternativen, die von "offenen Grenzen" bis "keine Grenze" reichen. Wir müssen diese Alternativen diskutieren - auch wenn wir sie am Ende verwerfen sollten. Es überrascht, wie wenig die Politik in diese Diskussionen involviert ist.

Ruf nach offenen Grenzen

Der Ruf nach offenen Grenzen kommt aus den verschiedensten ideologischen Lagern. Eine liberale Position besagt, dass die Beschränkung von grenzüberschreitender Migration ein Geburtsprivileg aufrechterhält. In der Tat hängen die Lebenschancen eines Kindes erheblich davon ab, innerhalb welcher Grenzen es geboren wird. Offene Grenzen würden die Chancengleichheit wiederherstellen, da Menschen, die in einem armen Land geboren wurden, in eines auswandern könnten, das ihre Lebenschancen verbessert.

Eine ähnliche Position wird auch von Freihandelsökonomern vertreten: Grenzen verzerren künstlich den freien Arbeitsmarkt und seien deshalb ineffizient. Ebenso wie Kapital und Güter sollte der Produktionsfaktor Arbeit unbegrenzt mobil sein.

Andere sehen die Einschränkung der Mobilität als eine Strategie des Kapitals, den globalen Arbeitsmarkt zu teilen und Arbeitnehmer in verschiedenen Ländern und deren Wohlfahrtssysteme gegeneinander auszuspielen.

Die Grenze im Kopf Grenzen teilen Länder und Gesellschaften - und sie sperren Migranten aus. Es ginge aber auch mit offenen oder ohne Grenzen. Man müsste nur ma....

Obwohl sich die Idee der offenen Grenzen philosophisch nicht einfach ignorieren lässt, halten viele, wie zum Beispiel der slowenische Philosoph Slavoj Žižek, diese Idee für "nicht durchsetzbar".

Tausend kleine Festungen

Unseres Erachtens nach sollte man sich vor allem über die praktischen Folgen von offenen Grenzen bewusst sein. Die Vertreter der liberalen Perspektive, die sich Chancengleichheit erhoffen, könnten feststellen, dass eine Welt offener Grenzen - wie der amerikanische Theoretiker Michael Walzer bereits vor über dreißig Jahren warnte - in "tausend kleine Festungen" verfällt. FreihandelsökonomInnen könnten ebenso bemerken, dass sich die Löhne im globalen Norden dem Niveau des globalen Südens nach unten anpassen. Und politische Ökonomen könnten erfahren, dass es in einer Welt ohne Grenzen auch keine Wohlfahrtssysteme mehr gäbe, weil sie völlig überlastet wären.

Grenzregime begrenzen eben nicht nur die Migration, sondern sie ordnen die Welt. Das würden sie unter dem Szenario der offenen Grenzen weiterhin tun. Die allmähliche Öffnung von Grenzen muss deshalb mit der Schaffung von neuen Regulierungsmechanismen und Institutionen sozialer Kooperation einhergehen, um eine "gerechtere" Welt zu verwirklichen.

Eine andere Alternative wäre eine Welt ganz ohne Grenzen oder territorialem Nationalstaat. Obwohl diese Welt mit den heutigen Denkschemen und politischen Konzepten nicht vorstellbar ist, entsteht sie vor unseren Augen, durch kollektives politisches Handeln, das die Gewalt und hierarchisierende Funktion von Grenzen radikal hinterfragt.

Menschen überwinden Grenzen

Solches Handeln kann man vielerorts beobachten - nicht nur an den Grenzen, wo sich die Solidarität mit Flüchtlingen und Migranten in politischen Aktivismus und zivilen Ungehorsam umsetzt. In Athen besetzen derzeit Hunderte von Flüchtlingen aus verschiedenen Ländern das City Plaza Hotel unter dem Motto: "Wir leben zusammen - *solidarity will win* ." Die Gäste bezahlen nichts, sorgen aber gemeinsam für "gutes Essen, saubere Flure, eine Apotheke, einen Friseur sowie Sprachkurse, eine Bibliothek und Rechtsberatung". Sie überwinden - zumindest vorübergehend - die Unterschiede, die Grenzregime geschaffen haben.

In Barcelona fordert die Stadtregierung unter Bürgermeisterin Ada Colau die Bildung eines europäischen Netzwerks von rebellischen *sanctuary cities* . Auch in Deutschland wird durch eine Vielzahl von Solidaritätsinitiativen die Überwindung von Grenzen, Unterschieden und Hierarchien alltäglich praktiziert.

Offene Grenzen und keine Grenzen - und das produktive Spannungsverhältnis zwischen beiden Möglichkeiten - können die Politik inspirieren, Flucht und Migration zu ermöglichen und solidarisch zu handeln. Auf dem Spiel steht nicht nur eine gerechtere Zukunft, sondern vor allem das Leben der Menschen, die gegenwärtig vor Krieg, Terror, Unterdrückung und Armut fliehen.

Load-Date: August 4, 2016

Radikale Einzelfälle; Anwerbeversuche von Salafisten vor Hamburger Asylheimen haben Sicherheitsbehörden alarmiert. Noch sind es Einzelfälle, gefährdet sind alleinstehende junge Flüchtlinge.

ZEIT-online

Donnerstag 10. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Salafisten; Ausg. 49

Length: 991 words

Byline: Steffi Hentschke

Body

Flüchtlinge vor der Registrierungsstelle in Hamburg-Harburg

© dpa

Anfang Dezember am Hamburger Hauptbahnhof, noch immer kommen täglich Hunderte **Flüchtlinge**. Ehrenamtliche nehmen sie in Empfang. Beim Koordinierungspunkt liegen Zettel mit Informationen für die **Migranten** aus, auf Arabisch. Helfer, die diese Sprache beherrschen, sind jetzt nützlich und gefragt. Als sich aber im Herbst ein junger Mann bei Refugees Welcome Karviertel meldete, wurde die Initiative aber stutzig. "Er bot uns auf unserer Facebook-Seite seine Unterstützung an", erzählt Christian Vogt, der Soziologie-Student übersetzt Formulare und hilft bei Behördengängen. Andere Helfer hätten darauf hingewiesen, dass ihnen genau diese Person schon einmal aufgefallen sei - im Zusammenhang mit salafistischen Werbeaktionen vor einer **Flüchtlingsunterkunft**.

Im September hatten laut Hamburger Verfassungsschutz Mitglieder der verbotenen Organisation Hizb ut-Tahrir Kontakt zu **Flüchtlingen** gesucht. Vor den damals noch als Notunterkunft genutzten Messehallen verteilten sie Korane und Flyer. Auch Salafistinnen sollen sich vor Hamburger **Asylunterkünften** schon an der Anwerbung weiblicher **Flüchtlinge** versucht haben.

Doch sind das bislang wohl noch Einzelfälle. Von einer gezielten Kampagne wollen die Sicherheitsbehörden jedenfalls nicht sprechen, gleichwohl: Nicht nur in Hamburg, sondern von Bayern bis Nordrhein-Westfalen starteten die Salafisten ähnliche Aktionen. Meldungen, die Gruppen würden Flüchtlinge massiv anwerben, nährten Gerüchte und boten vermeintlichen Asylkritikern ideologisches Futter. Kommen mit den Flüchtlingen Islamisten ins Land? Bilden sich hier neue Bündnisse, die Deutschlands Sicherheit bedrohen?

Jung, traumatisiert, gefährdet

André Taubert seufzt bei dieser Frage müde. Der Pädagoge leitet die Hamburger Beratungsstelle für "religiös begründete Radikalisierung", das Legato. Sein Team hilft unter anderem Eltern, die fürchten, ihre Kinder könnten heimlich nach Syrien abhauen, um dort für den "Islamischen Staat" (IS) zu kämpfen. "Es macht mir Sorgen, wenn

Radikale Einzelfälle Anwerbeversuche von Salafisten vor Hamburger Asylheimen haben Sicherheitsbehörden alarmiert. Noch sind es Einzelfälle, gefährdet sind allei....

Artikel erscheinen, die immer wieder dieses 'Anwerben' thematisieren", sagt er. "Das verkürzt die Problematik auf AfD-Niveau."

Grundsätzlich, das betont Taubert immer wieder, sei der Einstieg in die Szene komplex und die Anwerbungen oft ineffizient. Gefährdet sieht er allerdings eine Gruppe von Flüchtlingen: minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge. "Die kommen hier an, sind verunsichert, stecken in einer Krise."

Mindestens 20.000 Flüchtlinge werden dauerhaft in Hamburg bleiben, rund 1.600 sind minderjährig und allein hier. Die meisten Familien und Erwachsenen werden in Einrichtungen von Fördern und Wohnen betreut, für die Minderjährigen ist vor allem der Landesbetrieb Erziehung und Beratung zuständig. Von gezielten Anwerbeversuchen vor den Unterkünften sei nichts bekannt, teilt die Sozialbehörde mit. "Wir reagieren präventiv durch aufklärende Gespräche, im Falle von einer erkennbar umschwenkenden Haltung eines Jugendlichen mit direkter Ansprache und Unterstützung von spezialisierten Fachleuten."

Ähnliche Auskunft gibt das Unternehmen Fördern und Wohnen, das für die Stadt die Unterbringung organisiert. Nur hin und wieder würden Flüchtlinge Flyer der Salafisten mitbringen, sagt Sprecherin Susanne Schwendtke. Um in solchen Situationen aufklären zu können, seien die Mitarbeiter jedoch erst kürzlich extra geschult worden.

Nachdem der Senat vergangenes Jahr ein Programm zur Prävention und Deradikalisierung auf den Weg brachte, hat sich in Hamburg ein weitverzweigtes Netzwerk gebildet. Mit dabei ist neben den Behörden unter anderem der Schura-Rat. Zu ihm gehört die Al-Nour-Moschee im Stadtteil St. Georg. Die Gemeinde hilft ebenfalls den Flüchtlingen. Viele der Migranten stünden nach ihren Erfahrungen Religionsgemeinschaften skeptisch gegenüber, sagt Pressesprecher Daniel Abdin, der auch Mitglied im Schura-Vorstand ist. "Wir wollen ihnen zeigen: Wir sind Hamburger Muslime, wir sind tolerant und liberal." Seelsorger kümmern sich um die Flüchtlinge, in der Moschee, aber auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Zudem tausche man sich mit der Sozialbehörde und dem Legato aus. "Wir dürfen den Extremisten keinen Millimeter Platz lassen."

Zusammen laufen die Fäden bei André Taubert und der Beratungsstelle. Taubert und seine Mitarbeiter sind Ansprechpartner, schulen die Betreuer in den Unterkünften und klären auf. Etwa darüber, dass es unwahrscheinlich ist, dass sich ausgerechnet jene, die vor dem Terror des IS geflohen sind, nun von den deutschen Salafisten verführen lassen. Und: "Die salafistische Szene in Deutschland ist ja nicht gleichzusetzen mit dem IS", sagt Taubert. "Da gibt es auch Gruppen, die sind gegen den IS - und trotzdem islamistisch." Tatsächlich kämpfen in Syrien auch Dschihadisten gegen den IS, etwa die Al-Nusra-Front, die ihre Kämpfer ebenfalls im Ausland rekrutiert.

Dass Beratungsarbeit dringend notwendig ist, zeigt der letzte Verfassungsschutzbericht. Ihm zufolge stieg in Hamburg die Zahl der Salafisten, die den bewaffneten Dschihad unterstützen, in nur zwei Jahren von 70 auf 240 Menschen. Seit 2013 sind nach Angaben des Hamburger Senats zudem 65 Personen ins Kriegsgebiet nach Syrien und in den Irak gereist. Von den etwas mehr als 20 radikal-salafistischen Rückkehrern sucht demnach ein Großteil gleich wieder den Kontakt zur salafistischen Szene Hamburgs.

Auch deshalb liefen gerade Gespräche mit der Stadt, wie konkrete Angebote für die minderjährigen und alleinstehenden Flüchtlinge geschaffen werden könnten, sagt Taubert. Bei den jungen Menschen geht es erst mal darum, Ansprechpartner zu finden, denn sie haben keine Eltern und weil sie nicht zur Schule gehen, stehen auch keine Lehrer zur Verfügung.

Die freiwilligen Helfer am Hauptbahnhof wollen in jedem Fall aufmerksam bleiben. "Wir sind um die 100 Aktive, kennen uns aber mittlerweile doch ganz gut", sagt Christian Vogt. "Sich da heimlich unterzumischen, wäre gar nicht so leicht."

Load-Date: December 10, 2015

De Maizière legt Plan für Flüchtlingsausweis vor; Flüchtlinge sollen künftig noch mehr Daten von sich preisgeben als bisher. Ein neuer "Ankunftsnachweis" soll auch Informationen zu Gesundheit und Impfungen enthalten.

ZEIT-online

Mittwoch 9. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 49

Length: 403 words

Body

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU)

© Hannibal Hanschke/Reuters

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will einen bundesweiten **Flüchtlingsausweis** einführen. Mithilfe dieses Ankunftsnachweises sollen wichtige persönliche Daten zentral gespeichert werden, wie die *Passauer Neue Presse* berichtet. Das Blatt beruft sich auf einen entsprechenden Gesetzentwurf des Innenministers, der am heutigen Mittwoch vom Kabinett auf den Weg gebracht werden soll.

In einem neuen Datensystem des Ausländerzentralregisters sollen demnach zusätzlich zu Name, Geburtsdatum, Geburtsort und Staatsangehörigkeit von Flüchtlingen auch andere Informationen gespeichert werden. Dazu zählen Fingerabdrücke, Herkunftsland, Anschrift, Telefonnummern, E-Mail-Adressen sowie Gesundheitstests und Impfungen.

Der Gesetzentwurf sieht laut dem Bericht zudem vor, dass künftig jeder registrierte Flüchtling den Ankunftsnachweis als Papierdokument mit "fälschungssicheren Elementen" erhält. Der Nachweis werde von den Aufnahmeeinrichtungen und den Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) ausgestellt.

Zugriff auf die Daten der Flüchtlinge werden den Angaben zufolge vor allem Asylbewerberleistungs- und Meldebehörden, die Bundesagentur für Arbeit sowie Jobcenter haben. Ziel des Gesetzes sei es, "dass die Anzahl der nicht registrierten Asyl- und Schutzsuchenden in Deutschland reduziert wird und eine jederzeitige Identifizierung ermöglicht werden kann".

Der Leiter des Bamf, Frank-Jürgen Weise, wies unterdessen die jüngste Kritik an seiner Behörde zurück. "Politisch ist es richtig, notwendig und berechtigt zu sagen, die Sache läuft noch nicht gut. Ich finde es aber unangemessen, die Leistung oder die Arbeitsbereitschaft der Beschäftigten infrage zu stellen", sagte Weise. "Denn die arbeiten hart und haben eigentlich Anspruch darauf, dass man ihnen gute Rahmenbedingungen schafft." Er und sein Team seien jetzt erst etwas mehr als zwei Monate dabei, ein gutes Programm zu erarbeiten, umzusetzen und erste Erfolge zu haben. Eine solche Kritik an dieser Arbeit bringe niemanden weiter.

De Maizière legt Plan für Flüchtlingsausweis vor Flüchtlinge sollen künftig noch mehr Daten von sich preisgeben als bisher. Ein neuer "Ankunftsnachweis" soll au....

Mehrere Innenminister der Länder hatten in den vergangenen Tagen gefordert, die Bamf-Mitarbeiter müssten mehr Überstunden machen und auch am Wochenende arbeiten, um den Berg von knapp 356.000 noch nicht entschiedenen Asylanträgen abzubauen.

Load-Date: December 9, 2015

End of Document

Nur noch übers Mittelmeer; Schleuser gab es auch in Gaddafis Libyen. Doch er verhinderte, dass Flüchtlinge in Massen nach Europa aufbrachen. Heute regiert das Chaos - aus dem nur ein Weg bleibt.

ZEIT-online

Mittwoch 22. April 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 16

Length: 1048 words

Byline: Susanne Kaiser

Body

Festgenommene **Flüchtlinge** im libyschen Tripoli.

© Sabri Elmhedwi/EPA/dpa

Es ist der größte Krisenherd in Nordafrika und gleichzeitig das größte Transitland für Menschen aus Afrika und Syrien. Seit dem Sturz Gaddafis ist Libyen auseinandergebrochen, das Chaos regiert. Zwischen einer halben und einer Million **Flüchtlinge** im Land sehen kaum eine andere Möglichkeit, als die gefährliche Überfahrt nach Europa zu wagen - denn zurück können sie nicht. Wie konnte es zu den verheerenden Zuständen in Libyen kommen? Warum gibt es starke Schleusernetzwerke für **Migranten**, aber nur schwache staatliche Strukturen?

Das einzige, was Libyen vor dem Arabischen Frühling zusammenhielt, war Gaddafi. Ohne ihn zerfällt die Nation und gibt den Blick frei auf das Ausmaß des **Flüchtlingseleuds**. Schleusernetzwerke hatten in Libyen einen idealen Nährboden.

Der Diktator hatte alles daran gesetzt, aus dem "zufälligen Staat", wie manche das disparate Vermächtnis der Kolonialzeit nennen, eine Einheit zu bilden. Im Zuge seiner nationalistischen Arabisierungspolitik, die alle Einwohner des Landes zu Arabern erklärte, wurden ausschließlich arabische Namen und die arabische Sprache offiziell anerkannt. Die vielen nicht arabischen Bevölkerungsgruppen, die auf libyschem Gebiet lebten und leben, brachte er damit gegen sich auf. Als marginalisierte politische Minderheiten konnten sie sich nie mit dem Staat identifizieren, sondern pflegten lieber regionale und ethnische Verbindungen.

Schleusernetzwerke haben leichtes Spiel

Für die beiden größten Minderheiten sind staatstragende Kategorien wie Landesgrenzen oder ein festes Territorium ohnehin von sehr untergeordneter Bedeutung. Die mit dem Lineal auf Landkarten gezogenen Grenzen überqueren sie ständig: die Tuareg zwischen dem Südwesten Libyens, Algerien, Niger und Mali bis nach Burkina Faso; die Tubu im libyschen Süden nach Tschad und nach Niger.

Nur noch übers Mittelmeer Schleuser gab es auch in Gaddafis Libyen. Doch er verhinderte, dass Flüchtlinge in Massen nach Europa aufbrachen. Heute regiert das Ch....

Die Benachteiligungen in der Gaddafi-Ära sorgten dafür, dass diese Gruppen ihre Kontakte ins subsaharische Afrika nutzten und gut organisierte Schmugglernetzwerke etablierten - für Drogen und Waffen, für Lebensmittel, Zigaretten oder Benzin. Und eben auch für Menschen.

Während der Diktatur standen ihnen kaum andere Erwerbsquellen offen. Nach der Diktatur war die Arbeitslosigkeit im Süden Libyens so hoch, dass die Netzwerke sogar noch Zulauf erfahren haben. Sie machen sich die alte Sklavenroute zunutze.

In der Gaddafi-Zeit wurde die Arbeit der Schleuser nicht bekämpft, sondern dankend angenommen. Viele Migranten kamen als billige Arbeitskräfte in der landwirtschaftlichen Industrie unter. Außerdem brachte die europäische Flüchtlingspolitik durch die Vorverlagerung der EU-Außengrenzen auf libysches Staatsgebiet dem Regime internationale Anerkennung und Geld in die Staatskassen. Gaddafis Politik der offenen Tür und sein panafrikanisches Engagement zahlten sich damals aus und machten aus Libyen ein Transitland für Flüchtlinge aus ganz Afrika. Was einst ein Segen für die libysche Wirtschaft gewesen sein mag, ist mittlerweile zum Fluch geworden. Nicht erst, seit Gaddafi schwarzafrikanische Söldnertruppen gegen die eigene Bevölkerung einsetzte, ist die Stimmung gegenüber Menschen aus den subsaharischen Regionen gekippt. Schon vor dem Generalverdacht gegenüber der schwarzen Hautfarbe war der Rassismus innerhalb der arabischen Kreise der libyschen Gesellschaft ausgeprägt.

Heute, im fortgeschrittenen Stadium der Zersetzung, lässt sich der Staat nur schwer kontrollieren. Die schiere Größe, fünfmal so groß wie Deutschland bei gerade einmal sechs Millionen Einwohnern, und die Länge der Grenzen ersticken jeden Versuch der Wiederherstellung staatlicher Ordnung im Keim. Die Schleusernetzwerke haben so leichtes Spiel.

Die Akzeptanz staatlicher Institutionen und überlokaler Bewegungen ist geringer denn je. Staatliche Stellen sind traditionell schwach, weil Gaddafi eine "Gesellschaft ohne Staat", die *Djamahiriya*, propagiert und Institutionen absichtlich durch ständige Änderungen und Neueinführungen geschwächt hatte. Nach der Revolution bestanden also kaum staatliche Strukturen, die von einer neuen Regierung und Verwaltung hätten übernommen werden können, wie etwa in Tunesien oder Ägypten.

Viel entscheidender für die libyschen Macht- und Herrschaftsverhältnisse ist ohnehin das starke Clanbewusstsein der arabischen Bevölkerung, bekannt als "Tribalismus", das sich sowohl das alte Regime als auch die Revolutionäre von 2011 zunutze zu machen wussten. Clans und Splittergruppen bekämpfen sich gegenseitig und spalten das Land. Ethnische Konflikte zwischen Arabern und nicht arabischen Gemeinschaften, vor allem Berbern, treiben den Bürgerkrieg weiter an. Die Fragmentierung reicht bis weit in die Armee hinein, wie die Macht der Milizen zeigt, die jeweils rivalisierende Regierungen an unterschiedlichen Orten unterstützen: von Tripolis im Nordwesten bis nach Tobruk und Al-Baida im Nordosten. Die deutsche Unterstützung beim libyschen Staatsaufbau, etwa in den Bereichen Gesundheit, Medien, Aufbau einer Zivilgesellschaft, liegt seit der politischen Krise im Herbst 2014 danieder.

Die europäische Migrationspolitik als reine Sicherheitspolitik hat lange Zeit versäumt, Ursachen statt nur Symptome anzugehen. Durch den Sturz Gaddafis und das Ende aller Abkommen, die es Migranten deutlich erschwerten, von Libyen nach Europa überzusetzen, sieht sich Europa mit neu aufbrechenden Realitäten konfrontiert. Angesichts der Krisen und steigenden Zahlen von Flüchtlingen, die über Libyen reisen, konkretisieren sich nun Pläne aus Brüssel, Aufnahmezentren für Asylbewerber in Nordafrika zu errichten, zunächst probeweise in Niger. Dort soll entschieden werden, wer legal einwandern darf und wer nicht. Manchem Menschen würde damit die gefährliche Überfahrt im schrottreifen Boot über das Mittelmeer erspart werden. Die Ursachen für die Massenflucht lindert das freilich nicht. Es wäre nur ein erster Schritt hin zu legalen Wegen nach Europa für Migranten.

Seine "vierte Küste" nannte einst Italien die libysche Kolonie. Nun wird vor allem Italien zur Küste Libyens, über das für viele Flüchtlinge der Weg nach Europa führt. Wenn sie so weit kommen.

window.zonERVis = { date: "20.04.2015" };
window.zonERVis.imagePath="<http://live0.zeit.de/infografik/fluechtlingsopfer-mittelmeer/images/>";

Nur noch übers Mittelmeer Schleuser gab es auch in Gaddafis Libyen. Doch er verhinderte, dass Flüchtlinge in Massen nach Europa aufbrachen. Heute regiert das Ch....

Load-Date: April 22, 2015

End of Document

Bayern verteidigt spezielle Ankunftscentren für Balkanflüchtlinge; Der bayerische Innenminister hält gesonderte Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge aus Balkanländern für notwendig. Auch der Bund befürwortet die umstrittenen CSU-Pläne.

ZEIT-online

Donnerstag 23. Juli 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 30

Length: 748 words

Body

Flüchtlinge aus Albanien

© Sean Gallup/Getty Images

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hat das umstrittene Vorgehen Bayerns in der **Flüchtlingspolitik** verteidigt. Es müsse differenziert vorgegangen werden, sagte Herrmann im ZDF mit Blick auf die bayerischen Pläne, für **Asylbewerber** aus Ländern mit hohen Ablehnungsquoten gesonderte Aufnahmeeinrichtungen an den Landesgrenzen zu schaffen. Es gebe eine "große humanitäre Verpflichtung" etwa für **Flüchtlinge** aus Syrien, aber andere **Flüchtlinge** - aus Albanien etwa und aus dem Kosovo - hätten keine Chance auf **Asyl** und müssten möglichst rasch in ihre Heimat zurückkehren.

Mit speziellen Aufnahmeeinrichtungen soll die organisatorische Grundlage für eine schnellere Bearbeitung von **Asylgesuchen** insbesondere von Menschen aus Balkanländern geschaffen werden. Ihre Anträge werden meist als unbegründet abgelehnt. Laut Bundesinnenministerium ist das Vorgehen Bayerns abgestimmt. Es handele sich außerdem nicht um Lager, stellte Herrmann Aussagen seiner Kritiker richtig. Im Interview sprach der CSU-Politiker von "speziellen Ankunftscentren".

Der Vorstoß Bayerns hatte für Empörung bei SPD und Opposition gesorgt. Grünen-Chefin Simone Peter kritisierte im *Tagesspiegel*, es sei unverantwortlich, wenn die CSU die Stimmung an den Stammtischen anheize. "Das ist geistige Brandstiftung, die andere zur tatsächlichen Brandstiftung animiert", sagte Peter. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) treibe mit seinem Populismus einen Keil in die Gesellschaft. SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi sagte: "Es geht ja hier nicht um praktische Lösungen, sondern er will offensichtlich das Signal setzen, dass in Bayern Flüchtlinge nicht willkommen sind", sagte sie dem Sender n-tv.

Herrmann wies die Vorwürfe zurück: Das beste Mittel gegen Rechtsextremismus sei es, wenn der Staat konsequent handle. Herrmann verurteilte zugleich rechtsextreme Äußerungen etwa im Internet über Flüchtlinge. Dies sei absolut skandalös, sagte der CSU-Politiker.

Bayern verteidigt spezielle Ankunftscentren für Balkanflüchtlinge Der bayerische Innenminister hält gesonderte Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge aus Balkanl....

Der Bund befürwortet das umstrittene Vorhaben Bayerns. Dies sei abgestimmt und Gegenstand des Beschlusses des Flüchtlingsgipfels vom 18. Juni dieses Jahres, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums in Berlin. Auch der Städte- und Gemeindebund begrüßte den Vorstoß Seehofers.

Beim Flüchtlingsgipfel, an dem neben Bundesinnenminister Thomas de Maizière auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (beide CDU) und die Länderregierungschefs teilgenommen hatten, war beschlossen worden, für Asylbewerber aus Ländern mit hohen Ablehnungsquoten eine Aufenthaltsbeendigung der Abgelehnten innerhalb von drei Monaten "aus den Erstaufnahmeeinrichtungen heraus" zu erreichen. Ein optimaler Einsatz der begrenzten Ressourcen und eine größere Verfahrenseffizienz sollten durch das "Clustern von Verfahren" erreicht werden, hatte es in dem Beschluss geheißen. Damit sind dem Vernehmen nach auch gesonderte Aufnahmeeinrichtungen für die Asylbewerber aus Ländern mit hohen Ablehnungsquoten gemeint.

Pro Asyl kritisiert "strukturellen Ausschluss"

Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl kritisierte die hohen Ablehnungsquoten für Asylbewerber vom Westbalkan. In Bezug auf Roma aus Bosnien und Serbien könne von einem "strukturellen Ausschluss" dieser Menschen aus den dortigen Gesellschaften geredet werden, sagte der stellvertretende Pro-Asyl-Geschäftsführer Bernd Mesovic. Den Kindern fehle der Zugang zu Bildung, die Familien seien vom Gesundheitssystem und dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen, ebenso wie vom Zugang zu den rechtsstaatlichen Institutionen. "Das kann als kumulative Verfolgung gewertet werden und somit ein Grund für Asyl sein."

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) will sich verstärkt auf die Westbalkan-Staaten konzentrieren, um die Asylbewerberzahlen zu senken. Die hohe Zahl der "aussichtslosen Flüchtlinge" binde Kräfte, die anderweitig gebraucht würden, sagte BAMF-Präsident Manfred Schmidt dem *Donaukurier*. Insgesamt habe es seit Anfang des Jahres rund 190.000 Asylanträge in Deutschland gegeben, von denen 78.000 aus Staaten des Westbalkan gekommen seien. In Bosnien, Serbien und Mazedonien herrschten wirtschaftlich prekäre Situationen, räumte der BAMF-Chef ein. Armut und der Wille zu arbeiten seien aber keine Asylgründe. Um die Menschen darüber aufzuklären, veranstalte das BAMF Informationskampagnen in den Ländern.

Load-Date: July 23, 2015

Unterkunft für Flüchtlinge scheitert an Dresdner Bürgern; In Dresden sollte ein Hotel zum Asylbewerberheim werden. Doch unter dem Druck von Drohungen und einer Petition kündigt der Besitzer die Vereinbarung mit der Stadt auf.

ZEIT-online

Mittwoch 14. Januar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asyl; Ausg. 2

Length: 433 words

Body

Dresden im Juli 2013

© Jürgen-Michael Schuster/dpa

Bewohner des Dresdner Stadtteils Laubegast haben die Einrichtung eines **Asylbewerberheims** verhindert. Das berichtet *Spiegel Online*. In das Hotel Prinz Eugen sollten demnach bis zu 94 **Flüchtlinge** einziehen. Der Eigentümer des Hotels habe sein Angebot nun überraschend zurückgezogen, teilte die Stadt Dresden mit. Begründet habe er seine Entscheidung mit dem "massiven Widerstand der Bevölkerung". Der Mann war in sozialen Netzwerken bedroht worden, die Wände des Hotels wurden mit ausländerfeindlichen Parolen beschmier.

Der zuständige Dresdener Sozialbürgermeister Martin Seidel sagte, die Plätze für die Asylbewerber seien fest eingeplant gewesen: "Der Rückzug stellt uns vor eine schwierige Situation. Kurzfristig realisierbare Alternativen gibt es nicht, auch wenn das von einzelnen Stadtratsfraktionen immer behauptet wurde."

5.700 Menschen hatten eine Petition gegen das Heim unterschrieben. Urheber war die Initiative MeinLaubegast. Die Petition listet nach Informationen von *Spiegel Online* sechs "formelle Bedenken", vier "politische und geopolitische Bedenken" und sieben "inhaltliche Bedenken" gegen das Heim auf.

Unter anderem heißt es, die Stadt Dresden wolle den Asylsuchenden angemessene Unterkünfte zur Verfügung stellen: "Intransparent ist, wer die Angemessenheit definiert hat und wie diese genau beschrieben ist. Das Ziel der Angemessenheit scheint die Landeshauptstadt Dresden mit der Zurverfügungstellung eines 4-Sterne-Hotels mit Raumgrößen von 33-40 qm aber deutlich zu überschreiten."

Jens Hoffsommer, migrationspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion im Stadtrat, kritisierte in der *Leipziger Volkszeitung* die Entscheidung des Besitzers, sich von der getroffenen Vereinbarung mit der Stadt zurückzuziehen: "Es ist kein gutes Signal, dass verantwortungsvolle Bürger auf Grund von Druck und Angst ihre Unterstützung zurückziehen." Gerade vor dem Hintergrund der Pegida-Bewegung müsse man stattdessen positive Zeichen setzen.

Unterkunft für Flüchtlinge scheitert an Dresdner Bürgern In Dresden sollte ein Hotel zum Asylbewerberheim werden. Doch unter dem Druck von Drohungen und einer P....

In Dresden leben laut *Spiegel Online* zurzeit 2.093 Asylbewerber. Die Stadt rechnet damit, dass in diesem Jahr rund 1.740 Flüchtlinge dazukommen. Am vergangenen Montag hatten in Dresden 25.000 Menschen an der Pegida-Kundgebung teilgenommen, so viele wie noch nie.

Korrektur: Die erwähnte Petition, die mehr als 5.000 Unterschriften erhielt, wurde von MeinLaubegast.de gestartet und nicht von Laubegast ist bunt. Die Initiative legt Wert auf die Feststellung, dass sie diese Petition von vornherein abgelehnt habe. Wir bitten um Entschuldigung für das Zitieren dieser Fehlinformation.

Load-Date: January 14, 2015

End of Document

Begrenzen, beschleunigen, rückführen; In der Flüchtlingskrise schaltet Kanzlerin Angela Merkel auf Krisenmodus: Mit den Länderchefs demonstriert sie Einigkeit. Und den EU-Staaten sendet sie eine Botschaft.

ZEIT-online

Mittwoch 16. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 37

Length: 1383 words

Byline: Tilman Steffen

Body

Angela Merkel im Gespräch mit Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann beim **Flüchtlingsgipfel** im Kanzleramt

© John MAdougall/AFP/Getty Images

40.000 Plätze für die Erstaufnahme von **Asylsuchenden** und zwei neue Gipfel-Termine - das ist die Bilanz der Bemühungen in den vergangenen 24 Stunden, die **Flüchtlingskrise** zu lösen. Die 40.000 Plätze bot Kanzlerin Angela Merkel den Ministerpräsidenten an, die am späten Abend im Kanzleramt zu Gast waren, um die Belastung der Länder zu mindern. Einen Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs regten Merkel und ihr österreichischer Amtskollege Werner Faymann an, als sie sich nachmittags im Kanzleramt trafen. Das zweite Gipfeltreffen vereinbarten die EU-Innenminister für Dienstag. Sie wollen schnellstmöglich den Streit mit den Osteuropäern um feste Quoten für die Aufnahme von **Flüchtlingen** beilegen.

Denn bisher greifen die von der Flüchtlingskrise betroffenen Staaten eher zur Selbsthilfe, statt gemeinsam Lösungen zu suchen: Ungarn plant einen zweiten Zaun, Autobahnen und Bahnverbindungen werden gesperrt, Grenzen dichtgemacht. In Deutschland ist die Lage turbulent: Die Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer hakt, der sogenannte Königsteiner Schlüssel ist praktisch außer Kraft, die Landesregierungen fordern endlich ein geordnetes Verfahren. Zwölf Milliarden Euro Zusatzkosten verursache die Flüchtlingskrise dieses Jahr, heißt es. Doppelt so viel wie die jüngst im Koalitionsausschuss vom Bund zugesagten sechs Milliarden. Denn es kommen deutlich mehr Flüchtlinge nach Deutschland als erwartet, Prognosen waren stets binnen kurzer Zeit hinfällig. Das treibt die Kosten für Länder und Kommunen.

Genug Gesprächsstoff also für Kanzlerin und Länderchefs. Doch obwohl im Kanzleramt am Tisch neben Merkel die Ressortchefs für Arbeit, Justiz und Verteidigung, zahlreiche Länderminister und Staatskanzleichefs samt ihren Assistenten saßen, blieben auch nach vier Stunden Sitzungsdauer viele Details offen. Noch einiges ist zu klären:

Die 40.000 Erstaufnahmeplätze sind nur ein Angebot des Bundes. Er will sie bezahlen und den Betrieb der Einrichtungen übernehmen, in denen die Asylbewerber dann bis zu sechs Monate leben sollen. Ob die

Begrenzen, beschleunigen, rückführen In der Flüchtlingskrise schaltet Kanzlerin Angela Merkel auf Krisenmodus: Mit den Länderchefs demonstriert sie Einigkeit. U....

Ministerpräsidenten sich diese Länder-Aufgabe tatsächlich aus der Hand nehmen lassen, ist aber offen. Eine weitere Unklarheit: Die vom Bund ins Auge gefassten Liegenschaften seien derzeit schon durch die Länder belegt, kritisiert einer der Gipfelteilnehmer hinter vorgehaltener Hand. Der Bund will den Ländern zudem die Verteilung der Flüchtlinge abnehmen. Bisher war es so, dass die Behörden einzelner Länder sogar eigene Busse nach Bayern schickten, um selbst steuern zu können, wie viele Asylsuchende sie pro Tag aufnehmen. Denn die Bundesbehörden kommunizierten den Bedarf nicht, lautet eine oft gehörte Klage. Nun sollen bundesweit Verteilzentren eingerichtet werden, logistische Knotenpunkte also, wo die Züge und Busse aus Bayern hingelenkt werden. Von dort aus sollen die Flüchtlinge, gegebenenfalls nach einer Übernachtung in einem nahegelegenen Quartier, in andere Bundesländer weiterreisen. Wo die Zentren eingerichtet werden, konnte am Ende keiner sagen. Unkonkret sind auch die Zusagen des Bundes, die Asyl-Entscheidungen und die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern zu beschleunigen. Die Ländervertreter bemängeln, dass von 2.000 zusätzlichen Stellen für das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration ein Großteil noch immer unbesetzt ist. Zoll und Bundeswehr seien bereit, den Rückstau in Amtshilfe abbauen zu helfen, beschwichtigt Merkel. Zugesagt sind auch mobile Teams der Bundesbehörde, die nahe an den Flüchtlingsquartieren Anträge abarbeiten sollen. Doch wer nach Anzahl und Personalstärke dieser Teams fragt, sieht nur Schulterzucken. Die Länder sind im Gegenzug gefordert, ihren Justizapparat zu verstärken: Denn jede zweite Ablehnung wird vor Gericht verhandelt.

Einig war man sich somit nur in der Zielsetzung: in Gemeinsamkeit die "gesamtstaatliche Herausforderung" der Flüchtlingskrise zu meistern, woran sich aber auch die europäischen Partnerstaaten beteiligen müssten. Euphorie über erzielte Ergebnisse war im Kanzleramt keine zu spüren. Die meisten Ländervertreter beeilten sich nach Sitzungsende, in ihre Autos zu kommen. NRW-Regierungschefin Hannelore Kraft ließ sogar vereinbarte Fernsehinterviews platzen und rauschte im Dienstwagen an den wartenden Kamerateams vorbei.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff fasste sich in einer nächtlichen Pressekonferenz kurz: "Begrenzen, beschleunigen, rückführen", das sei der Dreiklang der Aufgaben. Begrenzt sei der Zulauf der Flüchtlinge bereits durch die wieder eingeführten Grenzkontrollen, sagte er. Beschleunigt werden müssten die Asylverfahren. Und endlich vollziehen müsste der Bund auch die Rückführung der abgelehnten Asylbewerber. Notfalls müsse man Geldanreize setzen, um eine Rückkehr attraktiv zu machen, sagte Haseloffs brandenburgischer Amtskollege Dietmar Woidke von der SPD. Oder eben konsequent abschieben, sagte der Christdemokrat Haseloff.

Offene Kritik an den jüngsten Entscheidungen Merkels gab es keine. Ihr derzeit größter Widersacher, Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer, verließ das Kanzleramt ohne Kommentar. Am Nachmittag war Merkel noch selbst auf dessen Kritik eingegangen, sie habe Deutschland für Flüchtlinge unnötig attraktiv gemacht. Denn gemeinsam mit ihrem österreichischen Amtskollegen Faymann hatte sie vor zwei Wochen Busse nach Ungarn entsandt, um Flüchtlingen den Fußmarsch über die Autobahn zu ersparen. Sie hatte Selfies mit Flüchtlingen gemacht, und das Bundesamt für Migration hatte erklärt, Asylsuchende aus Syrien würden auf keinen Fall in sichere Herkunftsländer zurückgeschickt. In Syrien wurde das als Einladung aufgefasst. Jetzt aber wird an den Grenzen kontrolliert, Bus- und Bahnverbindungen sind zeitweise unterbrochen, Autobahnen gesperrt, und Ungarn plant einen weiteren Zaun.

Verhalten positiv: Kanzlerin #Merkel, Woidke und Haseloff nach Flüchtlings-Gipfel. Ergebnisse: <http://t.co/yTMWn7wjwh> [pic.twitter.com/18SetqNoav](https://twitter.com/18SetqNoav)

- Tilman Steffen (@tilsteff) 15. September 2015

Bisher kannten die Europäer die Kanzlerin als eine Politikerin, die die Dinge vom Ende her denkt, die Fehler vermeidet, statt schnell zu entscheiden. An der Seite Faymanns darauf angesprochen, wurde Merkel ungewohnt emotional: Wenn sie sich dafür entschuldigen müsse, dass man in Notsituationen helfe, dann "ist das nicht mein Land", sagte sie im Kanzleramt nach ihrem Gespräch mit Faymann. Und die Grenze habe Deutschland "nicht zugemacht, um Österreich die Last zuzuschustern". Sondern in einer "nicht ganz einfachen Situation", in der Kontrolle notwendig sei. Ähnlich emotional reagierte Faymann: Er sei dankbar, sagte er Merkel, "dass Du bei dieser Entscheidung nicht zögerlich warst".

Begrenzen, beschleunigen, rückführen In der Flüchtlingskrise schaltet Kanzlerin Angela Merkel auf Krisenmodus: Mit den Länderchefs demonstriert sie Einigkeit. U....

Ein Treffen der ungelösten Probleme

Überraschend war beim Zusammentreffen der beiden nur eines: EU-Ratspräsident Donald Tusk wolle ihrer gemeinsamen Bitte entsprechen, einen EU-Gipfel einzuberufen, sagte Merkel. Die Staats- und Regierungschefs könnten schon kommende Woche in Brüssel beraten, welche Hilfe die Herkunftsländer der Flüchtlinge brauchen, wie auch die Türkei die Flüchtlingskrise eindämmen könnte und wie sich der Bau der sogenannten Flüchtlings-Hotspots in Griechenland und Italien vorantreiben ließe, also Erstaufnahmeeinrichtungen an den Außengrenzen der EU.

So diene auch diese Begegnung eher dem Auflisten der bisher ungeklärten Probleme. Lösen lassen sich die ja auch nicht bilateral, sondern auf europäischer Ebene. Alle EU-Staaten müssten Flüchtlinge aufnehmen, verlangten Merkel und Faymann gemeinsam. Nicht nur Österreich, Deutschland oder Schweden. In Österreich seien alle Aufnahmeeinrichtungen voll, sagte Faymann.

So sandte Merkel an diesem Dienstag zwei Signale: Sie zeigte ein offenes Ohr für die Sorgen und Probleme der Bundesländer. Und sie platzierte mit ihrem österreichischen Amtskollegen eine klare Botschaft für die europäischen Partnerstaaten: Wir schaffen das, aber Ihr müsst Euch beteiligen. Und für die weitere Suche nach Auswegen aus der Krise gibt es zumindest neue Termine.

Im ungarischen Röszke werden derzeit die Flüchtlinge versorgt, die es als letztes vor der Grenzschießung in das Flüchtlingslager geschafft haben:

Load-Date: September 16, 2015

Der Bund bleibt biodeutsch; Angestellte mit Migrationshintergrund sind in Bundesbehörden und Ministerien weiter unterrepräsentiert. Besonders deutlich wird das laut einer Studie in den Chefetagen.

ZEIT-online

Donnerstag 26. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Integration; Ausg. 22

Length: 885 words

Byline: Lea Frehse

Body

In deutschen Ministerien und Behörden sind Menschen mit **Migrationshintergrund** immer noch unterrepräsentiert.

© Rainer Jensen/dpa

Deutschlands Bürokratie soll eigentlich bunter werden: Die Bundesregierung hatte sich 2012 dazu verpflichtet, gezielt mehr Menschen mit **Migrationshintergrund** für den Dienst in Bundesbehörden und Ministerien zu gewinnen. Nun wurde erstmals in einer Befragung ermittelt, wie viele Beschäftigte mit **Migrationshintergrund** tatsächlich in der Bundesverwaltung beschäftigt sind und wie sich ihre Arbeitsverhältnisse von denen jener Kollegen ohne **Migrationshintergrund** unterscheiden.

Die Ergebnisse zeigen: Mit nur etwa 15 Prozent sind Angestellte mit **Migrationshintergrund** in den Institutionen des Bundes deutlich unterrepräsentiert. Die Rate ist damit deutlich geringer als in der Privatwirtschaft (20,1 Prozent), aber weit höher als in der öffentlichen Verwaltung insgesamt (6,7 Prozent).

Nach amtlichen Statistiken haben rund 20,5 Prozent der Deutschen einen Migrationshintergrund. Unter dem Begriff fassen die Behörden alle Bürger, die nach 1949 in die Bundesrepublik eingewandert sind oder mindestens einen ausländischen Elternteil haben. Im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Integration hatte die Bundesregierung Anfang 2012 beschlossen, den Migrantenanteil unter den Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen. Bislang war dieser Anteil allerdings nicht statistisch erfasst worden.

Nun haben die Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration und das Bundesinnenministerium gemeinsam erstmals verlässliche Daten gesammelt. Befragt wurden dafür rund 24.000 Beschäftigte von 24 Bundesbehörden, Ministerien und der Bundeswehr.

Die Ergebnisse zeigen, dass es auch in der Art der Beschäftigungen von Angestellten mit und ohne Migrationshintergrund Unterschiede gibt. So haben Mitarbeiter mit Migrationshintergrund seltener unbefristete Arbeitsverträge und sind seltener verbeamtet als ihre nicht migrantischen Kollegen. Bei den Ministerien nachgeordneten Behörden - wie etwa dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf), das dem

Der Bund bleibt biodeutsch Angestellte mit Migrationshintergrund sind in Bundesbehörden und Ministerien weiter unterrepräsentiert. Besonders deutlich wird das I....

Bundesinnenministerium unterstellt ist - liegt der Anteil der verbeamteten Mitarbeiter ohne Migrationshintergrund beispielsweise noch bei 57 Prozent. Die Quote der Beamten mit ausländischen Wurzeln ist mit 39 Prozent deutlich geringer.

Auch sind Angestellte mit Migrationshintergrund im Schnitt weniger in den höheren Verwaltungslaufbahnen tätig. So sind rund 29 Prozent aller Angestellten mit Migrationshintergrund im einfachen Dienst tätig, aber nur rund 17 Prozent ihrer Kollegen ohne Migrationshintergrund. Im mittleren, gehobenen und höheren Dienst sind die migrantischen Angestellten hingegen weniger stark vertreten.

Auffällig ist auch: Die Beschäftigten mit Migrationshintergrund sind im Schnitt vergleichsweise jünger als ihre Kollegen ohne Migrationshintergrund. So sind beispielsweise in den oberen Bundesbehörden weniger als ein Viertel der Angestellten ohne Migrationshintergrund unter 40 Jahre alt, während bei Angestellten mit ausländischen Wurzeln mehr als ein Drittel in diese Altersgruppe fallen. Auch sind mehr Frauen unter den migrantischen Mitarbeitern als unter nicht-migrantischen Kollegen.

Gründe für Ungleichgewicht nicht erfasst

Wie hoch der Anteil migrantischer Angestellter ist, unterscheidet sich von Institution zu Institution deutlich. Während im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) rund ein Viertel der Mitarbeiter ausländische Wurzeln hat, sind es im Verteidigungsministerium lediglich 6,4 Prozent. In der Bundeswehr liegt derweil der Anteil befristeter Arbeitsverträge bei Beschäftigten mit Migrationshintergrund mit 70 Prozent deutlich höher als bei Kollegen ohne Migrationshintergrund (rund 49 Prozent).

Über die Gründe für das Ungleichgewicht in den Verwaltungen lässt die Erhebung vorerst keine Schlüsse zu. Die Auftraggeber beim Bund haben angekündigt, die Studie weiterzuentwickeln, um künftig mehr über die Ursachen der Ungleichverteilung zu erfahren. Aus den Ergebnissen der Studie gehe schon hervor, dass konkrete Maßnahmen im Bereich der Personalpolitik individuell auf die Gegebenheiten der jeweiligen Behörden abgestimmt werden müssten.

Ein offener Gebetsraum für alle kann schon hilfreich sein

Integrationsexperten äußerten sich positiv über die Initiative der Bundesverwaltung. "Die Privatwirtschaft hat die Vorteile von Vielfalt früher für sich entdeckt, doch der öffentliche Sektor hat in den vergangenen Jahren nachgezogen", sagt Aletta Gräfin von Hardenberg, Geschäftsführerin der Unternehmensinitiative Charta der Vielfalt. Eine Belegschaft, in der sich die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegele, könne Bedürfnisse von Kunden oder Klienten besser erkennen und bedienen.

Um mehr Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund gewinnen zu können, komme es vor allem auf die Kommunikation an: "Den Bewerbern muss deutlich gemacht werden: Du bist hier willkommen", sagt von Hardenberg, "und auch nach innen muss kommuniziert werden, um Vorurteile und Ängste abzubauen." Oft hätten ganz praktische Maßnahmen großen Erfolg. "Eine Kantine, in der Essen auch halal angeboten wird, oder ein Gebetsraum, der offen ist für alle, helfen ungemein", so von Hardenberg. "Und wenn die Verwaltung mit Broschüren um Bewerber wirbt, dann sollten auf den Fotos nicht nur blonde Männer zu sehen sein."

Load-Date: May 26, 2016

Was gegen Transitzonen spricht; Mit Transitzonen würden riesige Haftlager errichtet, behauptet die SPD. Da liegt sie wohl falsch. Doch es gibt andere gute Gründe, diese abzulehnen.

ZEIT-online

Montag 2. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: SPD; Ausg. 44

Length: 946 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Migranten warten an der österreichisch-ungarischen Grenze bei Wegscheid auf ihren Weitertransport.

© Christof Stache/AFP/Getty Images

In der Union ist man sich seit Sonntagabend einig: Transitzonen seien "die vordringlichste Maßnahme zur besseren Kontrolle unserer Grenze", so steht es in einem Papier, das Spitzenvertreter von CDU und CSU gemeinsam beschlossen haben. Allerdings: Die SPD will nicht mitziehen. Die Union plane Massengefängnisse an der Grenze, verteidigte SPD-Justizminister Heiko Maas am Montag erneut die Ablehnung seiner Partei. Nun soll bis Donnerstag eine Lösung her. Vorerst kann man jedenfalls feststellen: Beide Seiten übertreiben.

Von Unionsseite wird gern so getan, als seien Transitzonen ein Mittel, die derzeitigen **Flüchtlingszahlen** schlagartig zu begrenzen. "Dass es bei kurzfristigen, schnell wirksamen Maßnahmen diese Bockigkeit bei den SPD-Kollegen gibt, das ist mir unverständlich, gerade angesichts der Dringlichkeit", sagte zum Beispiel die rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende Julia Klöckner nach dem Koalitionsgipfel. Und ihr Parteikollege Jens Spahn legte im Fernsehen nach: "Liebe SPD, lasst uns das Mögliche tun, solche Zahlen zu begrenzen."

Dabei zeigt schon ein Blick auf die Herkunftsländer der Flüchtlinge im September: Ein Allheilmittel, um die Flüchtlingszahlen zu reduzieren, sind Transitzonen sicher nicht. Ursprünglich ging es bei diesen nämlich darum, Menschen aus sicheren Herkunftsländern - sowie einige andere, bisher nur sehr vage benannten Gruppen - gar nicht erst ins Land zu lassen. Mittlerweile ist die Union wohl bereit, Transitzonen übers ganze Land zu verteilen, also nicht nur an der Grenze einzurichten. Damit würde man auch das Problem umgehen, dass Menschen, die schon wissen, dass sie über Transitzonen nicht einreisen dürfen, gleich über die grüne Grenze gehen. Auch im Land würden dann aber in solchen Einrichtungen Schnellverfahren entsprechend dem Flughafenverfahren für Asylbewerber gelten. Davon verspricht sich Bayern eine abschreckende Wirkung auf Flüchtlinge vor allem aus den Westbalkanstaaten.

Ohne Grenzzaun funktioniert es nicht

Was gegen Transitzonen spricht Mit Transitzonen würden riesige Haftlager errichtet, behauptet die SPD. Da liegt sie wohl falsch. Doch es gibt andere gute Gründe....

Allerdings: Diese machen längst nicht mehr den größten Teil der Menschen aus, die jeden Tag über die Grenze kommen. So war im September mit Albanien nur noch ein sicherer Herkunftsstaat unter den fünf Ländern, aus denen die meisten Flüchtlinge kamen. Von dort wurden 5.923 Flüchtlinge registriert, aus Syrien, Irak und Afghanistan kamen dagegen etwa 120.000. Letztere müssten nicht mit einem verkürzten Verfahren in einer Transitzone rechnen, schließlich haben sie gute Aussichten auf Anerkennung.

Bleibt die Frage, ob wenigstens die Erwartung der Union realistisch ist, dass Menschen ohne Bleibeperspektive aus den Transitzonen schnell wieder abgeschoben werden könnten. "Binnen zwei Tagen" sei das möglich, wird mitunter aus der CSU behauptet. Das allerdings ist schlicht nicht wahr. Denn wenn für die Transitzonen das gleiche Verfahren gelten sollte wie beim bisherigen Flughafenverfahren, dann würde zwar das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) innerhalb von zwei Tagen über ein Asylgesuch entscheiden müssen, danach kann der Asylbewerber allerdings Klage einreichen. Die Eilentscheidung des Gerichts muss dann innerhalb von 14 Tagen erfolgen. Allein die rechtlichen Fristen lassen eine Abschiebung innerhalb von zwei Tagen also gar nicht zu.

Wie das Video zeigt, gibt es zwischen SPD und Union noch keine Einigung über die Einführung von Registrierungs- und Verteilungszentren.

Darüber hinaus sind die bisherigen Erfahrungen mit dem Flughafenverfahren wenig geeignet, die Pläne für Transitzonen zu unterstützen. So durften 2014 von 643 Asylbewerbern im Flughafenverfahren 73 Prozent doch einreisen, weil die Behörden nicht in der Lage waren, in den vorgesehenen Fristen über den Antrag zu entscheiden. Warum dies angesichts der derzeitigen großen Überlastung des Bamf in den geplanten Transitzonen anders sein sollte, wo zudem über wesentlich mehr Fälle als am Flughafen im Schnellverfahren entschieden werden müsste, ist schwer vorstellbar.

Andererseits operiert auch die SPD mit ihrer Behauptung, Transitzonen seien Gefängnisse, an der Grenze der Wahrhaftigkeit. Denn einerseits ist richtig: Die Union will die geplanten Einrichtungen einzäunen und bewachen lassen. Auch deswegen ist am Sonntag eine Einigung mit der SPD gescheitert. Auf der anderen Seite unterscheidet sich die künftige Transitzone von einem echten Gefängnis allerdings in einem wesentlichen Punkt: Die Flüchtlinge könnten sie jederzeit verlassen - nur eben nicht in Richtung Deutschland.

Auch das Bundesverfassungsgericht hat die Transitzonen an Flughäfen 1996 für zulässig erklärt. Diese seien keine Hafteinrichtungen. "Der rechtliche Rahmen zur Einrichtung von Transitzonen ist vage, aber doch vorhanden", urteilt auch der Jurist Timo Tohidipur, der an der Goethe-Universität Frankfurt öffentliches Recht lehrt und Transitzonen eher ablehnend gegenübersteht.

Viel Aufwand, wenig Nutzen

Aus seiner Sicht wiegt ein anderes Argument jedoch schwerer: "Hier drohen rechtsstaatlich fragwürdig verkürzte Verfahren, deren schnelle Durchführung in Gegenden ohne geeignete Infrastruktur stattfindet und auf den Schultern von überforderten Personal lastet", urteilt er. Dies gefährde die mühsam errungenen Rechtsgarantien des internationalen und europäischen Menschen- bzw. Flüchtlingsschutzes. Für ihn steht deswegen fest: Transitzonen bedeuten viel Aufwand bei wenig Nutzen, führen zugleich aber zu einer dauerhaften Absenkung des rechtlichen Schutzniveaus von Flüchtlingen. Keine wirklich gute Bilanz.

Die CSU fordert Transitzonen und die SPD Einreisezentren. Das Video erläutert beide Vorschläge.

Load-Date: November 2, 2015

Kontingente sind das neue Zauberwort; Die CSU will eine Obergrenze für Flüchtlinge, Merkel spricht lieber von Kontingenten. Das klingt nach Annäherung. Doch meinen sie wirklich dasselbe?

ZEIT-online

Mittwoch 18. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 46

Length: 1165 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Flüchtlinge warten auf der griechischen Insel Lesbos auf ihre Registrierung.

© Bulent Kilic/AFP/Getty Images

Thomas de Maizière war der Erste. Schon Mitte September hatte sich der Innenminister dafür ausgesprochen, künftig europaweit nur noch eine bestimmte Anzahl an **Flüchtlingen** aufzunehmen. "Der richtige Weg wäre, dass wir uns in der EU zu festen großzügigen Kontingenten für die Aufnahme von **Flüchtlingen** verpflichten", sagte er damals dem *Spiegel*. Die Aufregung war groß. Schließlich hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel kurz zuvor noch betont, das deutsche **Asylrecht** kenne keine Obergrenze. De Maizières Aussage schien dazu im Widerspruch zu stehen.

Auch die SPD lehnte ab. "Das ist keine Lösung, Kontingente für **Asylbewerber** einzurichten. Es widerspricht übrigens auch der deutschen Verfassung", wies SPD-Chef Sigmar Gabriel den Vorstoß seines Kabinettskollegen zurück. De Maizière musste seinen Vorschlag schließlich zu einer Vision umdefinieren. In der Union fanden das viele ärgerlich.

Nur zwei Monate später ist die Diskussion zurück. Bereits vor zwei Wochen beschlossen die drei Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD, dass mit der Türkei legale Flüchtlingskontingente für ganz Europa vereinbart werden sollten. Auch nach dem G-20-Treffen am Montag betonte Merkel erneut, sie setze auf eine entsprechende Einigung zwischen der EU und der Türkei. Dort leben bereits 2,5 Millionen Flüchtlinge, viele von ihnen warten auf eine Möglichkeit, nach Europa zu kommen.

Auch von Vizekanzler Gabriel sind inzwischen ganz andere Töne zu hören. Statt "chaotischer Zuwanderung" solle diese über "Kontingente in der EU" organisiert werden. "Das ist unser Ziel gemeinsam mit der Bundeskanzlerin. Unter der Überschrift: Frauen und Kinder zuerst", erläuterte der SPD-Vorsitzende in dieser Woche die neue Linie. Die Grünen sind da ganz d'accord. Sie fordern bereits seit Längerem Kontingente für Flüchtlinge. "Wir brauchen geregelte, sichere Zugänge nach Europa", sagte Parteichef Cem Özdemir dem *Tagesspiegel*.

Eine Obergrenze für Deutschland

Kontingente sind das neue Zauberwort Die CSU will eine Obergrenze für Flüchtlinge, Merkel spricht lieber von Kontingenten. Das klingt nach Annäherung. Doch mein....

Die CSU geht allerdings einen Schritt weiter. In einem Leitantrag für den Parteitag am Wochenende fordert sie, Deutschland solle für nächstes Jahr entsprechend seiner "leistbaren Kapazitäten" ein Kontingent für Flüchtlinge festlegen. Sie möchte also einseitig eine fixe Obergrenze für Deutschland definieren - was Merkel bisher immer abgelehnt hat.

Die Kontingente, von denen Merkel redet, beziehen sich bisher dagegen ausschließlich auf Verhandlungen mit der Türkei. Ihr würde man einen Teil der Flüchtlinge abnehmen, die dann nach einer Quote auf alle europäischen Länder verteilt würden. So könnten sie auf sicherem Weg - und nicht mehr mithilfe von kriminellen Schleusern - nach Europa einreisen. Die Türkei müsste im Gegenzug ihre Grenze sichern und sich verpflichten, Flüchtlinge, die dennoch irregulär in die EU kommen, zurückzunehmen.

Zumindest der Zuzug von Menschen, die über die Türkei fliehen - und die ist ja derzeit das Haupttransitland - könnte auf diese Weise also begrenzt werden. Außerdem würde die EU selbst die Kriterien dafür festlegen, wen sie aufnehmen will. Sie könnte zum Beispiel besonders schutzwürdige Personen wie Familien, Alte oder Kranke bevorzugen. Bisher kommen dagegen überwiegend junge und starke Menschen auf den illegalen Wegen nach Europa.

Es bleibt nicht bei dem Kontingent

Fraglich ist allerdings, ob es wirklich möglich wäre, Flüchtlinge, die zusätzlich zu den vereinbarten Kontingenten nach Europa kämen, in die Türkei oder andere Staaten zurückzuschieben. Nach der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention ist es nämlich wegen des sogenannten Refoulement-Verbots nicht erlaubt, Menschen in Länder zurückzuweisen, in denen ihnen Verfolgung oder unmenschliche Behandlung droht.

Rechtlich in Ordnung wäre eine Zurückweisung nur dann, wenn den Flüchtlingen in dem Aufnahmestaat Mindeststandards beim Zugang zum Sozial- und Gesundheitssystem sowie zu Arbeit und Bildung garantiert würden und eine Zurückschiebung in den Verfolger- oder Kriegsstaat nicht zu befürchten sei, urteilte die Vorsitzende des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR), Christine Langenfeld, unlängst in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Dies sei allerdings derzeit weder in der Türkei noch in Jordanien oder im Libanon gewährleistet. Flüchtlingskontingente könnten also nur funktionieren, wenn in den Ländern, mit denen sie vereinbart werden, auch die Situation der Flüchtlinge verbessert würde.

Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl weist zudem daraufhin, dass, selbst wenn es Kontingente gäbe, grundsätzlich jeder Flüchtling, der es aus eigener Kraft nach Europa schafft, dort zunächst einmal einen Asylantrag stellen könnte. Wenn er Schutzgründe geltend machen kann und eine Zurückschiebung nicht möglich ist, müsste er auch aufgenommen werden. Insofern würden Kontingente, die man mit einzelnen Ländern vereinbart, nicht endgültig festlegen, wie viele Flüchtlinge tatsächlich nach Europa kommen. Anders als die CSU sich das zu wünschen scheint, würde es sich also nicht um fixe Obergrenzen handeln. Zumindest von Merkel, aber auch von SPD und Grünen werden die geplanten Kontingente so auch nicht verstanden.

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer (CSU), hält eine deutsche Obergrenze dennoch für möglich. Schließlich sichere die Genfer Flüchtlingskonvention niemandem ein Recht darauf zu, seinen Asylantrag ausgerechnet in Deutschland zu stellen, sagt er. Entscheidend sei, dass der Anspruch auf Schutz innerhalb Europas geltend gemacht werden könne. Auch das bedeutet aber letztlich: Für Europa als Ganzes kann es keine fixen Aufnahmegrenze geben.

Trotzdem könnte die Debatte über Kontingente zumindest verbal zu einer Annäherung in der großen Koalition führen. Schließlich geht es wie bei der Obergrenze darum, Zahlen für den Zuzug von Flüchtlingen festzulegen. Am Ende könnte jede Seite behaupten, sich ein bisschen durchgesetzt zu haben.

Ungarn will klagen

Kontingente sind das neue Zauberwort Die CSU will eine Obergrenze für Flüchtlinge, Merkel spricht lieber von Kontingenten. Das klingt nach Annäherung. Doch mein....

Die Vereinbarung von großangelegten Kontingenten wird allerdings nur funktionieren, wenn sich daran auch die anderen Europäer beteiligen. Bisher haben sich vor allem die Osteuropäer bei der Verteilung der Flüchtlinge wenig kooperativ gezeigt. Nach den Anschlägen von Paris ist die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, dort noch gesunken. Ungarns Parlament autorisierte die Regierung am Dienstag, den Verteilungsplan der EU für Flüchtlinge vor Gericht anzufechten. Und auch Polen hat bereits deutlich gemacht, dass man sich an bisherige Zusagen nicht mehr gebunden fühle.

Migrations-Expertin Langenfeld sieht die Kontingente aber auch in dieser Hinsicht als Chance. Die bisher zögerlichen Staaten könnten eher bereit sein, ihren Beitrag zur Lösung der Flüchtlingskrise zu leisten, wenn sie genau wüssten, was auf sie zukommt, argumentiert sie. Trotzdem: Bis es tatsächlich zu konkreten Vereinbarungen kommt, dürfte wohl noch einige Zeit vergehen.

Mitarbeit: Lisa Caspari

Load-Date: November 18, 2015

End of Document

Der EU-Türkei-Deal zeigt Wirkung; Die EU hat die Verteilung von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei präzisiert. Doch wie haben sich die Dinge seit Inkrafttreten des Deals entwickelt? Ein Überblick

ZEIT-online

Donnerstag 21. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlinge; Ausg. 17

Length: 1224 words

Byline: Lenz Jacobsen; Sasan Abdi-Herrle; Sascha Venohr

Body

Überwiegend mit Fähren bringen griechische Behörden **Flüchtlinge** zurück in die Türkei. (Archivbild)

© Petros Giannakouris/AP/dpa

An Ankündigungen mangelt es nicht, wenn in Brüssel die EU-Innenminister zur **Flüchtlingspolitik** tagen. An diesem Donnerstag verkündeten sie einen nächsten Schritt bei der Umsetzung des Abkommens mit der Türkei. Ein genauerer Blick zeigt, dass der Inhalt der Ankündigung nicht wirklich neu ist.

Was wurde beschlossen?

Die EU-Innenminister haben die Umverteilung von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei etwas konkretisiert. Das Abkommen mit dem Land sieht vor, dass die EU der Türkei für jeden aus Griechenland zurückgeschickten Syrer einen Syrer auf legalem Weg abnimmt. In diesem Kontext wollen einige EU-Staaten für die Dauer von vier Monaten monatlich 1.100 syrische Flüchtlinge aufnehmen. Das Nicht-EU-Land Norwegen nimmt mit 218 pro Monat die meisten auf (19,8 Prozent), gefolgt von Frankreich (148) und Italien (118). Deutschland steht mit 100 in der Liste.

Widerstand kam nach Angaben aus EU-Kreisen zuletzt nur noch aus den Ländern Polen und der Slowakei. Ungarn ist von dem Vorschlag nicht betroffen, weil die Regierung in Budapest im vergangenen Sommer keine konkrete Zusage für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Lagern in Drittstaaten gemacht hatte.

Was ist daran neu?

Wirklich neu ist jetzt also nur die monatliche Zahl von 1.100. Die festgelegte Verteilung entspricht fast genau jener, auf die sich die Staaten schon im September 2015 geeinigt hatten. Damals sagten sie zu, 22.504 Flüchtlinge aus den Nachbarländern Syriens aufzunehmen. Die Anteile haben sich nur leicht verändert: Norwegen wollte damals etwa 3.500 aufnehmen, was im Vergleich zu den heutigen Zahlen einem etwas geringeren Anteil von 15,5 Prozent entspricht. Dieses Kontingent widmete die EU dann bei ihrem Gipfel mit der Türkei um, es ist nun der Teil der insgesamt bis zu 72.000 Syrer, die die Länder bereit sind, aus der Türkei aufzunehmen.

Der EU-Türkei-Deal zeigt Wirkung Die EU hat die Verteilung von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei präzisiert. Doch wie haben sich die Dinge seit Inkrafttreten....

Wie viele Menschen wurden aus Griechenland in die Türkei abgeschoben?

Bisher wurden 316 Menschen in die Türkei zurückgewiesen. Darunter waren aber nur zwei Syrer. Sie wollten aus familiären Gründen zurück. Die griechischen Behörden scheuen sich, Syrer gegen ihren Willen zurückzuschicken. Die meisten Abgeschobenen kamen aus Pakistan und Afghanistan.

Wie viele Syrer haben europäische Länder der Türkei bisher abgenommen?

Bisher wäre die EU dem Abkommen zufolge also nur verpflichtet, zwei Syrer aus der Türkei aufzunehmen. Tatsächlich aber sind bereits 113 in europäische Staaten übergesiedelt: 54 nach Deutschland, 31 in die Niederlande, 17 nach Schweden und elf nach Finnland.

Wie viele Menschen kommen aktuell illegal nach Griechenland?

Seit Inkrafttreten des EU-Türkei-Deals am 20. März ist die Zahl der ankommenden Flüchtlinge auf den griechischen Inseln laut Zahlen von UNHCR kontinuierlich gesunken. Kamen in der Woche ab dem 19. Februar noch knapp 20.000 Menschen in Griechenland an, waren es in der Woche ab dem 11. April nur noch rund 550. Aus dieser Perspektive zeigt das Abkommen also eine deutliche Wirkung.

Rund um den 20. März transportierte die griechische Regierung die bis dahin angekommenen Flüchtlinge von den Inseln auf das Festland. Alle, die danach gekommen sind, dürfen die Lager auf den Inseln nicht mehr verlassen, weswegen die Zahlen der Überfahrten Richtung Athen und Thessaloniki eingebrochen sind.

Was passiert mit den Flüchtlingen, die vor dem 20. März in Griechenland angekommen sind?

Laut Amnesty International sitzen etwa 46.000 Flüchtlinge in Griechenland fest (PDF). Betroffen sind all jene, die nach der Schließung der Balkanroute und vor Inkrafttreten des EU-Türkei-Abkommens in Griechenland ankamen. Sie halten sich überwiegend in offiziellen Lagern auf. Einige hoffen in Nordgriechenland, etwa in Idomeni, weiterhin darauf, dass sie doch noch nach Westeuropa weiterreisen dürfen. Die EU hat Griechenland zugesichert, bis Mitte Mai 20.000 dieser Flüchtlinge auf andere Mitgliedsstaaten zu verteilen. Eingehalten werden wird dieses Versprechen aber wohl nicht: Bisher haben 19 der 28 EU-Länder die Übernahme von insgesamt 3.388 Personen angeboten.

Dass bisher erst 316 Menschen im Rahmen des Abkommens zurück in die Türkei mussten, liegt vor allem daran, dass die allermeisten Migranten auf den griechischen Inseln mittlerweile Asyl haben wollen. So lange diese Anträge nicht rechtskräftig abgelehnt sind, dürfen sie nicht abgeschoben werden. Die griechische Asylbehörde selbst hat keine 300 Mitarbeiter und ist mit den Tausenden Anträgen überfordert. Deshalb hatte die EU ihnen Unterstützung zugesagt. Doch so wirklich angelaufen ist diese Hilfe noch nicht. Außerdem hat Frontex für die Zurückweisung fünf Fähren, 24 Busse und ein Flugzeug organisiert. Frontex soll bei der Logistik assistieren.

Wie wird in der Türkei entschieden, welche Syrer auf legalem Weg in die EU kommen dürfen?

Der Mechanismus ist noch nicht abschließend ausgearbeitet. Geplant ist aber, dass die Türkei dem UNHCR eine Liste von Kandidaten vorschlägt. Das UN-Flüchtlingshilfswerk soll dann festlegen, wer aufgrund von Lebensumständen besonderen Schutz verdient und vorrangig für eine Umsiedlung in die EU infrage kommt. Auch die Zuweisung der Menschen an die einzelnen EU-Staaten soll über das UNHCR erfolgen. Allerdings haben die Länder das Recht, eigene Überprüfungen vorzunehmen und vorgeschlagene Kandidaten abzulehnen - eine Einschränkung, die Konfliktpotenzial hat.

Wie geht es den Flüchtlingen in der Türkei?

Vor drei Wochen hatte Amnesty International berichtet, dass die Türkei fast täglich Hunderte Syrer in ihr Heimatland abschiebe, wo Bürgerkrieg herrscht. Die Regierung bestritt das und schickte zusätzlich am 12. April noch einen Brief nach Brüssel, in dem sie zusichert, dass alle zurückgeschickten Syrer geschützt sind und nicht etwa abgeschoben werden. Zu den Migranten aus anderen Ländern heißt es in dem Brief laut EU-Kommission nur:

Der EU-Türkei-Deal zeigt Wirkung Die EU hat die Verteilung von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei präzisiert. Doch wie haben sich die Dinge seit Inkrafttreten....

"Zu den Sicherheiten für Nicht-Syrer schreiten die Diskussionen voran." Pakistaner und Afghanen zum Beispiel schiebt die Türkei in der Regel ab.

Syrer dürfen auch anders als andere Flüchtlinge neuerdings theoretisch in der Türkei arbeiten. Allerdings nur Ärzte, Lehrer und ein paar andere Gruppen. Die allermeisten arbeiten, wenn überhaupt, schwarz. Viele der insgesamt mindestens 3,1 Millionen Flüchtlinge leben in den großen Städten, nur ein Teil in den offiziellen Lagern. Eines dieser Lager wird am kommenden Wochenende Bundeskanzlerin Angela Merkel besuchen, um sich ein Bild von den Folgen des Abkommens zu machen, das vor allem ihr Werk war.

Was ist beim Deal noch offen ?

Zweimal hat die Türkei schon gedroht, einmal Präsident Erdogan, dann sein Ministerpräsident Davutoglu: Wenn türkische Staatsbürger nicht bald ohne Visum in die EU reisen dürfen, werde die Türkei das Abkommen aufkündigen. Um die Visafreiheit kämpft die Türkei seit vielen Jahren, abgemacht ist jetzt: Wenn sie bis Ende April eine Liste mit 72 Anforderungen erfüllt, wird die EU-Kommission am 4. Mai die Visafreiheit empfehlen und der Rat der EU-Minister bis Ende Juni entsprechend entscheiden. Ob die Voraussetzungen, zu denen auch Menschenrechtsstandards gehören, aber wirklich erfüllt sind, ist unklar. Der EU-Kommissar für Migration hat zur Sicherheit schon mal klargestellt: "Wenn nicht alle Benchmarks erfüllt sind wird es auch keine Visa-Liberalisierung geben."

Load-Date: April 22, 2016

Schleuser profitieren von geschlossenen Grenzen; Die Bundespolizei sieht kaum Anzeichen dafür, dass durch das Abkommen mit der Türkei weniger Flüchtlinge in Griechenland ankommen. Schleuser reagierten mit neuen Routen.

ZEIT-online

Donnerstag 7. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 16

Length: 766 words

Byline: Veronika Völlinger

Body

Flüchtlingskinder auf der griechischen Insel Lesbos

© Murad Sezer/Reuters

Das Abkommen mit der Türkei hat nach Einschätzung deutscher Sicherheitsbehörden kaum Auswirkungen auf die Zahl neu ankommender **Flüchtlinge** in der Europäischen Union. "Die gegenwärtig rückläufigen Anlandungszahlen sind primär auf die schlechten Witterungsverhältnisse zurückzuführen und derzeit kein Indikator für die angestrebten Wirkungen von Maßnahmenpaketen", zitierte die *Welt* aus einem unveröffentlichten Lagebericht der Bundespolizei zur **Migration**. Die Zahl der in Griechenland festsetzenden Menschen wächst laut dem Bericht weiter.

Dafür profitieren der Bundespolizei zufolge die Schleuser von geschlossenen Grenzen in Europa und dem Deal zwischen der EU und der Türkei. Die illegale **Migration** setze sich "nicht zuletzt aufgrund des hohen Kontrolldrucks partiell im Dunkelfeld" fort, heißt es in dem Bericht. Zahlungsfähige und -willige **Migranten** treffen demnach auf Schleuser, die ihr Geschäft wieder aufnahmen und die Lage für sich ausnutzten.

Dass die Schleuser ihr Geschäft anpassen, ist auch an neuen Angeboten zu beobachten. Für ein vielfaches der bisherigen Preise böten Schleuser in sozialen Netzwerken mittlerweile neue Routen von der Türkei nach Italien an, berichtete *Spiegel Online*. Auch die Landroute über Bulgarien werde wieder verstärkt angeboten. Das UN Flüchtlingshilfswerk UNHCR meldete, dass am 31. März ein Boot mit 22 Menschen aus Syrien und Somalia von Griechenland nach Otranto, im Südosten Italiens, übersetzt sei.

Laut dem Bericht der Bundespolizei sei allerdings "kaum festzustellen", dass Flüchtlinge massenhaft auf Routen wie Albanien, Bulgarien oder das Schwarze Meer ausweichen. Staaten würden sich dennoch auf eine Verlagerung der Flüchtlingsrouten einstellen.

Schleuser profitieren von geschlossenen Grenzen Die Bundespolizei sieht kaum Anzeichen dafür, dass durch das Abkommen mit der Türkei weniger Flüchtlinge in Grie....

Über die zentrale Mittelmeerroute nach Italien seien dagegen in den ersten Monaten 2016 deutlich mehr Flüchtlinge gekommen als im Vorjahreszeitraum. Der Anstieg betrug dem Migrationsbericht der Bundespolizei zufolge 44 Prozent. UNHCR spricht sogar von einem Anstieg von mehr als 80 Prozent. Demnach seien in den ersten drei Monaten 2016 von Nordafrika nach Italien 18.784 Menschen gekommen.

Anstieg auf alternativen Routen

Aktuellere Zahlen bestätigen den Trend. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) beobachtet seit dem Inkrafttreten des Flüchtlingsabkommens zwischen der EU und der Türkei am 20. März einen starken Anstieg alternativer Routen. So seien bis zum 3. April in Italien 700 Prozent mehr Flüchtlinge angekommen, in Bulgarien 378 Prozent. Das bedeutet auch wieder mehr Hilfseinsätze auf hoher See: Am Mittwoch rettete die italienische Küstenwache ein Boot mit mehr als 300 Menschen an Bord, das in Ägypten gestartet war.

Spiegel Online berichtete, dass Flüchtlingsschleuser auch die zentrale Mittelmeerroute wieder verstärkt in sozialen Netzwerken bewerben, etwa von Libyen aus. Diese Route gilt als gefährlicher. Westliche Geheimdienste schätzen, dass momentan 150.000 bis 200.000 Fluchtwillige in Libyen warten. Ein direkter Zusammenhang zu den Grenzabriegelungen auf dem Balkan ist aber nicht klar, weil es ist zurzeit praktisch unmöglich ist, von der Türkei auf dem Landweg nach Libyen zu kommen. Unter den Neuankömmlingen sollen kaum Syrer, sondern vor allem Menschen aus Nigeria, Gambia, dem Senegal, Mali und anderen westafrikanischen Staaten gewesen sein, meldete das UNHCR.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will als Reaktion auf die geänderten Routen, dass die EU auch mit nordafrikanischen Staaten über Abschiebeabkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Deals verhandelt. Weil Libyen kein funktionierender Staat ist, sind Verhandlungen allerdings nicht möglich.

Wie sich die Zahl der in Europa ankommenden Flüchtlinge entwickle, hängt nach Ansicht der Bundespolizei davon ab, wie erfolgreich die Vereinbarungen mit der Türkei umgesetzt werden. "Intensivierte Maßnahmen der türkischen Sicherheitsbehörden sind bislang nur punktuell erkennbar und führen bislang zu keiner Veränderung der Migrationslage", heißt es in dem Lagebericht.

Gleichzeitig warnen die deutschen Sicherheitsbehörden davor, dass die Lage in überfüllten Flüchtlingslagern in Griechenland eskalieren könnte. "Ohne die zeitnahe Rückführung nicht schutzberechtigter Personen werden durch das Verbringen und Festhalten von Migranten in Aufnahme- oder Rückführungseinrichtungen gewaltsame Ausschreitungen voraussichtlich weiter zunehmen", heißt es in dem Papier.

Load-Date: April 7, 2016

Mehr Davos, weniger Kreuth; Zwei Bergdörfer diskutieren die Flüchtlingskrise: In einem dominiert der Kleingeist, das andere entwickelt eine Zukunft, in der Flüchtlinge keine Flüchtlinge mehr sind.

ZEIT-online

Freitag 22. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 4

Length: 1257 words

Byline: Jochen Wegner

Body

In Davos

© Jean-Christophe Bott/EPA/dpa

Auf den ersten Blick sehen die Nachrichtenbilder aus, als sei die Bundeskanzlerin doch nach Davos gekommen. Pünktlich zum Auftakt des Weltwirtschaftsforums (WEF) am Mittwoch in der Schweiz steht sie vor einer hübschen Dorfkulisse, Pulverschnee ist malerisch gefallen. Nur die Politiker, die sie umringen, blicken etwas zu grimmig.

Obwohl Merkels großes Thema, die **Flüchtlinge**, in diesem Jahr die Agenda des WEF dominiert wie seit der Finanzkrise keines, war sie diese Woche in ein anderes Alpendorf gereist, Kreuth. Die nationale Diskussion um **Flüchtlinge** ist für Merkel derzeit ohnehin wichtiger als die globale: In Davos wird gerade nur um das Schicksal von weltweit 60 Millionen zwangsweise entwurzelten Menschen gerungen. In Wildbad Kreuth, wo am Jahresanfang immer die CSU einkehrt, ging es aber zusätzlich um das damit eng verbundene Schicksal von Angela Merkel selbst.

So war es an Joachim Gauck, die noch bis Samstag andauernde Weltkonferenz zu eröffnen, bei der Tausende internationale Führungskräfte globale Politik und Deals verhandeln. "Ein Deutschland und ein Europa ohne Grundgedanken der Solidarität kann ich mir nicht vorstellen", warb Gauck, von WEF-Gründer Klaus Schwab nach seinen unumstößlichen Grundwerten in Zeiten der Flüchtlinge gefragt.

Deutschland steht alleine da

Gaucks Botschaft war wohl platziert in einer Phase, in der Europa nicht nur an seinen wirtschaftlichen, sondern vor allem an seinen territorialen Fragen zerbrechen könnte. Bald endet der Winter und die Zahl der Flüchtlinge wird trotz aller anlaufenden Initiativen neue Rekorde erreichen. "Ein Europa ohne Grenzen kann nur gelingen, wenn die Außengrenzen gesichert werden, und das funktioniert nicht", erklärte in Davos bündig Sebastian Kurz, Außenminister von Österreich, das die Zahl der Flüchtlinge jetzt begrenzen will - zum Schaden Deutschlands.

Mehr Davos, weniger Kreuth Zwei Bergdörfer diskutieren die Flüchtlingskrise: In einem dominiert der Kleingeist, das andere entwickelt eine Zukunft, in der Flüch....

Österreich gehörte neben Schweden zu den Ländern, die gemeinsam mit Deutschland die meisten Flüchtlinge aufgenommen haben, nun steht die Bundesrepublik mit ihrer Willkommenskultur alleine da. Selbst der deutsche Vizekanzler Sigmar Gabriel hegte öffentlich Zweifel an der von Gauck beschworenen Solidarität: "Ich werde nicht viele europäische Partner finden, die helfen werden." Für Merkel macht das eine schwierige Situation noch schwieriger.

Doch während sie das Dorf Kreuth ergebnislos verlassen hat, ist die Stimmung im Dorf Davos so zupackend, als wäre sie hier. "Unfreiwillige Migration in großem Umfang" steht zum ersten Mal an der Spitze des jährlich aktualisierten WEF-Risiko-Index, für den viele Experten aus der Community befragt werden. Und niemand versteht besser als die global vernetzten Führungskräfte, dass Kleinstaaterei und Lokalpolitik nicht mehr funktionieren - gemeinsames, pragmatisches Handeln aber das Schlimmste abwenden und große Chancen eröffnen kann. "Wir schaffen das" ist hin und wieder sogar auf den internationalen Panels zu hören, im Original vorgetragen mit unterschiedlichen Akzenten.

Dazu kommen Einheizer wie der junge, gerade gewählte kanadische Premierminister Justin Trudeau, der selbst die optimistische Merkel aus den Anfangstagen der Flüchtlingsdebatte übertrifft. Als er jüngst persönlich syrische Flüchtlingsfamilien in Toronto als Staatsbürger Kanadas begrüßt habe, erzählt er, habe er sie "als die Zukunft unserer Wirtschaft begrüßt". Vielfalt und Ideenreichtum seien die wichtigsten Ressourcen Kanadas, nicht Bodenschätze. Seine Rede hielt er aus symbolischen Gründen zum Leid der Simultanübersetzer teils auf Englisch, teils auf Französisch.

Dass massive Zuwanderung tatsächlich auch große ökonomische Chancen bietet, legt eine Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF) nahe, die Direktorin Christine Lagarde vorstellte. Auf Basis historischer Migrationsdaten haben IWF-Experten die möglichen Effekte der Asylsuchenden in Europa simuliert. Danach könnte das Bruttoinlandsprodukt etwa in Deutschland dank Flüchtlingen bis 2020 um mehr als ein Prozent steigen - aber nur, wenn es gelingt, sie schnell in geregelte Arbeit zu bringen.

Hier liegt nicht nur nach Meinung von Lagarde das größte Problem: Der Zugang zum Arbeitsmarkt müsse in allen Ländern, die Flüchtlinge aufgenommen haben, grundsätzlich viel leichter werden, auch die Förderung von Menschen ohne Fremdsprachenkenntnisse und mit unzureichender Bildung sei entscheidend. Joachim Gauck warb ebenfalls dafür, den historischen Fehler einer schleppenden Integration, die Deutschland einst seinen Gastarbeitern bescherte, nicht zu wiederholen: Die damaligen Versäumnisse wirkten zum Teil bis in die Enkelgeneration fort.

Neue Zahlen aus Deutschland findet der IWF-Bericht "ermutigend": 21 Prozent der Asylbewerber, die in den vergangenen beiden Jahren aus Syrien gekommen sind, haben einen höheren Bildungsabschluss, ganz ähnlich wie die Deutschen mit 23 Prozent. Eine noch unveröffentlichte Langzeit-Analyse des IWF über vier Jahrzehnte zeigt, dass Einwanderer in Deutschland zu Beginn 20 Prozent weniger verdienten als dort Geborene, das Gehaltsniveau sich aber mit jedem Arbeitsjahr um einen Prozentpunkt verbesserte. Gute Deutschkenntnisse verkleinerten die Start-Distanz gleich auf 12 Prozent, ein deutscher Bildungsabschluss auf nur noch 6 Prozent.

Die Davos-Methode: Unternehmergeist und Philanthropie

"In der Minute, in der sie ihren ersten Job haben, hören Flüchtlinge auf, Flüchtlinge zu sein." So lautet das Mantra des kurdisch-amerikanischen Joghurt-Milliardärs Hamdi Ulukaya. Wie man Zugereiste möglichst effektiv in Lohn und Brot bringt, musste der Firmengründer gleich auf drei WEF-Veranstaltungen immer wieder erklären.

Ulukaya ist ein Rollenmodell dafür, wie Davos Weltprobleme am liebsten angeht: mit Unternehmergeist und Philanthropie. Als Sohn kurdischer Milchbauern in den 90ern eigentlich zum Englischstudium in die USA gekommen, produzierte er dort nach Anleitung seines Vaters zunächst Fetakäse. Später übernahm er eine stillgelegte Joghurtfabrik in New York und stellte nach wenigen Jahren den US-weit bestverkauften griechischen Joghurt her. Schon im zweiten Jahr begann Ulukaya, in seiner Fabrik Flüchtlinge zu beschäftigen, heute sind es

Mehr Davos, weniger Kreuth Zwei Bergdörfer diskutieren die Flüchtlingskrise: In einem dominiert der Kleingeist, das andere entwickelt eine Zukunft, in der Fluch....

einige Hundert: "Sie sprechen zwölf unterschiedliche Sprachen, also haben wir zum Start Dolmetscher für alle da." 700 Millionen, die Hälfte seines Vermögens, will er für Flüchtlinge des Syrien-Kriegs spenden.

Ob die Welt-Elite erfolgreich wirken kann, entscheidet sich aber gerade eher in ganz gewöhnlichen Dörfern mit Namen wie Kreuth oder Königsau, in denen gewöhnliche Menschen über Flüchtlinge diskutieren. "Viele Bürger empfinden Zuwanderung weniger als Gewinn denn als Verlust ihrer vertrauten Welt", mahnte gar Joachim Gauck, und redete am Schluss selbst von einer Obergrenze: "Begrenzung hilft, Akzeptanz zu erhalten."

Wie Politiker Akzeptanz für ein offenes Europa erreichen können, lässt sich derzeit vielleicht am besten beim kanadischen Premier Justin Trudeau studieren. Wie um alles in der Welt er mit seiner offenen Einstellung zur Migration überhaupt gewählt werden konnte, fragte ihn kopfschüttelnd ein US-amerikanischer Interviewer. "Wir müssen uns nun entscheiden, wie sehr wir unsere Gesellschaften abschotten wollen", antwortete Trudeau. "Ich habe da gewaltiges Vertrauen in die einfachen Leute."

Load-Date: January 22, 2016

End of Document

Streitfall Türkei; Der türkische Vorstoß beim Gipfel in Brüssel hat die Hoffnung auf eine Lösung der Flüchtlingsfrage verstärkt. Doch der Preis erscheint vielen in Deutschland als zu hoch.

ZEIT-online

Dienstag 8. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Gipfel; Ausg. 11

Length: 1139 words

Body

Zaun an der griechisch-mazedonischen Grenze

© Louisa Gouliamaki/AFP/Getty Images

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann war am Dienstagmorgen einer der ersten deutschen Politiker, der sich zum gerade beendeten EU-Türkei-Gipfel äußerte. Eine europäische Lösung der **Flüchtlingskrise** sei jetzt in Sichtweite, verkündete er. Und fügte hinzu: "Alle, die für Deutschland eine nationale Lösung und Grenzzäune wollten, sind nun widerlegt."

Das ist eine erstaunliche Sicht der Dinge, angesichts der Tatsache, dass bisher noch gar nichts beschlossen wurde. Schließlich hat die Türkei der EU bei dem Treffen am Montag lediglich deutlich gemacht, unter welchen Bedingungen sie zu einem umfassenden Grenzschutz und zur Rücknahme von **Flüchtlingen** bereit sei.

Doch Oppermann war nicht der Einzige, der am Dienstag lobende Worte für den Ausgang des EU-Gipfels fand. Zustimmung erhielt Merkel diesmal nicht nur von ihren üblichen Getreuen, wie Fraktionschef Volker Kauder oder Innenminister Thomas de Mazière, sondern auch aus den Reihen der CSU.

Ein großer Erfolg für Merkel

"Der jetzige Stand der Verhandlungen ist für die Bundeskanzlerin ein großer Erfolg", sagte zum Beispiel der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer (CSU), ZEIT ONLINE. Es bestehe durchaus die Hoffnung, dass die Zahl der Flüchtlinge, die über die Türkei nach Griechenland kämen, sich durch die Maßnahmen, die nun diskutiert werden, deutlich reduzieren lassen.

Selbst der frühere Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), der in der Vergangenheit zu den schärfsten Kritikern von Merkels Flüchtlingspolitik gehörte, findet es grundsätzlich positiv, dass die EU-Staatschef sich auf eine gemeinsame europäische Vorgehensweise in der Migrationskrise geeinigt hätten. "Dass Europa zusammengeblieben ist, ist ein Erfolg von Frau Merkel", sagte er ZEIT ONLINE.

Streitfall Türkei Der türkische Vorstoß beim Gipfel in Brüssel hat die Hoffnung auf eine Lösung der Flüchtlingsfrage verstärkt. Doch der Preis erscheint vielen

Die Zäunebauer in der EU sieht er allerdings keineswegs widerlegt, sondern bestätigt. In dem Gipfel-Abschlusspapier werde festgestellt, dass durch die partielle Schließung von Grenzen die Zahl der Flüchtlinge auf der Balkanroute reduziert worden sei. "Das ist eine faktische Anerkennung der nationalen Grenzsicherungsmaßnahmen, die Länder wie Mazedonien, Slowenien und Österreich in den vergangenen Wochen getroffen haben", sagt Friedrich.

Ein legaler Flüchtling für jeden illegalen

Umstritten sind auch die Details einer möglichen Einigung mit der Türkei sowie die Zugeständnisse, die Ankara für ein Entgegenkommen verlangt:

Die Türkei hat vorgeschlagen, künftig sämtliche illegal aus der Türkei eingereisten Flüchtlinge wieder zurückzunehmen, dafür müsse aber jeweils ein syrischer Flüchtling auf legalem Weg von Europa aufgenommen werden.

CSU-Mann Friedrich kritisiert, dass man es damit in die Hände der Türkei lege, wie viele Flüchtlinge Europa aufnehmen müsse. Andere sehen gerade in dieser Regelung einen entscheidenden Fortschritt, weil man so den Schleppern das Handwerk legen könne. Schließlich sei es für Flüchtlinge nicht attraktiv, sich diesen anzuvertrauen, wenn sie wüssten, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit zurückgeschickt würden.

Voraussetzung dafür, dass dieses Modell funktioniert, ist allerdings, dass sich die EU-Staaten auf einen Mechanismus einigen, wie die legal von der Türkei übernommenen Flüchtlinge auf Europa verteilt werden sollen. Dies ist bisher noch nicht geschehen und dürfte auf dem kommenden EU-Gipfel am 18. März die entscheidende Frage werden.

Die Organisation Pro Asyl kritisiert zudem, dass nur Syrer über legale Kontingente verteilt werden sollen. Schutzsuchende aus anderen Staaten würden pauschal benachteiligt. Merkel deutete allerdings bereits an, dass möglicherweise auch Iraker legal übernommen werden könnten.

Visaregelung

Vor allem die CSU lehnt die volle Visafreiheit für türkische Staatsbürger vehement ab. Die Türkei fordert diese bereits zum 1. Juni. Die CSU kann sich dem Vernehmen nach höchstens partielle Visa-Erleichterungen zum Beispiel für Wirtschaftsvertreter vorstellen. Doch auch in der CDU stößt die Forderung nach Visa-Freiheit auf Kritik. Wenn man diese zugestehe, schaffe man neue sicherheits- und migrationspolitische Probleme, sagte der CDU-Innenpolitiker Armin Schuster ZEIT ONLINE. Sollte sich die Lage der Kurden in der Türkei zuspitzen, könnte dies bei gleichzeitiger Visafreiheit zu neuer ungesteuerter Migration führen.

Beitrittsverhandlungen

Ankara fordert, dass im Gegenzug für die Zusammenarbeit bei der Lösung der Flüchtlingskrise die Verhandlungen über einen Beitritt der Türkei zur EU beschleunigt werden. Auch das macht vor allem konservativen Politikern Sorgen, die eine Vollmitgliedschaft der Türkei ablehnen.

Man könne zwar zusätzliche Beitrittskapitel eröffnen, es werde aber keine Zugeständnisse geben, was die Beitrittsbedingungen angehe, sagt der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion Jürgen Hardt. Alles, was zum Kernbestand europäischen Rechts gehöre, stehe nicht zur Disposition.

Auch SPD-Chef Sigmar Gabriel sagte, es werde keinen schnellen EU-Beitritt der Türkei geben: "Die Türkei ist nicht in einem Zustand, in dem sie Mitglied der Europäischen Union werden könnte." In den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei müssten nun die Kapitel aufgemacht werden, die sich mit Menschenrechten, Demokratie und Meinungsfreiheit befassten.

Finanzielle Forderungen

Streitfall Türkei Der türkische Vorstoß beim Gipfel in Brüssel hat die Hoffnung auf eine Lösung der Flüchtlingsfrage verstärkt. Doch der Preis erscheint vielen

Die Türkei dringt neben den von der EU bereits zugesagten drei Milliarden Euro auf weitere drei Milliarden. Auch dies stößt partiell auf Kritik. Die Türkei solle erst das bereits bewilligte Geld zur Verbesserung der Situation in den Flüchtlingscamps ausgeben, sagte etwa der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber (CSU).

Außenpolitiker Hardt findet, man solle nochmals darüber nachdenken, sichere Zonen für Flüchtlinge direkt in Syrien einzurichten. Dort wäre das Geld der EU dann besser investiert.

Rechtliche Probleme

Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen haben große Zweifel, ob die Türkei als sicherer Drittstaat eingestuft werden kann. Das wäre aber die Voraussetzung dafür, dass Menschen, die von dort kommen, ohne Prüfung ihres Asylgesuchs wieder zurückgeschickt werden können. Nach einer entsprechenden EU-Direktive kann ein Land nur dann als sicheren Drittstaat anerkannt werden, wenn es die Genfer Flüchtlingskonvention ohne geografischen Vorbehalt ratifiziert hat. Das ist bei der Türkei nicht der Fall.

Neue Fluchtrouten

Wenn Flüchtlinge grundsätzlich nicht mehr über die Türkei kommen können, dürften andere Fluchtrouten wie etwa der Seeweg von Libyen nach Italien an Bedeutung gewinnen. Die Verhandlungen mit der Türkei könnten deswegen nur ein erster Schritt sein, findet Innenpolitiker Schuster. Die eigentliche Aufgabe bestehe darin, das Schengensystem insgesamt gegen alle Schleusrouten sicher zu machen. Dazu seien weitere tiefgreifende Reformen, wie etwa der Aufbau einer europäischen Grenzpolizei, erforderlich.

Load-Date: March 8, 2016

Arbeitslosenzahl soll trotz Flüchtlingskrise sinken; Die Bundesarbeitsagentur geht nicht davon aus, dass wegen der Flüchtlinge in Deutschland die Arbeitslosigkeit wieder steigt. Man könne mit den bisherigen Zahlen umgehen.

ZEIT-online

Freitag 26. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Frank-Jürgen Weise; Ausg. 10

Length: 255 words

Body

Ein **Flüchtling** aus Syrien in einem Münchener BMW-Werk

© Joerg Koch/Getty Images

Der Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise, will die Zahl der Arbeitslosen trotz des **Flüchtlingszuzugs** weiter senken oder "zumindest nicht wieder steigen lassen". Voraussetzung sei, dass die Konjunktur gut bleibe, sagte Weise, der auch das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) leitet, der Funke Mediengruppe.

Weise kündigte an, bei den Unternehmen dafür zu werben, sich für Flüchtlinge zu öffnen. Er wies zudem die Einschätzung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex zurück, im laufenden Jahr würden ähnlich viele Flüchtlinge in die EU kommen wie 2015. "Wir haben die Einflussfaktoren doch gar nicht in der Hand: Wie verhält sich die Türkei? Wie verhält sich Österreich?", sagte der BA-Chef.

In den vergangenen drei Jahren seien etwa 1,2 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland gekommen, rund 660.000 von ihnen hätten Bleiberecht, rechnete Weise vor. "Das ist eine Größenordnung, mit der wir umgehen können." Er nannte als Ziel, die 370.000 Asylanträge, die gestellt und noch nicht bearbeitet seien, in diesem Jahr abzuarbeiten.

Außerdem müsse es gelingen, "die 300.000 bis 400.000 Menschen zu erfassen, die im Land sind, ohne dass sie erfasst sind oder einen Antrag stellen konnten". Drittens wolle das Bamf sämtliche Anträge der neu Ankommenden bearbeiten. Weise: "Wir haben uns vorgenommen, weit über eine Million Verfahren in diesem Jahr zum Abschluss zu bringen."

Load-Date: February 26, 2016

Athen lehnt Besuch von Österreichs Innenministerin ab; In Griechenland unerwünscht: Im Streit um die Grenzschießungen auf der Balkanroute wird Ministerin Mikl-Leitner für den Rückstau der Flüchtlinge verantwortlich gemacht.

ZEIT-online

Freitag 26. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Griechenland; Ausg. 10

Length: 438 words

Body

Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner

© Bart Maat/EPA/dpa

Im Streit um das weitere Vorgehen in der **Flüchtlingskrise** hat die griechische Regierung einen Besuch von Österreichs konservativer Innenministerin Johanna Mikl-Leitner abgelehnt. Eine Quelle im Außenministerium in Athen bestätigte einen Medienbericht, nach dem eine entsprechende Anfrage Wiens zurückgewiesen worden sei. Um Mikl-Leitner in Athen zu empfangen, müssten alle Beschlüsse rückgängig gemacht werden, die am Mittwoch in Wien zur **Flüchtlingskrise** gefasst worden seien.

Österreich und neun weitere Länder entlang der Balkanroute hatten auf dem Treffen beschlossen, die Kontrollen an der griechisch-mazedonischen Grenze zu verschärfen. Ziel ist es laut Mikl-Leitner, "die Migrationsströme zu stoppen". Am Donnerstag hatte Griechenland daraufhin seine Botschafterin in Österreich zu Konsultationen zurückgerufen.

Nach der Teilschließung der mazedonischen Grenze versucht Griechenland, den Rückstau Tausender Flüchtlinge zu bewältigen. Dazu werden fünf neue Aufnahmelager an der Grenze gebaut, zugleich sollen viele Flüchtlinge zunächst auf den Inseln in der Ostägäis bleiben. Aus diesem Grund sollen Fähren in den kommenden Tagen weniger Migranten als bisher von den Inseln abholen. Dennoch trafen am Freitagmorgen in der Hafenstadt Piräus knapp 1.500 Migranten ein. Die griechischen Auffanglager, Wartehallen in Piräus und die Hallen eines alten, geschlossenen Flughafens von Athen sind überfüllt.

20.000 Flüchtlinge sitzen fest

"Wir müssen den Zustrom wegen des Rückstaus auf dem Festland verlangsamen", sagte der für die Küstenwache zuständige griechische Minister Thodoris Dritsas am Freitag dem Nachrichtensender Skai. Um die Inseln nicht zu überlasten, sollten die registrierten Migranten auf drei großen Fähren untergebracht werden, die in den Häfen der Inseln Lesbos, Chios und Samos angelegt haben.

Athen lehnt Besuch von Österreichs Innenministerin ab In Griechenland unerwünscht: Im Streit um die Grenzsicherungen auf der Balkanroute wird Ministerin Mikl-L....

Weil sie auf der Balkanroute nicht mehr weiterkommen, sitzen nach Schätzungen der Behörden inzwischen rund 20.000 Menschen in Griechenland fest. Zudem warten an der Grenze zu Mazedonien bei Idomeni mehr als 4.000 Migranten auf eine Gelegenheit, in Richtung Norden weiterzureisen. Dort sei es in der Nacht zum Freitag zu Schlägereien und Messerstechereien zwischen Flüchtlingen gekommen, berichtete das Staatsradio unter Berufung auf die Kommunalbehörde.

Mazedonien gestattet zurzeit nur wenigen Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak die Weiterfahrt nach Mitteleuropa. "In den vergangenen 24 Stunden sind nur 260 Menschen übergefahren", sagte ein Grenzpolizist aus Idomeni.

Load-Date: February 26, 2016

End of Document

Albig warnt vor "Flüchtlingsghettos"; Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein hat für kluge Maßnahmen zur Integration der Flüchtlinge plädiert. So könnten diese zum Wohlstand in Deutschland beitragen.

ZEIT-online

Sonntag 29. März 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Integration; Ausg. 13

Length: 458 words

Body

Flüchtlinge ziehen am 26.02.2015 in Hamburg im Hamburger Binnenhafen in das Wohnschiff "Transit" ein.

© Axel Heimken/dpa

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) hat eine bessere Integration der **Flüchtlinge** in Deutschland gefordert. "Wir müssen aufpassen, dass wir keine riesigen **Flüchtlingsghettos** wie in Jordanien schaffen", sagte Albig der *Welt am Sonntag*. Es dürfe keine Gesellschaft neben der Gesellschaft entstehen. "Wir müssen möglichst schnell genügend Wohnraum in der Mitte der Gemeinden bereitstellen."

Würden die Menschen klug integriert, belasteten sie nicht den Sozialstaat, sondern trügen zum Wohlstand bei, sagte Albig. Den verunsicherten Bürgern müsse erklärt werden, "wer diese Menschen sind und warum sie fliehen". Albig lobte zugleich ausdrücklich das Engagement vieler Bürger für Flüchtlinge.

Um Flüchtlingen im Alltag zu helfen, sprach sich Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) in der Zeitung für Paten aus. Gerade das Engagement von älteren Menschen sei jetzt gefragt. Es müsse über Integrationsmaßnahmen nachgedacht werden, "die der außergewöhnlichen Situation gerecht werden". Zudem würden mehr Deutschlehrer, mehr Kita-Plätze und mehr dezentrale Unterkünfte gebraucht.

Die Flüchtlinge seien eine große Chance für Deutschland, sagte Haseloff und warb für ein gemeinsames Leben von Einheimischen mit Flüchtlingen. Daher dürften die Asylbewerber auch nicht hinter Mauern abgeschottet werden.

Albig erwartet hohe Flüchtlingszahlen in den nächsten zehn Jahren

Albig forderte den Bund auf, mit Ländern und Kommunen einen Pakt zu schließen, in dem die notwendigen Mittel zugesagt und deren Verwendung geregelt wird. Bisher hat sich der Bund bereit erklärt, den Ländern für dieses und das kommende Jahr jeweils 500 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Dies reiche nicht aus. Wenn doppelt so viele Menschen kommen wie ursprünglich erwartet, müsse sich auch der Beitrag des Bundes verdoppeln. Um die Länder zu unterstützen, könne eine Möglichkeit sein, dass der Bund die Kosten für die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge vollständig übernimmt.

Albig warnt vor "Flüchtlingsghettos" Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein hat für kluge Maßnahmen zur Integration der Flüchtlinge plädiert. So könnten d....

Albig sagte, der Bund müsse zudem mehr Stellen beim Bundesamt für Migration schaffen, um die Asylverfahren zu beschleunigen. Derzeit gebe es 180.000 offene Fälle. Die zusätzlichen Stellen würden längerfristig benötigt, denn "wir haben im nächsten Jahrzehnt mit großen Flüchtlingsströmen zu rechnen".

Bundesinnenminister Thomas de Maizère (CDU) hat die Forderung nach mehr Geld vom Bund abgelehnt. Vor weniger als vier Monaten hätten sich Bund und Länder auf die Höhe der Zahlungen geeinigt. Dies sei auch für 2016 als eine ausgewogene Regelung gesehen worden. De Maizère kenne keinen Grund, um nun von der Vereinbarung abzuweichen.

Load-Date: March 29, 2015

End of Document

Weise wird neuer Bamf-Präsident; Die Bundesregierung hat einen Nachfolger für Manfred Schmidt gefunden. Der Chef der Bundesagentur für Arbeit übernimmt auch die Verantwortung für die Flüchtlingsbehörde.

ZEIT-online

Freitag 18. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingsamt; Ausg. 38

Length: 340 words

Body

Weise bei einem Fototermin in Hamburg (Archivbild)

© Maja Hiji/dpa

Der Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise, wird neuer Präsident des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf). Das teilte Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit. Weise wird die Aufgabe zusätzlich zu seiner Tätigkeit bei der BA wahrnehmen. Er folgt auf Manfred Schmidt, der am Donnerstag "aus persönlichen Gründen" zurückgetreten war.

Weise werde beide Ämter "in Personalunion" ausüben, sagte de Maizière. Die Entscheidung sei mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles abgesprochen und gelte bis auf Weiteres. "Wir sind der Meinung, das geht", sagte de Maizière mit Blick auf die Doppelbelastung. "Wir trauen ihm das zu."

Weise sei einer der hervorragendsten Manager in Deutschland, diese Qualitäten würden wegen der schwierigen Lage des Bamf in der Flüchtlingskrise gefordert, sagte de Maizière. Das Amt sei einer der schwierigsten Posten, der in Deutschland zur Zeit zu vergeben sei. Weise habe ohne den "Hauch einer Bedingung" seine Bereitschaft erklärt, diese "große Aufgabe" zu übernehmen.

Das Bamf war in den vergangenen Wochen wiederholt kritisiert worden, weil die Asylverfahren nicht ausreichend beschleunigt wurden. Unter Schmidt war es der Behörde nicht gelungen, die Kapazitäten des Amtes zügig auszuweiten, obwohl die Bundesregierung das Bamf in den vergangenen Monaten wiederholt personell verstärkt hatte. Derzeit stauen sich in der Nürnberger Behörde mehr als 250.000 Asylanträge. Weitere erhebliche Aufstockungen sind geplant, auch durch Abordnungen vom Zoll und weiteren Behörden sowie durch die Reaktivierung von Beamten im Ruhestand.

Unter Schmidt hatte das Bamf Ende August angekündigt, das Dublin-Verfahren für Syrer aussetzen zu wollen. In der Folge machten sich Tausende Menschen über die sogenannte Balkanroute gen Deutschland auf - und Ungarn und Österreich ließen sie passieren. Das Bundesinnenministerium musste später klarstellen, dass Deutschland Dublin nicht ausgesetzt habe.

Weise wird neuer Bamf-Präsident Die Bundesregierung hat einen Nachfolger für Manfred Schmidt gefunden.
Der Chef der Bundesagentur für Arbeit übernimmt auch die

Load-Date: September 18, 2015

End of Document

Geht den Flüchtlingen Jobs!; Arbeit ist für Asylbewerber so wichtig wie eine Wohnung. Doch trotz Erleichterungen hält viele Flüchtlinge die Bürokratie weiter auf. Das ließe sich leicht ändern.

ZEIT-online

Dienstag 26. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 21

Length: 621 words

Byline: Karsten Polke-Majewski

Body

Berufsbildung für **Flüchtlinge** in Bützow

© Jens Büttner/dpa

Wer als **Flüchtling** nach Deutschland kommt, darf nach drei Monaten hier arbeiten - ganz egal, welchen Status er bis dahin erhalten hat. So steht es seit Oktober 2014 im "Gesetz zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für **Asylbewerber** und geduldete Ausländer". Niemand muss seither mehr monatelang in irgendwelchen engen Notunterkünften herumsitzen, um darauf zu warten, dass die Behörden über seinen **Asylantrag** entscheiden. Ein echter Fortschritt. Möchte man meinen.

Das Problem: Dem Gesetz nach müsste in jenen drei Monaten geklärt sein, ob und wie lange ein Flüchtling in Deutschland bleiben darf. Tatsächlich dauern die Verfahren im Bundesamt für Migration und Flüchtlingen im Durchschnitt jedoch sieben Monate, wie eine neue Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt. Eritreer, von denen sehr viele anerkannt werden, warten sogar rund zehn Monate, Afghanen 16 und Pakistani fast 18 Monate.

Weil außerdem nicht alle Flüchtlinge Kriegsopfer aus Syrien sind, politische Dissidenten aus dem Iran oder knapp dem Tod entronnene Homosexuelle aus Uganda, die ziemlich sicher aufgenommen werden, sondern manche auch vor der Armut Schwarzafrikas flohen oder vor der Perspektivlosigkeit im Kosovo, kann es um ihr Aufenthaltsrecht schnell geschehen sein. Kein großer Anreiz für Unternehmer, Flüchtlinge einzustellen.

Fünf Jahre Sicherheit

Doch das ließe sich leicht ändern, zum Beispiel so: Wer arbeiten will und einen (sozialversicherungspflichtigen) Job findet, darf nach überstandener Probezeit fünf Jahre lang im Land bleiben - egal, wie und wann über den Asylantrag entschieden wird. Unverrückbar bliebe der Grundsatz, wonach Verfolgte Schutz genießen und dafür nichts leisten müssen.

Wenn die Verfahren schon sieben Monate und länger dauern, hätte ein Flüchtling so zumindest Zeit, Arbeit zu suchen. Ihm gäbe das eine Perspektive, die unsichere Zwischenwelt des hilflosen Bittstellers verlassen zu

Gebt den Flüchtlingen Jobs! Arbeit ist für Asylbewerber so wichtig wie eine Wohnung. Doch trotz Erleichterungen hält viele Flüchtlinge die Bürokratie weiter auf....

können. Der Arbeitgeber hätte die Sicherheit, dass ihm ein Mitarbeiter, den er angelernt hat, auch länger erhalten bleibt.

Die Regel würde nichts daran ändern, dass weiterhin Menschen auf teils lebensgefährlichen Wegen zu uns kommen. Doch selbst wenn sich Deutschland ein neues Einwanderungsrecht mit Quoten- oder Punkteregeln gibt, wird es Flüchtlinge geben, die aus Not andere Pfade hierher einschlagen. Mit der neuen Arbeitsregel könnten sich viele von ihnen, die oft gut qualifiziert sind und als Fachkräfte ohnehin gebraucht werden, schnell integrieren.

Damit das funktioniert, braucht es allerdings weitere Schritte: Im Ausland erworbene Abschlüsse müssen wesentlich schneller geprüft und anerkannt werden. Und: Die Vorrangregelung muss fallen oder stark gestraft werden. Nach ihr muss immer erst geprüft werden, ob es für eine freie Stelle nicht auch einen deutschen Bewerber gibt, jemanden aus einem EU-Land oder einen Blue-Card-Besitzer. Nur wenn diese Konkurrenz ausfällt, darf der Job bislang an einen Flüchtling gehen.

Diese Regel blockiert Flüchtlinge und Unternehmen unnötig lange. Außerdem haben deutsche, europäische und Blue-Card-Bewerber ohnehin die besseren Karten: Sie sprechen Deutsch, kennen das System, haben anerkannte Abschlüsse. Der arbeitssuchende Flüchtling nimmt ihnen also nichts weg.

Und wer keinen Job findet? Für den gilt weiterhin das Asylrecht. Wenn er vor Krieg oder politischer Verfolgung flieht, darf er bleiben. Wer aus armen, aber sicheren Verhältnissen stammt, muss das Land verlassen. Oder er wählt gleich einen anderen Weg und beantragt zu Hause ein Visum zur Arbeitssuche. Das ist zwar schwierig - aber wenigstens möglich.

Load-Date: May 26, 2015

Solidarität nur aus Eigeninteresse; Nach Brexit und Flüchtlingskrise herrscht auf dem EU-Gipfel in der Slowakei schnöder Realismus. Nur das derzeit mögliche wird verhandelt, auf Kosten der Gemeinschaft.

ZEIT-online

Freitag 16. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: EU-Gipfel in Bratislava; Ausg. 36

Length: 976 words

Byline: Ulrich Ladurner

Body

Kanzlerin Angela Merkel (links) und der französische Präsident François Hollande laufen zur gemeinsamen Pressekonferenz in Bratislava.

© Filip Singer/EPA/dpa

Für ein kleines Land wie die Slowakei ist es ein großes Ereignis, wenn sich die Staatsoberhäupter der EU in seiner Hauptstadt Bratislava versammeln; ein historischer Gipfel war es noch dazu, der erste seit 43 Jahren, der ohne Großbritannien stattfindet. Und damit nicht genug: Migration, Wachstum, Terror, Kriegsgefahr. Der EU geht es so schlecht wie nie zuvor.

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte am Dienstag in seiner Rede zur Lage der EU im Europaparlament das Wort von der "existenziellen Krise" der EU verwendet. Keiner widersprach ihm. Das war also der dramatisch-historische Rahmen für den Gastgeber, den slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico.

Der Mann, das muss man wissen, kann selbst große Dramen verbal noch steigern. Nach dem Anschlägen von Paris im November 2015 sagte Fico, er werde jeden Muslim im Land überwachen lassen. Migranten, sprich Muslime, sind für ihn offenbar nichts weiter als ein Sicherheitsproblem.

Fico sagte weiter im November 2015: "Ich sehe keinen Grund, auch nicht die Menschenrechte, auch nicht den Humanismus, auch nicht eigennützige Gründe wie es zum Beispiel die billige Arbeitskraft ist, dafür, damit wir die riesigen Sicherheitsrisiken ignorieren oder verschweigen sollten, die diese Migrationswelle mit sich bringt!"

In Sachen Migration ist er also ein Hardliner, in trauter Gesellschaft mit seinen Amtskollegen, der Visegrád-Staatengruppe, Polen, Ungarn, Tschechien. Was aber macht Fico auf der großen Bühne des Gipfels als erstes? Er sagt etwas ganz und gar Unspektakuläres. Er sagt: "Bratislava-Prozess"

Abkühlung der Gemüter

Solidarität nur aus Eigeninteresse Nach Brexit und Flüchtlingskrise herrscht auf dem EU-Gipfel in der Slowakei schnöder Realismus. Nur das derzeit mögliche wird....

Man muss sich das Wort auf der Zunge zergehen lassen, um seine Bedeutungsebenen zu erfassen. Prozess kann heißen: innehalten, Luft holen, einen Schritt weitergehen, innehalten. Prozess kann heißen: Wir einigen uns darauf, dass wir uns nicht einigen können, bleiben aber im Gespräch, in der Hoffnung, dass wir uns irgendwann einigen werden. Prozess kann heißen: alle Probleme auf die lange Bank schieben, bis sie irgendeine höher Macht zum Verschwinden bringt.

Was auch immer Fico gemeint haben mag, wenn er von "Bratislava-Prozess" sprach, es ging um Abkühlung der Gemüter. Es ist ja kein Geheimnis wie groß die Spannungen zwischen den einzelnen EU-Staaten sind. Bis kurz vor dem Gipfel war es nochmal ordentlich zur Sache gegangen.

Ungarns Viktor Orbán und Polens Jaroslav Kaczynski propagierten drohend eine europäische Konterrevolution. Der stets angriffslustige Orbán beschimpfte den Präsidenten des EU Parlaments Martin Schulz als "Mitglied einer nihilistischen Elite". Nun, in Bratislava beschimpfte man sich nicht mehr - man hatte einen "Prozess" begonnen. Alle Teilnehmer waren sich dem Vernehmen nach darin einig, dass sich ein Jahr wie 2015 nicht mehr wiederholen dürfe.

Die unkontrollierte Massenwanderung hat nicht nur die Legitimität der EU untergraben, sondern den Glauben europäischer Bürger an die Steuerungsfähigkeit von Politik insgesamt erschüttert. Daraus ergaben sich schnell eine konsensfähige Sache: Besserer Schutz der europäischen Grenzen. Frontex wird noch größeres Gewicht bekommen, an einem gemeinsamen Asylsystem wird weiter gearbeitet, der Datenaustausch soll verbessert werden. Das ist beschlossene Sache, und es soll alles möglichst schnelle gehen. Denn, darin war man sich auch einig, die EU beschleße allzu oft Dinge, die sie nicht umsetze.

"Die Wähler und Wählerinnen", sagte Merkel bei ihrer Schlusspressekonferenz, "interessiert, konkrete Taten. Daran werden wir gemessen!" Im April nächsten Jahres, pünktlich zum sechzigsten Jahrestag der EU, soll die konkreten Ergebnisse vorliegen. Nur keine Visionen, nur keine Wertedebatte. Das würde Europa nur weiter spalten und die Gräben vertiefen, insbesondere zwischen Ost und West.

Die Gipfelteilnehmer konzentrierten sich auf derzeit Mögliche, aufs Konkrete. Der europäische Bürger soll nach ihrem Willen spüren, dass Europa ihn schützen kann, vor unkontrollierter Wanderung, vor Terror, Krieg und Wirtschaftskrise. Realismus war angesagt.

Flexible Solidarität

Freilich, auch der schnödeste Realismus ist politisch. So technokratisch der Gipfel von Bratislava sich auch präsentieren wollte, so klar ist doch, dass eine Gewichtsverschiebung innerhalb der Gemeinschaft stattgefunden hat. Auch wenn es niemand ausdrückt so sagen mochte. Nationalstaaten wurden tendenziell gestärkt, die europäischen Institutionen geschwächt.

Am deutlichsten erkennbar wurde das in einem Satz, den die Visegrád-Staaten kurz vor dem Gipfel in einem Papier präsentiert haben und der unwidersprochen blieb: "Migrationspolitik sollte auf dem Prinzip der "flexiblen Solidarität" gründen", heißt es dort. Und weiter: "Dieses Konzept sollte die Mitgliedstaaten in die Lage versetzen selbst zu entscheiden in welcher Form sie auf der Grundlage ihrer Erfahrungen und ihres Potentials einen Beitrag leisten möchten!"

"Flexible Solidarität", das ist das Prinzip, das sich in Bratislava geradezu schleichend durchgesetzt hat. Die Flüchtlingsquoten der Kommission sind damit endgültig Vergangenheit. Wie die Vizegradstaaten zur Bewältigung beitragen werden, das blieb offen. Merkel jedenfalls betonte, dass auch diese Staaten "an einer Lösung" interessiert sind.

In den nächsten Monaten wird man jedenfalls sehen, ob die EU ein besserer Grenzschutz gelingt und zu welchen Preis das geschehen wird. In Bratislava war jedenfalls weniger einer Wertegemeinschaft am Werk, sondern eine Interessengemeinschaft.

Solidarität nur aus Eigeninteresse Nach Brexit und Flüchtlingskrise herrscht auf dem EU-Gipfel in der Slowakei
schnöder Realismus. Nur das derzeit mögliche wird....

Load-Date: September 16, 2016

End of Document

EU-Kommission hält an Dublin-Abkommen fest; Flüchtlinge müssen in dem Land Asyl beantragen, in dem sie ankommen. Dabei soll es trotz des geplanten Quotensystems bleiben, stellt Kommissionschef Juncker klar.

ZEIT-online

Montag 11. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 19

Length: 668 words

Body

Von der italienischen Marine gerettete **Flüchtlinge** in Palermo

© Guglielmo Mangiapane/Reuters

Flüchtlinge sollen nach dem Willen der EU-Kommission auch weiterhin in dem Land **Asyl** beantragen, in dem sie ankommen. Zwar werde derzeit an einem Vorschlag für eine Quotenregelung gearbeitet, mit der **Flüchtlinge** auf die EU-Staaten verteilt werden sollen, sagte eine Sprecherin von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Jedoch sei Dublin nicht tot, fügte Natasha Bertaud hinzu.

Nach der Dublin-Verordnung müssen bislang alle Flüchtlinge in dem EU-Staat Asyl beantragen, den sie als erstes betreten. Dies führt zu einer überdurchschnittlichen Belastung der Mittelmeer-Anrainer wie Italien, Griechenland und Malta. Die Staats- und Regierungschefs hatten beim EU-Sondergipfel im vergangenen Monat in Brüssel über eine Quotenregelung gesprochen; Deutschland und Frankreich unterstützen diesen Vorschlag, Großbritannien lehnt ihn ab.

Am Mittwoch will die EU-Kommission ihren Migrationsbericht verstellen, der neben einem Quotensystem für die Verteilung von Flüchtlingen auch Vorschläge zu legalen Wegen in die EU, zum Kampf gegen Schmuggler und zum EU-Programm Triton beinhalten soll.

Großbritannien und Frankreich streiten

Der französische Innenminister Bernard Cazeneuve forderte alle EU-Staaten zur Aufnahme von Asylsuchenden auf. Das derzeitige System belaste eine Reihe von Ländern über Gebühr, sagte Cazeneuve dem Radiosender RTL. Frankreich unterstütze deshalb den Plan der EU-Kommission für ein Quotensystem zur Aufnahme von Flüchtlingen. Eine Asylregelung müsse verhindern, dass Flüchtlinge auf dem Weg in die EU ihr Leben riskieren.

Dagegen machte ein Sprecher des Innenministeriums in London klar, dass Großbritannien "ein verpflichtendes System für die Umsiedlung nicht für die richtige Antwort" halte. "Wir werden jegliche Vorschläge der EU-Kommission, nicht-freiwillige Quoten einzuführen, ablehnen", sagte er.

EU-Kommission hält an Dublin-Abkommen fest Flüchtlinge müssen in dem Land Asyl beantragen, in dem sie ankommen. Dabei soll es trotz des geplanten Quotensystems

Stattdessen müsse man sich darauf konzentrieren, Schleuserbanden zu bekämpfen, sagte der Sprecher. Großbritannien wolle die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden verbessern. Außerdem sollten illegale Einwanderer effektiver zurückgeschickt werden.

Medienberichte, dass das Quotensystem verpflichtend für alle Mitgliedstaaten werden könnte, bestätigte Junckers Sprecherin nicht. Aussagen zu konkreten Inhalten des Papiers seien verfrüht. So sei auch noch unklar, wie das Mandat des EU-Programms Triton im Detail aussehen werde. Derzeit arbeiteten Frontex und die betroffenen Länder an einem Entwurf, der voraussichtlich Ende Mai vorgestellt werde, sagte Bertaud.

Mogherini für Militäreinsatz gegen Schlepperbanden

EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini wirbt derzeit in New York vor dem UN-Sicherheitsrat für einen Militäreinsatz gegen Schlepperbanden im Mittelmeer. Die EU will Schlepperboote noch vor ihrem Einsatz identifizieren und zerstören. Dies ist jedoch rechtlich schwierig, da die EU ohne UN-Mandat nicht in libyschen Gewässern agieren dürfte. UN-Vetomacht Russland hatte sich strikt gegen einen Einsatz zur Zerstörung von Booten ausgesprochen.

Die Nato unterstützt die europäischen Pläne für den Kampf gegen Schleuserbanden im Mittelmeerraum, hat bisher aber kein konkretes Hilfsgesuch erhalten. "Es gibt keine Anfrage, dass die Nato militärisch eine Rolle übernimmt", sagte Generalsekretär Jens Stoltenberg. Die Bemühungen der EU um ein UN-Mandat für einen Militäreinsatz hätten allerdings seine volle Unterstützung. Zu der theoretischen Möglichkeit einer Nato-Rolle äußerte er sich nicht.

Im November 2014 hatte Triton das Flüchtlingsrettungsprogramm Mare Nostrum abgelöst. Die Schiffe sind bisher nicht bis in libysche Gewässer unterwegs, sondern patrouillieren nur vor der Küste Italiens. Sie sollen Grenzen überwachen und gegen Schlepper vorgehen, aber nicht aktiv nach Flüchtlingen suchen. Das monatliche Budget beträgt 2,9 Millionen Euro - ein Drittel dessen, was Italien in Mare Nostrum investierte.

Load-Date: May 11, 2015

**"So kann ich nicht arbeiten"; Nur sehr wenige Geflüchtete finden Arbeit.
Dabei würden das viele Firmen gern ändern. Sie scheitern allzu oft an
widersprüchlichen Vorschriften und viel Bürokratie.**

ZEIT-online

Montag 25. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge am Arbeitsmarkt; Ausg. 31

Length: 1748 words

Byline: Nadine Oberhuber

Body

Flüchtling in einer Berliner Unterkunft vor einer Tafel mit Jobangeboten

© Carsten Koall/Getty Images

In einer Frage scheinen sich alle einig: Wenn es gelingt, den **Geflüchteten** in Deutschland möglichst schnell zu Arbeit zu verhelfen, ist viel gewonnen. Dass das offensichtlich aber ein sehr schwieriger Prozess ist, belegen aktuelle Zahlen: Die Anzahl der **Asylbewerber**, die einer Arbeit nachgehen können, ist klein und die Anzahl der Firmen, die **Flüchtlinge** eingestellt haben, ist es ebenfalls. Wer tut sich hier eigentlich schwer mit wem?

Hätte Sonja Ziegltrum-Teubner gewusst, worauf sie sich einlässt, hätte sie vermutlich keinen **Geflüchteten** beschäftigt, sagt sie selbst. Die Chefin des Blumengroßhandels Bayerische Blumenzentrale hat im Januar einen Mann aus Nigeria angestellt. Aber seitdem ist ihr Ärger groß. Nicht etwa, weil ihr neuer Mitarbeiter nicht mit den Anforderungen an ihn klarkommen würde. Und das, obwohl er im Vergleich mit den anderen Mitarbeitern nicht so gut ausgebildet ist. So wie angeblich viele andere Neuankömmlinge auch, so legen zumindest jüngste Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) nahe: Demnach waren knapp 300.000 **Geflüchtete** im Juni als arbeitssuchend gemeldet, obwohl es zeitgleich rund 665.000 offene Stellen in Deutschland gibt.

Als Gründe dafür bieten sich folgende Zahlen an: Drei Viertel der Geflüchtete haben laut BA keine abgeschlossene Berufsausbildung. Rund 37 Prozent nicht mal einen Schulabschluss. Daher eignen sich 58 Prozent von ihnen nur für Hilfstätigkeiten, lautet das Fazit. Der Großteil der Menschen, von denen sich Ökonomen noch im Herbst erhofften, sie würden den Facharbeitermangel in Deutschland beheben, scheint also zu wenig qualifiziert.

Nicht nur Facharbeiter werden benötigt

Aber stimmt das? Man darf daran zweifeln, schließlich gibt ausgerechnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu, man wisse in Wahrheit wenig über die Qualifikation der Ankommenden. Systematisch abgefragt werden solche Daten nicht. Viele Geflüchtete können ihre Ausbildung wegen fehlender Dokumente gar nicht nachweisen. Und es vergehen manchmal Jahre, bis ihre Berufsabschlüsse hierzulande anerkannt werden.

"So kann ich nicht arbeiten" Nur sehr wenige Geflüchtete finden Arbeit. Dabei würden das viele Firmen gern ändern. Sie scheitern allzu oft an widersprüchlichen

Außerdem sagen andere Statistiken des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), dass auch Hilfsarbeiter dringend gesucht werden, 110.000 offene Stellen gäbe es für sie insgesamt. Allein 35.000 im Verkehr und der Logistik, 20.000 in der Fertigung und 14.000 im Bereich Lebensmittel und Gastronomie.

Doch vor allem die deutsche Industrie tut sich offenbar schwer, Flüchtlinge einzustellen: Gerade erst haben die DAX-Konzerne angegeben, dass die 30 größten deutschen Unternehmen aktuell nur rund 80 Flüchtlinge beschäftigen. Alle Konzerne zusammen wohl gemerkt. Da von diesen 80 Beschäftigten allein rund 50 bei der Telekom arbeiten, verbliebe für die übrigen 29 Konzerne lediglich jeweils ein einziger Flüchtling pro Betrieb.

Für die milliarden schweren internationalen Vorzeigebetriebe wirken diese Zahlen tatsächlich erbärmlich. Zumal es viele kleine deutsche Unternehmen immerhin geschafft haben, 30.000 Asylbewerbern innerhalb des vergangenen Jahres eine Stelle zu beschaffen. Rund neun Prozent aller Betriebe beschäftigen bereits Geflüchtete, etwa zehn Prozent planen, in nächster Zeit welche einzustellen. Unter denjenigen, die bereits Erfahrungen mit Flüchtlingen gesammelt haben, ist die Bereitschaft zur Einstellung weiterer Flüchtlinge sogar dreimal so hoch, 37 Prozent planen weitere Einstellungen. "Die Stimmung ist gut und die Bereitschaft der Betriebe, Geflüchtete zu integrieren, ist hoch", so sagt es Hubert Schöffmann, bildungspolitischer Sprecher der bayerischen Industrie- und Handelskammern. Grundsätzlich jedenfalls.

Auch für Sonja Ziegltrum-Teubner war ihr neuer Mitarbeiter aus Nigeria ein großer Gewinn. "Ich bin mit seiner Arbeit mehr als zufrieden", sagt die Chefin der Bayerischen Blumenzentrale. Sie hatte zuvor monatelang mit der Arbeitsagentur nach einem Mitarbeiter gesucht, der ein Alleskönner ist, der nicht nur die Lastwagen in Schuss halten und reparieren kann, sondern zur Not auch Lampen und Tische flickt. Die Arbeitsagentur schickte ihr nicht einen einzigen Bewerber. Dann meldete sich der Nigerianer eines Tages auf eigene Faust bei ihr - und bekam den Job. Acht Wochen arbeitete der Familienbetrieb ihn ein. Dann kam das Schreiben vom Bamf, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Genau zum Beginn der Hochsaison im Blumenbetrieb drohte das Amt: Der Nigerianer müsse zurück nach Italien, in das europäische Land, das er zuerst betreten hatte. Dort solle sein Asylverfahren stattfinden, nicht in Deutschland, so will es das EU-weite Dublinverfahren. Das bringt die Chefin noch heute in Rage: "Das hat mich wahnsinnig geärgert. Wir haben uns sofort an die Behörden, das Landratsamt und an Anwälte gewandt, damit er bleiben kann. Hätten wir ihn nicht dringend gebraucht, hätten wir ihn ja gar nicht eingestellt. Und die Arbeitserlaubnis war in seinen Papieren eingetragen. Es kann doch nicht sein, dass die Behörden das nicht wissen!" Sie wussten es schon, aber es zählte in diesem Fall nicht.

Befreundete Unternehmer erzählen ähnliche Geschichten

Bei zwei verschiedenen Landratsämtern lief die Münchnerin Sturm gegen die Abschiebung ihres Angestellten und hörte immer die gleichen Sätze: "So etwas passiert nicht, das haben mir mehrere Politiker gesagt. Die Landratsämter hätten in solchen Fällen einen Ermessensspielraum und könnten entscheiden, dass die Geflüchteten ihr Asylverfahren auch hier in Deutschland bekämen." Nur müssten sie diese Entscheidungsgewalt auch nutzen und das tun sie offenbar in vielen Fällen nicht. Denn Sonja Ziegltrum-Teubner kennt mehrere ähnliche Geschichten von befreundeten Unternehmern, die ein Beleg dafür sind: "So etwas passiert ständig. Einem anderen Betrieb haben sie gleich zwei Flüchtlinge nach vier Wochen abgeholt, um sie nach Italien zu bringen."

Was die Blumenzentralen-Chefin am meisten aufregt: "Die Politiker sagen, dass die Landratsämter in solchen Fällen von der Dublin-Regel abweichen können. Aber die Landratsämter argumentieren, sie seien nur die ausführende Behörde und arbeiteten bloß auf Weisung der Politik. Da schiebt einer den schwarzen Peter dem nächsten zu."

Das Wort vom "Ermessensspielraum" fällt auch häufig, wenn IHK-Sprecher Schöffmann schildert, welche Schwierigkeiten Unternehmen bei der Einstellung von Flüchtlingen haben. "Bisher entscheidet längst nicht jeder Landkreis, jede Arbeitsagentur und jeder Sachbearbeiter gleich", sagt er, "wir brauchen daher verlässliche Regeln und ein einheitliches Handeln der Akteure", vor allem was die Bewilligung der Arbeitserlaubnis betrifft oder die

"So kann ich nicht arbeiten" Nur sehr wenige Geflüchtete finden Arbeit. Dabei würden das viele Firmen gern ändern. Sie scheitern allzu oft an widersprüchlichen

Abschiebung während der Ausbildung. Denn ohne diese Planungssicherheit würden es wohl die wenigsten Betriebe wagen, einen Flüchtling einzustellen, da sie stets Gefahr laufen, dass sie ihn schnell wieder los sind. "Das macht ein Unternehmer vielleicht ein oder zweimal mit", warnt er, "aber spätestens beim dritten Mal wird er sagen: So kann ich nicht arbeiten".

Die Firmen selbst bestätigen das in Umfragen ebenfalls: Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und das Wirtschaftsforschungsinstitut Ifo haben nach den größten Hemmnissen bei der Einstellung von Flüchtlingen gefragt. Fehlende Deutschkenntnisse sind demnach zwar die größte Hürde. Doch immerhin 63 Prozent der Betriebe nennen die Unsicherheit über die Dauer des Aufenthalts als wichtige Hürde, keine Asylbewerber einzustellen. 75 Prozent klagen über zu wenig Planungssicherheit, besonders wenn es darum geht, Flüchtlingen Ausbildungsplätze anzubieten. Außerdem sei der bürokratische Aufwand bei der Einstellung von Flüchtlingen zu hoch, klagt mehr als die Hälfte der Personalleiter. Sieben bis acht Formulare zusätzlich müssen Unternehmen ausfüllen und darin begründen, warum ausgerechnet dieser Flüchtling auf ihre Stelle passt. Das schreckt viele Betriebe ab. Manche sprechen sogar von "völlig unakzeptablen gesetzlichen Rahmenbedingungen".

Aus Sicht des IW müssten vor allem Behörden wie das Bundesamt für Migration (BAMF) schneller arbeiten: "Gelänge es, die Verfahrensdauern soweit zu reduzieren, dass zwischen Ankunft und Entscheidung über den Asylantrag maximal 3 bis 6 Monate vergehen, würden sich viele der aktuell diskutierten rechtlichen Fragen des Arbeitsmarktzugangs überhaupt nicht mehr stellen", stellt Axel Plünnecke fest, Autor des IW-Integrationsmonitors. Zudem solle die Bundesregierung geltende Beschränkungen aufheben wie das Zeitarbeitsverbot und die Vorrangprüfung, mit der nachgewiesen werden muss, dass sich kein deutscher Staatsbürger für eine Stelle finden lasse. Auch der vorgeschriebene Wohnort ist oft ein Hindernis, weswegen Geflüchtete Jobs nicht antreten können, wenn sie dafür weit pendeln müssten.

Chinesische Mauern zwischen den Abteilungen und Kollegen

Wenn sich die Industrie- und Handelskammern etwas wünschen könnten, dann wäre das "ein besseres Matching" zwischen Unternehmen mit freien Stellen und Flüchtlingen mit der entsprechenden Qualifikation. Dafür müssten die Arbeitsagenturen sorgen. Manche Mitarbeiter dort verraten aber hinter vorgehaltener Hand, wie die Vermittlung tatsächlich meist abläuft: Vielerorts gebe es chinesische Mauern zwischen den Abteilungen und Kollegen. Ein Mitarbeiter kümmere sich um die Arbeitssuchenden, der andere bekomme die Firmen auf Mitarbeitersuche auf den Tisch. Wenn beide Kollegen nicht miteinander reden, oder sich nicht mögen, dann warten alle Suchenden bis ultimo, von der Gegenseite gefunden zu werden, Flüchtlinge wie Firmen.

Sonja Ziegltrum-Teubner ist froh, dass ihr neuer Mitarbeiter aus eigenem Antrieb zu ihr fand. Und sie hofft, dass sich ihr Problem bald erledigt hat, "das bei uns jetzt monatelang ein Riesenthema war". Denn ihr kommt jetzt die langsame Arbeit in den Behörden zugute: Bisher ist ihr Mitarbeiter noch nicht final nach Italien abkommandiert worden. Und das geltende Recht sagt: Wenn das nach sechs Monaten noch nicht erfolgt ist, dann darf der Nigerianer dort bleiben, wo er ist. Und nun hierzulande abwarten, ob sein Asylantrag genehmigt wird. Arbeit hat er wenigstens schon.

Load-Date: July 25, 2016

US-Deserteur erhält kein Asyl in Deutschland; Der ehemalige US-Soldat André Shepherd war von einem Stützpunkt in Bayern geflohen, um einem Einsatz im Irak zu entgehen. Er berief sich dabei auf sein Gewissen.

ZEIT-online

Donnerstag 17. November 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: André Shepherd; Ausg. 47

Length: 387 words

Body

Der Deserteur und frühere US-Soldat André Shepherd im Verwaltungsgericht München (Archivbild)

© Tobias Hase/dpa

Der desertierte US-Soldat André Shepherd ist mit seinem **Asylantrag** vor dem Verwaltungsgericht München gescheitert. Das Gericht sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Fahnenflucht des Klägers nicht das letzte Mittel gewesen sei, um nicht an Kriegsverbrechen beteiligt zu werden, teilte Sprecher Florian Huber mit.

Shepherd war 2007 von seinem US-Stützpunkt in Bayern geflohen, um einem weiteren Einsatz im Irak-Krieg zu entgehen. Er berief sich auf Gewissensgründe und beantragte Asyl in Deutschland. Einen erneuten Einsatz im Irak könne er mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, argumentierte er. Gerade bei Einsätzen der Apache-Kampfhubschrauber sei die Zivilbevölkerung zu Schaden gekommen. "Ich wollte Amerika nicht noch einmal dabei helfen, unschuldige Menschen zu ermorden", sagte er damals. Ein Kriegsdienstverweigerungsverfahren in den USA leitete er nicht ein, weil er es für aussichtslos hielt.

Die deutschen Behörden lehnten den Antrag ab. Shepherd habe kein einziges Kriegsverbrechen genannt, das seine Einheit während ihres ersten Irak-Einsatzes begangen habe, hieß es zur Begründung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im März 2011. Als Wartungstechniker laufe er auch nicht Gefahr, persönlich in Kriegsverbrechen verwickelt zu werden.

Shepherd zog daraufhin vor Gericht. Die Münchener Richter setzten das Verfahren im Jahr 2013 aus und legten dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) Fragen zur Auslegung von Vorschriften im EU-Flüchtlingsrecht vor. Der teilte 2015 mit, ein Erfolg des Antrags sei möglich, wenn Shepherd als Wartungsmechaniker eine auch nur indirekte Verwicklung in Kriegsverbrechen gedroht hätte (PDF). Dafür müssten deutsche Behörden und Gerichte prüfen, ob solche begangen wurden - was politisch heikel ist.

Dabei sei allerdings auch zu berücksichtigen, dass der UN-Sicherheitsrat dem Verbleib der US-Truppen im Irak zugestimmt habe, hieß es vom EuGH. Zudem müsse die Fahnenflucht die einzige Möglichkeit gewesen sein, dem Kriegseinsatz zu entgehen. Der EuGH ließ auch erkennen, dass eine drohende Freiheitsstrafe in den USA oder die Entlassung aus der Armee nicht als Asylgründe im Sinne des europäischen Rechts gelten könnten.

US -Deserteur erhält kein Asyl in Deutschland Der ehemalige US -Soldat André Shepherd war von einem Stützpunkt in Bayern geflohen, um einem Einsatz im Irak zu e....

Load-Date: November 17, 2016

End of Document

Schon jetzt kaum Chancen auf Asyl; Immer mehr Menschen aus dem Kosovo beantragen Asyl in Deutschland. Die CDU will nun Gesetze verschärfen. Aber das hilft nichts, wie Erfahrungen mit Serbien zeigen.

ZEIT-online

Donnerstag 12. Februar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge aus dem Kosovo; Ausg. 7

Length: 1222 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Flüchtlinge aus dem Kosovo wärmen sich in einem ungarischen Dorf.

© Zoltan Gergely Kelemen/dpa

Zu Fuß laufen sie durch den Wald im serbisch-ungarischen Grenzgebiet. Junge Menschen aus dem Kosovo, verzweifelt wegen der wirtschaftlichen Unsicherheit und der Korruption im eigenen Land. Es ist ihre Chance, in den Schengen-Raum zu kommen, 15 Jahre nach dem Kosovokrieg haben viele von ihnen nur ein Ziel: Deutschland, wo sie leben und arbeiten wollen.

Das kleine Balkanland, das sich erst 2008 für unabhängig erklärte, erlebt gerade einen dramatischen Exodus: Zehntausende sollen inzwischen ausgewandert sein. Allein im Januar haben in der Bundesrepublik 3.630 Menschen aus dem Kosovo **Asyl** beantragt - das sind im ersten Monat des neuen Jahres bereits fast 50 Prozent aller **Asylanträge**, die im gesamten vergangenen Jahr von Menschen aus dem Kosovo abgegeben wurden. Das Land nimmt damit Platz 2 auf der Rangliste ein: Mehr **Asylanträge** kamen im Januar nur von Menschen aus Syrien, das seit Jahren einen schrecklichen Bürgerkrieg erlebt.

Experten und deutsche Politiker beunruhigt dieser abrupte Anstieg. Im Sommer waren die Flüchtlingszahlen aus dem Balkanstaat noch deutlich kleiner: 320 Menschen stellten im Juni einen Asylantrag, im August 525. Im Dezember waren es 1.956 und nun fast doppelt so viele.

Seit Jahresbeginn sollen sogar noch mehr - etwa 18.000 - Kosovaren nach Deutschland eingereist sein. Viele konnten aber offenbar noch keinen Asylantrag stellen, weil sich das Prozedere wegen des großen Ansturms verzögert.

Und das in Zeiten, in denen die Flüchtlingsheime sowieso schon überfüllt sind wegen der vielen Krisen in der Welt, und damit auch die Akzeptanz in Teilen der deutschen Bevölkerung zu schwinden droht. Vor allem wenn es um sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge geht, zu denen viele der Kosovaren oft gezählt werden. "Das Asylrecht ist nicht für Sozialtouristen", sagt CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer.

Schon jetzt kaum Chancen auf Asyl Immer mehr Menschen aus dem Kosovo beantragen Asyl in Deutschland.
Die CDU will nun Gesetze verschärfen. Aber das hilft nichts....

Was ist ein sicheres Herkunftsland?

Der stellvertretende Geschäftsführer von Pro Asyl, Bernd Mesovic, hingegen setzt sich dafür ein, dass die Kosovaren eine Chance bekommen, ihre Gründe für die Flucht aus der Heimat vorzubringen. Auch wenn es schwierig wird: Laut Artikel 16 des Grundgesetzes hat derjenige ein Recht auf Asyl in Deutschland, der politisch verfolgt wird.

Der Kosovokrieg aber ist bald 15 Jahre vorbei, und auch wenn die deutsche Bundeswehr weiterhin an der Grenze zwischen Serbien und dem Kosovo eingesetzt ist, um ethnische Konflikte zu vermeiden, so ist es verhältnismäßig ruhig im Land. Nur etwas mehr als die Hälfte der UN-Staaten erkennt die Unabhängigkeit des Kosovo an. Ob die staatlichen Strukturen des Kosovo wirklich funktionieren, ist umstritten: Das Land ist bekannt für Korruption und Bandenkriminalität, außerdem für Armut und die Diskriminierung der Minderheit der Roma. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 60 Prozent, Gehälter um 300 Euro, das Gesundheitssystem funktioniert quasi nicht.

Doch sind das Gründe für politisches Asyl in Deutschland? Schon heute, so betont es das Bundesinnenministerium hat die überwiegende Mehrheit der Grenzwanderer keine Chance zu bleiben: Die Anerkennungsquote der Asylanträge aus dem Kosovo betrage 0,03 Prozent. Das bestätigen in etwa auch Recherchen von Pro Asyl: 2014 erhielten 40 Kosovaren einen Aufenthaltstitel - 8.923 stellten einen Antrag.

Pauschale Sicherheitseinstufung

Doch die hohe Ablehnungsquote reicht manchen CDU-Landesinnenministern noch nicht. Sie schlagen vor, den Kosovo gesetzlich als "sicheres Herkunftsland" einzustufen - genau wie mit Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina im vergangenen Herbst geschehen. Laut Artikel 16a des Grundgesetzes ist das ein Land, in dem "weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet". Dann würde bei der Prüfung der Asylanträge durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die pauschale Annahme gelten, dass Kosovaren in ihrer Heimat sicher sind und Anträge auf Asyl von diesen Menschen "offensichtlich unbegründet".

Flüchtlingsorganisationen wie Pro Asyl sind alarmiert, warnen vor einer Bagatellisierung von existenzbedrohender Armut und Diskriminierung in den Westbalkanstaaten. Das Innenministerium und das für die Bearbeitung von Asylanträgen zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) halten dagegen: Das individuelle Recht auf Asyl gelte in einem solchen Fall natürlich auch für Kosovaren, die politische Verfolgung nachweisen könnten. Jeder könne Rechtsmittel gegen eine ablehnende Entscheidung einlegen. Pro Asyl wiederum argumentiert: Wie ernsthaft wird ein Widerspruch noch geprüft, wenn ein Land doch pauschal als sicher gilt?

Soll ein Land zum "sicheren Herkunftsstaat" werden, muss allerdings auch der rot-grün dominierte Bundesrat zustimmen. Daher äußerte das Bundesinnenministerium nun Bedenken, ob eine Neuregelung denn wirklich sein müsse. Zumal der Koalitionspartner bislang wenig Begeisterung für den Vorschlag zeigte. "Ich bin der festen Überzeugung, wir werden das Problem nicht lösen können durch einseitiges schnelles nationales Handeln, sondern das geht nur europäisch", sagte beispielsweise SPD-Vize Ralf Stegner.

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) hat nun angekündigt, erst mal alle bereits vorhandenen Maßnahmen auszuschöpfen: So sollen offenbar rund 20 deutsche Bundespolizisten an die serbisch-ungarische Grenze geschickt werden und den örtlichen Kollegen bei der Absicherung helfen. Viele Kosovaren nutzen bisher offenbar nicht ausreichend bewachte Stellen, um von Serbien nach Ungarn und damit in den Schengen-Raum zu laufen. Auch die Zugstrecke von Budapest über Wien nach München soll genauer kontrolliert werden. Die EU-Grenzschutzbehörde Frontex soll ihren Einsatz an der Landgrenze zwischen Serbien und Ungarn ebenfalls verstärken.

Stellt ein Kosovare einen Antrag in Deutschland, soll dieser binnen zwei Wochen entschieden werden, wie Innenminister de Maizière ankündigte. Das BAMF hat nach eigenen Angaben nun die Sachbearbeiter veranlasst, diese Anträge priorisiert zu behandeln - was in den meisten Fällen eine Ablehnung bedeuten dürfte, wie auch der

Schon jetzt kaum Chancen auf Asyl Immer mehr Menschen aus dem Kosovo beantragen Asyl in Deutschland.
Die CDU will nun Gesetze verschärfen. Aber das hilft nichts....

Präsident des BAMF, Manfred Schmidt, betont: "Sie haben keine Bleibeperspektive bei uns." Künftig würde binnen vier Wochen nach Antragseingang abgeschoben.

Als "sichere Herkunftsländer" gelten neben den EU-Ländern derzeit auch Ghana, Senegal und die drei Balkan-Staaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Dass eine solche Einstufung kaum Auswirkungen darauf hat, ob jemand nach Deutschland kommen will, zeigen die Erfahrungen mit den Balkanstaaten. Denn die Menschen versuchen einfach weiter ihr Glück. Im Januar 2015 stand Serbien immer noch auf Platz 3 der Rangliste Asylsuchender, hinter Syrien und dem Kosovo. Seit Inkrafttreten des Gesetzes im vergangenen Herbst ist die Zahl der von Serben gestellten Asylanträge gerade einmal um rund 200 gesunken. 3.328 Serben stellten im Januar einen Asylantrag, fast genauso viele wie Kosovaren. Im vergangenen Sommer, da hatten Asylanträge aus Serbien sogar noch mehr Aussicht auf Erfolg, waren es nur 2.400 pro Monat.

Auch aus dem inzwischen "sicheren Herkunftsland" Mazedonien kamen im Januar 919 Anträge, mehr als noch im Sommer (rund 800). Die Zahl der Anträge aus Bosnien-Herzegowina stagnierte in diesem Zeitraum. Abschreckung sieht anders aus.

Load-Date: February 12, 2015

End of Document

Kein Konto, keine Integration; Ohne Bankkonto bekommen Flüchtlinge keine Wohnung und keine Arbeit. Die Banken scheint das wenig zu interessieren, dabei dürften sie sie eigentlich nicht verweigern.

ZEIT-online

Montag 28. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 39

Length: 1189 words

Byline: Stefan Kreitewolf

Body

Flüchtlinge kommen mit einem ICE im Bahnhof Schönefeld in Berlin an (Archivbild).

© Jochen Eckel/dpa

Essen. Saïd Samer steht in einer Bankfiliale in der Schlange. Frisch gekämmt und mit seinem schwarzen syrischen Pass in der Hand trippelt er nervös von einem Bein auf das andere. Als er an der Reihe ist, stolpert Samer etwas zu schnell auf den Schalter zu. Die Filialmitarbeiterin weicht einen Schritt hinter ihrem Tischchen zurück. Ihr Gesicht verzerrt sich zu einem schrillen "Langsam, langsam, junger Mann".

Samer ist 19 Jahre alt und lebt erst seit einer Woche in Deutschland. Am nördlichen Rand der Essener Innenstadt wohnt er auf einem stillgelegten Sportplatz in einer Notunterkunft. Aus der improvisierten Zeltstadt will er so schnell wie möglich raus und "mir eine neue Heimat aufbauen", wie er in seinem gebrochenen Englisch sagt. Auf der Flucht hat er gelernt, "dass Geld die Welt regiert". Deswegen will er ein Girokonto eröffnen.

"Hallo, ich bin Saïd Samer, ich komme aus Syrien und möchte ein Konto eröffnen", sagt er in seinem schlechten Englisch zu der Frau hinter dem Bankschalter. Samer muss den Satz dreimal wiederholen, bevor die Mitarbeiterin ihn versteht. Als sie endlich kapiert, was der junge Mann will, sagt sie nichts, schüttelt mit dem Kopf und verschränkt die Arme.

Auf Deutsch sagt sie nach einigen Sekunden patzig: "Also so geht das nicht." Dann endlich auf Englisch: "Sie können hier kein Konto eröffnen. Ich würde es gern, aber ich darf nicht." Dabei wäre sie eigentlich sogar dazu verpflichtet, schließlich verfügt er über einen Pass, mit dem er eindeutig zu identifizieren ist.

Dem jungen Syrer erscheint die Frau hinter dem glänzenden Tresen allerdings sehr überzeugend. Das Lächeln ist aus seinem Gesicht verschwunden, als er die Bankfiliale verlässt. Er ist nicht der einzige Flüchtling in Deutschland, dem in diesen Tagen ein Konto verwehrt bleibt.

Die Banken haben kein Interesse an Flüchtlingen

Kein Konto, keine Integration Ohne Bankkonto bekommen Flüchtlinge keine Wohnung und keine Arbeit. Die Banken scheint das wenig zu interessieren, dabei dürften s....

"Viele Banken versagen Flüchtlingen ganz grundsätzlich ein Konto", sagt Katharina Stamm, Referentin für Migrationsrecht der Diakonie Deutschland. Das habe mit rechtlichen Grundlagen nichts zu tun. "Flüchtlinge, die kein Deutsch können, sind für Banken einfach ein schwieriges Klientel", sagt Stamm. Im Klartext: Die Banken haben an Asylbewerbern als Kunden kein Interesse.

Sie bringen ihnen kein Geld und im Zweifel nur Ärger ein. Kundengespräche müssen mit einem eigens einbestellten Dolmetscher geführt werden, weil Banker und Flüchtling sich sonst nicht verständigen könnten. Die Institute bleiben auf den Konten abgeschobener Flüchtlinge sitzen, ohne dass sie jemals wieder genutzt oder gekündigt werden. "Natürlich ist das eine Belastung für die Banken", sagt Stamm. Viel bequemer ist es da, den Syrer Samer so wie viele andere Flüchtlinge einfach abzuweisen.

Banken müssen die persönlichen Daten ihrer Kunden sehr genau kennen. Das erfordert das Geldwäschegesetz. Dazu müssen sie den Pass oder das Ausweisdokument ihrer Kunden prüfen. Viele Flüchtlinge besitzen aber keinen Pass. Ausweispapiere gehen auf der Flucht verloren und bei Konsulaten erhalten Flüchtlinge nur selten einen neuen Pass. Die Migrationsbehörden der Bundesrepublik stellen zwar Duldungspapiere aus, diese waren aber lange Zeit nicht gleichwertig mit einem Ausweis.

Oft ist es die deutsche Gründlichkeit, die Flüchtlingen auf dem Weg zur eigenen Bankkarte im Weg steht. Der Status quo war den Beteiligten zuletzt allerdings so peinlich, dass sich die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) einschaltete. In einem Schreiben an die deutschen Banken- und Sparkassenverbände, das ZEIT ONLINE vorliegt, legitimiert die Bafin Duldungspapiere der Flüchtlinge als Ersatzausweis.

Seit Ende August sind nun die deutschen Banken und Sparkassen verpflichtet, alle Dokumente zu akzeptieren, die den Briefkopf einer inländischen Ausländerbehörde tragen und Identitätsangaben wie Foto, Name, Geburtsort, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit und Anschrift auflisten. Ab 2016 wird diese Weisung zum Gesetz.

Die sogenannte EU-Zahlungskontenrichtlinie sieht vor, dass innerhalb der Europäischen Union der Zugang zu einem Konto diskriminierungsfrei möglich sein muss. Weigern sich die Finanzinstitute dennoch, ein Konto zu eröffnen, ist die Bafin ab 2016 berechtigt, ein Bußgeld zu verhängen.

Eigentlich sollte nun jeder Flüchtling mit gültigen Papieren ein Konto eröffnen dürfen - trotz Bedenken und Sprachbarrieren. Die Realität ist aber weiterhin eine andere. Bei vielen Flüchtlingen handeln Banken noch immer willkürlich. "Die Bafin-Regelung ist noch nicht überall angekommen oder wird ignoriert oder andere Gründe werden bei einer Ablehnung vorgeschoben", sagt die Migrationsrechtexpertin Stamm. Warum ist das so?

Auf Anfrage erklärt beispielsweise die Deutsche Bank, dass sie sich als Global Player neben den deutschen Gesetzen auch an internationales Recht halten muss. Dort reiche ein Duldungspapier als Ausweisdokument nicht aus. Am Ende werde aber stets im Einzelfall entschieden. Wie eine genaue Regelung erscheint das nicht gerade. Dennoch: An die Bafin-Weisung halte sich die größte deutsche Bank.

Ohne Konto kein Job

Ein Sprecher der Commerzbank teilt schriftlich mit: "Wir eröffnen Konten für Flüchtlinge." Allerdings im Rahmen der "geltenden nationalen und internationalen Gesetze und Vorschriften". Jeder Kunde werde "unabhängig seiner Herkunft" geprüft. "Wenn diese Prüfung positiv ausfällt, eröffnen wir selbstverständlich auch für Flüchtlinge Konten", heißt es in der Stellungnahme.

Viel zu oft fällt diese Prüfung negativ aus. "Ohne Konto ist keine Teilhabe an Erwerbsleben, Internetkommunikation und anderen existenziellen Bedürfnissen möglich", sagt Stamm. "Eine Integration findet so nicht statt, alles läuft heutzutage über ein Konto", pflichtet Marei Pelzer von Pro Asyl bei.

Ohne Bankverbindung ist aber die wichtigste Voraussetzung für einen Arbeitsvertrag nicht erfüllt. "Es hat sogar schon Fälle gegeben, in denen einem Flüchtling der Arbeitsvertrag gekündigt wurde, weil er kein Konto hatte",

Kein Konto, keine Integration Ohne Bankkonto bekommen Flüchtlinge keine Wohnung und keine Arbeit. Die Banken scheint das wenig zu interessieren, dabei dürften s....

berichtet Stamm. Sie habe außerdem Kenntnis über Dutzende Asylbewerber, die sich ein Konto teilen oder ihr Gehalt auf das Konto eines Verwandten überweisen lassen müssen.

Dass Banken Flüchtlingen ein Bankkonto verweigern, kostet auch den deutschen Staat und damit den Steuerzahler viel Geld. Die Auszahlung des Taschengeldes der Flüchtlinge ist ohne Bankverbindung sehr aufwendig. Vielerorts wird es Woche für Woche in bar ausgezahlt und bündelt unnötig Ressourcen, die an andere Stelle sicherlich dringender benötigt werden.

So wird die Blockadehaltung der mächtigen Banken zum doppelten Schaden für die gesamte Volkswirtschaft. Die Volkswirtschaft, die Saïd Samer als "Dank für die Aufnahme" mit seiner Arbeit unterstützen möchte. Wenige Tage nach dem ersten Versuch eröffnet der Syrer ein Konto bei der Sparkasse Essen. Samer hat sich am Ende doch durchgebissen. "Nur so habe ich es nach Deutschland geschafft", sagt er. "Da gebe ich doch nicht auf den letzten Metern auf."

Seine glänzende neue Bankkarte hält Samer wie einen Pokal in die Höhe. Er jubelt: "Jetzt kann es endlich losgehen."

Load-Date: September 28, 2015

End of Document

Von Solidarität noch keine Spur; Von dem, was Europas Antwort auf die Flüchtlingskrise sein soll, ist noch wenig umgesetzt. Vor dem EU-Gipfel sieht es auch nicht so aus, dass es nun leichter wird.

ZEIT-online

Mittwoch 17. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Gipfel; Ausg. 7

Length: 930 words

Byline: Carsten Luther

Body

Ein **Flüchtlingsboot** vor dem griechischen Lesbos

© Aris Messinis/AFP/Getty Images

Viel Zeit ist verloren gegangen, und fast alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben nicht ausreichend umgesetzt, was zur Bewältigung der **Flüchtlingskrise** bereits vereinbart wurde - für die EU-Kommission ist das die Ausgangslage vor dem Gipfel in dieser Woche. "Es mangelt nicht an Beschlüssen", hieß es, die wesentlichen Eckpfeiler einer europäischen Lösung lägen auf dem Tisch. Insbesondere gelte es nun, die schon lange beschlossene Verteilung von 160.000 **Flüchtlingen** aus Italien und Griechenland endlich in Gang zu bringen und konkrete Maßnahmen für einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen zu ergreifen.

Auch Kanzlerin Angela Merkel versuchte, die Erwartungen herunterzuschrauben, bevor sie am Donnerstag nach Brüssel aufbricht: Man mache sich "ziemlich lächerlich", wenn man nun über weitere Kontingente für die Aufnahme von **Flüchtlingen** in den einzelnen Ländern verhandele, wo doch die bisherigen Vereinbarungen bei Weitem noch nicht umgesetzt seien. "Wir sind gewohnt, dass manches in Europa eine bestimmte Zeit dauert. Aber es lohnt sich immer wieder, auch angesichts sehr unterschiedlicher Rahmenbedingungen, dafür einzutreten - und das werde ich tun - , trotzdem zu Gemeinsamkeiten zu kommen", sagte sie am Mittwoch. Ein Schritt nach dem anderen.

So kann man das sehen, oder es bereits als Scheitern eines dauerhaften Verteilungsschlüssels innerhalb der EU interpretieren, dem auch Frankreich vorerst eine Absage erteilt hat. Die Kommission hält zumindest daran fest, "mit extremem Nachdruck" auf eine Stabilisierung der Lage und letztlich eine solidarische europäische Lösung in dieser Frage hinzuarbeiten: "Dieser Plan ist noch nicht abgeschrieben", heißt es.

Merkel setzt auf elf Willige

Das klingt fast naiv angesichts des massiven Widerstands vieler osteuropäischer Staaten, überhaupt Flüchtlinge bei sich aufzunehmen. Einige sehen die Lösung eher darin, die mazedonisch-griechische Grenze dichtzumachen und so nicht nur die Balkan-Route abzuriegeln, sondern im Grunde auch Griechenland aus dem Schengen-Raum

Von Solidarität noch keine Spur Von dem, was Europas Antwort auf die Flüchtlingskrise sein soll, ist noch wenig umgesetzt. Vor dem EU-Gipfel sieht es auch nicht....

zu drängen - Ungarns Regierungschef Viktor Orbán nennt das die "zweite Verteidigungslinie". Athen wirft man vor, die Sicherung der EU-Außengrenze nicht ausreichend zu gewährleisten. Überhaupt sind es nicht wenige Länder, die in verstärkter Abschottung an ihren eigenen Grenzen die beste Reaktion auf den Andrang sehen. Ohne Aussicht auf eine echte Lastenteilung gehen viele Staaten ihre eigenen Wege, und es könnten mehr werden. Von Solidarität ist wenig zu spüren.

Der eigentliche Plan, auf den Merkel vorerst setzen muss, ist deshalb ein anderer: Eine Art "Koalition der Willigen" soll mit der Türkei verhandeln. Sie soll zusammen mit den Griechen und Hilfe der Nato und der EU-Grenzschutzbehörde Frontex in erster Linie unterbinden, dass überhaupt noch Flüchtlinge in Booten nach Griechenland übersetzen. Dafür winken finanzielle Unterstützung, Visa-Erleichterungen, vielleicht sogar Zugeständnisse beim Thema EU-Beitritt. Gleichzeitig hofft Merkel, dass sich unter den Willigen auch europäische Staaten finden, die der Türkei größere Kontingente an Flüchtlingen abnehmen - also eine Möglichkeit der legalen Migration schaffen, sobald die illegale Migration unter Kontrolle gebracht ist, aber eben erst dann. Eigentlich wollten die Staaten mit der Türkei am Rande des Brüsseler Gipfels darüber sprechen, doch wegen des Anschlags in Ankara ist das jetzt abgesagt. Migration wird in Brüssel nur bei einem Abendessen Thema sein.

Aus Sicht der Kommission ist die skizzierte Lösung mit der Türkei kein Ersatz für die bereits vereinbarten Aufnahmekontingente, sondern eine Ergänzung. Doch ob das alle so sehen, ist fraglich: Frankreich etwa dürfte es eher als Möglichkeit betrachten, einen Teil seines zugesagten Kontingents von 30.000 Flüchtlingen zu erfüllen.

Überhaupt sind von den 160.000 Flüchtlingen, zu deren Aufnahme sich die EU-Staaten bereits verpflichtet haben, laut Kommission bislang nur einige Hundert verteilt. In den Ländern, in denen die meisten Flüchtlinge ankommen - Griechenland und Italien eben - , sollen die Flüchtlinge in den "Hot Spots" genannten Registrierungszentren erfasst werden, um sie dann auf andere EU-Länder zu verteilen, wenn sie die Chance auf Asyl haben - Wirtschaftsflüchtlinge sollen dann möglichst umgehend zurückgeschickt werden. Immer noch sind nicht alle der geplanten Zentren eingerichtet, in Griechenland nun immerhin vier von fünf, doch die Verfahren gestalten sich schwierig. Das alles bedeutet nämlich auch, dass es eine einfachere Regelung über die Rückführung insbesondere mit der Türkei geben muss.

200.000 Flüchtlinge pro Jahr?

Durch eine bessere Kontrolle der EU-Außengrenze, insbesondere der Seegrenze zwischen Griechenland und der Türkei, soll aber eigentlich erreicht werden, dass nur noch sehr wenige Flüchtlinge in Europa ankommen. Dazu soll auch eine wirksame Bekämpfung der Schlepper führen, die dort operieren.

Zwar ist vonseiten der Bundesregierung die Ansage deutlich, dass von Zahlen, wie viele Flüchtlinge man der Türkei abnehmen könnte, noch überhaupt nicht die Rede ist. Das soll eben erst der nächste Schritt sein, wenn der Rest funktioniert. Spekuliert wird derweil über eine Quote von 200.000 bis 300.000 pro Jahr. Und im Grunde ist klar: Die Türkei wird man bei Laune halten müssen. Ohne zumindest ein starkes Bekenntnis, diesen Plan zum Gegenstand späterer Verhandlungen zu machen, wird es schwierig. Geld wird nicht reichen, und nicht nur die Geduld der Türkei mit der Kanzlerin und mit Europa ist begrenzt.

Load-Date: February 17, 2016

Die große Unsicherheit; Weniger Flüchtlinge kommen nach Deutschland. Ein Erfolg? Nein, die Krise ist nur verschoben und hierzulande wartet nun der schwierigste Schritt.

ZEIT-online

Freitag 8. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Thomas de Maizière; Ausg. 16

Length: 1013 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Bundesinnenminister Thomas de Maizière bei der Vorstellung der **Flüchtlingszahlen**

© Kay Nietfeld/dpa

Die Zwischenbilanz der deutschen **Flüchtlingskrise**, die Bundesinnenminister Thomas de Maizière und der Chef des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf), Hans-Jürgen Weise, am Freitag in der Bundespressekonferenz präsentierten, liest sich auf den ersten Blick nicht schlecht:

In den vergangenen Wochen kamen nur noch wenige **Flüchtlinge** an den deutschen Grenzen an: Es sind nicht mal 200 am Tag. Das ist im Vergleich zu den 8.000 bis 10.000 **Flüchtlingen**, die noch im Sommer täglich einreisten, ein drastischer Rückgang. Im Moment stehen viele Erstunterkünfte leer. Offenbar hat sich selbst der Bearbeitungsstau im Bamf ein wenig gelöst: Im Vergleich zum ersten Quartal 2015 konnten doppelt so viele **Asylanträge** gestellt und fast dreimal so viele bearbeitet werden.

Kann sich CSU-Chef Horst Seehofer also entspannen, braucht es keine Obergrenzen-Diskussionen mehr?

Ist für Deutschland die Flüchtlingskrise nun vorbei? Der Innenminister möchte das nicht sagen, obwohl es doch das erklärte Ziel seiner Bundesregierung ist, die Zahlen dauerhaft zu reduzieren. De Maizière traut sich nicht mal, eine Prognose abzugeben, wie viele Flüchtlinge dieses Jahr nach Deutschland kommen werden.

Italien macht Sorgen

Seine Zurückhaltung ist angebracht: Einmal sagen die aktuell niedrigen Zahlen nichts über den eigentlichen "Migrationsdruck" aus, wie ihn die Offiziellen etwas technokratisch nennen. Nach wie vor fliehen Menschen vor Krieg und Perspektivlosigkeit oder sie sind schon unterwegs: Die griechische Küstenwache zählte in dieser Woche 500 Menschen, die in Schlauchbooten auf den Inseln ankamen. Trotz des EU-Türkeiabkommens, das solche Schleuserfahrten eigentlich unterbinden sollte.

Die große Unsicherheit Weniger Flüchtlinge kommen nach Deutschland. Ein Erfolg? Nein, die Krise ist nur verschoben und hierzulande wartet nun der schwierigste S....

Die Flüchtlinge sind also noch da, sie schaffen es nur nicht mehr so einfach nach Deutschland: Das hat die Bundesregierung vor allem den Grenzsicherungen entlang der Balkanroute zu verdanken, obwohl sie diese "einseitigen nationalen Maßnahmen" eigentlich ablehnt.

Die Flüchtlinge könnten sich daher bald andere Wege suchen: Über das Mittelmeer zum Beispiel, von Libyen über nach Italien. Laut Entwicklungshilfeminister Gerd Müller warten 200.000 Afrikaner an der Küste auf eine Möglichkeit zur Weiterreise nach Europa, der Innenminister geht sogar davon aus, dass es noch mehr sind. Die Maizière fürchtet, dass Italien die Menschen einfach weiter in Richtung Nordeuropa schicken könnte. So wie früher bereits geschehen. Und das könnte Deutschland, wenn es schlecht läuft, schon bald wieder vor ähnliche Herausforderungen stellen wie im vergangenen Herbst.

Das Leid ist schön weit weg

Selbst ein erfolgreiches Abschotten der EU-Außengrenzen würde die Krise nicht beenden. Sondern lediglich das Problem verschieben und das Leid von den Deutschen fern halten: Der EU-Türkei-Deal, als Lösung in der Flüchtlingsfrage gefeiert, bleibt humanitär schwierig: In Griechenland gibt es kaum Einblicke in den Zustand der Abschiebelager auf den Inseln, die Flüchtlinge, die noch an der Grenze zu Mazedonien ausharren, sind verzweifelt. Und darüber, was mit den in die Türkei zurückgeschickten Nicht-Syrern passiert, herrscht allgemeines Rätselraten. Die Maizière sagt, er hoffe, dass sich die Türkei bei Abschiebungen in die Herkunftsländer wie Pakistan und Afghanistan an international vereinbarte Rechte halte. Er weiß es also nicht.

Ob die Türkei der EU ein verlässlicher Partner ist, muss sich ebenfalls noch zeigen: Das Land hat sich mit der Rücknahme der Tausenden Flüchtlinge eine große Last aufgebürdet, es kann aber damit auch die Bedingungen des Abkommens bestimmen.

Innenpolitisch ist die Situation genauso wenig planbar: Bis heute kann der Innenminister nicht beziffern, ob im vergangenen Jahr wirklich eine Million Flüchtlinge nach Deutschland kamen. Weil die deutschen Behörden im vergangenen Herbst von den vielen Flüchtlingen überfordert wurden, wurden Ankommende ohne Registrierung im Land verteilt.

Erst im Januar wurde ein zentraler Datenaustausch vereinbart, nun sind die Länder aufgefordert, Zahlen ihrer Ausländerbehörden zuzuliefern, es gibt Übertragungsprobleme. Das Zentralregister muss um die Doppelzählungen und die Weitergereisten bereinigt werden. Diejenigen, die in Deutschland keine Sozialleistungen beantragt haben, weil sie zum Beispiel bei Verwandten oder Bekannten leben und die Abschiebung fürchten, sind im Zweifel gar nicht erfasst.

Die Identifizierung der Flüchtlinge bereitet den deutschen Behörden weitere Schwierigkeiten: Nicht alle Neuankömmlinge haben Papiere dabei, Dolmetscher fehlen und müssen per Video zugeschaltet werden. Nach wie vor stockt der Personalaufbau beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, selbst die vielen Syrer, die sich sicher sein können, als Kriegsflüchtlinge anerkannt zu werden, müssen monatelang auf den offiziellen Bescheid warten.

Vor allem aber steht die zweite Stufe dieser Krise noch bevor und sie wird wohl herausfordernder werden als die bloße Verteilung und erste Versorgung der Menschen in Großunterkünften. Jetzt geht es um die Integration. Eine geflügelte Politikerforderung an die Flüchtlinge ist die Bereitschaft, sich einzufügen in die deutsche Gesellschaft. Dass Flüchtlinge unser Wertesystem anerkennen sollen, ist richtig und in keiner Partei umstritten.

Doch was ist eigentlich mit der Bringschuld der deutschen Politik? Bis zu 200.000 Sprachkurse für Flüchtlinge könnten in diesem Jahr fehlen, sagt Bamf-Chef Weise. Was auch daran liegt, dass es nicht genügend Lehrer gibt. Offen auch, wie es gelingen soll, die Flüchtlinge in Arbeit zu bringen, ihnen Möglichkeiten zu geben, ihr Leben wieder selbstbestimmt zu leben. Ganz zu schweigen von dem Mangel an billigem Wohnraum. Die Große Koalition hat die Herausforderung erkannt, erste Gelder freigegeben. Ob diese reichen, wo es noch fehlt, was noch gebraucht wird: Auch das sind so die Fragen dieser Tage.

Die große Unsicherheit Weniger Flüchtlinge kommen nach Deutschland. Ein Erfolg? Nein, die Krise ist nur verschoben und hierzulande wartet nun der schwierigste S....

Load-Date: April 8, 2016

End of Document

Schlecht bezahlt in Schwarzarbeit; Viele Flüchtlinge arbeiten laut einem Medienbericht unangemeldet unter schlechten Arbeitsbedingungen. Eine große Rolle spielen dabei Vermittler, die daran verdienen.

ZEIT-online

Dienstag 30. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 36

Length: 601 words

Body

Viele **Flüchtlinge**, die schwarzarbeiten, landen in der Gastronomie.

© Fredrik von Erichsen/dpa

Viele **Flüchtlinge** in Deutschland arbeiten nach Informationen des Senders NDR Info schwarz zu Dumpinglöhnen und unter schlechten Arbeitsbedingungen. Immer wieder vermitteln dabei Mitarbeiter oder Besucher von **Flüchtlingsunterkünften** Schwarzarbeiterjobs gegen zum Teil hohe Provisionen, berichtet NDR Info. Dies hätten Recherchen in Hamburg, Niedersachsen, Berlin und Sachsen-Anhalt bei Sozialarbeitern, **Flüchtlingshelfern**, Wissenschaftlern und schwarzarbeitenden **Flüchtlingen** ergeben.

Etwa zehn Fälle werden laut Zollangaben bundesweit pro Monat aufgedeckt; andere gingen von weit größeren Dimensionen des Problems aus, so der Sender. Wissenschaftler der Universitäten Tübingen und Linz schreiben demnach in einer Studie, der Anteil der Schwarzarbeiter liege bei bis zu 30 Prozent der 1,1 Millionen Flüchtlinge, die 2015 in Deutschland angekommen sind. Schätzungen von Helfern und Sozialarbeitern in Niedersachsen und Berlin lägen zwischen 10 und 50 Prozent.

Selbst bei vorsichtigen Schätzungen würde dies laut NDR Info bedeuten, dass mindestens 100.000 Flüchtlinge in Deutschland schwarz arbeiten, also ohne dass Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden. "Viele profitieren von der Not der Flüchtlinge", so die Einschätzung von Emilija Mitrovic von der Beratungsstelle Migration und Arbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg.

Legale Arbeit schwer zu finden

Einen Fall, in dem innerhalb einer Unterkunft Schwarzarbeit vermittelt wurde, gab es im Landkreis Harburg nahe Hamburg. Dort ermittelt die Polizei gegen den ehemaligen Mitarbeiter einer Gemeinschaftsunterkunft in Neu Wulmstorf. Er stehe laut Polizei im Verdacht, "die Situation von Flüchtlingen ausgenutzt zu haben, um sich an ihnen finanziell zu bereichern". Der arabischsprachige A. soll versucht haben, Flüchtlingen gegen Provision nicht nur Wohnungen und Privilegien in der Unterkunft, sondern auch unangemeldete Jobs zu vermitteln. Dafür habe er die Hälfte des Lohns verlangt. Der Landkreis Harburg und der Betreiber Human Care erklärten, dem Mitarbeiter sei Mitte Juli sofort gekündigt worden, nachdem die Vorwürfe bekannt geworden waren.

Schlecht bezahlt in Schwarzarbeit Viele Flüchtlinge arbeiten laut einem Medienbericht unangemeldet unter schlechten Arbeitsbedingungen. Eine große Rolle spielen....

Sozialarbeiter und Flüchtlingshelfer kritisieren, dass Flüchtlinge in der Schwarzarbeit häufig ausgebeutet würden. Auf legalem Wege könnten sie nur schwer Arbeit finden. Viele aber müssten Geld verdienen, um es nach Hause zu schicken oder Kosten für Schlepper zu bezahlen. "Ich will eigentlich nicht schwarz arbeiten", erzählt ein Mann aus Burkina Faso, der seit zwei Jahren auf seinen Asylentscheid wartet, "aber anders finde ich keinen Job."

Nima K. von der Berliner Willkommensinitiative berichtet von teils nur 80 Cent Stundenlohn und von angemeldeten 400-Euro-Jobs, hinter denen aber eine illegale Vollzeitbeschäftigung stehe. Um Schwarzarbeit zu finden, verlassen viele Asylbewerber nach Recherchen von NDR Info ihre zugewiesene Unterkunft und ziehen zeitweise in größere Städte, wo sie auf Matratzenlagern oder bei Freunden schlafen. Sie arbeiten dann schwarz als Tellerwäscher, Tapezierer, Putzkräfte oder beladen Container.

Das Anfang August in Kraft getretene neue Integrationsgesetz soll es Asylbewerbern leichter machen, auf legalem Weg Arbeit zu finden. Sozialarbeiter und Flüchtlingshelfer sehen das Gesetz als Schritt in die richtige Richtung; sie gehen aber nicht davon aus, dass es Schwarzarbeit unter Flüchtlingen stark reduzieren wird.

Load-Date: August 30, 2016

End of Document

Wo sind sie denn, die Flüchtlinge?; "Asylchaos", plakatiert die AfD in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei haben die wenigen Flüchtlinge hier geringere Wohnungs- und Jobsorgen als anderswo. Aber andere Probleme.

ZEIT-online

Donnerstag 11. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Mecklenburg-Vorpommern; Ausg. 33

Length: 1400 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Flüchtlinge bei einem privaten Deutschkurs

© Carsten Koall/Getty Images

Er sei ein Gegner der "sakralen **Flüchtlingsromantik**", sagt AfD-Spitzenkandidat Leif-Erik Holm. Man dürfe "das eigene Volk nicht überfordern". "**Asylchaos** beenden", plakatiert seine Partei derzeit in Mecklenburg-Vorpommern. SPD-Ministerpräsident Erwin Sellering hat mehrfach Merkels "Planlosigkeit" kritisiert, sein CDU-Herausforderer Lorenz Caffier sorgt sich um die innere Sicherheit - und die Grünen plakatieren "gegen Rechts und Populismus". Die Parteien scheinen vor der Landtagswahl am 4. September um das Thema **Flüchtlinge** einfach nicht herumzukommen.

Doch ist die Heimatregion der Kanzlerin wirklich so gebeutelt durch die **Flüchtlingskrise**, wie es die Rechtspopulisten suggerieren?

Weil das Bundesland zu den wirtschaftlich schwächeren gehört, weist der Bund Mecklenburg-Vorpommern eher wenige **Flüchtlinge** zu. 18.851 waren es im Jahr 2015, nur das Saarland und Bremen bekamen weniger.

Flüchtlingsheime stehen leer

Auch in Mecklenburg-Vorpommern herrschte im vergangenen Herbst kurzzeitig Platzmangel, Notunterkünfte wurden gebaut. Im Oktober 2015 stellte die Landesregierung 5.600 Erstaufnahmeplätze für Flüchtlinge zur Verfügung. Heute sind es noch 3.300, von denen aber nach Angaben des Innenministeriums aktuell nur noch 582 belegt sind.

Die Vorsitzende des Flüchtlingsrats Mecklenburg-Vorpommern, Ulrike Seemann-Katz, spricht daher von einer guten Situation für Flüchtlinge in ihrem Land. "Wir haben weniger Flüchtlinge als in den Metropolen. Und vor allem haben wir Platz", sagt sie. Die meisten Flüchtlinge leben in eigenen Wohnungen, allerdings oftmals auf dem platten Land. In Mecklenburg-Vorpommern, das unter Abwanderung und Überalterung leidet, gibt es einen großen Leerstand.

Wo sind sie denn, die Flüchtlinge? "Asylchaos", plakatiert die AfD in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei haben die wenigen Flüchtlinge hier geringere Wohnungs- und

Für eine Kontroverse sorgen in Mecklenburg-Vorpommern daher aktuell nicht etwa überfüllte Flüchtlingsheime, sondern die Überlegungen des CDU-Innenministers, Flüchtlinge wieder aus den Wohnungen in die Heime zurückzuholen. Das habe finanzielle Gründe, denn auch leer stehende Massenunterkünfte verursachen Kosten, sagt eine Ministeriumssprecherin. In den Heimen seien Flüchtlinge, deren Asylverfahren noch laufen, zudem besser betreut und von einem Sicherheitsdienst geschützt.

Ende Juni waren in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 22.000 Flüchtlinge gemeldet, die sich entweder im Asylverfahren befanden oder schon einen Aufenthaltstitel hatten. In einem Land mit 1,6 Millionen Einwohnern fällt das nicht unbedingt ins Gewicht. Doch im dünn besiedelten Nordosten, wo viel Landschaft ist und wenig Menschen leben, fallen sie doch auf. Die größte Stadt des Landes, Rostock, hat 200.000 Einwohner.

Tourismusbranche sucht Mitarbeiter

Das Problem sei, dass die neuen Einwohner gar nicht bleiben wollten, erzählt Flüchtlingshelferin Seemann-Katz: Viele Flüchtlinge durchliefen hier nur das Asylverfahren und gingen dann nach Berlin oder Hamburg. "Für einen 20-jährigen jungen Mann ist das Leben auf dem Land hier nicht immer attraktiv", sagt Seemann-Katz. Dabei hätte er in den Tourismusgebieten an der Ostsee und der Mecklenburger Seenplatte grundsätzlich keine schlechten Jobchancen.

Zwar ist die Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern mit neun Prozent immer noch recht hoch, und auch viele Flüchtlinge sind nach Abschluss ihres Asylverfahrens erst mal arbeitslos - 1.900 sind es allein in Rostock. Nicht jeder Flüchtling bringt die nötigen Qualifikationen und Sprachkenntnisse mit.

Gleichzeitig hat die Arbeitsagentur Rostock monatlich im Schnitt 2.500 offene Stellen registriert, "aus allen Bereichen", wie Pressesprecher Thomas Drenckow sagt. Jeden Monat würden neue Stellen nachgemeldet, der Arbeitsmarkt sei sehr flexibel. Gerade in den Tourismusgebieten an der Ostsee werde dringend Personal gesucht - wenn auch zunächst nur für die Saison als Küchenhilfe. Aber auch Klempner und Krankenpfleger seien mittlerweile rar.

Anders als in anderen Gebieten der Bundesrepublik gilt in Mecklenburg-Vorpommern die Vorrangprüfung für Ausländer weiterhin - Arbeitgeber müssen also nachweisen, dass kein gleich qualifizierter Deutscher für den Job infrage käme. Das verstärkt zwar den Verwaltungsaufwand, muss aber kein Hindernis sein: Drenckow erzählt vom Fall eines Afghanen, der nun Berufskraftfahrer werde - viele Deutsche hätten auf den Beruf keine Lust mehr, weil er so viele Abwesenheitszeiten von der Familie mit sich bringe.

Im wirtschaftlich schwächeren Bereich um die Mecklenburger Seenplatte und Neubrandenburg sind derzeit 2.300 Stellen frei. Besonders gesucht seien Leih- und Lagerarbeiter, Erzieher, Pfleger und Bauarbeiter, sagt der Sprecher der örtlichen Arbeitsagentur, Ronny Steeger. Weil die wenigsten Flüchtlinge die dafür nötige Ausbildung hätten, versuche die Agentur jetzt, die Neu-Mecklenburger zu einer (schlechter bezahlten) Ausbildung zu bewegen.

Ein größeres Integrationsproblem als der Arbeitsmarkt ist für die Flüchtlinge, dass sie im Nordosten der Republik auf ein gesellschaftliches Umfeld stoßen, das bisher kaum an Ausländer gewöhnt ist. Der Anteil der Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft an der gesamten Bevölkerung lag hier jahrelang bei zwei bis 2,6 Prozent, mit dem Zuzug der Flüchtlinge ist er 2015 auf 3,7 Prozent gestiegen. Zum Vergleich: Im Saarland liegt die Quote aktuell bei 9,2 Prozent, im ebenfalls ländlichen Rheinland-Pfalz bei 9,5 Prozent. AfD-Kandidat Holm musste im Regionalsender MV1 selbst zugeben, als er über die vermeintlich drohende Islamisierung sprach: "Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern ist die Gefahr jetzt natürlich noch nicht so gegeben."

Provokationen in Schwerin

Die Angstmacherei zieht trotzdem. Selbst die NPD, die zwischen Anklam und Schwerin eigentlich traditionell stark ist, zuletzt aber kriselte, kratzt wieder an der Fünf-Prozent-Hürde. Sie plakatiert in den verlassenen Dörfern im Land gegen "Rapefugees" - als wären Flüchtlinge generell Vergewaltiger.

Wo sind sie denn, die Flüchtlinge? "Asylchaos", plakatiert die AfD in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei haben die wenigen Flüchtlinge hier geringere Wohnungs- und

Die Polizei Schwerin hat im vergangenen Jahr keine schwere Straftat wie zum Beispiel eine Vergewaltigung durch Flüchtlinge registriert. "Wir müssen immer mal Streitigkeiten zwischen den Flüchtlingen schlichten", sagt Pressesprecher Steffen Salow. Auch ein paar Diebstahldelikte von Flüchtlingen seien ihm bekannt. Aber "die Bedrohung ist eher eine gefühlte", sagt Salow. "Das Stadtbild hat sich geändert, das verunsichert die Leute." Schwerin gilt eigentlich als wohlhabender und weltoffener als andere Teile Mecklenburg-Vorpommerns. Doch auch hier demonstriert seit vergangenem Jahr die Gruppierung "Deutschland wehrt sich", laut Polizei eine Abspaltung der mecklenburgischen Pegida-Bewegung. Sie habe wenig Anhänger, provoziere aber umso mehr.

Am Nachmittag des 1. August zum Beispiel tauchte auf dem zentralen Marienplatz in der Nähe zweier Einkaufszentren ein verhüllter Mann auf, ganz in weiß, mit Turban, offenbar als "Araber" verkleidet. Der polizeibekannte Rechtsextreme schwenkte einen Rucksack - vermeintlich gefüllt mit Sprengstoff - und warf ihn in Richtung einer Gruppe Migranten. Die zumeist Jugendlichen kreischten auf, liefen weg. Ein verwackeltes Video, auf das sich auch die Polizei bezieht, dokumentiert die Tat. Man sieht wenig später einige Anhänger der Rechtspopulisten im Streit mit Migranten, es entsteht eine Rangelei, zwei Polizisten schaffen es kaum, die Gruppe zu trennen. Der Provokateur sitzt inzwischen in Untersuchungshaft, es war nicht das erste Mal, dass er öffentlich störte und provozierte.

Mehr Angriffe auf Flüchtlingsheime

Die Provokationen und Angriffe von rechter Seite nahmen zu, sagt auch der Flüchtlingsrat. Die polizeiliche Kriminalitätsstatistik verzeichnet für das vergangene Jahr 49 Straftaten "im Zusammenhang" mit Flüchtlingsheimen. 2014 waren es noch neun. Sieben Mal wurde 2015 Feuer vor einer Unterkunft gelegt. Die Zahl der Diebstähle, ein Delikt, das manche Flüchtlinge laut Polizei begehen, ist in Mecklenburg hingegen im Jahr 2015 zurückgegangen, ebenso wie die Zahl der Gewalttaten.

Die Frage ist also, wer in Mecklenburg-Vorpommern Anlass hat, sich unsicher zu fühlen. "Um Flüchtlingsunterkünfte vor Übergriffen zu schützen, beobachtet die Landespolizei die Entwicklung sehr genau und setzt entsprechend abgestimmte Maßnahmen um", sagte Innenminister Caffier ZEIT ONLINE. "Außerdem hat das Ministerium bereits im letzten Jahr angewiesen, das Bewachungspersonal in den Einrichtungen auch in den Kommunen zu erhöhen."

Load-Date: August 11, 2016

Kölner Muslime beklagen "neue Dimension des Hasses"; Seit Silvester haben die Drohungen noch einmal zugenommen, sagt der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime. Besonders schlimm sei die Hetze in sozialen Netzwerken.

ZEIT-online

Montag 11. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Silvester-Übergriffe; Ausg. 2

Length: 578 words

Body

Muslime beten in Stuttgart in einer Moschee.

© Daniel Naupold/dpa

Migrantenorganisationen und muslimische Verbände beklagen nach den Silvester-Übergriffen von Köln eine zunehmende Feindseligkeit gegenüber Muslimen. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, sagte dem *Kölner Stadt-Anzeiger*: "Wir erleben eine neue Dimension des Hasses." Seit Jahresbeginn habe die Zahl der Anfeindungen und Drohungen gegen seinen Verband zugenommen.

Allein am vergangenen Donnerstag, als bekannt geworden war, dass unter den mutmaßlichen Tätern auch Asylbewerber aus muslimischen Ländern waren, seien in der Geschäftsstelle des Islamverbands 50 Drohanrufe sowie Hunderte Hassmails und -briefe eingegangen - so viele wie sonst in zwei Wochen. Dazu gebe es Hetze im Internet. Inzwischen habe man die Telefonanlage abstellen müssen.

"Der braune Mob tobt in den sozialen Medien, sieht seine Vorurteile bestätigt und endlich die Chance, seinen Hass auf Muslime, Ausländer, Andersaussehende und Andersdenkende freien Lauf zu lassen", sagte Mazyek.

Rassistische und antimuslimische Haltungen nähmen bereits seit einer ganzen Weile zu. "Solche Ereignisse wie in Köln fachen dann die Islamfeindlichkeit nochmals weiter an, weil Muslime dann unter Generalverdacht gestellt werden", sagte Mazyek. Sein Verband wolle den zunehmenden Ressentiments mit "Aufklärung und Besonnenheit" entgegentreten. So sei es im Islam eine große Sünde, Frauen zu belästigen oder gar zu vergewaltigen.

Maas verurteilt pauschale Hetze gegen Ausländer

Auch Bundesjustizminister Heiko Maas mahnte nach den Angriffen ein entschiedenes Vorgehen an. "Wir dürfen radikalen Brandstiftern nicht das Feld überlassen", warnte der SPD-Politiker. Er habe den Eindruck, dass diejenigen, die jetzt im Internet oder auf der Straße Hetzjagden auf Flüchtlinge veranstalteten, auf die Taten von Köln nur gewartet hätten. "Anders lässt sich nicht erklären, wie schamlos das einige Gruppen nun

Kölner Muslime beklagen "neue Dimension des Hasses" Seit Silvester haben die Drohungen noch einmal zugenommen, sagt der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime.....

instrumentalisieren", sagte Maas. Die Verbrechen der Silvesternacht seien zwar abscheulich. Für pauschale Hetze gegen Ausländer gebe es aber keine Rechtfertigung.

Die Staatsministerin für Integration, Aydan Özoguz (SPD), warnte davor, Flüchtlinge und Asylsuchende nach den Vorfällen am Silvesterabend unter Generalverdacht zu stellen. Es müsse aber vieles getan werden, damit sich solche "perfiden und frauenverachtenden Vorfälle" nicht wiederholen könnten, sagte Özoguz dem *Kölner Stadt-Anzeiger*.

Am Kölner Hauptbahnhof war es in der Silvesternacht zu massenhaften sexuellen Übergriffen sowie Diebstählen gekommen, die laut Zeugenaussagen aus einer großen Gruppe von Männern mit Migrationshintergrund heraus begangen wurden. Auch in anderen Städten hatte es Übergriffe gegeben. Die Zahl der Anzeigen im Zusammenhang mit den Angriffen stieg am Wochenende auf über 500.

Am Sonntagabend gab es in Köln einen weiteren Zwischenfall: In Gruppen hatten unbekannte Täter in der Innenstadt mehrere Ausländer angegriffen und verletzt. Zwei Pakistaner mussten ins Krankenhaus gebracht werden. Sie wurden nach Auskunft der Polizei leicht verletzt, genauso wie ein Syrer. Ermittelt wird wegen schwerer Körperverletzung. Nach Informationen des Kölner *Express* hatten sich Rocker, Hooligans und Türsteher über Facebook verabredet, "um in der Innenstadt 'auf Menschenjagd' zu gehen". Ob zwischen dem Aufruf und den Angriffen ein Zusammenhang besteht, war zunächst unklar.

Load-Date: January 12, 2016

Nein, die Türkei ist nicht sicher; Deutschland und die EU möchten, dass Erdogan Flüchtlinge im Land hält. Dabei werden sie dort nicht sicher geschützt; die Menschenrechtslage ist dramatisch.

ZEIT-online

Mittwoch 28. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 43

Length: 1167 words

Byline: Emma Sinclair-Webb

Body

Eine syrische **Flüchtlingsfrau** wartet mit ihrem Baby in einem Kleinbus im türkischen Erdine auf die Erlaubnis zur Weiterfahrt nach Europa.

© Yagiz Karahan/Reuters

Derzeit verbiegt sich die EU für ein Abkommen mit der Türkei, das verhindern soll, dass weiterhin syrische und andere **Flüchtlinge** in großer Zahl von der türkischen Küste ablegen oder die westliche Landesgrenze nach Europa überqueren. Es lohnt sich, genau darüber nachzudenken, was dabei auf dem Spiel steht.

Schon möglich, dass so ein Abkommen der EU und Präsident Recep Tayyip Erdogan kurzfristig Vorteile verschaffen würde. Allerdings ginge es zulasten der Bemühungen der EU, die langfristigen Menschenrechtsprobleme der Türkei zu bearbeiten, die auch die regionale Stabilität gefährden. Und es birgt die Gefahr, dass noch mehr **Asylsuchende** in der Türkei stranden, wo es kein funktionierendes Schutzsystem gibt. Außerdem setzt die EU die Reste ihres Einflusses auf Ankara in einem Moment aufs Spiel, in dem die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit im Land massiv gefährdet sind. In den zwölf Jahren, in denen ich mich in dem Land mit diesem Thema beschäftige, war die Lage nie brisanter.

Anders als das geplante EU-Abkommen behauptet, ist die Türkei weit davon entfernt, ein sicheres Land für geflüchtete Menschen zu sein. Vielmehr wird sie auch für ihr eigenen Bürger zunehmend unsicher - nicht zuletzt deshalb, weil sich die politische Führung für eine repressive Einschüchterungskampagne gegen all ihre Konkurrenten und Kritiker entschieden hat.

Wie das Video zeigt, hat die türkische Polizei die Redaktionsräume eines regierungskritischen Fernsehsenders gestürmt.

Momentan beherbergt die Türkei mehr als zwei Millionen aus Syrien geflüchtete Menschen in einem "temporären Schutzsystem". Viele andere, etwa Iraker und Afghanen, haben nicht einmal diesen Status, obwohl sie ebenfalls aus Ländern stammen, aus denen viele Menschen flüchten müssen.

Nein, die Türkei ist nicht sicher Deutschland und die EU möchten, dass Erdogan Flüchtlinge im Land hält.
Dabei werden sie dort nicht sicher geschützt; die Mensc....

Zweifelloos würde die Türkei von finanzieller Unterstützung der EU profitieren, um die Flüchtlinge zu versorgen. Dann könnten vielleicht auch die geflüchteten Kinder in türkische Schulen gehen, was 80 Prozent von ihnen bislang verwehrt ist. Aber unabhängig von finanziellen Anreizen bleibt die Tatsache, dass das türkische Asylsystem nicht funktioniert.

Als die Türkei 1962 der UN-Flüchtlingskonvention beitrug, versäumte es die Regierung, die ursprünglich aus dem Zweiten Weltkrieg stammende, räumliche Einschränkung aufzuheben, durch die der Vertrag nur für europäische Flüchtlinge gilt. Deshalb haben Menschen, die über die südlichen oder östlichen Grenzen ins Land kommen, etwa Syrer, Iraker und Afghanen, keinen Anspruch auf Asyl oder auf einen regulären Flüchtlingsstatus. Ihre Verfahren können in der Türkei nur mit Blick auf eine zukünftige Umsiedlung in Drittstaaten bearbeitet werden, oder sie erhalten wie die Menschen aus Syrien temporären Schutz aus politischem Ermessen.

Obwohl die Türkei völkerrechtlich dazu verpflichtet ist, verfügt sie nicht über Gesetze, die nicht-europäischen Flüchtlingen alle Rechte garantieren oder gewährleisten, dass sie nicht in Länder abgeschoben werden, in denen ihnen Gefahr droht.

Dreh- und Angelpunkt des EU-Aktionsplans ist, Asylsuchende und Migranten in der Türkei zu halten. Ein Blick auf eine Landkarte, auf die lange, türkische Küste und auf die nahe gelegenen griechischen Inseln verdeutlicht, wie unwahrscheinlich es ist, dass die Türkei die Ausreisepäne aller Menschen vereiteln kann. Einfacher zu erreichen wäre, die Ost- und Südgrenze für neue Flüchtlinge zu schließen. Auch das ist im Entwurf des Aktionsplans vorgesehen und soll Menschen davon abhalten, überhaupt in die Türkei einzureisen. Wahrscheinlicher ist aber, dass viele in Lebensgefahr geraten.

Um alle Menschen in der Türkei zu halten, wären Maßnahmen notwendig, die weit über den Kampf gegen Schlepperbanden hinaus gehen. Ein drakonisches Grenzregime müsste etabliert werden. Die Polizei müsste die ganze Küstenlinie kontrollieren und vorsorglich massenhaft Personen inhaftieren, die den Anschein erwecken, sie wollten möglicherweise das Land verlassen.

Das sind düstere Aussichten für alle, die ein bisschen Bescheid wissen über die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen der türkischen Polizei. Über diese schwerwiegenden Probleme schweigt die EU jedoch lieber. Umso wichtiger ist es, dass wir gerade jetzt auf sie aufmerksam werden.

Nach dem unklaren Wahlergebnis Anfang des Jahres und vor den Neuwahlen am Sonntag versucht die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) von Präsident Erdogan, ihre Macht mit allen Mitteln zu sichern. Sie geht vehement gegen die Medienfreiheit vor, distanziert sich kaum von den gewaltsamen Angriffen auf die pro-kurdische Demokratische Partei der Völker (HDP), auf die Dogan-Mediengruppe und einen ihrer bekanntesten Journalisten, und sie missbraucht die Justiz, um ihre Gegner zu verfolgen und einzusperren.

Im Sommer ließ die Regierung bewusst den bewaffneten Konflikt mit der kurdischen Arbeiterpartei PKK wieder aufflammen. Damit gab sie einen Friedensprozess auf, den viele Menschen in der Türkei nach Jahrzehnten tödlicher Kämpfe begrüßt hatten. Da die Feindseligkeiten in Städten ausgetragen werden, zahlt die Zivilbevölkerung den Preis. In weniger als drei Monaten wurden Hunderte Menschen auf beiden Seiten getötet. Dazu kommt der Bombenanschlag in Ankara, dem mehr als 100 Menschen zum Opfer fielen. Er erinnert daran, wie nah der syrische Krieg ist und wie wenig der Regierung gelingt, der Bedrohung durch den IS Herr zu werden.

Es ist skandalös und kurzsichtig, dass die EU die Probleme in der Türkei ignoriert, um ein Abkommen zu beschließen, das geflüchtete Menschen von Europa fern halten soll. Die Europäische Kommission lockt nicht nur mit Visa-Erleichterungen für türkische Staatsbürger, sondern hat auch vorgeschlagen, die Türkei zu einem sicheren Herkunftsstaat zu erklären. Dann können die Asylgesuche von Türken, zum Beispiel von Journalisten und Kurden, die vor politischer Verfolgung in die EU fliehen, standardmäßig als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden. Dabei lag die Schutzquote für Asylsuchende aus der Türkei im Jahr 2014 bei 23 Prozent. Im gleichen Jahr stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 94 Verstöße des Landes fest.

Nein, die Türkei ist nicht sicher Deutschland und die EU möchten, dass Erdogan Flüchtlinge im Land hält.
Dabei werden sie dort nicht sicher geschützt; die Mensc....

Gerade wurde die Veröffentlichung des jährlichen Berichts der Europäischen Kommission über den Fortschritt der Türkei auf dem Weg zum EU-Beitritt auf einen Zeitpunkt nach den Neuwahlen verschoben. Auch das deutet darauf hin, dass die EU bereit ist, Menschenrechtsverletzungen unter den Teppich zu kehren, solange die Türkei sie dabei unterstützt, Asylsuchende und Migranten von der Einreise abzuhalten. Wenn die EU geflüchtete Menschen dazu zwingt, in einem Land zu bleiben, in dem sie nicht sicher sind, und den Zugang zu Asyl für türkische Staatsbürger dann einschränkt, wenn sie ihn am dringendsten brauchen, dann riskiert sie, die Türkei weiter zu destabilisieren. Das wäre Gift für die Zukunft der Türkei.

Aus dem Englischen übersetzt von Daniela Turß

Load-Date: October 28, 2015

End of Document

Sie kamen schon immer; Seit Jahren prägen Flüchtlinge das Leben auf Sizilien. Die Bewohner nehmen es gelassen, viele helfen. Und über Europas Flüchtlingspolitik spotten sie hier nur.

ZEIT-online

Dienstag 28. April 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Sizilien; Ausg. 17

Length: 1574 words

Byline: Simone Gaul

Body

Flüchtlinge im Aufnahmelager Mineo auf Sizilien

© Antonio Parrinello/Reuters

Emina bewegt ein imaginäres Lenkrad hin und her. "Brrrm, brrrrrm - habt ihr verstanden? Auto fahren!" An der Wand vor ihr hängt ein Whiteboard, sie schreibt darauf in großen Druckbuchstaben: *GUIDARE*. Autofahren auf Italienisch. Vor ihr sitzen um einen Holztisch sieben junge Männer auf Hockern und Plastikstühlen. Es ist 20 Uhr in einem kleinen Kulturzentrum im sizilianischen Acireale. Die Männer sind gekommen, um Italienisch zu lernen.

Die Wände des Zentrums Mistero Buffo, benannt nach einem Opernhelden von Dario Fo, sind voll mit Plakaten und Notizzetteln. Hier finden normalerweise kulturelle Veranstaltungen statt. Seit einigen Jahren unterrichten Ehrenamtliche hier Italienisch für **Migranten**. **Migranten**, das bedeutet auf Sizilien meistens: **Flüchtlinge**. Genauer: Bootsflüchtlinge.

Am Nachbartisch sitzen acht Männer und zwei Frauen und lernen die Vergangenheitsform. *Io sono andato al Comune*. Ich bin aufs Amt gegangen. Drei Ägypter sind heute zum ersten Mal in der Anfängergruppe dabei. Sara Scudero weiß nicht viel über sie. Sie hat die meisten, die heute hergekommen sind, schon nach ihren Geschichten gefragt. Manche erzählen viel von sich, andere wollen überhaupt nichts Preis geben. Viele sind von ihren Erlebnissen auf der Flucht traumatisiert. Sara arbeitet als freiwillige Helferin im Mistero Buffo.

Wie Sara und Emina engagieren sich viele junge Menschen auf Sizilien ehrenamtlich in Vereinen. Fast alle sind irgendwo Mitglied, jeder setzt sich für irgendwas ein. Und meistens hat es mit Flüchtlingen zu tun.

Acireale ist ein kleiner Ort an der sizilianischen Ostküste. Enge Gassen mit leicht heruntergekommenen Häusern, Kirchen an jeder Straßenecke, kleine Bars und Pizzerien, ein Steinstrand und ein weitläufiger zentraler Platz. Und: auffällig viele junge Afrikaner auf den Straßen. Jeden Abend versammeln sie sich auf dem Platz, denn hier gibt es freies W-Lan. Viele Sizilianer sagen, sie fühlen sich Afrika näher als Europa. Manche,

Sie kamen schon immer. Seit Jahren prägen Flüchtlinge das Leben auf Sizilien. Die Bewohner nehmen es gelassen, viele helfen. Und über Europas Flüchtlingspolitik

die das sagen, meinen es ernst. Andere sagen es zum Spaß, wegen all der nordafrikanischen Einwanderer, die ihr Glück auf dieser Seite des Mittelmeeres suchen.

Catania - Start der Suche nach Glück

Für viele dieser Glückssucher beginnt Europa in Catania. Die zweitgrößte Stadt Siziliens liegt eine halbe Autostunde südlich von Acireale, etwa 350.000 Menschen leben hier. Die Stadt und vor allem ihr Hafen haben es in den vergangenen Tagen wieder in die internationalen Fernsehnachrichten geschafft. Hierher brachte die italienische Küstenwache die Überlebenden der beiden großen letzten Bootsunglücke. Fürs Erste bleiben die meisten von ihnen auf Sizilien.

In der Innenstadt von Catania ist Markt: Ein enges Chaos aus Karotten, Auberginen, Tintenfisch und Austern, Hemden, Sonnenbrillen, Frauen, Männern, Händlern und Touristen. Er könnte genau so in Accra, Dakar oder Lagos aufgebaut sein. Der Markt ist längst über seinen zugewiesenen Platz, die Piazza Carlo Alberto di Savoia hinausgewuchert. Auch entlang der umliegenden Straßen preisen Händler ihre Waren an, Autos hupen, Fußgänger schlängeln sich zwischen Mopeds und Kleinwagen durch den Verkehr. Eine unberechenbare Masse an Menschen und Waren.

Genau so beschreibt die italienische Regierung immer wieder ihr Flüchtlingsproblem. Als unberechenbare Masse. Die Menschen in Catania schmunzeln, wenn sie Nachrichten hören zum "Gipfeltreffen in Brüssel". Zwei alte Männer verlassen mit vollen Tüten den Markt. Europäische Migrationspolitik? Damit können sie nichts anfangen. "Die Leute kommen eben. Sie sind immer schon gekommen und sie werden immer kommen." Basta.

UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hat am Montag gemeinsam mit dem italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi und der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini eine symbolische Bootstour vor Siziliens Küste gemacht. Ban will zeigen, dass die UN die Situation ernst nehmen, Renzi will Unterstützung vom UN-Sicherheitsrat für einen Militäreinsatz gegen Schlepperboote. Hier in Catania schütteln die Menschen den Kopf, wenn sie das hören.

So wie Kapitän Michele Maltese. Er hat viele dieser Schlepperboote gesehen. Er sitzt in seinem Büro im Hauptquartier der Küstenwache am Hafen und hat gerade die Statistik aktualisiert. Von seinem Fenster aus sieht er die Anlegestelle, wo vor wenigen Tagen die Überlebenden angekommen sind. Auch am Vortag ist im Hafen von Augusta südlich von Catania wieder ein Schiff angekommen: 466 Flüchtlinge an Bord.

Jeder Migrant wird gezählt, den die Küstenwache von Catania auf See rettet. 2015 waren es bisher 6.048 Menschen, davon 5.446 Männer, 531 Frauen und 171 Minderjährige. Die Flüchtlinge, die von der anderen Küstenwache in Palermo gerettet werden, sind hier nicht mitgezählt. Oft sind es dort doppelt so viele. "Uns interessiert nicht, ob sie legal oder illegal kommen, wenn sie in Not sind, retten wir sie", sagt Maltese. Beinahe täglich gehen Notrufe von Flüchtlingsbooten ein. Auch wenn der Medienrummel inzwischen wieder vorbei ist: Die Situation ist angespannt. Es kann jederzeit wieder passieren.

Touristen und Migranten

Am Nachmittag ist der Markt verschwunden. Der Boden ist mit Müll und Gemüseresten bedeckt, eine ganze Ladung Paprika ist auf dem Boden verteilt, eine Frau sammelt einige auf. Vor der Kirche sitzen Männer und trinken Bier. Die Touristen sind wieder fort, hier gibt es nichts mehr zu sehen. Sie sind jetzt auf der Piazza del Duomo, dem schmucken Domplatz mit seinen Cafés und mehrsprachigen Fremdenführern oder auf der Via Etnea, der Shopping-Straße mit ihren Bars und Boutiquen.

"In Catania gibt es zwei Welten", sagt Samir. Der 31-Jährige sitzt vor einem Kiosk zwischen den Marktresten. "Es gibt die Welt der Touristen und es gibt unsere Welt, die der Migranten." Aber, sagt er, so funktioniert das Leben nun mal. "Komm, ich zeig dir, wo es schön ist." Samir kennt viele schöne Plätze, er ist schon 2011 nach Sizilien gekommen. Wie die meisten hier führte ihn sein Weg über das Meer.

Sie kamen schon immer. Seit Jahren prägen Flüchtlinge das Leben auf Sizilien. Die Bewohner nehmen es gelassen, viele helfen. Und über Europas Flüchtlingspolitik

"Ich bin in Tunis in ein Boot gestiegen", erzählt er. 1.500 Euro hat er bezahlt. "Was ich nicht wusste: Die Fahrt dauerte fünf Tage. Wir hatten nichts zu essen und kaum Wasser. Irgendwie haben wir es bis vor Lampedusa geschafft, was für ein Glück!" Inzwischen hat Samir eine Aufenthaltsgenehmigung, spricht Italienisch und hat einen kleinen Job: Er hilft in einem Privathaushalt, dafür bekommt er 30 Euro am Tag. "Das ist kein gutes Leben, aber es wird besser, Schritt für Schritt", sagt er. Wenn es noch ein bisschen besser geht, dann will er sich eine Frau suchen.

Kein gutes Leben in Sizilien

Es ist kein gutes Leben, aber es wird besser. Das sagen sich viele Flüchtlinge, die in Sizilien gelandet sind. Die Strukturen auf der Insel sind überlastet, die Heime überfüllt. Das größte Auffanglager Cara Mineo beherbergt momentan etwa 4.000 Menschen - offiziell ausgelegt ist es für 2.000. Asylbewerber dürfen wie in Deutschland nicht arbeiten. Sie bekommen Essen in den Heimen, Italienisch-Kurse, ein Bett, Kleidung und medizinische Grundversorgung.

Wenn die Ernte beginnt, warten viele Flüchtlinge im Landesinneren am Wegesrand, um von Bauern aufgepickt zu werden, die sie für einen winzigen Lohn einen Tag auf den Feldern arbeiten lassen. Andere rutschen aus Verzweiflung in die Prostitution oder Illegalität.

Die Präfektin Maria Giua Federico hat im Herbst bei einem Besuch eines deutschen CSU-Politikers die Fassung verloren. Was sollen sie denn tun, hier in Sizilien? "Zu uns kommt ein ganzer ausgehungertes Kontinent", sagte sie damals.

Das Ziel: weiter in den Norden

Aber die meisten Bewohner gehen entspannt mit den Flüchtlingen um. "Sizilien war schon immer ein Ort der Migration, in uns allen fließt arabisches Blut", sagt Dario Priuti. Er ist Anwalt und in seiner Freizeit Präsident von Arci Catania, einer großen gesellschaftspolitischen Organisation, die sich unter anderem für ein Europa ohne Grenzen und ohne Abschottungspolitik einsetzt. "Einwanderung ist nicht das Problem", sagt Priuti. "Es ist die Einwanderungspolitik." Und nicht nur die, sondern die gesamte afrikanische Außenpolitik des Westens, sagt er. "Das Flüchtlingsproblem hat Europa selbst erschaffen. Und will jetzt nicht, dass die Menschen kommen."

Die meisten wollen jedoch weiterziehen, in den Norden. Schweden, Deutschland oder wenigstens in den reicheren Norden Italiens. Frankfurt, sagt ein junger Eritreer, der mit drei Freunden im kleinen Stadtpark in Catania sitzt - Frankfurt soll schön sein. Er habe einen Freund dort. Den will er bald besuchen. Wie ist es in Deutschland, will er wissen. Sind da auch viele Flüchtlinge? Viele Schwarze?

Auch die meisten, die in Acireale Italienisch lernen, wollen nicht auf Sizilien bleiben. Osas aus Nigeria ist etwa ein Jahr hier, er ist in der Fortgeschrittenen-Gruppe, die die Vergangenheitsform lernt. Sobald sein Antrag durch ist und er frei reisen kann, möchte er, dass auch Italien Teil seiner Vergangenheit wird. "Ich will weiter", sagt der 24-Jährige. Gott allein wisse, wohin ihn sein Leben führe. Erst mal fort von der Insel.

Load-Date: April 28, 2015

Flüchtlinge ohne Religion; Wie viele Flüchtlinge aus muslimischen Ländern Atheisten sind, weiß niemand. Manchmal wird ihnen nicht geglaubt, oft fürchten sie sich vor Mobbing oder Gewalt.

ZEIT-online

Freitag 29. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Atheisten; Ausg. 30

Length: 909 words

Byline: Marcus Latton

Body

Nicht alle **Flüchtlinge** aus muslimischen Ländern sind gläubig.

© dpa

Einen Antrag auf Kirchenaustritt zu stellen, ist in Deutschland ein eher banaler Verwaltungsakt für all jene, die den Glauben verloren haben, sich enttäuscht von ihren Gemeinden abwenden oder einfach die Kirchensteuer sparen wollen. Für Ahmad Othman Adi war der Antrag eine Offenbarung. Seine deutschen Freunde erzählten ihm vor drei Jahren von dieser Möglichkeit. Damals ging er noch in Recklinghausen zur Schule. 2012 war er vor dem Krieg in seiner syrischen Heimat geflohen. "Ich fragte sie: Ihr könnt einfach so die Kirche verlassen und das war's?", sagt der heute 22-jährige Adi.

Ein Austritt aus dem Islam ist nicht vorgesehen

Der Islam hat gar keine Kirche, ein Austritt ist nicht vorgesehen. In der syrischen Stadt Hama wuchs Adi als sunnitischer Muslim auf. Doch als Jugendlicher begann er zu rebellieren. Er produzierte mit Freunden Hip-Hop-Beats und begann mit 14 Jahren am Islam zu zweifeln - und Fragen zu stellen. An seine Eltern, an seine Religionslehrer in der Schule. "Ich mochte es nicht, wie der Islam Sexismus verbreitet und Hass gegen Homosexuelle", sagt Adi, der seit vergangenem Jahr in Berlin lebt. "Auch diese ganzen Wundergeschichten aus dem Koran hatten irgendwann keinen Sinn mehr für mich. Etwa, dass alle Menschen von Adam und Eva abstammen. Oder dass der Prophet Mohammed mit seinem Pferd in nur einer Nacht von Arabien nach Palästina geritten sein soll. Wie kann man das ernsthaft glauben?"

Adi bezeichnet sich mittlerweile als Agnostiker. Wenn er sich mit anderen Flüchtlingen aus Syrien trifft, meidet er allerdings das Thema Religion. Bislang habe es immer zu unangenehmen Diskussionen geführt, sagt er. Denn Apostasie, der Abfall vom Glauben, gilt in der Rechtsdogmatik des Islam als Todsünde. Die Hinrichtung von Apostaten vollstrecken zwar nur wenige Länder wie Saudi-Arabien oder der Iran in Ausnahmefällen. In Ägypten, Jordanien oder in den palästinensischen Autonomiegebieten drohen ihnen aber Gefängnisstrafen oder der Verlust

Flüchtlinge ohne Religion Wie viele Flüchtlinge aus muslimischen Ländern Atheisten sind, weiß niemand. Manchmal wird ihnen nicht geglaubt, oft fürchten sie sich....

von Ehrenrechten wie etwa Erbensprüchen. Doch auch ohne drakonische Strafen müssen Nichtgläubige in muslimischen Communities weltweit damit rechnen, abgelehnt oder sogar bedroht zu werden.

Es ist nicht bekannt, wie viele der fast eine Million Migranten, die 2015 vor allem aus islamisch geprägten Herkunftsländern nach Deutschland flüchteten und auf Asyl hoffen, Atheisten oder Agnostiker sind. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) teilte auf Anfrage mit, dass bekennende Glaubenslose unter den Antragsstellern statistisch nicht erfasst werden. Auch über diejenigen, die wegen Apostasie in ihrer Heimat verfolgt werden und deshalb Zuflucht in Deutschland suchen, gibt es keine Zahlen.

Arabisch- oder persischsprachige Atheistengruppen auf Facebook und in anderen sozialen Netzwerken haben zum Teil mehrere Zehntausend Mitglieder. Zu ihnen zählen jedoch nur diejenigen, die sich öffentlich zu ihrer Abkehr von der Religion bekennen. Dass die wahren Zahlen wesentlich höher sind, zeigte eine Untersuchung des Meinungsforschungsverbunds WIN/Gallup International aus dem Jahre 2012. Demnach bezeichnen sich etwa in Saudi-Arabien fünf Prozent der Bevölkerung als überzeugte Atheisten, 19 Prozent, fast sechs Millionen Menschen, sagen von sich, sie seien nicht religiös. 22 Prozent der Menschen in arabischen Gesellschaften äußerten in der Umfrage zumindest Zweifel an ihrer Religion. In Lateinamerika und Südasien war der Anteil der Skeptiker geringer. Er lag bei 16 und 17 Prozent.

Mina Ahadi bietet diesen Menschen ein Netzwerk an, das sie auffängt. Sie leitet den Zentralrat der Ex-Muslime in Deutschland und unterstützt atheistische und säkulare Flüchtlingen bei der Wohnungssuche und bei Behördengängen. "Diese Leute haben Angst", sagt sie. Manchmal glauben die Behördenmitarbeiter ihnen in den Asylverfahren nicht, dass sie keine Muslime seien. Ein Beispiel ist Reza Hashemi (Name geändert), ein im Irak aufgewachsener Iraner. Bei seinem ersten Interview in der Bamf-Außenstelle Bad Berleburg im Mai dieses Jahres weigerte sich der Dolmetscher, zu übersetzen, dass Hashemi Atheist ist. "Er sagte mir: 'Du bist Iraner, also bist du Schiit'", erzählt Hashemi. Erst durch die Intervention des Zentralrats der Ex-Muslime habe er ein zweites Interview bei einem anderen Sachbearbeiter bekommen. Die Behörde wollte den Fall nicht kommentieren.

Ex-Muslime fürchten sich jedoch besonders vor Mobbing und Gewalt in den Asylunterkünften. Wie Mehrad Naseri. Er flüchtete aus dem kurdischen Teil des Iran, weil er in seiner Buchhandlung religionskritische Werke verkauft hatte und unter Druck geriet. In seinem Flüchtlingsheim in der Nähe von Köln wohnt er mit acht anderen Männern aus Afghanistan und Syrien in einem Zimmer. "Ich darf nichts gegen Religion sagen und habe Angst", sagt Naseri. Als er während des Ramadans nicht fastete, wurde er von seinen Mitbewohnern als unechter Muslim beschimpft. Deutschland sei doch ein säkulares Land, sagt er. Wie könne es sein, dass Christen und Atheisten in den Unterkünften nicht in Sicherheit leben können?

Ahmad Othman Adi muss mit solchen Problemen nicht mehr kämpfen. In Berlin hat er eine Wohngemeinschaft gefunden und widmet sich seiner Musik. Nach seiner Religion fragt ihn im Alltag keiner mehr. "Ich lasse mir meinen Verstand nicht mehr vom Islam versklaven", sagt er. "Viele Syrer haben im Krieg wieder zu ihrem Glauben zurückgefunden. Ich habe ihn endgültig verloren."

Load-Date: July 29, 2016

Verschweigen? Nein!; Bei Straftätern sollte auch die Herkunft genannt werden. Das Verheimlichen dieser wichtigen Information nützt wie im Freiburger Mordfall nur rechter Hetzpropaganda.

ZEIT-online

Montag 12. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Öffentlichkeit; Ausg. 51

Length: 1019 words

Byline: Martin Klingst

Body

Soll bei einem Kriminalfall gemeldet werden, ob ein Tatverdächtiger Deutscher oder Ausländer ist? Oder ein Deutscher mit **Migrationshintergrund**? Verbrechen bleibt Verbrechen - machen Nationalität, ethnische Abstammung oder Herkunft da irgendeinen Unterschied?

Mehr noch: Dürfen diese Unterscheidungsmerkmale in einer Gesellschaft, die das Diskriminierungsverbot in ihre Verfassung geschrieben hat, überhaupt eine Rolle spielen? Was dient dem Schutz des Tatverdächtigen? Oder der Vorbeugung gegen Vorverurteilungen? Und was ist eher Ausdruck einer auf die Spitze getriebenen politischen Korrektheit?

Darüber wird nicht erst debattiert, seit die *Tagesschau* es neulich unterließ zu melden, dass die Freiburger Polizei einen 17-jährigen **Flüchtling** aus Afghanistan als mutmaßlichen Mörder und Vergewaltiger der Studentin Maria L. gefasst hatte. Die Redaktion der *Tagesschau* hielt den Vorgang lediglich für eine regionale Nachricht. (Wie ZEIT ONLINE mit der Berichterstattung von Kriminalfällen umgeht, lesen Sie hier in unserem Transparenzblog Glashaus .)

Schon ewig und immer wieder aufs Neue wird heftig darüber gestritten, was in solchen Fällen berichtet werden muss. Und vor allem: welche Hintergründe eines Tatverdächtigen offengelegt und welche geheim gehalten werden sollten.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) unterscheidet in der Regel nicht zwischen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund, wohl aber zwischen deutschen und ausländischen Tatverdächtigen. Nicht selten kommen die Jahresberichte zu dem Ergebnis, dass Ausländer in einigen Deliktbereichen häufiger tatverdächtig sind als Deutsche.

Einige Experten halten die Differenzierung nach Staatsangehörigkeit für irreführend und diskriminierend. Sie weisen darauf hin, dass einige Straftaten nur von Ausländern begangen werden können, wie etwa Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz. Außerdem seien die meisten in Deutschland lebenden Ausländer männlich und jung, sie seien

Verschweigen? Nein! Bei Straftätern sollte auch die Herkunft genannt werden. Das Verheimlichen dieser wichtigen Information nützt wie im Freiburger Mordfall nur....

durchschnittlich ärmer als die Gesamtbevölkerung und lebten oft in Problemvierteln der Großstädte - sie gehörten also zu den Gruppen, bei denen auch von Deutschen überdurchschnittlich viele Straftaten begangen werden.

Das Fazit der Kritiker: Würde man Ausländer nicht pauschal mit allen Deutschen vergleichen, sondern nur mit jenen Deutschen, die dieselben besonderen Merkmale aufwiesen wie Ausländer, dann wären Letztere nicht krimineller.

Das ist durchaus richtig. Allerdings lässt sich jede Statistik unendlich ausdifferenzieren und herunterrechnen, bis am Ende sämtliche Unterschiede zwischen den Tätergruppen bis zur Unkenntlichkeit verschwimmen. Das ist am Ende wenig nützlich.

Natürlich ist jede Kriminalstatistik mit Vorsicht zu genießen. Ihre Aussagekraft ist begrenzt, sie kann allenfalls eine Annäherung an die tatsächlichen Verhältnisse sein. Außerdem spiegelt die Statistik nur das sogenannte Hellfeld der Kriminalität wider, wie das die Fachleute nennen, also nur die der Polizei bekannt gewordenen Fälle und Tatverdächtigen.

Dennoch können diese Zahlen durchaus helfen, gesellschaftliche Fehlentwicklungen aufzudecken und einzudämmen, bieten sie doch erste Ansatzpunkte für genauere Analysen und Präventionsprogramme.

Schon deshalb sollte jede Einwanderungsgesellschaft ein Interesse daran haben, möglichst genau zu erfahren, welche ihrer Bevölkerungsgruppen besondere Probleme haben und darum besonderer Unterstützung und Aufmerksamkeit bedürfen. Es macht darum bisweilen wenig Sinn, in der Kriminalstatistik zwar zwischen Deutschen und Ausländern zu unterscheiden, aber den jüngeren Migrationshintergrund deutscher Tatverdächtiger nicht zu nennen.

Nicht der Pass entscheidet darüber, ob ein Mensch schneller mit dem Strafgesetz in Konflikt gerät, sondern in der Regel die sozialen und wirtschaftlichen Nöte, die fehlende Integration, die Schwierigkeiten kultureller Anpassung.

Das Verschweigen der Hintergründe in der Statistik ist oft Augenwischerei, denn die kriminologische Forschung stellt schon lange nicht mehr auf die Ausweispapiere ab, sondern vornehmlich auf spezifische Eigenheiten der Tatverdächtigen, wozu auch die Migrationsgeschichte gehören kann. Bloß kann diese wichtige Information, weil nicht allgemein erfasst, meist nur mithilfe äußerst aufwändiger Befragungen beschafft werden.

Die Scheu, die Herkunftsgeschichte eines Tatverdächtigen zu nennen, ist zwar menschlich verständlich. Zu oft werden diese Informationen verfälscht, missbraucht und heißt es vorschnell, Ausländer oder Deutsche mit ausländischen Wurzeln und Flüchtlinge seien krimineller. Die furchtbare Tat eines Einzelnen wird dann gerne einer ganzen Gruppe zur Last gelegt.

Nachvollziehen lässt sich deshalb, dass die Redakteure der *Tagesschau* Hemmungen hatten, die Nachricht über den mutmaßlichen jungen Mörder aus Afghanistan in die Welt zu setzen. Die Sorge vor der Stigmatisierung von Flüchtlingen und einer neuen Welle des Fremdenhasses sitzt tief.

Dennoch war es falsch, der Öffentlichkeit diese Information vorzuenthalten. Der Mord war längst eine nationale Nachricht und ebenso der Verdacht, der Täter könnte ein Asylbewerber sein. Das Verschweigen der Ermittlungsergebnisse nährte darum erst recht den Verdacht, hier sollte die Wahrheit aus Gründen politischer Opportunität unterschlagen werden. Das ist Stoff für die rechte, fremdenfeindliche Propaganda.

Vor einem guten Jahr veröffentlichte die Stockholmer Tageszeitung *Dagens Nyheter*, dass die schwedische Polizei systematisch Informationen über Gewalttaten verheimliche, die von und gegen Flüchtlinge begangen werden. Derartige Delikte, hieß es, würden mit dem Geheimhaltungscode "291" versehen, der es verbiete, Nachrichten darüber an die Öffentlichkeit zu geben.

Die Anweisung, heißt es, soll damals auf Bitten der schwedischen Einwanderungsbehörde ergangen sein. Es kam, was kommen musste: Die Verschleierung löste einen gewaltigen Proteststurm aus. Und der übertönt eine eigentlich sehr beruhigende Nachricht, die aber die aus gutem Grund aufgebrachten Schweden derzeit nicht hören wollen: Flüchtlinge sind in dem nördlichen EU-Land nicht einmal für ein Prozent aller Straftaten verantwortlich.

Verschweigen? Nein! Bei Straftätern sollte auch die Herkunft genannt werden. Das Verheimlichen dieser wichtigen Information nützt wie im Freiburger Mordfall nur....

Load-Date: December 12, 2016

End of Document

"Was uns als Einwanderungsland auszeichnet"; Der US-Botschafter in Berlin spricht über den richtigen Umgang mit Flüchtlingen. Und er bestreitet, dass die USA zu wenig für die Menschen aus Syrien tun.

ZEIT-online

Mittwoch 16. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 37

Length: 876 words

Byline: Mariam Lau

Body

John B. Emerson, seit August 2013 US-Botschafter in Berlin

© Axel Schmidt/Reuters

ZEIT ONLINE: Herr Botschafter, Tausende von Flüchtlingen strömen nach Deutschland auf der Suche nach Sicherheit, Freiheit und einem besseren Leben. Wird Deutschland das Amerika Europas?

John B. Emerson: Diesen Vergleich kann ich nicht ziehen, aber ich kann über unsere eigenen Erfahrungen in den USA sprechen. Nach Amerika sind die Leute eingewandert, weil sie vor Tyrannei geflohen sind, oder weil sie das Land der tausend Möglichkeiten suchten. In Europa ist Deutschland dieses Land, mit seiner starken Wirtschaft und seinem starken Sozialstaat. Und jetzt kommt noch diese unglaubliche Hilfsbereitschaft dazu - klar, das ist schon ein starker Magnet.

ZEIT ONLINE: Was kann Deutschland aus der amerikanischen Erfahrung mit Mexiko lernen, wo man zwar strenge Grenzkontrollen hat, aber trotzdem immer mehr illegale Zuwanderung stattfindet?

Emerson: Es steht mir natürlich nicht zu, da Empfehlungen zu geben. Aber unsere Erfahrung zeigt, dass der beste Weg, illegale Migration zu stoppen, darin besteht, in den Herkunftsländern für ökonomische und politische Stabilität zu sorgen. Niemand verlässt seine Heimat, wenn er dort frei und erfolgreich sein kann. Natürlich ist das Thema Zuwanderung bei uns politisch gelegentlich umstritten. Aber was uns als Einwanderungsland immer ausgezeichnet hat, ist dass man sowohl Amerikaner werden als auch einen Teil seiner alten Identität behalten kann.

ZEIT ONLINE: Im Fall von Mexiko war die Strategie bisher nicht besonders erfolgreich. Wie in Europa plädieren auch bei Ihnen immer mehr Politiker für den Bau immer schärferer Grenzen, die dann von den Einreisewilligen immer riskanter überwunden werden.

Emerson: Der Bau von Zäunen ist lediglich eine Maßnahme zu unserem Grenzschutz, die mit einer Vielzahl anderer Maßnahmen einhergehen muss. Dazu gehören auch Vollzugsbeamte und die entsprechende Infrastruktur,

"Was uns als Einwanderungsland auszeichnet" Der US -Botschafter in Berlin spricht über den richtigen Umgang mit Flüchtlingen. Und er bestreitet, dass die USA zu....

wie Beleuchtung und Straßen. Grenzschutzbeamte spielen dabei die wichtigste Rolle. Sie patrouillieren zu Fuß, mit Flugzeugen und in Booten entlang der Grenze, um direkt vor Ort, also an oder zwischen Zaunabschnitten, auf Situationen reagieren und diese auflösen zu können. Als im vergangenen Sommer Kinder versuchten, illegal in die Vereinigten Staaten einzureisen, haben wir unsere Zusammenarbeit mit Mexiko und den Ländern Mittelamerikas erfolgreich verbessert, um die Schmugglernetzwerke zu zerschlagen und die Grenzkontrollen zu verstärken. Darüber hinaus haben die USA humanitäre Organisationen unterstützt, die für mehr Sicherheit und Wohlstand in den Herkunftsländern der Migranten sorgen können. Außerdem haben wir einen menschenwürdigen und pragmatischen Ansatz gefunden, wie wir unsere Gesetze gegenüber Migranten ohne Papiere durchsetzen können. Im Jahr 2012 führte die Regierung die "Deferred Action for Childhood Arrivals" ein, durch die Einwanderern ohne Papiere, die als Kinder in die Vereinigten Staaten kamen, eine zweijährige, verlängerbare Arbeits- oder Studierenerlaubnis erteilt werden kann. In Anbetracht der Tatsache, dass Studenten und gesetzestreu, erwerbstätige Einwanderer ein minimales Risiko darstellen, kann das Ministerium für innere Sicherheit Ressourcen für Personen aufwenden, die ein Risiko für die nationale oder die öffentliche Sicherheit darstellen könnten. Im Rahmen dieser Maßnahme wird weder ein legaler Aufenthaltstitel noch die US-Staatsangehörigkeit erteilt.

ZEIT ONLINE: Amerika zieht sich zunehmend aus den Konflikten im Nahen Osten zurück - muss Europa, muss Deutschland jetzt den frei gewordenen Platz einnehmen?

Emerson: Also ich sehe das überhaupt nicht so, dass wir uns aus den Konflikten in der Region zurückziehen. Wir haben eine Führungsrolle im Kampf gegen den "Islamischen Staat", wir führen Atomverhandlungen mit dem Iran, unser Außenminister hat unermüdliche Versuche unternommen, uns einer Zweistaatenlösung zwischen Israelis und Palästinensern näher zu bringen - also all das fühlt sich für mich nicht wie ein Rückzug an. Was allerdings stimmt, ist, dass es einen Wechsel gegeben hat von einem Amerika, das Dinge auf eigene Faust geregelt hat, hin zu einem Amerika, das im Verbund mit seinen Freunden und Verbündeten handelt. Gerade der Kampf gegen den IS ist in dieser Hinsicht eine Rückkehr zur Ära des ersten Präsidenten Bush, oder zum Krieg in Afghanistan, wo man auch im Konzert mit den Verbündeten vorging, und ganz anders als im zweiten Irak-Krieg unter Präsident George W. Bush.

ZEIT Online: Was die syrischen Flüchtlinge betrifft, hat Amerika sich bisher sehr zurückgehalten - warum eigentlich?

Emerson: Auch das sehe ich anders. Wir haben mehr als vier Milliarden Dollar für die Unterstützung der Arbeit des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) ausgegeben, das die Flüchtlinge in der Region betreut - mehr als irgend ein anderes Land. Und schon lange nehmen wir jedes Jahr 70.000 Flüchtlinge auf, die von der UN betreut werden, und weitere 30.000 Asylbewerber im Jahr. Präsident Obama hat gerade außerdem gerade erst angekündigt, dass wir eine größere Zahl syrischer Flüchtlinge aufnehmen werden.

Load-Date: September 16, 2015

Tschechien lässt Syrer nach Deutschland weiterreisen; Tschechien will syrische Flüchtlinge nicht mehr zurück nach Ungarn schicken. Zuvor hatte Italien angekündigt, wieder Kontrollen an der Grenze zu Österreich durchzuführen.

ZEIT-online

Mittwoch 2. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 35

Length: 656 words

Body

Flüchtlinge warten an einer Bahnstation auf dem Brenner auf einen Zug.

© Johann Groder/expa/dpa

Syrische **Flüchtlinge** in Tschechien, die nach Deutschland wollen, dürfen künftig weiterreisen. Die Regierung arbeite an einem Verfahren, nachdem **Asylsuchende** innerhalb von sieben Tagen direkt mit dem Zug das Land verlassen dürfen, teilte eine Sprecherin des tschechischen Innenministeriums mit.

Bisher werden die Flüchtlinge bis zu 42 Tage festgehalten und dann nach Ungarn zurückgebracht. Das jedoch "ergibt keinen Sinn", sagte die Sprecherin. Budapest wolle die syrischen Asylsuchenden nicht wolle, während sich Deutschland zur Aufnahme bereit erklärt habe. Vergangene Woche hieß es, die Bundesregierung werde bei Migranten aus Syrien eine Ausnahme machen und sie - anders als nach Dublin II vorgesehen - nicht in das EU-Land zurückschicken, in dem sie erstmals registriert wurden.

Diese Regelung wird von Hilfsorganisationen scharf kritisiert. "Diese Menschen haben keinerlei Verbrechen begangen und werden dennoch in Einrichtungen festgehalten, die an Gefängnisse erinnern und von Polizisten in Kampfanzügen bewacht werden", erklärte noch am Mittwoch der Verband der tschechischen Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Flüchtlinge einsetzen.

Grenzkontrollen am Brenner sollen Flüchtlinge bremsen

Italien hat sich dagegen bereit erklärt, die Grenzkontrollen am Brenner wieder aufzunehmen. Die Grenze solle "im Rahmen der Regelungen des Schengen-Abkommens" kontrolliert werden, ähnlich wie es zuletzt beim G7-Gipfel in Elmau als "vorübergehende Maßnahme" der Fall war, teilte die Regierung der Provinz Bozen-Südtirol mit.

Bayerns Sozialministerin Emilia Müller habe ihre Südtiroler Amtskollegin Martha Stocker um Unterstützung bei der Aufnahme von Flüchtlingen gebeten. Die Südtiroler erklärten sich bereit, vorübergehend etwa 300 bis 400 Flüchtlinge unterzubringen. Zudem fragten sie bei der italienischen Regierung in Rom an, die Grenzkontrollen nach Österreich zu verschärfen. Diese sollen nun in den nächsten Tagen beginnen.

Tschechien lässt Syrer nach Deutschland weiterreisen Tschechien will syrische Flüchtlinge nicht mehr zurück nach Ungarn schicken. Zuvor hatte Italien angekündig....

Ein Sprecher des bayerischen Sozialministeriums sagte: "Wir begrüßen die heute vom Land Südtirol angekündigten Unterstützungsmaßnahmen ausdrücklich." Es handele sich um ein "Beispiel gelebter europäischer Solidarität". Bayerns Sozialministerin habe ihr Kollegin aus Südtirol "darüber informiert, welche Auswirkungen die unkontrollierte Weiterreise der Asylsuchenden aus Ungarn auf Bayern hat". Asylsuchende reisten demnach "zum Teil ungehindert von Italien über Österreich nach Deutschland ein".

Berlin will Flüchtlinge im Flughafen Tempelhof unterbringen

Unions-Innenpolitiker Stephan Mayer (CSU) lobte die geplanten Kontrollen ebenfalls; die Freizügigkeit im Schengen-Raum sei nicht am Ende. Aber wenn das EU-Asylsystem Dublin-III dauerhaft nicht angewandt werde, sei Schengen in Gefahr.

Seit einigen Tagen kommen vermehrt Flüchtlinge in Zügen aus Ungarn über Österreich in Bayern an. Die Polizei hatte zwischenzeitlich mitgeteilt, keine Züge mehr kontrollieren zu können, weil es keine Kapazitäten mehr gebe. Bereits vor einigen Tagen hatte Österreich angekündigt, an Grenzübergängen zu Ungarn die Grenzkontrollen zu verschärfen. Damit solle Schlepperbanden das Handwerk gelegt werden.

#Flüchtlinge#Brenner:Südtirols Landeshauptmann Kompatscher präzisiert,es handele sich um intensivere Kontrollen,nicht Aussetzung #Schengen.

- ARD Rom (@ARDRoma) 2. September 2015

Auch in Berlin erwartet der Senat eine steigende Zahl von Flüchtlingen, die über Ungarn einreisen. Die Landesregierung rechnet mit zusätzlich etwa 1.000 Menschen und bereitet Notfallmaßnahmen vor. Die Neuankömmlinge sollen in Zelten in Spandau und in zwei Hangars auf dem Flughafen Tempelhof untergebracht werden. Das ehemalige Landesbank-Gebäude im Stadtteil Wilmersdorf soll zur Erstaufnahmestelle umfunktioniert werden. Möglich wäre auch, Flüchtlinge im Internationalen Congress-Centrum (ICC) unterzubringen.

Load-Date: September 15, 2015

**Abschiebung schon vor der Einreise?; Die CSU möchte das
Flughafenverfahren für Flüchtlinge auf die deutsche Außengrenze
ausweiten. Sehr durchdacht ist der Vorschlag allerdings nicht.**

ZEIT-online

Dienstag 29. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 39

Length: 1014 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Ein kleiner Junge steht vor der Unterkunft für das Flughafenasylverfahren in Berlin-Schönefeld.

© Bernd Settnik/dpa

Wird künftig über ein Asylverfahren entschieden werden, bevor der Flüchtling deutschen Boden betreten hat? Zumindest die CSU hält diese Variante für wünschenswert. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt sprach sich dafür aus, das sogenannte Flughafenverfahren für Asylbewerber auf die deutschen Außengrenzen zu übertragen.

Ähnlich wie auf einigen deutschen Flughäfen könnten dort Transitzonen eingerichtet werden, in denen Flüchtlinge so lange bleiben müssten, bis in einem beschleunigten Verfahren über ihren Asylantrag entschieden wurde. Ziel sei es, Menschen ohne Asylperspektive direkt zurückzuweisen, erklärte Hasselfeldt.

Die Politikerin verweist darauf, dass Deutschland ohnehin eine EU-Richtlinie zum Asylverfahrensrecht umsetzen müsse, die diese Möglichkeit eröffne. Auch das Bundesinnenministerium bestätigte ZEIT ONLINE, dass die Möglichkeit, das Flughafenverfahren auszuweiten, derzeit geprüft werde.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Burkhard Lischka reagierte allerdings mit großer Skepsis auf diesen Vorschlag. Entscheidend sei, dass jetzt an den EU-Außengrenzen Anmelde- und Registrierungszentren aufgebaut würden, sagte er ZEIT ONLINE. Anschließend müssten die Asylbewerber in einem fairen Verfahren in Europa verteilt werden.

Transitzonen an der deutschen Grenze würden dagegen umfassende Grenzkontrollen voraussetzen. "Da stoßen wir aber schon jetzt auch personell an unser Limit", betonte Lischka. Alle Flüchtlinge, die über die grüne Grenze kämen - und das sei derzeit etwa ein Drittel - wären von einer derartigen Regelung ohnehin nicht erfasst. "Ich sehe nicht, wie man das umsetzen könnte. Es sei denn, man baut einen Grenzzaun", sagte Lischka ZEIT ONLINE. Und das wolle in Deutschland schließlich niemand.

"Wir verwirren die Menschen"

Abschiebung schon vor der Einreise? Die CSU möchte das Flughafenverfahren für Flüchtlinge auf die deutsche Außengrenze ausweiten. Sehr durchdacht ist der Vorschlag....

Ablehnung kam auch von Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU). "Es macht wenig Sinn, wenn noch nicht einmal ein Paket beschlossen ist, gleich wieder neue Vorschläge zu nennen", sagte er vor der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Dienstag in Berlin. "Wir verwirren die Menschen nur." Das Kabinett hatte am gleichen Tag eine Reihe von Maßnahmen verabschiedet, die dazu beitragen sollen, die steigende Zahl von Flüchtlingen zu bewältigen.

Sehr durchdacht ist die Sache mit den Transitzone bisher auch von Hasselfeldt nicht. Wo und in welchem Umfang diese eingerichtet werden sollten, könne sie noch nicht sagen, betonte die CSU-Landesgruppenchefin. Auch ein Sprecher des Innenministeriums wollte keine Details nennen. Er sagte lediglich, diese Maßnahme werde nur als Teil eines Gesamtpakets diskutiert. Schließlich werde derzeit daran gearbeitet, in allen Bundesländern Erstaufnahmeeinrichtungen einzurichten. Diese sollten keineswegs durch Transitzone außerhalb Deutschlands ersetzt werden.

Entscheidung im Schnellverfahren

Das Flughafenverfahren nach Paragraph 18a Asylverfahrensgesetz ist ein besonderes Asylschnellverfahren und muss innerhalb von einer neunzehntägigen Frist abgeschlossen sein. In diesen neunzehn Tagen wird entschieden, ob ein Flüchtling nach Deutschland einreisen darf, um sein Asylgesuch weiter zu verfolgen, oder ob der Asylantrag abgelehnt und die Einreise verweigert wird. Zwar kann der Antragsteller Klage gegen die Ablehnung einreichen, über diese wird dann allerdings in der Regel erst nach der Abschiebung entschieden. Bislang gibt es in Deutschland fünf Flughäfen mit Transitzone für Flüchtlinge und zwar in Frankfurt am Main, Berlin-Schönefeld, Düsseldorf, Hamburg und München.

Flüchtlingshilfsorganisationen kritisieren das 1993 eingeführte Flughafenverfahren scharf und fordern seit Langem seine Abschaffung. Wegen der sehr kurzen Fristen sei es dem Flüchtling nicht möglich, die Gründe für sein Asylgesuch ausreichend zu begründen, sagte zum Beispiel der Geschäftsführer von Pro Asyl, Günter Burkhardt. Der Vorschlag, nun Transitzone an der Außengrenze einzurichten, mache ihn sprachlos, so Burkhardt. Auf diese Weise werde das Recht auf Asyl immer mehr ausgehöhlt.

Auch die Caritas Frankfurt, die sich um Menschen kümmert, die sich auf dem Frankfurter Flughafen im Flughafen-Asyl befinden, kritisiert, dass das Schnellverfahren dazu führe, dass Menschen, die möglicherweise durchaus ein Anrecht auf Asyl hätten, abgelehnt würden. Es sei den Flüchtlingen nicht möglich, sich vor der Befragung durch die Bundespolizei und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingehend beraten zu lassen und sich vorzubereiten. Die Unterbringung in einem geschlossenen Gebäude, das die Flüchtlinge nicht verlassen könnten, führe außerdem zu Stress und Angstzuständen, so der Verband. Konflikte unter den Flüchtlingen könnten die Folge sein.

Dies dürfte wohl erst recht der Fall sein, wenn das Modell auf Tausende Menschen an den Außengrenzen ausgedehnt würde.

Keine Denkverbote

In dem Gesetzespaket zur Flüchtlingspolitik, das bis Mitte Oktober vom Bundestag verabschiedet werden soll, wird den Ländern und Kommunen mehr Geld für Flüchtlinge zugesichert. Es geht aber auch um Leistungskürzungen für ausreisepflichtige Asylbewerber, die Umwandlung von Geld- in Sachleistungen und schnellere Abschiebungen. Außerdem sollen mit Albanien, Kosovo und Montenegro drei weitere Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer anerkannt werden, um die Asylverfahren für Menschen aus diesen Staaten zu beschleunigen.

Vor allem aus der Union kommen Forderungen nach weiteren Maßnahmen. Dabei dürfe es keine Denkverbote geben, sagte Hasselfeldt. Geprüft werden solle zum Beispiel auch, ob es mit dem Grundrecht auf Asyl vereinbar sei, auf europäischer Ebene Kontingente für Flüchtlinge einzurichten, wie es Bundesinnenminister Thomas de Maizière unlängst vorgeschlagen hatte. Dieser Vorschlag stößt auch bei vielen CDU-Abgeordneten auf Sympathie. Dagegen hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel zuvor betont, das deutsche Asylrecht kenne keine Obergrenze.

Abschiebung schon vor der Einreise? Die CSU möchte das Flughafenverfahren für Flüchtlinge auf die deutsche Außengrenze ausweiten. Sehr durchdacht ist der Vorsch....

Nach dem Abzug der Bundeswehr aus der afghanischen Provinzhauptstadt Kundus vor zwei Jahren gelang es den Taliban, sie erneut einzunehmen:

Load-Date: September 29, 2015

End of Document

**Hunderte campieren bei Kälte im Freien; Im ungarischen Röszke
widerstehen Flüchtlinge der Kälte, weil sie nicht ins Aufnahmелager wollen.
An mehreren Orten gab es Zusammenstöße mit der Polizei.**

ZEIT-online

Dienstag 8. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Ungarn; Ausg. 36

Length: 660 words

Body

Flüchtlinge am Montag auf der Autobahn bei Röszke

© Matt Cardy/Getty Images

In einem **Flüchtlingslager** im ungarischen Ort Röszke nahe der Grenze zu Serbien haben nach Angaben des Helfernetzwerkes **Migration Aid** etwa 500 **Flüchtlinge** bei Kälte die Nacht unter freiem Himmel verbracht. Bei einer Temperatur von etwa 6 Grad schliefen demnach auch 10 bis 15 Babys auf freiem Feld. Die Menschen hatten sich geweigert, in das dort eingerichtete Aufnahmелager zu gehen, weil die ungarische Ausländerbehörde sie dort offiziell als **asylsuchend** registriert hätte. Viele **Flüchtlinge** wollen aber weiter nach Deutschland.

Heute in #Roeszke #Ungarn: Lager unter freiem Himmel voller als gestern. Auf Straßen & Autobahn #Fluechtlinge zu Fuß pic.twitter.com/A8anaJlo3Y

- Thomas Präkelt (@Thomaspraekelt) 8. September 2015

Erneut machten sich aus Ungarn Hunderte Flüchtlinge zu Fuß Richtung Westeuropa auf. Die etwa 1.000 Menschen liefen bei Röszke an der zahlenmäßig deutlich unterlegenen Polizei vorbei. Viele Flüchtlinge sind unzufrieden damit, dass sie stundenlang im Freien auf Busse warten mussten, die sie zum Erstaufnahmелager bringen sollten. Die Polizei setzte Tränengas ein, nachdem einige Flüchtlinge mit Steinen geworfen hatten.

An der Bahnlinie von Serbien in den Grenzzort Röszke gibt es eines der Schlupflöcher nach Ungarn. Die Grenze zu Serbien ist seit Kurzem mit Stacheldraht abgesperrt.

Die Flüchtlinge liefen über Felder und Wiesen bis zur Autobahn in Richtung Budapest. Die Polizei sperrte daraufhin die M5 und begleitete die etwa 200 Menschen auf dem Seitenstreifen. Ähnliche Szenen hatte es bereits am vergangenen Freitag gegeben, als Hunderte vom Budapester Ostbahnhof zu Fuß Richtung Österreich aufgebrochen waren.

Später willigten die Flüchtlinge ein, sich in Bussen zu der Erstaufnahmееinrichtung zurückbringen zu lassen. Nachdem zwischenzeitlich Hunderte Menschen aus der Erstaufnahmееinrichtung in Röszke geflohen waren, schlossen die ungarischen Behörden fast eine Stunde lang den Hauptgrenzübergang zu Serbien.

Hunderte campieren bei Kälte im Freien Im ungarischen Röske widerstehen Flüchtlinge der Kälte, weil sie nicht ins Aufnahmelager wollen. An mehreren Orten gab e....

In Röske kommen die meisten Flüchtlinge an, die über die Balkanroute in die Europäische Union gelangen. Seit einem Monat treffen dort täglich Tausende Menschen ein. Seit Jahresbeginn reisten 167.000 Flüchtlinge in Ungarn ein, allein im August waren es 50.000.

#Roeszke am Zeltlager. Hinter doppeltem Zaun mit Natodraht/Wachhunden fragen Familien nach Essen, Wasser, Medikamente pic.twitter.com/w6jBAhOCX1

- Martina Renner (@MartinaRenner) 7. September 2015

Weiter südlich gingen mazedonische Polizisten an der Grenze zu Griechenland mit Knüppeln gegen Flüchtlinge vor. Am Montag überquerten mehr als 2.000 Flüchtlinge von Griechenland aus die Grenze nach Mazedonien. Tausende weitere warten auf der griechischen Seite. Vonseiten des mazedonischen Innenministeriums hieß es, die Polizei müsse einschreiten, um eine Eskalation der Lage zu verhindern.

Die Ankömmlinge, die vor den Konflikten im Nahen Osten und in Afrika flohen, versuchten so schnell wie möglich zu Bussen und Zügen in Richtung Norden nach Serbien zu gelangen.

Die Flüchtlingsversorgung halten Beobachter für unzureichend. Zudem fährt die rechtskonservative Regierung eine restriktive Linie gegenüber Flüchtlingen. Das ungarische Parlament beschloss erst am Freitag, schärfer gegen illegal einreisende Migranten vorzugehen. Ab Dienstag kommender Woche gilt der illegale Grenzübertritt als Straftat, der mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden kann.

Inmitten der Krise trat der ungarische Verteidigungsminister Csaba Hende zurück. Hende war für den Bau des Zauns entlang der serbischen Grenze verantwortlich. Gründe wurden nicht genannt. Den Angaben zufolge soll Hende, der seit 2010 im Amt war, vom derzeitigen Sport-Staatssekretär Simicskó István abgelöst werden.

Das Video zeigt, wie die Reise für die Flüchtlinge weitergehen kann, die einen Platz im Bus ergatterten. Kommen sie nach Deutschland landen sie meist in München.

Load-Date: September 15, 2015

Der Umbau beginnt; Mehr Sachbearbeiter, früher sortieren: Das Asylsystem soll effizienter werden. Die Kanzlerin will Flüchtlinge in der EU anders verteilen. Geldfragen blieben ausgespart.

ZEIT-online

Freitag 8. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlingsgipfel; Ausg. 19

Length: 1003 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Sigmar Gabriel, Angela Merkel, Horst Seehofer, Thomas de Maizière und Hannelore Kraft treffen zur **Flüchtlingskonferenz** ein.

© Markus Schreiber/AP/dpa

Wie gut, dass Hannelore Kraft dabei war. Die Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen kann so gut Stimmungen aufnehmen und diese so unprätentiös ausdrücken, dass sie deshalb bereits als baldige SPD-Kanzlerkandidatin gehandelt wurde. Nun sitzt Kraft also auf der Pressekonferenz im Kanzleramt, und nach den Statements von Gastgeberin Angela Merkel, Innenminister Thomas de Maizière und SPD-Chef Sigmar Gabriel ist es an ihr, auf den Punkt zu bringen, wozu dieser sogenannte **Flüchtlingsgipfel** da war. Kraft sagt: "Für mich ist die Botschaft: Wir schaffen das!"

Wichtig ist dieser Satz deshalb, weil die Botschaft der vergangenen Wochen eine ganz andere war. Bund, Länder und Kommunen hatten sich ausdauernd darüber gestritten, wer denn nun am meisten überfordert sei mit den dramatisch ansteigenden Zahlen der **Asylbewerber**. Wer mehr tun könnte, und auch: wer mehr zahlen könnte. Ämter, Verwaltungen und Politik sind einigermaßen überrollt worden von der Geschwindigkeit, mit der Deutschland zu einem der weltweiten Hauptziele für **Flüchtlinge** geworden ist. 2012 lag die Zahl der **Asylanträge** noch bei 77.651, für 2015 rechnet die Regierung jetzt mit 450.000.

Das Treffen am heutigen Freitag diene nun vor allem als Gemütsberuhigung. Viele der konkreten und umstrittenen Fragen dazu, wie genau denn nun das Asylsystem angepasst werden soll an die neuen Realitäten, sind noch nicht beantwortet. Ganz zu schweigen von den entscheidenden Konflikten, die sich auf europäischer Ebene immer deutlicher abzeichnen.

Ein "Maßnahmenpaket" kündigte Innenminister Thomas De Maizière an. Das Ziel ist so simpel wie ehrgeizig: Das Asylsystem schneller und effizienter machen und dadurch die Belastungen für alle Beteiligten senken. Wichtigste Stellschraube dafür ist die Ausstattung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, das die Asylanträge bearbeitet und nun 2.000 neue Stellen bekommen soll statt der bisher geplanten und teils auch schon besetzten

Der Umbau beginnt Mehr Sachbearbeiter, früher sortieren: Das Asylsystem soll effizienter werden. Die Kanzlerin will Flüchtlinge in der EU anders verteilen. Geld....

650. Eine wuchtige Vergrößerung des Amtes, das bisher nur 2.800 Mitarbeiter hatte. Auf drei Monate soll die Bearbeitungszeit für die Asylanträge im Schnitt sinken, momentan liegt sie nach Angaben des BAMF noch bei über fünf Monaten.

Viel umstrittener als diese Aufstockung ist die politische Idee hinter dem Vorschlag des Innenministers. Er will stärker differenzieren zwischen "denen, die eine hohe Anerkennungsquote haben, und denjenigen, von denen wir wissen und von denen wir auch wollen, dass sie unser Land auch wieder verlassen". Wer wahrscheinlich eh bald wieder gehen muss, soll gar nicht erst zu weit integriert werden. De Maizières sagte es zwar nicht, es dürfte ihm aber vor allem um jene Bewerber aus dem Balkan gehen, die zu über 99 Prozent abgelehnt werden. De Maizières will diese künftig zentraler unterbringen, um sie dann schneller loszuwerden. "Wenn wir ohnehin wissen, dass aus bestimmten Staaten die Anerkennungsquote niedrig ist, sollte es das Ziel sein, möglichst bis zum Abschluss des Verfahrens eine gemeinsame Unterbringung sicherzustellen."

"Sonderlager" für Bewerber vom Balkan?

Kaum hatte er das gesagt, verschickte der Verein Pro Asyl eine wütende Pressemitteilung. "Eine Aufteilung von Flüchtlingen nach pauschalierender Betrachtung des Herkunftslandes, bevor ein unvoreingenommenes Asylverfahren durchgeführt wurde, ist nicht in Ordnung", heißt es darin. Die Grünen-Vorsitzende Katrin Göring-Eckardt hatte gar schon vor "Sonderlagern" für die Bewerber vom Balkan gewarnt.

Die SPD-Politiker auf dem Podium schienen damit kein Problem zu haben. Überhaupt blieben sie inhaltlich eher blass. Die Partei hatte gefordert, dass der Bund alle Kosten übernehmen solle, die bei Ländern und Kommunen anfallen, bevor ein Asylantrag überhaupt bearbeitet wird. Dazu heute nach dem Treffen: kein Wort.

Überhaupt, das Geld. Eine Milliarde hatte der Bund den Ländern schon bewilligt, dem lag aber noch die Schätzung von 300.000 Anträgen zu Grunde. Gibt es nun, da die Zahl gestiegen ist, also noch mehr Geld? Unklar. "Wir haben nicht darüber gesprochen, wer jetzt genau was übernimmt", sagte Merkel. "Aber ich darf sagen, dass wir gewillt sind, eine Lösung zu finden."

So schwammig blieben die Ergebnisse des Treffens auch deshalb, damit sich niemand übergangen fühlen musste. Die Kommunen waren gar nicht erst eingeladen, was Städtetagspräsident Ulrich Maly schon im Vorhinein heftig verärgert hatte. Und auch von den Ländern waren nur ein paar dabei. Deshalb soll erst die Ministerpräsidentenkonferenz am 18. Juni, bei der auch Merkel dabei sein wird, über De Maizières Paket entscheiden. Spätestens dann dürfte auch wieder über die Geldfragen gestritten werden, die heute so elegant ausgespart wurden.

Neue Flüchtlingsverteilung in der EU

Wichtiger noch dürfte allerdings sein, wie es auf europäischer Ebene weitergeht. Denn während in Deutschland die Asylbewerber nach dem ausgeklügelten Königsteiner Schlüssel und per Computersystem auf die Länder verteilt werden, gilt in der EU: Wo sie zuerst ankommen, müssen sie bleiben. Deshalb tragen Italien und die anderen Mittelmeerländer die Hauptlast, zusammen mit Deutschland und den anderen Staaten, in die sich die Flüchtlinge dann irregulärer Weise oft auf den Weg machen. Andere, wie die baltischen und osteuropäischen Länder, bleiben davon ziemlich unberührt. Weil sie nicht am Mittelmeer liegen und bei Flüchtlingen nicht so beliebt sind wie beispielsweise Deutschland.

Nun dringen die betroffenen Länder auf eine andere Verteilung der Flüchtlinge, ein "gewichtetes, quotiertes System", wie Merkel jetzt sagte. Es solle Größe, Wirtschaftskraft, Arbeitslosigkeit und bisher aufgenommene Flüchtlinge beachten. "Das wird ein ganz hartes Stück Arbeit", sagte Merkel. "Wir werden zu einer anderen Verteilung kommen müssen, als sie bei Dublin (das bisherige EU-Asylsystem, Anm. d. Red.) vorgesehen ist." Der Umbau in Deutschland und Europa, er hat gerade erst begonnen.

Der Umbau beginnt Mehr Sachbearbeiter, früher sortieren: Das Asylsystem soll effizienter werden. Die Kanzlerin will Flüchtlinge in der EU anders verteilen. Geld....

End of Document

AfD-Chef droht Mitgliedern mit Parteiausschluss; "Erschreckend und verstörend" findet Jörg Meuthen die fremdenfeindliche Aktion von Clausnitz. Für menschenfeindliche Gesinnung sei in der Partei kein Platz.

ZEIT-online

Mittwoch 24. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Sachsen; Ausg. 9

Length: 260 words

Body

AfD-Bundesvorstand Jörg Meuthen in der ZDF-Talkshow von Maybrit Illner (Archivbild)

© dpa

Der Bundesvorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD), Jörg Meuthen, will gegen Parteimitglieder vorgehen, die an der fremdenfeindlichen Blockade im sächsischen Clausnitz beteiligt waren. "Die AfD lehnt jedwede Bedrohung von **Migranten**, geschehe sie in oder vor Unterkünften oder bei Transporten zu Unterkünften oder wo auch immer, kategorisch ab", sagte Meuthen dem *Handelsblatt*. Für menschenfeindliche Gesinnung sei in der Partei kein Platz. Sofern Mitglieder beteiligt gewesen seien, werde dies für sie "parteirechtliche Konsequenzen" haben.

Über die Vorfälle in Sachsen zeigte sich Meuthen, der AfD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Baden-Württemberg am 13. März, entsetzt. Die Bilder seien "zutiefst erschreckend und verstörend". Das Verhalten sei nicht hinnehmbar und durch nichts zu rechtfertigen.

Zugleich versuchte Meuthen, seine Partei von aggressiven Protesten gegen Flüchtlinge abzugrenzen. Es sei eine AfD-Position, dass sich der Bürgerprotest gegen die "chaotische Asylpolitik" der Bundesregierung richten müsse und nicht gegen die Flüchtlinge.

Am Montag hatte Meuthens Mit-Parteivorsitzende Frauke Petry eingeräumt, dass an der fremdenfeindlichen Blockade in Clausnitz AfD-Mitglieder beteiligt waren. "Es ärgert mich, dass so etwas in Sachsen passiert, zumal wenn eigene Mitglieder beteiligt sind", hatte Petry dem Fernsehsender Phoenix gesagt. Sie weise aber Gerüchte zurück, nach denen die Aktion von AfD-Mitgliedern organisiert worden sei.

Load-Date: February 24, 2016

Europäisches Zeitspiel; Der Gipfel bringt bisher keine gemeinsame Antwort auf die Flüchtlingskrise. Doch es gibt Hoffnung - auch, weil nationale Lösungen nicht schlecht sein müssen.

ZEIT-online

Donnerstag 18. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Gipfel; Ausg. 9

Length: 838 words

Byline: Carsten Luther

Body

David Cameron (links) EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker (mitte) und Kanzlerin Angela Merkel beim Gipfel in Brüssel

© John Thys/AFP/Getty Images

EU-Gipfel werden mit großer Lust als Showdown inszeniert, in der Euro-Krise waren sie es gelegentlich tatsächlich. Wenn vor dem jetzigen Treffen EU-Ratspräsident Donald Tusk von einem "Alles-oder-Nichts-Gipfel" spricht, könnte er damit Recht haben. Allerdings eher im Bezug auf David Cameron als auf Angela Merkel. Die Verhandlungen über Reformen der EU, mit denen der britische Premier seine Bürger von einem Verbleib in der Gemeinschaft überzeugen will, dominieren die Agenda in Brüssel an beiden Tagen und in der Nacht dazwischen. Für das in den Augen der meisten Europäer größere Thema, die Flüchtlingskrise, die mit dem Namen Angela Merkmals verbunden ist, bleibt nicht viel mehr als das Abendessen der Staats- und Regierungschefs an diesem Donnerstag. In Sachen Migration ist dieser Gipfel nur ein Zwischenschritt - aber beileibe kein unwichtiger.

Denn auch wenn nach dem Abendessen keine spektakulären Beschlüsse zu erwarten sind, bedeutet das nicht das Ende für eine gemeinsame europäische Antwort auf die Flüchtlingskrise.

Nüchtern hielt Merkel bei ihrer Ankunft in Brüssel fest, sie wolle eine "Lösung der 28", bei der alle mitziehen. Es sollen weniger Flüchtlinge ungeregelt nach Europa drängen, das ist das gemeinsame Ziel aller EU-Staaten. Die nationalen Antworten sehen bei vielen so aus: Entweder abschotten, also Zäune, Grenzkontrollen und Abweisung derer, die Wohlstand statt Schutz suchen oder manchen Ländern einfach zu viel, respektive gleich gar nicht willkommen sind. Oder "durchwinken", insbesondere auf der Balkan-Route also die Bewältigung der Lage an den nächsten Nachbarn weiterreichen - bis hoch nach Skandinavien, aber vor allem nach Deutschland.

Begründet werden solche Maßnahmen ein ums andere Mal mit dem Hinweis darauf, dass die EU ihre Außengrenzen nicht wirksam schütze. Man sei also quasi gezwungen, im Alleingang zu reagieren. Gerade die Abwesenheit einer europäischen Antwort führe zu den nationalen Antworten, so die Logik.

Europäisches Zeitspiel Der Gipfel bringt bisher keine gemeinsame Antwort auf die Flüchtlingskrise. Doch es gibt Hoffnung - auch, weil nationale Lösungen nicht s....

Nicht gerade eine "Lösung der 28", die sich da andeutet. Setzen sich also jene durch, die lieber allein dicht machen, während die Kanzlerin in Brüssel versucht, von ihrer europäischen Linie zu retten, was zu retten ist?

Nicht unbedingt. Zum einen, weil auch nationale Lösungen nicht unbedingt allen anderen Ländern schaden müssen. Auch sie lassen sich koordinieren. Beispielhaft dafür ist die Abstimmung zwischen Österreich und den anderen Staaten auf der Balkanroute, Flüchtlinge nach einer Erstkontrolle in Mazedonien künftig gemeinsam nach Deutschland zu transportieren. Das gilt allerdings nur für Syrer, Afghanen und Iraker. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatten die Balkanstaaten noch am Mittwochabend versichert, Alleingänge vermeiden zu wollen.

Außerdem wissen alle Staaten, das ist der zweite Hinweis, dass eine gemeinsame Lösung möglich ist: Genau dieses "Durchwinken" kann so nicht auf Dauer weitergehen. Im Entwurf des Abschlussdokuments heißt es: "Wir müssen zu einer Situation zurückkehren, in der alle Schengen-Staaten den Schengen-Grenzkodex wieder anwenden und Drittstaaten-Angehörigen an den Außengrenzen die Einreise verweigern, die die Einreise-Anforderungen nicht erfüllen und keinen Asylantrag gestellt haben, obwohl dies möglich gewesen wäre." Im Grunde bedeutet das: Wer sich als Flüchtling anfangs nicht hat registrieren lassen, kann nicht einfach weiter quer durch Europa reisen, um anderswo seinen Asylantrag zu stellen, sondern wird an den jeweiligen Grenzen abgewiesen.

Auf dem Weg dahin üben sich die europäischen Staaten in einer Art Zeitspiel, auch bei diesem Gipfel. Das Szenario sieht so aus: Außengrenze sichern, Schlepper bekämpfen, damit die Zahlen der ankommenden Flüchtlinge überall deutlich und dauerhaft zurückgehen - erst dann scheint es eine Chance für eine dauerhafte Regelung zur Verteilung von Flüchtlingen zu geben.

Am Ende ist nicht nur Merkels Hoffnung: Wenn die illegale Migration wirksam unterdrückt werden kann, ist der Weg frei für legale Möglichkeiten, Flüchtlinge in Europa aufzunehmen - fair verteilt auf möglichst alle Staaten. Ein paar, die als "Koalition der Willigen" firmieren, scheinen das zumindest nicht grundsätzlich abzulehnen. Ein Treffen dieser Gruppe wurde bei diesem Gipfel abgesagt, weil ein zentraler Mitspieler, die Türkei, nach dem Anschlag in Ankara mit anderem zu tun hat. Später dürfte aber gerade diese Runde wichtig sein, um eine gemeinsame Lösung zu entwickeln.

Bis dahin können koordinierte nationale Antworten vielleicht helfen, Zeit zu gewinnen. Für eine wirkliche Einbindung der Türkei, für den Aufbau einer echten gemeinsamen Grenzschutzbehörde, und für die Überzeugungsarbeit, die Merkel für diesen Weg dennoch leisten muss.

Load-Date: February 18, 2016

Wer führt hier wen?; In der Flüchtlingskrise muss sich Innenminister de Maizière bereits für Interviews rechtfertigen. Die SPD spricht von Führungsschwäche und piesackt weiter.

ZEIT-online

Montag 21. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Thomas de Maizière; Ausg. 38

Length: 1181 words

Byline: Lisa Caspari; Katharina Schuler

Body

Innenminister Thomas de Maizière (CDU)

© Nicolas Armer/dpa

Die Woche, in der auf zwei entscheidenden Krisengipfeln in Berlin und Brüssel über den nationalen und europaweiten Umgang mit den vielen **Flüchtligen** beraten werden soll, begann in Berlin erst einmal mit einer Vorwärtsverteidigung. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) und der neue Chef des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf), Frank-Jürgen Weise, stellten sich in einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz den Fragen, die sich in den vergangenen Tagen so angehäuften hatten. Länder und Kommunen bemängeln, dass das Bamf viel zu lange für **Asylentscheidungen** brauche und sie deswegen über Monate hinweg auch viele Menschen mit Betten, Kleidern, Essen und Taschengeld versorgen müssen, die eigentlich längst wieder in ihrer Heimat sein sollten.

Der Innenminister versuchte es mit einer Ehrenrettung: "Das Bundesamt hat viel erreicht, es hat in diesem Jahr schon doppelt so viele Anträge entschieden wie im letzten." Die Mitarbeiter des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** arbeiteten hart, aber "dennoch reicht es nicht", räumte de Maizière ein.

Die Krise im Bamf soll nach dem Rücktritt des langjährigen Chefs Manfred Schmidt nun Frank-Jürgen Weise meistern, ein 64-Jähriger langjähriger Behördenmanager mit ruhigem Habitus und einem freundlichen Lächeln auf den Lippen. Bisher ist Weise Vorstand in der Bundesagentur für Arbeit, nun soll er beide Aufgaben gleichzeitig übernehmen. Er wolle die Situation aus dem ihm eigenen Blickwinkel betrachten und dann Veränderungsvorschläge machen, kündigte Weise an.

Er plant eine genaue Schwachstellen-Analyse, die allerdings ein halbes Jahr Zeit in Anspruch nehmen wird. Das Bamf wird bei anderen Bundesbehörden um Mitarbeiter werben. Außerdem müssten IT-Fragen angegangen werden: Noch immer gebe es Synchronisierungsprobleme bei Computerprogrammen von Bundespolizei und Bamf, sodass manche Information doppelt und dreifach eingetippt werden müssen.

Wer führt hier wen? In der Flüchtlingskrise muss sich Innenminister de Maizière bereits für Interviews rechtfertigen. Die SPD spricht von Führungsschwäche und p....

Von Scheinlösungen und problematischen Forderungen

Die seriösen Mienen des Ministers und seines Behördenleiters in de Maizières Amtssitz unweit des Kanzleramts können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, wie sehr vor allem der Innenminister unter Druck steht. So muss sich de Maizière für ein Interview vom Wochenende rechtfertigen, in dem er feste Flüchtlingskontingente für die EU gefordert hatte, also eine Art Obergrenze für die Zahl der Menschen, die kommen: Würden die Aufnahmekapazitäten überschritten, müssten Flüchtlinge eben in andere, sichere Nicht-EU-Staaten ausgewiesen werden. Das war vor allem von der SPD-Spitze harsch kritisiert worden. Parteichef Sigmar Gabriel und Arbeitsministerin Andrea Nahles erinnerten daran, dass das deutsche Grundgesetz vorschreibe, jeden aufzunehmen, der berechtigt Schutz suche.

Nach diesem Gegenwind und wenig Unterstützung in den eigenen Reihen spricht de Maizière am Montag nur noch von einem Beitrag aus seiner ganz "persönlichen Perspektive" und verteidigt sich: Er wolle Europa nicht abschotten, ihm hätten zahlenmäßig sehr "großzügige Kontingente" vorgeschwebt.

Damit hat er SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi noch nicht milde gestimmt. Als sie nach dem Treffen mit den Mitgliedern ihres Parteipräsidiums vor die Journalisten tritt, erklärt sie: "Eine Einschränkung des Grundrechts auf Asyl wird es mit uns nicht geben."

Die Sozialdemokraten haben sich vorgenommen, den CDU-Innenminister noch ein wenig zu piesacken. Auch über die vom Bundesinnenministerium geplanten Verschärfungen des Asylrechts für Asylbewerber aus sogenannten Dublin-Staaten hatte sich die SPD Ende vergangener Woche empört. De Maizière wollte Flüchtlingen, die bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt haben, aber dann nach Deutschland weiterreisen, die Sozialleistungen kürzen. Das sollte so weit führen, dass manche nur noch eine Rückfahrkarte und Proviant für den Weg bekommen hätten.

Am Sonntag berieten die Spitzen der großen Koalition über das Thema, man einigte sich auf einen Kompromiss, dem auch Parteichef und Vizekanzler Gabriel zustimmte. Jetzt sollen Sozialleistungen ausdrücklich nur noch für die Flüchtlinge gestrichen werden, die bereits behördlich zur Ausreise verpflichtet wurden und eben nicht für alle Dublin-Flüchtlinge, unter denen auch viele Syrer sind.

Doch als der Bundesinnenminister am Montag nicht ohne Stolz verkündete: "Wir haben gestern mit dem Koalitionspartner eine Einigung in allen Punkten erzielt", wollte das die SPD-Generalsekretärin nicht bestätigen. Die Landesregierungen seien noch dabei, über die Vorhaben zu beraten, betonte sie. Das Paket enthalte weiterhin "eine Reihe sehr problematischer Forderungen und Scheinlösungen".

Die Sozialdemokraten in Berlin wollen vor dem Gipfeltreffen der Ministerpräsidenten mit Angela Merkel am Donnerstag die Landesfürsten nicht zusätzlich aufbringen - sie sind eine wichtige Stimme im Bundesrat, der den neuen Gesetzesvorhaben zustimmen muss. Und so hofft die SPD, noch ein bisschen die Union vor sich herzutreiben.

Zehn Entscheidungen, die jetzt nötig sind lautet der Titel eines Forderungspapiers des SPD- Parteipräsidiums, das den Landesregierungen gefallen dürfte: Darin verlangen die Sozialdemokraten mehr Geld für Länder und Kommunen, und zwar keine Fixbeträge, sondern Leistungen, die stets "dynamisch an die tatsächlichen Erfordernisse angepasst" werden. Denkbar sei, dass pro Flüchtling eine Geldpauschale bezahlt werde. Auch solle der Bund auf eigene Kosten neue Erstaufnahmeeinrichtungen schaffen.

De Maizière kann "auch nur so weit, wie er darf"

Fahimi beeilte sich auch zu betonen, dass es nun vor allem "politische Führung" brauche - "nicht nur, aber auch von Thomas de Maizière". Die Rücktrittsforderung von SPD-Vize Ralf Stegner an den Innenminister sei allerdings "Quatsch" gewesen.

Wer führt hier wen? In der Flüchtlingskrise muss sich Innenminister de Maizière bereits für Interviews rechtfertigen. Die SPD spricht von Führungsschwäche und p....

Tatsächlich hat de Maizière weiter viel Rückhalt in der Union. "Der Innenminister genießt großes Ansehen", heißt es etwa aus dem mächtigen nordrhein-westfälischen Landesverband. "Es geht nicht um die Person de Maizière", sagt CSU-Innenpolitiker Stephan Mayer. Sein Vorschlag für Flüchtlingskontingente in Europa halte er für "sehr überlegenswert". "De Maizière ist stark in der Analyse und ein kluger Mann", sagt auch einer der CDU-Landesvorsitzenden. In der Umsetzung gebe es noch Schwierigkeiten, zum Beispiel im Hinblick auf den Stellenaufbau beim Bamf. Allerdings könne de Maizière eben "auch nur so weit, wie er darf", sagt der CDU-Landeschef, was auch eine leise Kritik an Angela Merkel ist: De Maizières Vorschlag, Sozialleistungen für Dublin-Flüchtlinge einzufrieren, sei ja gleich wieder einkassiert worden.

Zudem muss sich nicht nur de Maizière Sorgen um seine Reputation machen. So kündigte mit Arbeitsministerin Andrea Nahles eine SPD-Politikerin an, dass wegen der Zuwanderung nach Deutschland 2016 die Arbeitslosenquote steigen werde. Und das ist nur ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl.

Load-Date: September 21, 2015

End of Document

Die Waffenbürger; Hunderte Deutsche haben in diesem Jahr illegale Waffen im Netz bestellt, um auf Migranten zu schießen. Interne Daten zeigen das Ausmaß des menschenverachtenden Geschäfts.

ZEIT-online

Freitag 9. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: "Migrantenschreck"; Ausg. 50

Length: 2612 words

Byline: Kai Biermann;Philip Faigle;Astrid Geisler;Andreas Loos;Karsten Polke-Majewski;Daniel Mayer;Sascha Venohr

Body

Ein Revolver aus dem Sortiment von "**Migrantenschreck**".

© Kai Biermann für ZEIT ONLINE

Zwei Schlösser schnappen auf, dann öffnet sich die Wohnungstür. Aus dem Rahmen schaut ein Mann Mitte fünfzig, klein, aber kräftig, mit sehnigen Armen, die Lesebrille in die Stirn geschoben. Herr M. soll er hier heißen, denn Herr M. hat sich illegal eine Waffe gekauft, um auf **Migranten** zu schießen.

Er lebt in einer ruhigen Straße mitten in Berlin, dort, wo die Mieten noch günstig sind. Ein Gründerzeithaus, zweiter Hinterhof, im Hausflur riecht es nach Essen und Zigarettendrauch.

Ob er erklären will, warum er sich im Internet eine Waffe bestellt hat, die "**Migrantenschreck**" heißt? Die damit beworben wird, dass man mit ihr besonders gut auf Ausländer schießen kann? Einen ungarischen Schreckschussrevolver mit Hartgummigeschossen und Platzpatronen, für zusammen 400 Euro - gefährlich genug, um einen Menschen zu töten?

M. zögert kurz, dann bittet er in sein Wohnzimmer. Die Dielen sind blank poliert, der Schreibtisch an der Wand ist aufgeräumt, auf den Teakholzschränken stehen asiatische Souvenirs, der Größe nach aufgereiht. M. wird später erzählen, dass er viel in der Welt gereist ist. Gerade erst war er in Korea.

Er geht in ein Nebenzimmer und holt den Revolver. Legt ihn vor sich auf den Couchtisch und setzt sich in einen Ledersessel. Warum hat er sich bloß diese Waffe gekauft?

"Weil ich Probleme mit Migranten habe. Man fühlt sich doch bedroht."

M. sagt, er arbeite als Fleischer für eine Supermarktkette. Die Ladendiebe seien fast alle Migranten. Immer wieder werde er während der Arbeit angepöbelt und beschimpft. Einmal sei ein Schwarzer mit einem abgebrochenen Flaschenhals in der Hand in die U-Bahn gestiegen. Da habe er Angst gehabt.

Die Waffenbürger Hunderte Deutsche haben in diesem Jahr illegale Waffen im Netz bestellt, um auf Migranten zu schießen. Interne Daten zeigen das Ausmaß des mens....

"Peng, peng und wegrennen"

Vor Kurzem, sagt M., habe er deshalb den kleinen Waffenschein gemacht. Thomas de Mazière, der Innenminister, hätte im Fernsehen erzählt, dass sich viele Deutsche den gerade besorgen. Als er den Schein endlich hatte, kaufte er sich zwei Gaspistolen, ganz legal in einem deutschen Geschäft. "Danach hatte ich erst mal keine Angst mehr." Dann sei er auf diese Website gestoßen: Migrantenschreck. "Ich dachte, och schön, da kommt eine Gummikugel raus, da kann man sich die noch besser vom Hals halten, da braucht man kein Tränengas. Peng, peng und wegrennen."

Der Onlineshop Migrantenschreck macht Angst zu Geld, besonders die Angst vor Ausländern. Man kann dort das "Migrantenschreck HD130 Superior Komplettpaket" kaufen, ein Schreckschussgewehr mit Munition, das aussieht wie eine Kalaschnikow. Oder eine doppelläufige Flinte "DP 120 Bautzen Edition". "Diskret" und "ohne lästigen Papierkram" laufe der Handel ab, verspricht die Webseite und wirbt: "Wenn Sie sich nicht gefallen lassen wollen, dass Ihre Stadt zum gesetzlosen Tummelplatz von Asylforderern wird, wenn Sie Ihre Frauen schützen und Ihre Fußgängerzonen zugänglich halten wollen - dann handeln Sie jetzt!" Dazu verbreitet die Seite Gerüchte über angebliche Gewalttaten, die Flüchtlinge und andere Einwanderer begangen haben sollen.

M. sagt, ihm sei alles ganz einfach erschienen. Niemand habe einen Ausweis sehen wollen. Ein paar Wochen später sei die Waffe mit der Post gekommen. Ein Nachbar habe das Paket angenommen. Erst jetzt, im Gespräch, scheint ihm bewusst zu werden, dass er eine Straftat begangen hat. "Scheiße, scheiße, scheiße", sagt er. "Das ist illegal?"

M. ist einer von 198 Menschen, die in den vergangenen sieben Monaten auf Migrantenschreck Waffen gekauft haben. Das geht aus detaillierten Kundendaten hervor, die ZEIT ONLINE zugespielt wurden. Die Daten belegen, dass das Geschäft mit der Panik vom extremen rechten Rand bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Ärzte, Lokalpolitiker, Unternehmer, Erzieher, Computerfachleute und Zierfisch-Züchter glauben inzwischen offenbar, sie müssten sich mit einer Waffe in der Hand gegen Fremde verteidigen. Wenn es stimmt, dass sich die deutsche Gesellschaft im Zuge der Flüchtlingswanderung radikalisiert hat, dann sind die Kundendaten ein Beleg dafür.

© Michael Pfister für ZEIT ONLINE

Die Besteller kommen aus der ganzen Republik. Die meisten Kunden wollten den handlichen Revolver haben, der Hartgummikugeln mit 80 Joule verschießt - so wie der Fleischer M. aus Berlin. Das Modell wurde 84 Mal verlangt. Andere Besteller entschieden sich für die Flinte oder das Gewehr, das einer Kalaschnikow ähnelt. Auch eine kleine Pistole für "jede Frauenhandtasche" gibt es.

Für den Betreiber von Migrantenschreck ist das ein großes Geschäft. Der beliebte Revolver kostet schon 349 Euro, die falsche Kalaschnikow sogar 749 Euro. Manche der Besteller gaben bis zu 4.000 Euro aus. Seit Mai, so zeigen die Daten, hat der Onlineshop 110.000 Euro umgesetzt.

All diese Waffen sind in Deutschland nicht zugelassen. Hierzulande ist es verboten, durch den Lauf einer Schreckschusswaffe ein Geschoss zu treiben, zumal mit solcher Kraft. Schreckschusspistolen dürfen in Deutschland höchstens 7,5 Joule entwickeln, nicht 80 oder 120 wie die Modelle aus dem Onlineshop.

Ingo Meinhard hat gesehen, was die Waffen anrichten können. Er ist Geschäftsführer des Verbands Deutscher Büchsenmacher und Waffenfachhändler. In einem Prüfinstitut konnte Meinhard beobachten, wie ein Gewehr und eine Pistole von Migrantenschreck getestet wurden. Er war erschrocken. "Die Prüfer haben auf ballistische Seife geschossen, die der Stärke der Haut eines Menschen ähnelt. Die Geschosse sind bis zu zwei Zentimeter eingedrungen." Ein Treffer aus einer der Waffen könne das Gewebe schwer verletzen, sagt Meinhard. Im schlimmsten Fall seien die Schüsse tödlich.

Ganz normale Leute

Die Waffenbürger Hunderte Deutsche haben in diesem Jahr illegale Waffen im Netz bestellt, um auf Migranten zu schießen. Interne Daten zeigen das Ausmaß des mens....

Die Kunden, die sich in den Daten finden, verkaufen Zäune, schreiben Dissertationen oder arbeiten als Landvermesser. Da ist der Familienunternehmer aus Baden-Württemberg, der öffentlich gegen Rassismus eintritt und sich eine friedliche Gesellschaft wünscht, aber im Netz ein Gewehr bestellte. Der Steuerberater aus Hamburg, der sich die Waffe direkt in die Firma schicken ließ. Der Autohändler aus Nordwestdeutschland, der liebevoll aufgearbeitete Oldtimer an Fans verkauft und einen Revolver orderte. Der Zahnarzt aus Bayern, die Internistin aus Thüringen, der Physiker aus Sachsen, der Firmenkundenbetreuer einer großen Geschäftsbank aus Holstein (Hobbys: Segeln und Golf), der Programmierer aus Berlin, noch mehr Mediziner: der Hausarzt und der Psychiater, diesmal aus Nordrhein-Westfalen, schließlich vier Lokalpolitiker der AfD aus Hamburg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Und dann gibt es natürlich noch die Kunden, die man eher als Besucher einer solchen Hetzseite erwartet hätte: den Reichsbürger aus dem Südwesten, das Mitglied der rechtsextremen Kleinpartei Pro Deutschland aus Schleswig-Holstein, den Erzieher aus Brandenburg, der in einer Grundschule arbeitet und auf Facebook rechte Propaganda teilt.

Was haben sich all diese Leute nur gedacht, als sie sich im Netz eine Waffe gegen Migranten kauften? Und wie funktioniert der Waffenhandel?

Die Spur führt nach Ungarn, in die Hauptstadt Budapest. Majestätisch thront das Parlamentsgebäude in neogotischer Pracht am Ufer der Donau. Gleich auf der anderen Seite des Flusses, nur einen Straßenzug vom Ufer entfernt, hat die ungarische Post im Erdgeschoss eines restaurierten Gründerzeithauses eine Filiale. Mehrmals in der Woche gibt dort jemand die Pakete auf, unscheinbare Pappkartons mit gefährlichem Inhalt. Die ungarischen Postmitarbeiter versehen jedes dieser Pakete mit einer Sendungsnummer. Wer diese Nummer kennt, der kann den Weg des Pakets durch Europa nachverfolgen.

Die Firma, die Migrantenschreck betreibt, nennt sich - ausweislich des Impressums der Website - Deutsch-Ungarische Handels- und Vertriebsgesellschaft mbH und sitzt in Budapest. Aus dem Eintrag im ungarischen Unternehmensregister lässt sich ersehen, dass die Firma Sicherheitssystem-Dienstleistungen anbietet, mit "anderenorts nicht klassifizierten" Waren handelt und mit einem Eigenkapital von drei Millionen Forint - etwa 10.000 Euro - gegründet wurde. Auch eine Adresse findet sich im Unternehmensregister.

Von der kleinen Postfiliale aus sind es nur wenige Schritte bis dorthin. An einer Straßenecke steht ein fünf Stockwerke hohes, rot verklinkertes Mietshaus, hinter der Eingangstür aus dunklem Holz öffnet sich das Treppenhaus. Schon lange wurde es nicht mehr renoviert.

Im ersten Geschoss ist die Firma Németh-Magyar Kereskedelmi és Értékesítési Kft. gemeldet, so heißt sie auf Ungarisch. Die Tür ist mit einem Gitter verschlossen. Der Postmann sagt, das goldfarbene Firmenschild sei vor vier oder fünf Monaten aufgetaucht. Bisher habe er aber erst zwei Briefe gebracht. Einmal habe ihm ein junger Ausländer ein Einschreiben abgenommen.

Die Firma, so ist im Unternehmensregister zu lesen, gehört einem Deutschen. Er ist alleiniger Eigentümer und zeichnungsberechtigter Geschäftsführer. Sein Name: Mario Rönsch. Der Name findet sich auch im Impressum und in den Zugangsdaten der Website Migrantenschreck.

In Deutschland haben sich schon mehrere Staatsanwaltschaften mit Rönsch beschäftigt. Unter anderem wurde er wegen des Verdachts der Volksverhetzung und des Aufrufs zu Straftaten gesucht. In Erfurt hat er Pegida-Demonstrationen angemeldet. Er soll auch der Kopf hinter der rassistischen Hetzseite *Anonymous.Kollektiv* gewesen sein. Die Facebook-Seite hatte gegen Flüchtlinge und Muslime gewütet und zu Gewalt und Selbstjustiz aufgerufen. Mitte Mai verschwand sie aus dem Netz. Zur selben Zeit tauchte Rönsch unter.

Lebt Mario Rönsch in Budapest und betreibt von dort aus einen illegalen Waffenhandel für deutsche Kunden? Immerhin besitzt er eine ungarische Steuernummer. Im Firmenregister ist für die Deutsch-Ungarische Handels- und Vertriebsgesellschaft mbH neben der Unternehmensadresse auch eine private Adresse hinterlegt. Zwölf Wohnungen weist das Klingelschild aus. Doch von Mario Rönsch findet sich keine Spur.

Die Waffenbürger Hunderte Deutsche haben in diesem Jahr illegale Waffen im Netz bestellt, um auf Migranten zu schießen. Interne Daten zeigen das Ausmaß des mens....

Kaum ein Paket wird kontrolliert

Leichter als der Händler findet sich der Hersteller der Waffen. Wenn man Budapest in nördlicher Richtung verlässt und sich auf der westlichen Donauseite hält, kommt man in den dritten Bezirk. Am Ende einer Sackgasse sitzt dort in zwei weiß strahlenden Gebäuden die Firma Keseru Muvek Fegyvergyár Kft. Sie stellt jene Revolver und Gewehre her, die auf Migrantenschreck verkauft werden. In einem Firmenvideo ist zu sehen, wie die Kugeln der Waffen Schießscheiben durchlöchern und Melonen platzen lassen. Auch auf Migrantenschreck finden sich solche Videos. Nur wird dort nicht auf Melonen geschossen, sondern auf Fotos des Bundespräsidenten Joachim Gauck oder des Justizministers Heiko Maas.

Keseru betreibt ein in Ungarn legales Geschäft. Seine Waffen sind dort offiziell zugelassen. Doch auf der Website steht ein deutlicher Hinweis in mehreren Sprachen. Wer die Waffen ins Ausland ausführen wolle, müsse sich "in jedem Fall bei den zuständigen Behörden über die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen" informieren.

Auch Rönsch glaubt, so antwortet er ZEIT ONLINE, dass sein Geschäft legal sei. Doch Migrantenschreck verstößt genau gegen die von Keserü benannten Bestimmungen. Denn für den Export von Waffen gelten auch in der EU strenge Regeln. Wer eine Waffe von einem Land ins andere bringen will, braucht Genehmigungen beider Seiten. Auch der Transporteur muss über die gefährliche Ware informiert werden. Migrantenschreck ignoriert diese Vorschriften und setzt darauf, dass die Pakete nicht entdeckt werden.

Ihr Weg lässt sich trotzdem nachvollziehen. Sowohl die ungarische Post als auch DHL vergeben sogenannte Sendungsnummern. Wer wie ZEIT ONLINE die Nummer kennt, kann auf den Seiten der Paketdienste verfolgen, wie das Paket von ungarischen Postmitarbeitern aufgenommen, zum Auslieferungszentrum gebracht und dann ins Ausland versandt wird. Er kann zusehen, wie DHL es in Deutschland übernimmt und schließlich dem Empfänger übergibt.

Die Chance, dass die verbotene Fracht gefunden wird, ist gering. Denn innerhalb der EU werden Pakete von Firmen wie DHL nur dann durchleuchtet, wenn sie in ein Flugzeug verladen werden. Die Pakete von Migrantenschreck werden aber wahrscheinlich auf dem Landweg transportiert. Beim deutschen Zoll heißt es, man kontrolliere nur jene Sendungen, bei denen die Post vorher Anhaltspunkte geliefert habe, dass ein Gesetz gebrochen wird.

Ein Richter aus Hamburg

Auch das Paket, das im Juli seinen Weg nach Hamburg nahm, fiel niemandem auf. Darin lagen ein Revolver, 25 Schuss Munition und 25 Hartgummigeschosse. Der DHL-Bote brachte es in den Nordosten der Hansestadt, dorthin, wo die Häuser großbürgerlichen Abstand voneinander halten. Eichen säumen die schmale Straße, ihre überfrorenen Äste funkeln im Sonnenlicht. Hohe Hecken umschließen weitläufige Grundstücke.

Nahe einem Wäldchen steht ein rot verklinkertes Haus. Rhododendren umrahmen den Eingang. In dem Haus lebt ein pensionierter Richter. Viele Jahre lang hat er am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg Recht gesprochen. Ein erfahrener Jurist, dessen Rat auch im Ruhestand noch gefragt ist, und er gibt ihn gerne. Der Richter öffnet selbst die Tür. Ein distinguiertes, freundlich dreinschauender Herr, der steife Hemdkragen schaut aus einem grauen Pullover.

Ob er die Website Migrantenschreck kenne? Der Richter erinnert sich, da sei doch etwas mit dem *Compact* -Magazin gewesen. *Compact* ist eine beliebte Lektüre unter AfD-Mitgliedern, Neuen Rechten und Verschwörungstheoretikern. Im Juni hatte Migrantenschreck an *Compact* -Kunden Werbemails verschickt. Das Magazin distanzierte sich im Oktober von der Website und nannte sie kriminell. Auf alle anderen Fragen will der Richter im Ruhestand nicht antworten. Nicht darauf, ob er bei Migrantenschreck eine Waffe bestellt habe. Nicht darauf, wie sein Name in die Kundendaten geraten ist. Auch nicht darauf, ob das Paket mit der gefährlichen Waffe an ihn ausgeliefert wurde oder ob ihm bekannt sei, dass es sich um eine illegale Waffe handle.

Die Waffenbürger Hunderte Deutsche haben in diesem Jahr illegale Waffen im Netz bestellt, um auf Migranten zu schießen. Interne Daten zeigen das Ausmaß des mens....

Ein Jurist müsste eigentlich wissen, dass das Geschäft von Migrantenschreck doppelt verboten ist. Wer die Waffen besitzt, macht sich strafbar. Wer sie verschickt, auch. Was Migrantenschreck treibt, hält der erfahrene Strafrechtsanwalt Udo Vetter mindestens für Beihilfe zum illegalen Waffenerwerb, eher noch für illegalen Waffenhandel. Lasse sich bei den Tätern erkennen, dass sie mit dem Handel einen politischen Zweck verfolgten, könne auch der Tatbestand einer kriminellen Vereinigung erfüllt sein.

Offenbar sieht das die Berliner Staatsanwaltschaft ähnlich. Sie ermittelt, unterstützt vom polizeilichen Staatsschutz und einer Spezialabteilung für organisierte Internetkriminalität, wegen des Verdachts auf illegalen Waffenhandel, Volksverhetzung, Bedrohung und Nötigung. "Das Problem ist: Der Beschuldigte ist weg. Möglicherweise hält er sich in Ungarn auf", sagt ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Zum Umfang des Waffenhandels will sich der Sprecher nicht äußern. Auch nicht dazu, ob gegen Käufer der Waffen ermittelt werde. Den Onlineshop abzuschalten sei aber schwierig, weil die Website in Russland liege.

So geht der Handel mit dem gefährlichen Gut weiter. Erst am Montag bekamen Kunden eine Werbemail. Darin preist Migrantenschreck eine Armbrust an: "Sichern Sie sich jetzt diese absolut tödliche Waffe zum Einführungspreis." Die jüngste Waffenlieferung ging derweil nach Mülheim an der Ruhr. Sie kam am vergangenen Samstag in der Mittagszeit bei ihrem Besteller an.

Haben Sie Informationen zu diesem Thema? Oder zu anderen Vorgängen in Politik und Wirtschaft, von denen die Öffentlichkeit erfahren sollte? Wir sind dankbar für jeden Hinweis. Dokumente, Daten oder Fotos können Sie hier in unserem anonymen Briefkasten deponieren.

Load-Date: December 9, 2016

End of Document

USA planen Abschiebung von Migrantenfamilien; Das US-Heimatschutzministerium will laut Berichten Hunderte Migrantenfamilien abschieben. Demokratin Hillary Clinton zeigte sich besorgt, Donald Trump ist begeistert.

ZEIT-online

Freitag 25. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Asyl; Ausg. 52

Length: 488 words

Body

US-Grenzschutzeinheiten halten Einwanderer fest, die ohne Papiere über die mexikanische Grenze in die USA gekommen sind.

© John Moore/Getty Images

In den USA sorgt die geplante Abschiebung von illegalen Einwanderern aus Lateinamerika für Diskussionen. Die demokratische Präsidentschaftsbewerberin Hillary Clinton zeigte sich besorgt über Zeitungsberichte, nach denen das Heimatschutzministerium im neuen Jahr Hunderte **Migrantenfamilien** aufspüren und abschieben will. Clinton habe "ernsthafte Bedenken", sagte eine Sprecherin dem Sender CNN. Die frühere Außenministerin sei der Auffassung, dass sich die USA in Einwanderungsfragen von "Menschlichkeit und Großzügigkeit" leiten lassen sollten.

Clintons republikanischer Rivale Donald Trump zeigte sich dagegen begeistert. Die Einwanderungsbehörde plane "groß angelegte Abschiebungssrazzien", weil er selbst so großen Druck ausgeübt habe, twitterte Trump. "Das wurde aber auch Zeit", fügte er hinzu.

Wow, because of the pressure put on by me, ICE TO LAUNCH LARGE SCALE DEPORTATION RAIDS. It's about time!

- Donald J. Trump (@realDonaldTrump) December 24, 2015

Laut Berichten der *Washington Post* und des *Wall Street Journal* steht die Abschiebung Hunderter Migrantenfamilien, deren Asylanträge abgelehnt worden sind, unmittelbar bevor. Eine Sprecherin des Heimatschutzministeriums wollte die Berichte nicht bestätigen. Sie betonte aber, dass Minister Jeh Johnson "immer wieder" gesagt habe, "dass unsere Grenze nicht offen ist für illegale Einwanderung". Abgelehnte Asylbewerber mit einer Abschiebungsanordnung würden "im Einklang mit unseren Gesetzen und Werten zurückgeschickt".

USA planen Abschiebung von Migrantenfamilien Das US -Heimatschutzministerium will laut Berichten Hunderte Migrantenfamilien abschieben. Demokratin Hillary Clint....

In den USA leben knapp zwölf Millionen Einwanderer ohne gültige Aufenthaltspapiere, die meisten von ihnen aus Mexiko und zentralamerikanischen Staaten. Republikaner und Demokraten sind sich einig, dass eine Einwanderungsreform lange überfällig ist, streiten aber darüber, wie diese aussehen soll. Bei den Republikanern ist die Einwanderungsdebatte derzeit von schrillen Tönen geprägt, für die vor allem Trump verantwortlich ist. Trump will eine Mauer an der Grenze zu Mexiko bauen, bezeichnete mexikanische Einwanderer pauschal als "Vergewaltiger" und schlug zuletzt ein Einreiseverbot für Muslime in die USA vor.

Angesichts des Widerstands der Republikaner im US-Kongress hatte Präsident Barack Obama im November 2014 im Alleingang angeordnet, dass Eltern von Kindern mit US-Staatsbürgerschaft oder legalem Aufenthaltsstatus unter bestimmten Voraussetzungen eine befristete Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung erhalten sollen. Zahlreiche republikanisch regierte Bundesstaaten hatten gegen die Präsidialverordnungen geklagt und vor Bundesgerichten Recht bekommen. Derzeit liegt die Umsetzung der Einwanderungsreform auf Eis. Obamas Regierung hofft auf eine Klärung durch den Obersten Gerichtshof.

Load-Date: December 25, 2015

End of Document

Italienische Küstenwache greift mehr als 800 Flüchtlinge auf; Die Fluchtrouten ändern sich: Nach den Grenzsicherungen am Balkan reisten Hunderte Syrer über das Mittelmeer nach Europa - so viele wie zuletzt vor einem Jahr.

ZEIT-online

Donnerstag 12. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Sizilien; Ausg. 21

Length: 307 words

Body

Die italienische Küstenwache rettet **Flüchtlinge** vor der Küste Siziliens. Durch den EU-Türkei-Deal kommen wieder mehr **Flüchtlinge** nach Italien.

©Italian Navy Press Office

Die italienische Küstenwache hat nach eigenen Angaben mehr als 800 Flüchtlinge gerettet. Die überwiegend aus Syrien stammenden Menschen seien auf zwei Schiffe verteilt gewesen und vor Sizilien aufgegriffen worden, teilte ein Sprecher mit. Einige der Migranten seien Iraker. Von dem ersten Boot wurden 515 Menschen aufgegriffen, von dem zweiten rund 300. Genauere Zahlen sollen vorliegen, wenn die Flüchtlinge im sizilianischen Ort Augusta an Land gegangen sind.

Nave Peluso CP905 #GuardiaCostiera soccorre barcone a S/E di Capo Passero. Salvati 342 migranti, maggioranza siriani [pic.twitter.com/zHKhrad0i1](https://twitter.com/zHKhrad0i1)

- Guardia Costiera (@guardiacostiera) 12. Mai 2016

Dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) zufolge haben seit einem Jahr nicht mehr so viele Menschen aus Syrien und dem Irak gemeinsam die Überfahrt nach Europa gewagt. Dass wieder eine so große Zahl von Syrern über das Mittelmeer nach Italien komme, sei eine neue Entwicklung, sagte der Sprecher der Internationalen Organisation für Migration (IOM), Flavio Di Giacomo.

Bis vor kurzem war der Großteil der Flüchtlinge mit dem Ziel EU über die Ägäis nach Griechenland und von dort aus über die Balkanroute weiter in Länder wie Deutschland gelangt. Nach der Schließung der Balkanroute Anfang März und der Einigung auf das EU-Flüchtlingsabkommen mit der Türkei könnte aber wieder verstärkt die Fluchtroute genutzt werden, die von Nordafrika über das Mittelmeer nach Italien führt. Oft ist Libyen der Ausgangspunkt für die Flucht über das Mittelmeer nach Italien, das laut UNHCR im April mehr als 9.000 Ankömmlinge zählte - gut zweieinhalb mal so viele wie Griechenland.

Italiensche Küstenwache greift mehr als 800 Flüchtlinge auf Die Fluchtrouten ändern sich: Nach den
Grenzschließungen am Balkan reisten Hunderte Syrer über das M....

Load-Date: May 13, 2016

End of Document

Bildung von Migranten klappt nicht recht; Der wirtschaftsnahe Bildungsmonitor stellt 2016 zum ersten Mal keine Verbesserungen in den Bildungssystemen fest. In einem zentralen Bereich gibt es sogar Rückschritte.

ZEIT-online

Donnerstag 18. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Bildungsmonitor 2016; Ausg. 35

Length: 652 words

Byline: Michael Stürzenhofecker

Body

Flüchtlinge in einer Vorbereitungsklasse an der Freien Universität Berlin

© Carsten Koall/Getty Images

Die Bundesländer haben keine Fortschritte in ihren Bildungssystemen erzielt. Zu diesem Ergebnis kommt der Bildungsmonitor 2016 (PDF) der arbeitgebernahen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). "Zum ersten Mal in 13 Jahren Bildungsmonitor haben die Länder im Durchschnitt keine Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr erreicht", sagt Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der Organisation. Die Bewertung auf Basis von 93 Indikatoren liege 0,1 Punkte unter der des Vorjahres.

Bei der Integration ausländischer Schüler gibt es laut der vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln durchgeführten Studie sogar Rückschritte. Die Schulabbrecherquote unter Ausländern sei innerhalb eines Jahres von 10,7 auf 11,9 Prozent gestiegen. Für die Bildungsintegration der Flüchtlinge - die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre - bestehe folglich dringender Handlungsbedarf. Hierfür sollten die jährlichen öffentlichen Bildungsausgaben um 3,5 Milliarden Euro erhöht werden, heißt es in dem Bericht.

Studienleiter Axel Plünnecke sagt, dass im kommenden Jahr allein etwa 98.500 zusätzliche Kitaplätze für die Flüchtlingskinder benötigt würden. "Dazu braucht es Lehrkräfte für rund 200.000 zusätzliche Schulkinder und ein Ausbau der Berufsvorbereitung." In einer gesonderten Untersuchung weisen die Forscher darauf hin, dass gerade frühkindliche Bildung entscheidend für den späteren Bildungserfolg sei. Das gelte grundsätzlich für Kinder aus bildungsfernen Schichten. Die Bildungsdurchlässigkeit in Deutschland müsse weiter erhöht werden.

In die Untersuchung beziehen die Forscher 93 Indikatoren ein. Unter anderem geht es um die Infrastruktur, beispielsweise die Verfügbarkeit von Ganztagsschulen und Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten sowie die Betreuungsrelationen an Schulen. Aber auch Schulabbrecherquoten oder der Anteil der Schüler, die von Bildungsarmut betroffen sind sowie der Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen spielen eine Rolle. Die

Bildung von Migranten klappt nicht recht Der wirtschaftsnahe Bildungsmonitor stellt 2016 zum ersten Mal keine Verbesserungen in den Bildungssystemen fest. In ei....

untersuchten Daten sind aus den Jahren 2014 und 2015 und liefern eher einen ökonomischen Blick auf die Bildungssysteme.

Die leistungsfähigsten Systeme haben demnach wie in den Vorjahren Sachsen, Thüringen, Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg. Den letzten Platz belegt Berlin, davor stehen Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Lediglich in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland ist in den vergangenen Jahren eine klare Verbesserung eingetreten.

Sprache größtes Hemmnis für Flüchtlinge

Die Untersuchung bewertet zwölf Handlungsfelder der Bundesländer. Rückschritte gab es demnach vor allem im Bereich Integration und berufliche Bildung. Zwar sei der Unterschied bei Bildungsabschlüssen zwischen Migranten und Nichtmigranten im Vergleich zu den ersten Pisa-Studien vor 15 Jahren deutlich geringer geworden, allerdings sei der Abstand noch deutlich. Ein weiterer Ausbau frühkindlicher Bildung sei hier vonnöten.

Grundsätzlich ist die Schulqualität der Untersuchung zufolge konstant geblieben. Klare Verbesserungen sehen die Forscher bei der Förderinfrastruktur und bei den Betreuungsbedingungen. So sei die durchschnittliche Zahl der Kinder pro Betreuer in Kindertagesstätten von 6,5 im Jahr 2014 auf 6,3 im Jahr 2015 gesunken. Auch Ausgaben im Bereich Forschung seien gestiegen.

In einer gesonderten Untersuchung betrachteten die Forscher die Chancen von Flüchtlingen auf dem deutschen Arbeitsmarkt beziehungsweise im Bildungssystem. Größtes Hemmnis für die Asylbewerber seien weiterhin mangelnde Sprachkenntnisse, aber auch fehlende Ausbildung. Allerdings hätten Flüchtlinge auch mit aufenthaltsrechtlichen Problemen zu kämpfen, zudem fehle es ihnen an Information über Arbeitsmarkt und Bildungsmöglichkeiten. Jüngere Flüchtlinge haben der Untersuchung zufolge einen besseren Abschluss als ältere. Positiv hoben die Forscher hochqualifizierte syrische Mediziner hervor.

Load-Date: August 18, 2016

Schaffen die das?; Nach den Sommerferien wechseln Tausende Flüchtlingskinder aus den Willkommensklassen in den Regelunterricht. ZEIT und ZEIT ONLINE wollten wissen, wie ihre Chancen stehen.

ZEIT-online

Mittwoch 6. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingskinder in der Schule; Ausg. 26

Length: 988 words

Byline: Anant Agarwala;Götz Hamann

Body

Erschöpfte Kinder der Willkommensklasse beim Sportfest in Potsdam-Schlaatz

© Jannis Chavakis für ZEIT ONLINE

Wenn es den **Flüchtlingskindern** gelingt, einen deutschen Schulabschluss zu machen, steigen erfahrungsgemäß ihre Chancen auf einen Job - und auf echte Integration. Wenn nun viele Tausend Kinder aus den Willkommensklassen in den Regelunterricht wechseln, knüpft sich daran eine simple Frage: Schaffen die das? Ein Team von ZEIT und ZEIT ONLINE ist dieser Frage nachgegangen. Wir wollten wissen, wie Lehrer und Schüler miteinander aus- und vorankommen.

var

```
embedDeltas={"100":688,"200":574,"300":500,"400":500,"500":500,"600":430,"700":480,"800":480,"900":480,"1000":480},chart=document.getElementById("datawrapper-chart-AZeSb"),chartWidth=chart.offsetWidth,applyDelta=embedDeltas[Math.min(1000,Math.max(100*(Math.floor(chartWidth/100)), 100))]|0,newHeight=applyDelta;chart.style.height=newHeight+"px";
```

Eine Hoffnung hat sich während der Recherche jedoch schnell zerschlagen: dass es verlässliche Daten gibt, wie viele Flüchtlingskinder in welchen Schulen neu dazugekommen sind und wie viele dort bereits am normalen Unterricht teilnehmen. Die meisten Zahlen in der Flüchtlingsdebatte basieren ja auf Schätzungen, und das gilt auch für die Schulen. Man kann nur sagen: Um die 300.000 Schüler sind neu eingeschult worden, vermutet die Kultusministerkonferenz. Aber für längst nicht alle wurde bisher ein Asylantrag gestellt. Das erklärt die deutlich geringeren Zahlen schulpflichtiger Kinder, die das Bundesamt für Migration nennt (siehe Grafik). Sicher ist immerhin: Insgesamt gehen in Deutschland 11 Millionen Kinder, Deutsche und Migranten, zur Schule.

Mehr zu Flüchtlingskindern im Schulalltag lesen Sie in der ZEIT Nr. 29 vom 7.7.2016. Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Schaffen die das? Nach den Sommerferien wechseln Tausende Flüchtlingskinder aus den Willkommensklassen in den Regelunterricht. ZEIT und ZEIT ONLINE wollten wiss....

In Gesprächen mit Ministerialbeamten, Leitern von Schulämtern und Schulrektoren ist klar geworden, warum entscheidende Daten zur Schulsituation der Flüchtlingskinder fehlen: Es gibt keine zentrale Stelle, an der alle Daten zusammenfließen. Auch in den einzelnen Bundesländern hat in der Regel keine Behörde den Gesamtüberblick. Das statistische Merkmal "Flüchtling" wird von den Kultusministerien nicht erfasst, Grund dafür ist unter anderem der Datenschutz. Die meisten Länder können zwar sagen, wie viele Schüler in den Vorbereitungsklassen sitzen, aber nicht, ob sie Flüchtlinge, EU-Migranten oder Diplomatenkinder sind. Auf lange Sicht erschwert diese Datengrundlage einen effizienten Einsatz staatlicher Mittel - und damit die Schulpolitik.

Hochrechnungen funktionieren nicht

Auch Hochrechnungen sind schwierig: Der Anteil der Flüchtlinge schwankt von Klasse zu Klasse erheblich. Auch Übergangsquoten gibt es nicht. Der Wechsel in die Regelklasse erfolgt meist Schritt für Schritt und hängt sowohl vom Können der Flüchtlinge als auch von der Kapazität der Schule ab. Häufig stoßen die Flüchtlinge zunächst in Fächern wie Sport und Musik in die Regelklasse, dann in Mathe oder Naturwissenschaften, später ganz. Wie schnell das gelingt, können die Schulen nicht pauschal beantworten.

ZEIT und ZEIT ONLINE haben sich deshalb auf vier Städte konzentriert und dort auf lokaler Ebene recherchiert, wie sich die Flüchtlingskinder einfügen und wie gut die Schulen ihre neue Aufgabe in den Griff bekommen. Die ausführlichen Erkenntnisse zu Siegburg, Backnang und Bremen finden Sie diese Woche in der ZEIT (und heute schon in der iPad-Ausgabe). Am Donnerstag erscheint der erste Teil einer Langzeitbeobachtung an einer Schule in Potsdam auf ZEIT ONLINE.

var

```
embedDeltas={"100":881,"200":834,"300":760,"400":760,"500":733,"600":660,"700":733,"800":733,"900":733,"1000":733},chart=document.getElementById("datawrapper-chart-QedSG"),chartWidth=chart.offsetWidth,applyDelta=embedDeltas[Math.min(1000,Math.max(100*(Math.floor(chartWidth/100)), 100))]]0,newHeight=applyDelta;chart.style.height=newHeight+"px";
```

Einige Erkenntnisse lassen durchaus hoffen: Die einzelnen Schulen kommen vielerorts besser mit der Integration der Flüchtlingskinder zurecht als vielleicht zu befürchten war. Hier helfen auch die Erfahrungen aus der Vergangenheit: mit den Gastarbeiterkindern in den 1970er Jahren oder den Kindern, die während des Kriegs auf dem Balkan für einige Jahre in Deutschland Zuflucht suchten. Und es helfen die frischen Alltagserkenntnisse mit einer wachsenden Zahl an Zuwanderern aus der EU in den vergangenen Jahren.

Viele neue Lehrer, neues Unterrichtsmaterial

Es ist außerdem in der kurzen Zeit gelungen, viele neue Lehrer einzustellen, die Lehrpläne und das Unterrichtsmaterial anzupassen. Dennoch bleibt der Mangel an qualifizierten Lehrkräften eines der größten Probleme, von dem die Schulen berichten. Ein weiteres Problem: die zu hohen Erwartungen. Selbst viele jener Flüchtlingskinder, die gute Voraussetzungen haben, werden wohl eher den Hauptschulabschluss schaffen als das Abitur. Denn es ist das eine, genug Deutsch für den Alltag zu lernen. Fachspezifische Worte und Redewendungen stellen hingegen eine extrem große Hürde dar. Je älter die Jugendlichen sind, desto schwieriger wird es, sie zu nehmen.

Innerhalb eines Jahres Deutsch zu lernen und in die Regelklassen zu wechseln, wie viele Bundesländer es vorsehen, erscheint deshalb vor allem für ältere Schüler als unrealistische Aufgabe. Mit dem Übergang Hunderttausender Flüchtlinge in die Regelklassen steht den Schulen die größte Aufgabe also noch bevor.

var

```
embedDeltas={"100":641,"200":594,"300":547,"400":520,"500":520,"600":520,"700":520,"800":520,"900":520,"1000":520},chart=document.getElementById("datawrapper-chart-Tpafb"),chartWidth=chart.offsetWidth,applyDelta=embedDeltas[Math.min(1000,Math.max(100*(Math.floor(chartWidth/100)), 100))]]0,newHeight=applyDelta;chart.style.height=newHeight+"px";
```

Schaffen die das? Nach den Sommerferien wechseln Tausende Flüchtlingskinder aus den Willkommensklassen in den Regelunterricht. ZEIT und ZEIT ONLINE wollten wiss....

Mehr zu Flüchtlingskindern im Schulalltag lesen Sie in der ZEIT Nr. 29 vom 7.7.2016. Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Load-Date: July 6, 2016

End of Document

Nehmt mehr Flüchtlinge auf!; Die EU sollte Flüchtlingen kollektiv Schutz bieten und sie fair verteilen. Dadurch würden die Asylsysteme entlastet und das Sterben im Mittelmeer verringert.

ZEIT-online

Mittwoch 13. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Asylpolitik; Ausg. 19

Length: 1092 words

Byline: Steffen Angenendt; Jan Schneider

Body

Flüchtlinge aus Afrika werden von einem italienischen Schiff auf dem Mittelmeer geborgen.

© Alessandro di Meo/dpa

Die Europäische Union denkt aus gutem Grund über eine grundlegende Neuordnung der **Flüchtlingspolitik** nach. Dabei sollte nicht nur ein Quotensystem zur gerechteren Verteilung der ankommenden **Flüchtlinge** auf die Mitgliedstaaten eingeführt werden. Um die **Asylsysteme** der EU-Staaten zu entlasten, könnten zum Beispiel auch **Flüchtlinge** aus Ländern wie Syrien, Eritrea und Somalia, deren **Asylanträge** häufig anerkannt werden, im Rahmen europäischer Kontingente direkt aus dem Ausland aufgenommen werden. Das würde ihnen die lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer oder auf andern irregulären Wegen ersparen.

Zudem würde ein solcher Schritt die humanitären Probleme in den Nachbarstaaten der Krisenländer wie Libanon, Türkei und Jordanien verringern. Diese Länder tragen derzeit die größte Last der **Flüchtlinge** vor allem aus Syrien. Sie sind damit überlastet und es droht ihnen selbst eine Destabilisierung.

Bei solchen kollektiven Aufnahmeverfahren müssen allerdings zwei Grundsätze beachtet werden: Erstens dürfen sie nicht zum Ersatz für das individuelle Recht auf Asyl werden, sondern lediglich Entlastung bei offensichtlichen Fällen bieten. Zum anderen muss sichergestellt werden, dass es sich tatsächlich um eine solidarische europäische Antwort auf das Flüchtlingselend handelt. Ein faires System der Verantwortungsteilung könnte sicherstellen, dass sich alle EU-Staaten an der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen.

Kollektive Aufnahme durch Schutzprogramme

Der europäischen Politik stehen zwei Instrumente zur Verfügung, die bisher nur wenig oder gar nicht genutzt werden: sogenannte Resettlement-Programme und Programme zur temporären Aufnahme von Flüchtlingen.

Über sogenannte Resettlement-Programme kann Menschen Schutz geboten werden, die aus Kriegsländern oder Verfolgungssituationen in Nachbarländer geflohen sind und deren Schutzbedarf bereits nachgewiesen ist. Der betreffende Aufnahmestaat kann einer bestimmten Zahl von Flüchtlingen die dauerhafte Niederlassung

Nehmt mehr Flüchtlinge auf! Die EU sollte Flüchtlingen kollektiv Schutz bieten und sie fair verteilen. Dadurch würden die Asylsysteme entlastet und das Sterben

ermöglichen. Im vergangenen Jahr haben zwar 15 EU-Mitgliedstaaten solche Übersiedlungskontingente angeboten, vor allem für Flüchtlinge aus Syrien, diese waren aber oft nur sehr klein.

Programme zur temporären Aufnahme von Flüchtlingen sollen in akuten humanitären Krisen mit einer hohen Zahl Vertriebener pragmatisch, schnell und unbürokratisch Schutz bieten. Im Gegensatz zum Resettlement geht es hier um eine vorübergehende Aufnahme mit späterer Rückkehr ins Herkunftsland nach Ende des Konflikts. Die EU verfügt mit der sogenannten Massenzustromrichtlinie bereits seit fast 15 Jahren über eine Rechtsgrundlage dafür. Obwohl die Krise in Syrien einen typischen Fall für ein solches Programm darstellen könnte, hat die EU die Richtlinie bislang nicht angewendet.

Unfaire Verteilung der Flüchtlinge

Ein Grund für die bisherige Zurückhaltung der EU-Staaten bei kollektiven Aufnahmeverfahren sind die schlechten Erfahrungen mit dem Dublin-System, durch das vor allem die Länder an den südlichen und östlichen EU-Außengrenzen für die Aufnahme der Asylsuchenden zuständig sind. Diese kommen jedoch teilweise ihren Verpflichtungen nicht nach, sondern schicken die Flüchtlinge mehr oder weniger offen weiter. Gleichzeitig nehmen einige west- und nordeuropäische Staaten, allen voran Deutschland, Frankreich und Schweden, eine hohe Zahl an Flüchtlingen auf. In diesen Ländern wächst der Unmut über jene EU-Mitglieder, die sich ihrer Verantwortung für den Flüchtlingsschutz entziehen. Gleichzeitig sinkt die Bereitschaft bei den anderen Ländern, nach gemeinschaftlichen Wegen zur Bewältigung der Flüchtlingszuwanderung zu suchen. Dieser Widerwille kann nur überwunden werden, wenn es gelingt, die bestehenden Ungerechtigkeiten bei der Verteilung von Flüchtlingen zu beseitigen.

Ein fairer Verteilungsschlüssel

Voraussetzung für ein faires Verteilungsverfahren wäre die Einigung auf einen Verteilungsschlüssel, der die Bedingungen in den Mitgliedstaaten berücksichtigt. Die Stiftung Wissenschaft und Politik sowie der Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration haben bereits 2013 ein Modell zur Bestimmung fairer Quoten für die Flüchtlingsaufnahme vorgelegt. Es berücksichtigt die Wirtschaftskraft, die Bevölkerungsgröße, die Landesfläche und die Arbeitslosigkeit der jeweiligen EU-Staaten. Dieses Verfahren könnte auch bei Resettlement-Programmen und bei Programmen zur temporären Aufnahme angewendet werden. Die EU-Kommission plant einen ähnlichen Schlüssel.

Am Beispiel eines kleinen fiktiven Gesamtvolumens von 10.000 Menschen können die Verteilungswirkungen gut beobachtet werden: Die meisten EU-Staaten müssten weniger als 300 Flüchtlinge aufnehmen, ein Drittel sogar weniger als 100. Neben Deutschland würden nur auf drei der größten EU-Länder jeweils knapp über 1.000 Personen entfallen. Gerade die bei der bisherigen Flüchtlingsaufnahme zurückhaltenden Mitgliedstaaten könnten durch ein solches Verfahren dem Vorwurf der Tatenlosigkeit begegnen und zeigen, dass sie ihre humanitäre Verantwortung ernst nehmen. Gleichwohl ergäbe sich in der Summe ein signifikantes europäisches Gesamtkontingent.

Pilotprogramm für Flüchtlinge aus Syrien

Die EU könnte mit einer an Quoten orientierten Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus Syrien - praktiziert an einem überschaubaren Kontingent - in eine faire Verantwortungsteilung einsteigen. Ein solches Pilotprogramm hätte hohe Symbolkraft, weil es die Leistungsfähigkeit des gemeinsamen Schutzsystems und die Tragfähigkeit des Solidaritätsgedankens bekräftigen würde.

Die politische Einigung auf ein solches Programm wäre der erste wichtige Schritt. Im Anschluss müsste die EU-Kommission die grundsätzlichen Modalitäten für kollektive Aufnahmeverfahren ausarbeiten. Entscheidend hierbei sind objektive wie auch subjektive Kriterien, nach denen die Flüchtlinge ausgewählt werden. So könnten zum Beispiel berücksichtigt werden, ob die Betroffenen schon Familienangehörige im jeweiligen Land haben, oder die Präferenzen der Flüchtlinge. Sowohl beim Resettlement als auch bei temporären Schutzprogrammen müsste

Nehmt mehr Flüchtlinge auf! Die EU sollte Flüchtlingen kollektiv Schutz bieten und sie fair verteilen. Dadurch würden die Asylsysteme entlastet und das Sterben

die EU eng mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) zusammenarbeiten. Nach einer erfolgreichen Erprobungsphase könnten die Programme weiter ausgebaut werden.

Load-Date: May 13, 2015

End of Document

Bislang meist sprachlos; In Hamburg hat eine Flüchtlingskonferenz stattgefunden, organisiert von Migranten und Aktivisten. Mit veganer Volxküche, diffuser Zielsetzung und viel Selbstbewusstsein.

ZEIT-online

Montag 29. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 10

Length: 992 words

Byline: Jan Freitag

Body

Auf der Kampnagel-**Flüchtlingskonferenz**

© Jan Freitag

Die Guten, sie klingen manchmal fast nach den weniger Guten, auch wenn sie es gewiss viel besser meinen. "**Flüchtlinge**", sagt zum Beispiel Juwan Abdulaziz, der vor zwei Jahren aus Syrien nach Deutschland floh, "haben Pflichten, nicht nur Rechte." Auch wenn der Elektrotechniker mit Wohnsitz Mainz damit auf die Ereignisse von der Kölner Domplatte anspricht, ist das natürlich weniger radikal als Frauke Petry, die Menschen wie ihm am Grenzzaun ja eher mit Waffengewalt begegnen lassen würde, als über Rechte oder Pflichten aufzuklären.

Umso bemerkenswerter klingt so ein selbstkritischer Satz eines unfreiwillig Immigrierten, der mehr will als Schutz und **Asyl**. Das ist die Tonlage, auf der ersten International Conference of Refugees & **Migrants**, die an einem strahlenden Winterwochenende Betroffene dessen in Hamburg versammelt, was nicht nur die AfD bedrohlich "Krise" nennt.

Krise?

"Ich nenne es Chance", sagt Juwan in fließendem Deutsch und meint keinesfalls nur das europaweite Treffen von Aktivisten und Aktivitätsadressaten, Eingeborenen und Geflüchteten - wie Flüchtlinge neuerdings heißen, seit die Sprache zum Kriegsschauplatz in einer hitzigen Debatte wird. Einer Debatte, zu der sehr viele beitragen: Politiker und solche, die sie hassen. Medien und solche, die sie Lügenpresse nennen, Ehrenamtliche und solche, die sie als Gutmenschen verachten.

Wer ist Geflüchteter, wer Flüchtlingshelfer?

Nur eine Gruppe nimmt selten teil, und es ist keine kleine Gruppe, was für deren Gegner Teil des Problem ist: Flüchtlinge, im Vorjahr eine Million, 2016 kaum weniger. Eine Gruppe, die bei aller innerer Unterschiedlichkeit eines vereint: Sie ist meist sprachlos. Bis zum vergangenen Freitag, als nordöstlich der Alster die Flüchtlingskonferenz in den Kampnagel-Hallen begann.

Bislang meist sprachlos In Hamburg hat eine Flüchtlingskonferenz stattgefunden, organisiert von Migranten und Aktivisten. Mit veganer Volxküche, diffuser Ziele....

Aktivist Juwan (Mitte, mit Brille) ist dem syrischen Bürgerkrieg entkommen und studiert jetzt in Darmstadt.

© Jan Freitag

Wo ansonsten gesamtgesellschaftlich ausgegrenztes Off-, Performance- und Tanztheater Asyl genießt, füllt sich die alte Hamburger Maschinenfabrik mit Menschen aus einem Dutzend europäischer Staaten. Gemeinsam führten sie drei Tage lang ein Stück namens "Selbstbehauptung" auf. Es gibt Workshops, Kunst und Podiumsgespräche, Kino, Reden und Happenings zu Fluchtursachen, -erfahrungen und -folgen, zu Befindlichkeiten, Rechtsfragen. Konferenzstandards eben auf einer Konferenz, die sich allen Standards entzieht.

Es beginnt schon beim Querschnitt der Anwesenden. Wer ist Geflüchteter, wer Flüchtlingshelfer? Rings um den Marktplatz im Empfangssaal voll wegweisender Pappschilder morgen- wie abendländischer Schriftsprachen herrscht ein dauerndes Gewusel von Menschen aus (fast) aller Welt, die man besser nicht optisch zuzuordnen versucht. Etwa Juwan, Typ Hipster mit Bart und passender Brille, der gleichsam als Bildungsbürger und Asylbewerber durchginge, was schon deshalb nicht verwundert, weil er ja beides ist, wie er im Kreis einiger Landsleute beim Singen mit Trommel erzählt.

Der neue Teil seiner Existenz studiert in Darmstadt, der alte ist dem Bürgerkrieg entkommen, gemeinsam leiten beide auf Kampnagel ein Seminar mit dem Titel *Syrians against sexism*, was Frauke Petry, deren Wahlplakate in einer Jurte auf dem Vorplatz künstlerisch verfremdet werden, wohl schwer irritieren dürfte. Wutbürger, Rassisten und die AfD sortieren diese Art Mensch schließlich in nur zwei Kategorien, die sich eigentlich ausschließen: Opfer und Täter.

Diesem Widerspruch wollen die Konferenzteilnehmer entfliehen, und sei es für gut zwei Tage vorurteilsfreier Gemeinschaft auf Zeit. Mit veganer Volxküche, Entertainment am Abend, einer gemütlichen Hüttenburg zum Schlafen und diffuser Zielsetzung. Die Welt vor den Toren derartiger Treffen schert sich naturgemäß wenig darum, ob Menschen ohne Mandat, Macht und die nötigen Mittel das Ende von Schengen I, Dublin III, der Residenzpflicht fordern. Mit einem Konferenzetat von 50.000 Euro, zu einem Drittel per Crowdfunding finanziert, geht es um etwas anderes.

"Endlich stellen wir mal Fragen", so drückt es der Marokkaner Mojib aus, dessen zerrüttete Heimat zum sicheren Drittstaat erklärt werden soll. "Endlich nehmen Refugees ihr Schicksal in die Hand", so beschreibt es Helferin Sibylle aus Marseille, deren Aufnahmeeinrichtung dank Frankreichs rigider Einreisepolitik leerer sei als vor der "Krise". Und so geht es weiter, unter den rund 2.000 Konferenzbesuchern. "Endlich komme ich wirklich an", schildert Mohamed aus Ägypten das Ende seiner zweijährigen Flucht, die ihn über eine WG in Bremen auf die Konferenz nach Hamburg führt. "Endlich werden wir nicht in gute und schlechte Flüchtlinge gespalten", so formuliert es Abimbola Odugbesan von Lampedusa Hamburg, die das Ganze organisieren.

Es gab Stress wegen des "women space".

© Jan Freitag

Viel Endlich, viel Zuversicht, viel Gemeinsinn, auch viel Erfolg? "Absolut", sagt der Sprecher mit Handy an einem Ohr und drei drängelnden Volunteers am anderen, "wer auf der Konferenz war, kehrt informiert zurück, um den Kampf für sein Recht gestärkt zu organisieren". Zurück heißt hier: In die Lager und Turnhallen, Wohnungen und Heime, die üblichen Viertel und Brennpunkte also. Es heißt weniger: in die Villenvororte oder Parlamente. Denn Menschen mit Mandat, Macht und den nötigen Mitteln lassen sich kaum blicken, nicht sichtbar. Aus der Politik ist nur die Linke präsent. Von der Stadt offenbar niemand.

Und so ist das linksalternative Spektrum zwischen Flora und Flüchtlingshilfe wie so oft allein mit den Objekten ihrer Einsatzkraft, die hier mal auftauchen können aus der alltäglichen Anonymität. Die ihr Gesicht zeigen und ihre Stimme. Einmal 48 Stunden lang Subjekt sein statt Objekt, Opfer oder Täter. Was die Frauen vor Ort dann so wörtlich nahmen, dass sie zwischendurch aus Protest gegen die Männerdominanz der Konferenz das Podium besetzten. Artikulation auf allen Ebenen - das allein ist ein Erfolg.

Bislang meist sprachlos In Hamburg hat eine Flüchtlingskonferenz stattgefunden, organisiert von Migranten und Aktivisten. Mit veganer Volxküche, diffuser Ziele....

Load-Date: February 29, 2016

End of Document

Landesinnenminister hat "Bauchschmerzen" bei Abschiebungen; Ist Afghanistan sicher genug, um Flüchtlinge dorthin zurückzuschicken? Schleswig-Holsteins Innenminister Studt ist sich dabei nicht so sicher wie die Bundesregierung.

ZEIT-online

Sonntag 27. November 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Afghanistan; Ausg. 49

Length: 552 words

Byline: Kai Biermann

Body

Afghanische Soldaten sichern in der Provinz Nangarhar den Ort eines Selbstmordanschlags

© Noorullah Shirzada/AFP/Getty Images

Mehrere Regionen in Afghanistan sind "konstant ausreichend sicher". So verkündet es die Bundesregierung und verlangt von den Bundesländern, dass sie abgelehnte **Asylbewerber** dorthin zurückschicken. Doch nicht alle, die diese Forderung umsetzen müssen, sind davon überzeugt, dass die Einschätzung der Sicherheitslage stimmt. Er habe dabei "Bauchschmerzen", sagte der schleswig-holsteinische Innenminister Stefan Studt (SPD) ZEIT ONLINE am Sonntag.

In Deutschland sind die Bundesländer dafür zuständig, dass Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer zurückkehren, wenn ihnen kein Asyl zugesprochen wurde. Aber nicht alle Länder setzen diesen Auftrag in gleichem Maße um. Schleswig-Holstein gehört zu den Ländern, die vergleichsweise wenige Menschen abschieben. Das hat verschiedene Gründe. Manchmal fehlen den Betroffenen beispielsweise gültige Pässe. Ein anderer Grund aber scheint das Gefühl zu sein, dass Afghanistan vielleicht doch nicht so sicher ist, wie die Bundesregierung behauptet.

"Die Lage in Afghanistan ist für uns schwierig zu beurteilen. Wir sind dabei von den Berichten abhängig, die wir vom Bundesaußenministerium bekommen", sagte Innenminister Studt. Das Außenministerium schreibt jedes Jahr im Herbst einen internen Bericht, in dem es die Lage in Afghanistan beurteilt. Dieser Bericht sei sehr differenziert, sagte Studt, komme letztlich aber zu dem Schluss, dass Abschiebungen in mehrere Regionen des Landes vertretbar seien.

Situation kann sich jederzeit ändern

In Afghanistan ist Bürgerkrieg, darin sind sich alle einig. Trotzdem schätzt die Bundesregierung die Lage in den Regionen Kabul, Balkh, Herat, Bamiyan, Takhar, Samangan und Panjshir als sicher genug ein. Dabei kann sich die

Landesinnenminister hat "Bauchschmerzen" bei Abschiebungen Ist Afghanistan sicher genug, um Flüchtlinge dorthin zurückzuschicken? Schleswig-Holsteins Innenminis....

Situation selbst dort jederzeit ändern. Das hat nicht zuletzt der Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat in Masar-i Sharif im November gezeigt.

Und auch das Bundesaußenministerium ist in seiner internen Einschätzung vorsichtig. In dem aktuellen Lagebericht zu Afghanistan, den ZEIT ONLINE einsehen konnte, heißt es: Es müsse berücksichtigt werden, "dass die Gewinnung korrekter Information in Afghanistan - insbesondere außerhalb der Hauptstadt Kabul - nach wie vor außerordentlich schwierig ist." Der Bericht könne daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

"Kann ich für mich verantworten, meinen Ausländerbehörden zu sagen, macht das, dort gibt es eine sichere Aufnahme?", fragt sich Studt. Denn Abschiebungen seien nur vertretbar, wenn sie "in Sicherheit und Würde" möglich seien.

Bamf lehnt mehr Asylanträge ab als 2015

Studt möchte, dass die Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern (IMK) auf ihrer am Montag beginnenden Sitzung über dieses Thema berät. Die Länder müssten eine einheitliche Linie finden, fordert er.

Die Sicherheitslage am Hindukusch wird neu diskutiert, weil das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration (Bamf) offenbar seit mehreren Monaten versucht, mehr Anträge afghanischer Flüchtlinge abzulehnen als zuvor. ZEIT ONLINE berichtete, dass die Ablehnungsquote afghanischer Asylbewerber im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen ist. Während das Bamf 2015 noch 78 Prozent der Bewerber einen positiven Bescheid schickte, waren es 2016 nur noch 52 Prozent.

Load-Date: November 27, 2016